



10. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 26. Oktober 2005

Mitteilungen der Präsidentin819

Holger Ellerbrock (FDP) 839
Minister Eckhard Uhlenberg 841

1 Aktuelle Stunde

Ergebnis..... 844

Thema: **Muss Ministerpräsident Rüttgers die Politik der Landesregierung neu ausrichten?**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In Verbindung damit:

Thema: **Nordrhein-Westfalen erwartet Rückenwind für die Erneuerung des Landes**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP819

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)819
Peter Biesenbach (CDU)821
Hannelore Kraft (SPD)822
Dr. Gerhard Papke (FDP)824
Ministerpräsident Dr. J. Rüttgers826
Dr. Axel Horstmann (SPD)828
Hans-Joachim Reck (CDU)829
Johannes Remmel (GRÜNE)831
Angela Freimuth (FDP)832

2 Zukunftsfähige Arbeitsplätze für NRW nicht blockieren

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/464833

Bärbel Höhn (GRÜNE)833
Dr. Wilhelm Droste (CDU)836
Svenja Schulze (SPD)838

3 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung der Ersatzschulen (Ersatzschulfinanzgesetz - EFG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/300

erste Lesung 844

Minister Dr. Helmut Linssen 844
872
Hannelore Kraft (SPD) 849
Helmut Stahl (CDU) 852
Rüdiger Sagel (GRÜNE) 855
Dr. Gerhard Papke (FDP) 858
Gisela Walsken (SPD) 862
Volkmar Klein (CDU) 865
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 867
Angela Freimuth (FDP) 868
Ralf Jäger (SPD) 870
Rainer Lux (CDU) 871

Ergebnis.....875

4 Fragestunde

Drucksache 14/474.....875

Mit Vielfalt umgehen

Mündliche Anfrage 8
der Abgeordneten
Ute Schäfer (SPD).....875

Schriftliche Beantwortung
siehe Anlage.....923

Lehrerstellen zur Deckung des Grundbedarfs der Schulen

Mündliche Anfrage 11
der Abgeordneten
Sigrid Beer (GRÜNE)875

Schriftliche Beantwortung
siehe Anlage.....924

NRW-Interessen sicherstellen

Mündliche Anfrage 14
des Abgeordneten
Dr. Michael Vesper (GRÜNE).....876

Ministerpräsident Dr. J. Rüttgers.....876

Bürokratische Hindernisse bei Existenzgründungen

Mündliche Anfrage 15
des Abgeordneten
Norbert Römer (SPD).....877

Minister Eckhard Uhlenberg.....877

Fehlinformation des Ministerpräsidenten zur notwendigen Zügigkeit von Grundschulen

Mündliche Anfrage 16
der Abgeordneten
Sigrid Beer (GRÜNE)880

Ministerpräsident Dr. J. Rüttgers.....880

Sind die seinerzeit zugesagten Zuwendungen des Landes in Höhe von 182.133.100 DM (heute: 93.123.175 €) an den Förderempfänger Flughafen Düsseldorf GmbH (FDG) ausgezahlt worden, und bestehen von daher Regressansprüche gegenüber dem Fördermittelempfänger?

Mündliche Anfrage 17
des Abgeordneten
Oliver Keymis (GRÜNE) 885

Minister Oliver Wittke..... 885

5 Den Bologna-Prozess für NRW weiter erfolgreich gestalten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/468..... 888

Ulrike Apel-Haefs (SPD)..... 888
Dr. Michael Brinkmeier (CDU) 889
Dr. Michael Vesper (GRÜNE)..... 891
Christian Lindner (FDP)..... 892
Minister Dr. Ingo Wolf 893
Karl Schultheis (SPD)..... 894
Manfred Kuhmichel (CDU) 896

Ergebnis..... 897

6 Unterrichtsausfall aus Krankheitsgründen sinnvoll bekämpfen - Konzepte brauchen mehr als 255 Zeichen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/463..... 897

Sigrid Beer (GRÜNE)..... 897
Josef Hovenjürgen (CDU) 898
Ute Schäfer (SPD)..... 899
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) 900
Ministerin Barbara Sommer 902

Ergebnis..... 903

7 Abbau des Überhangs von Vollstreckungen im Jugendarrestvollzug

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/470

Entschließungsantrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/534.....903

Harald Giebels (CDU)903
Dr. Robert Orth (FDP)905
Frank Sichau (SPD)905
Monika Düker (GRÜNE).....907
911
Ministerin R. Müller-Piepenkötter908

Ergebnis.....911

8 Mobilität in NRW durch mehr Erdgasfahrzeuge sichern! - Sparsame, umweltschonende und ausgereifte Technologie unterstützen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/466.....911

Bodo Wißen (SPD).....911
Oskar Burkert (CDU)912
Reiner Priggen (GRÜNE)914
Christof Rasche (FDP)915
Minister Eckhard Uhlenberg916
Hubertus Fehring (CDU)918

Ergebnis.....918

9 Berufung von Mitgliedern in das Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung NRW“

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/475 - Neudruck.....919

Ergebnis.....919

10 Volksinitiative gemäß Artikel 67 a der Landesverfassung: „Öffnung der Videotheken an Sonn- und Feiertagen“

Unterrichtung
durch die Präsidentin
(Beschlussfassung des Landtags)
Drucksache 14/240..... 919

Ergebnis..... 919

11 Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung
zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 14/110

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/306

zweite Lesung..... 919

Ergebnis..... 919

12 Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung für das Versorgungswerk der Abgeordneten des Landtags NRW

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/476 - Neudruck 919

Ergebnis..... 920

13 Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei dem Obergericht und den Verwaltungsgerichten des Landes

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 14/462..... 920

Ergebnis.....920

14 Veräußerung eines Grundstücks des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW in Aachen

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 14/71

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/296.....920

Ergebnis.....920

Entschuldigt waren:

Minister Michael Breuer
Minister Karl-Josef Laumann
Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart
Ministerin Christa Thoben

Marie-Theres Kastner (CDU)
Manfred Luckey (CDU)
(bis 12:00 Uhr)

Marc Jan Eumann (SPD)
Annegret Krauskopf (SPD)
Peer Steinbrück (SPD)

Barbara Steffens (GRÜNE)

15 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Hier: **Übersicht 2**
gemäß § 79 Abs. 2 Gescho

Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse zu
Drucksachen

14/117 - AWME
14/121 - AWME
14/200 - SpA
14/208 - AWME
14/287 - RA

Drucksache 14/477.....920

Ergebnis.....920

16 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/3921

Ergebnis.....921

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie herzlich willkommen zur zehnten Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich acht Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich noch einen Hinweis geben: Nach **§ 33** der zurzeit gültigen **Geschäftsordnung** wird bei Zwischenfragen weder die Zeit der Frage noch die Zeit der Beantwortung auf die Redezeit angerechnet. Das möchte ich noch einmal vorab sagen, damit nicht alle Redner erst fragen, ob sie die Zeit angerechnet bekommen.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Aktuelle Stunde

Thema: **Muss Ministerpräsident Rüttgers die Politik der Landesregierung neu ausrichten?**

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

In Verbindung damit:

Thema: **Nordrhein-Westfalen erwartet Rückenwind für die Erneuerung des Landes**

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat mit Schreiben vom 24. Oktober 2005 gemäß § 90 Abs. 2 der Geschäftsordnung zu der zuerst genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt. Ebenfalls mit Schreiben vom 24. Oktober 2005 haben die Fraktionen der CDU und der FDP zu dem zweiten Thema eine Aktuelle Stunde beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erster Rednerin Frau Löhrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Guten Morgen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um zu beschreiben, welches Bild die Regierung Rüttgers/Pinkwart im Moment abgibt, mache ich gerne eine Anleihe bei Altbundeskanzler Helmut Kohl. Er hat einmal sinngemäß gesagt: Vom Zustand der Koalition kann überhaupt keine Rede sein. Das trifft es, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Erinnern Sie sich noch an die demonstrativ zur Schau gestellte Harmonie bei den Koalitionsgesprächen, an den Versuch, die magere 100-Tage-Bilanz mit Stolz geschwellter Brust zu präsentieren? Und jetzt, gut vier Monate nach Regierungsübernahme: Was ist da noch übrig von dieser Koalition der Kuscheltiere?

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Nicht nur die Medien sind voll von Berichten über Pleiten, Pech und Pannen, nein - und das ist auch immer das Interessante -, auch innerhalb der Koalition brodeln es mächtig.

(Widerspruch von Dr. Gerhard Papke [FDP])

„Maßgebliche Kräfte in der FDP“ - so ist etwa in den „Aachener Nachrichten“ vom 18.10. zu lesen - „drängen bereits auf eine Kabinettsumbildung.“ Der Chef der Staatskanzlei, Herr Große-Brockhoff, gilt als überfordert. Selbst der ständige Rat bei der Vorgängerin hilft nicht viel weiter.

Nachdem Ministerin Sommer unserem Ministerpräsidenten das Zwergschuldesaster beschert hat, um ihn anschließend öffentlich zu korrigieren, wackelt ihr Stuhl schon jetzt so kräftig, dass Werten angenommen werden, wie lange sie sich noch halten kann. Es fehlt nur noch der entsprechende Ersatz, denn mit Herrn Reul kann es der Ministerpräsident ja nicht so gut.

Meine Damen und Herren, die Sommerzeit geht bekanntlich am kommenden Sonntag zu Ende. Herr Rüttgers, wir wüssten gerne: Planen Sie eine Kabinettsumbildung, wie es Ihr Koalitionspartner diskutiert? Oder glauben Sie, mit weiteren Bauernopfern über die Runden zu kommen? Oder ist für Sie der Fall mit dem Aussitzen erledigt, obwohl Sie sich wieder dem Parlament in dieser Angelegenheit gestellt noch die Größe besessen haben, diesen gravierenden Fehler Ihrer Regierung zuzugeben? Beides ist ein Armutszeugnis für einen Regierungschef, der hier mit Demutsgesten antreten ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Ihnen ist doch bekannt, dass unsere Landesverfassung keinen Landespräsidenten vorsieht, sondern einen Ministerpräsidenten mit starker Stellung auch hier im Parlament.

Ein Teil des Chaos, Herr Ministerpräsident, das Ihre Kabinettsmitglieder präsentieren, hat damit zu tun, dass Sie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in ihren Häusern offensichtlich nicht über den Weg trauen. Unterschätzen Sie doch nicht das überwiegend fachliche Interesse der Ministerialen! Es kann nicht gut gehen, wenn Sie weiter versuchen, nicht mit den Fachleuten, sondern gegen sie oder an ihnen vorbei zu regieren.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist wahr!)

Meine Damen und Herren, die knapp 100 zusätzlichen hoch dotierten Stellen für politische Vertraute haben jedenfalls nicht dafür gesorgt, das Regierungshandeln zu optimieren.

Herr Ministerpräsident, über Ihr Agieren in der Bundespolitik kann man nur noch den Kopf schütteln. Bei den wichtigen Gesprächen, in denen es um die personellen Weichenstellungen für das neue Bundeskabinett geht, sind Sie nicht da. Erinnern wir uns: Da verkündet am Montag vergangener Woche nachmittags Frau Merkel die neuen Kabinettsmitglieder, und morgens ist der Ministerpräsident im Deutschlandfunk mit der Aussage zu hören: Sie glaubten, dass Sie in NRW zufrieden sein könnten, und Sie seien - Zitat - „selber in die Entscheidungsfindung einbezogen gewesen.“

Als aber klar wird, dass aus der NRW-CDU niemand am Kabinettsstisch Platz nehmen wird, geht das Heulen und Zähneklappern los. Sie müssen uns erklären, ob Sie nun einbezogen worden sind oder nicht. Offensichtlich sind Sie nicht einbezogen worden.

(Zuruf von der CDU: Das brauchen wir Ihnen nicht zu erklären!)

Und dann dieser Brief vom letzten Sonntag. Ausgelöst durch die anhaltende interne und öffentliche Kritik über Ihre bundespolitische Machtlosigkeit schustern Sie Hals über Kopf diesen kruden Wunschzettel zusammen. Abgesehen davon, dass Sie sich immer noch nicht entscheiden können, ob Sie die alte oder die neue Rechtschreibung anwenden wollen - das geht nämlich in Ihrem Brief durcheinander -, hätten Sie kaum ein beredteres Zeugnis der eigenen Schwäche abgeben können, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Machen wir uns klar: Der Ministerpräsident des größten Bundeslandes, der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU, schreibt an Mitglieder der Verhandlungskommission in Berlin. An wen wendet er sich - an seine Bundesvorsitzende, die zukünftige Bundeskanzlerin? Nein, er hat es offensichtlich schon aufgegeben, sie zu überzeugen. Stattdessen schreibt er an den Bundesvorsitzenden der SPD, den designierten Vizekanzler, und an seinen sozialdemokratischen Vorgänger, den zukünftigen Finanzminister.

Herr Ministerpräsident, deutlicher kann man nicht dokumentieren, dass Sie glauben, in Berlin ohne die SPD nicht durchsetzungsfähig zu sein.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Damit haben wir de facto auch hier in NRW eine große Koalition. Am besten laden Sie Frau Kraft und Herrn Dieckmann direkt zu Ihren Kabinettsitzungen ein, damit die Abstimmung besser klappt.

(Beifall von Reiner Priggen [GRÜNE])

Ihnen, Herr Pinkwart und Herr Wolf, wünschen wir weiterhin viel Vergnügen als fünftes Rad am Wagen. Dass Ihre Fraktion diese Konzentration an Peinlichkeiten auch noch selbst zum Anlass einer Aktuellen Stunde nimmt, erinnert mich an Erich Kästner, der schreibt: "Nie sollt ihr so tief sinken, von dem Kakao, durch den man euch zieht, auch noch zu trinken."

(Lachen und Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Rüttgers, die Geschäftsgrundlage für Ihre erste Regierungserklärung ist in zentralen Teilen entfallen. Das marktradikale Durchregieren, auf das Sie und Ihr Koalitionspartner bei Ihrer Regierungsbildung gesetzt haben, wird nicht stattfinden. So schnell hat noch keine Landesregierung an programmatischer und personeller Glaubwürdigkeit verloren.

Herr Rüttgers, ich fordere Sie auf, Klarheit zu schaffen. Ordnen Sie Ihre Geschäfte und ziehen Sie die Konsequenzen aus dem Ergebnis der Bundestagswahl. Auch wenn es Ihnen nicht passt - bereiten Sie eine neue Regierungserklärung vor, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von den GRÜNEN)

Darauf haben die Menschen in Nordrhein-Westfalen einen Anspruch und wir als Abgeordnete in diesem Parlament auch. Herr Ministerpräsident, ich bin sehr gespannt auf Ihren heutigen Beitrag. - Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Löhrmann. - Das Wort hat Herr Biesenbach von der CDU-Fraktion.

Peter Biesenbach (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Seit Wochen versuchen die Grünen nun, den Ministerpräsidenten ans Rednerpult zu zitieren,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Stattdessen kommen Sie!)

um ihm Themen aufzuzwingen, zu denen Sie gerne etwas hören möchten. Frau Löhrmann, das ist Ihnen nach vielen Geschäftsordnungsdebatten nicht gelungen. Auch in der letzten Sitzung des Hauptausschusses stellten wir fest, dass Sie einfach nicht die Mittel haben, weil es sachlich auch nicht notwendig ist. Daraufhin haben Sie uns versprochen: Dann fällt uns schon etwas ein, um den Ministerpräsidenten zu dem Thema zum Reden zu bringen, zu dem wir ihn gerne hören möchten.

Wenn das, was Sie heute vorgebracht haben, das Kreativpotenzial der Grünen ist, dann hätten Sie besser nichts getan. Nachdem ich Ihre Antragsbegründung gelesen und Ihre Rede gehört habe, denke ich, dass das weit unter dem Niveau liegt, das wir uns wünschen.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Wahlkampf ist doch schon lange vorbei. Ich habe aber den Eindruck, dass die Grünen wie ein angeschlagener Boxer noch nicht mitbekommen haben, dass der Gong längst ertönt ist. Nach wie vor weigern sich die Grünen offensichtlich, das desaströse Scheitern ihres Feldversuches wirklich einzugestehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch wenn die SPD an rot-grünen Wahlniederlagen stark mitgewirkt hat, haben die Wähler als Punktrichter den Daumen über die Regierungsfähigkeit der Grünen ausdrücklich gesenkt.

(Zuruf von der CDU: Die haben den Schuss nicht gehört!)

Liebe Frau Löhrmann, die Grünen unterschätzen immer noch die beispiellosen Schläge, die sie einstecken mussten. Denn sie wurden aus allen Regierungen der Bundesrepublik abgewählt.

(Beifall von CDU und FDP)

Niemals gab es in der Geschichte der Bundesrepublik eine Regierungspartei, die ein derart konsequentes Wählervotum erleiden musste.

Um zur Qualität Ihres Antrages zu kommen: Er ist inhaltlich falsch und im Ton unverschämte. Vielleicht sollten Sie die Koalitionsvereinbarung auch einmal lesen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das geht ja schnell!)

Sie schreiben: im Juli vorgelegt. Nein, sie stammt bereits vom 20. Juni; am 13. Juli gab es bereits die Regierungserklärung. So schnell war diese Regierung.

Wenn ich meine Großmutter fragen würde „Was hältst du von diesen Grünen?“, dann würde sie mir ganz lieb antworten: „Junge, lieber ein Haus im Grünen als diese Grünen im Haus.“

(Beifall von CDU und FDP - Widerspruch von SPD und GRÜNEN - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Kommen Sie doch mal zu Ihrer Aktuellen Stunde! Sie haben auch eine beantragt!)

- Herr Horstmann, gerne will ich die Chance nutzen, zu unserem Antrag zu kommen. Vielleicht nur noch eines: Eben wurde angesprochen, dass die Sommerzeit demnächst zu Ende geht. Das mag für die Uhrzeit gelten. Aber dieser Sommer,

(Der Redner blickt in Richtung Ministerin Sommer.)

der dauert noch wirklich lange. Frau Ministerin, herzlichen Dank für alles, was Sie bis jetzt bewegt und auf den Weg gebracht haben.

(Beifall von der CDU)

Nordrhein-Westfalen stellt fast ein Viertel der Bevölkerung der Bundesrepublik. Was diesem Land gut tut, tut der Bundesrepublik gut. Wenn wir in diesem Land und in Deutschland etwas erreichen wollen, dann müssen wir die Dinge anstiften, die diesem Land wirklich gut tun. Deswegen, Herr Ministerpräsident, war Ihr Brief sehr wichtig. Wenn der jetzt auch von der SPD abgelehnt wird, etwa mit der Aussage von Frau Kraft „ein Stück aus dem Tollhaus“ oder mit der von Herrn Steinbrück „Ablenkungsmanöver“ oder damit, dass Herr Dieckmann das als „putzig“ empfindet, dann zeigt das nur, dass Sie Ihre Position noch nicht verstanden haben. Denn wenn Sie in Berlin wirklich mitarbeiten wollen, dann ist es erforderlich, auch hier bei den Initiativen, die gestartet werden, mitzumachen.

(Lachen von der SPD)

Gestern hat die Expertenkommission ihr Gutachten vorgelegt - Sie brauchen nur hineinzusehen -:

Das Land ist an die Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit gelangt. Die Lasten der Vergangenheit blockieren jede Zukunftschance.

Frau Kraft, Sie haben in Ihrer ersten Rede als Oppositionsführerin deutlich gemacht: Liebe CDU, liebe FDP, ab sofort sind die Landesschulden Ihre Schulden. - Nein, die Expertenkommission sagt Ihnen: Die Lasten der Vergangenheit blockieren jede Zukunftschance.

(Beifall von CDU und FDP)

Jetzt liegt es an Ihnen, mitzuhelfen bei allem, was wichtig ist. Lassen Sie sich doch einmal fragen, ob die Initiative, die der Ministerpräsident angestoßen hat, nicht die ist, die wir wirklich brauchen.

Er fordert gemeinsame Anstrengungen für ein nationales Energieprogramm. Ziel ist ein ausgewogener Energiemix aus erneuerbaren importierten und heimischen Energieträgern. Wollen Sie dies mittragen? Dann machen Sie ganz einfach mit!

Er möchte eine stärkere Unterstützung bei erheblichen Forschungspotenzialen bei uns im Land. Wollen Sie das auch? Dann können Sie doch nur mitmachen.

Er hat um Mithilfe gebeten, dass mehr Forschungseinrichtungen in NRW angesiedelt werden. Wir halten das für richtig.

Im Straßenbau sollen Lückenschlüsse in Nordrhein-Westfalen beschleunigt werden. Im Schienenverkehr soll der Rhein-Ruhr-Express aufs Gleis gesetzt werden. Der öffentliche Nahverkehr soll Finanzmittel des Bundes mindestens in heutiger Höhe erhalten.

Wir wollen eine längere Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer mit langen Versicherungszeiten und höhere Freibeträge über die Rentenversorgung hinaus. Wollen Sie das auch oder wollen Sie das nicht? Wenn Sie das auch wollen, dann sagen Sie es und unterstützen Sie diese Initiative, denn sie ist richtig für dieses Land!

Wir wollen die Aufhebung der Reformstaus in der Gesundheits-, Alters- und Pflegevorsorge. Wir wollen, dass Kinder keine Armutsrisiken mehr darstellen. Kinderreiche und sozial schwache Familien sollen stärker von Leistungen profitieren. Da liegt es an Ihnen, ob Sie sagen, Sie machen mit, Sie wollen das auch.

Dann ist Ihre bisherige Aussage völlig falsch. Dann können Sie nur eines tun, nämlich sagen: Hier mögen wir miteinander streiten; aber in Berlin, wo es um die Interessen dieses Landes geht, da packen wir gemeinsam an. - Das ist die Aufga-

be, die der Wähler uns allen gemeinsam gegeben hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich mit einem Bild enden: Zwischen Schalke und Dortmund beispielsweise herrscht im Fußball eine starke Rivalität. Bei den sogenannten Revierkämpfen gönnt keiner dem anderen einen Punkt. Da mag es harte, gute, aber faire Fußballspiele um die beste Mannschaft im Ruhrgebiet geben. Nur, wenn es um das Spiel in der Nationalmannschaft geht, dann spielen Asamoah und Kuranyi von Schalke immer mit Metzelder von Dortmund zusammen, weil sie gemeinsam für das Land gewinnen wollen. Diesen Gedanken scheinen Sie noch nicht aufgenommen zu haben.

Lassen Sie uns hier auf der Vereinsebene von mir aus gegeneinander spielen. Aber auf der nationalen Ebene, da, wo es um Deutschland geht, wo es um die Interessen dieses Landes geht, da kann es nur richtig sein, gemeinsam zu spielen, um Erfolge zu haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Biesenbach, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Peter Biesenbach (CDU): Dazu fordern wir Sie auf. Es liegt an Ihnen, hier nun deutlich zu sagen, was Sie wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Biesenbach. - Als nächste Rednerin hat Frau Kraft von der SPD-Fraktion das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Koalitionsverhandlungen in Berlin sind wichtig für Nordrhein-Westfalen. In Berlin werden Entscheidungen getroffen werden, die unser Land und die Zukunft unserer Menschen entscheidend prägen werden. Darüber sind wir uns im Klaren. Es geht nicht zuletzt darum - das ist für uns ganz wichtig -, ob Deutschland und damit auch NRW sozial bleibt.

Die Wähler haben am 18. September 2005 einer Koalition aus CDU und FDP und damit den Plänen für einen angesagten radikalen Umbau der Gesellschaft eine klare Absage erteilt. Auch die bisherige Bundesregierung hat keine Mehrheit mehr bekommen. Deshalb sitzen die Beteiligten jetzt in Berlin zusammen und verhandeln über eine große Koalition.

An diesen Verhandlungen sind eine Reihe von Politikerinnen und Politikern aus NRW beteiligt, unter anderem auch drei designierte Ministerinnen und Minister der zukünftigen Regierung. Von der CDU ist der Ministerpräsident unseres Landes in dieser Runde. Wir begrüßen mit Blick auf die Bedeutung der Verhandlungen für unser Land ausdrücklich, dass Sie dort mitwirken, Herr Ministerpräsident. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten jetzt, dass Sie dort die Interessen von NRW einbringen und vertreten.

Mit Interesse mussten wir am Montag zur Kenntnis nehmen, dass Sie gerne auch die SPD mit in die Verantwortung für die Zukunft dieses Landes einbeziehen wollen. Schon die Begleitmusik dieses Schreibens musste uns aber eher skeptisch stimmen, ob Sie es damit wirklich ernst meinen. Viele Kommentatoren sehen darin eigentlich eher einen missglückten Befreiungsschlag. Ihre ungewöhnliche Aktion erweckt den Eindruck, dass Sie damit eine Debatte in der CDU über Führungsqualitäten und Ihren zu geringen Einfluss in Berlin verhindern wollen.

(Beifall von der SPD)

Die Niederlage, die Ihnen Angela Merkel bei der Besetzung des Bundeskabinetts zugefügt hat, haben Sie zu Recht als bitter empfunden.

Daher drängt sich die Frage auf, ob Sie für den Fall Ihres neuerlichen Scheiterns bei den Koalitionsverhandlungen die Verantwortung auf die designierten SPD-Minister aus NRW abwälzen wollen. Diese Frage wird man wohl stellen dürfen.

(Beifall von der SPD)

Unsere Skepsis wurde beim Blick in das Positionspapier verstärkt, für das Sie Unterstützung suchen. Offensichtlich haben Sie sich bei der Formulierung nicht besonders viel Mühe gemacht. Bemerkenswert viele Banalitäten sind enthalten, zum Beispiel, dass wir gemeinsam versuchen sollten, die Finanzsituation der öffentlichen Haushalte in den Bundesländern und beim Bund zu verbessern.

(Zuruf von Jochen Dieckmann [SPD])

Dass es darum geht, die sozialen Sicherungssysteme in eine gute Zukunft zu führen - mit Verlaub, Herr Biesenbach, darüber streitet am Verhandlungstisch niemand.

Wenn ich mir das Papier genauer ansehe, stelle ich fest: Sie haben im Wesentlichen Ihren Koalitionsvertrag abgeschrieben. Wenn Sie wirklich gemeinsame Positionen formulieren wollen, bitte ich Sie, dass nicht in dieser Weise zu tun. Es ist doch

geradezu absurd zu erwarten, dass wir Ihre schwarz-gelben Vereinbarungen in Berlin umsetzen würden. Das ist wirklich absurd.

(Beifall von der SPD - Ralf Jäger [SPD]: Das ist eine Zumutung!)

Damit wir uns ganz klar verstehen: Die SPD-Landtagsfraktion vertritt mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen nach innen und nach außen eindeutig und mit Nachdruck die Belange Nordrhein-Westfalens. Aber - machen wir uns da nichts vor -: Bundesministerinnen und Bundesminister vertreten in erster Linie Bundesinteressen. Auch dort bestimmt das Sein das Bewusstsein. Das ist ein realistischer Blick.

Wenn es um die Zukunft unseres Landes geht, hat die Landesregierung unsere Unterstützung. Das sagen wir ganz deutlich. Natürlich, lieber Herr Kollege Stahl, gilt dabei der Grundsatz: Zuerst das Land und dann die Partei. Das steht völlig außer Frage. Aber: Sie dürfen nicht den Fehler machen, Ihre schwarz-gelbe Landesregierung mit dem Land zu verwechseln. Diese Gefahr besteht dabei.

(Beifall von der SPD)

Es geht bei diesem Grundsatz auch nicht um den politischen Erfolg einer Landesregierung. Es geht um das Wohl des Landes. Das können sehr unterschiedliche Dinge sein.

Meine Damen und Herren, wir werden die Landesregierung immer dann in Berlin unterstützen, wenn sie Politik im Interesse des Landes macht - im Interesse des Landes, wie wir es sehen.

Das gilt ganz ausdrücklich für die Föderalismus-Reform. Dabei müssen wir gemeinsam kämpfen. Das haben wir im Hauptausschuss diskutiert. Die Gefahr besteht, dass der Bund versucht, den Ländern Kompetenzen abzunehmen. Die Linien werden quer durch die Parteien gehen. Es wird nicht einfach sein, dann im Bundesrat Kompetenzen zurückzuholen. Denn die einzelnen Bundesländer haben durchaus unterschiedliche Interessen. An dieser Stelle müssen wir gemeinsam aufpassen.

Wir werden aber auch in den Bereichen, in denen Sie aus unserer Sicht klar Politik gegen die Interessen des Landes machen, unseren Einfluss nutzen, um gegenzusteuern. Das gilt für die Energiepolitik und insbesondere für die Definition und Ausgestaltung einer sozial gerechten Politik. Dabei werden wir unterschiedlicher Meinung sein und unterschiedlich vorgehen.

In diesem Bereich erleben wir von Ihnen immer neue Wendungen, Herr Ministerpräsident. Bis zum 18. September waren Sie stolz darauf, mit der FDP zusammen einen Startschuss für einen radikalen Umbau der Republik gegeben zu haben. Sie haben sich ein Programm der sozialen Kälte verordnet.

(Zuruf von der CDU: Oh!)

Jetzt geht es wieder andersherum. Sie stehen angeblich an der Spitze derjenigen, die schon immer mehr soziale Ausgewogenheit verlangt haben.

(Lachen von der SPD)

Ihre Bundesvorsitzende spricht von „Sozialromantik“. Wir sind gespannt, wann Sie die nächste Wendung vollziehen.

Ich sage Ihnen: So lange Sie nicht in Ihrer eigenen Regierungspolitik umsteuern, wird Ihnen niemand diese Wendung abnehmen.

(Beifall von der SPD)

Ihre bisher erkennbare Regierungsarbeit spricht eine klare Sprache. Betrachten wir nur die Herabsetzung des Mieterschutzes oder die Abschaffung der Grundschulbezirke.

Um eine Begründung für Ihre Grundschulpläne zu konstruieren, haben Sie, Herr Ministerpräsident, die Öffentlichkeit und den Landtag mit falschen Informationen in Unruhe versetzt. Das war zunächst ein handwerklicher Fehler. Aber weil Sie nicht die Souveränität besessen haben, diesen Fehler einzugestehen, ist daraus eine politische Fehlleistung geworden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es hilft Ihnen auch nicht, für den Fehlstart Ihrer Regierung die Beamten in den Ministerien verantwortlich zu machen. Es hilft auch nicht, Pressesprecher auszutauschen. Ich will Ihnen deutlich sagen: Sie haben kein Problem mit der Vermittlung und mit der Erklärung Ihrer Politik. Sie haben ein Problem mit der Richtung Ihrer Politik, nachdem durch die Bundestagswahl klar geworden ist, wo es hingehen soll.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Menschen in diesem Land wollen keinen radikalen Umbau.

„Nordrhein-Westfalen braucht Zukunft, damit Deutschland Zukunft hat.“ Dieser Gedanke aus Ihrem Positionspapier, Herr Ministerpräsident, findet meine ausdrückliche Zustimmung. Darum werden wir kämpfen. Wir wollen, das Nordrhein-Westfalen eine Chance für die Zukunft gewinnt.

Wir werden das gemeinsam tun, wo immer das nötig und möglich ist.

Im Übrigen werden wir Alternativen zu Ihrer Politik formulieren. Das ist unsere Aufgabe als Opposition. Als Regierung müssten und sollten Sie endlich die Konsequenzen aus den Wahlergebnissen ziehen: Machen Sie Politik für die Interessen der Menschen in diesem Land. Das ist Ihre Aufgabe als Regierung. Dafür sitzen Sie am Verhandlungstisch in Berlin. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Kraft. - Als nächster Redner hat Herr Dr. Papke von der FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Löhrmann, es gehört schon einiges dazu, uns Freien Demokraten zu sagen, wir seien nur noch das fünfte Rad am Wagen.

(Heiterkeit von der SPD - Zurufe von Sylvia Löhrmann und Johannes Remmel [GRÜNE])

Nur zur Erinnerung: Der grüne Feldversuch, den Sie unserem Land Nordrhein-Westfalen, anderen Bundesländern und auch dem Bund aufgezwungen haben, ist durch die Wählerinnen und Wähler beendet worden. Sie sind raus aus dem Geschäft!

(Beifall von FDP und CDU - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

An dem Bahnsteig, an dem Sie mit Ihrer grünen Truppe stehen, kommt schon lange kein Zug mehr vorbei. Das scheinen Sie nur noch nicht gemerkt zu haben, Frau Kollegin Löhrmann.

(Beifall und Heiterkeit von FDP und CDU)

Frau Kollegin Kraft, auch wenn Sie sich heute etwas moderater gegeben haben: Sie haben in den letzten Wochen und Monaten in Ihrer neuen Aufgabe als Fraktionsvorsitzende eine ganz bemerkenswerte Methode der Politik entwickelt. Diese Methode erinnert mich mehr denn je an eine berühmte Romanfigur der deutschen Nachkriegsliteratur. Wissen Sie, an wen? - An Oskar Matzerath, den kleinen Blechtrommler.

(Beifall von FDP und CDU - Widerspruch von der SPD)

Wissen Sie, wie diese Methode funktioniert? Man schnalle sich eine Trommel vor den Bauch, schlage immer kräftig darauf in der Erwartung, dass die anderen dann aufmerksam werden.

(Hans-Theodor Peschkes [SPD]: Sie haben das Buch nicht gelesen! - Weitere Zurufe von der SPD: ... und nicht verstanden! Das ist Halbwissen!)

Frau Kollegin Kraft, das ersetzt keine konstruktive Politik. Sie werden erleben, dass Ihnen die Bürgerinnen und Bürger Ihre Vorstellungen nicht abkaufen, wenn Sie sich der Verantwortung, die Sozialdemokraten als Opposition in diesem Hause, aber in erster Linie in Berlin haben, so verweigern, wie Sie es in den letzten Wochen und Monaten wieder dargelegt haben. Das werden die Bürgerinnen und Bürger nicht mitmachen. Dies werden Sie noch mitbekommen.

(Beifall von der FDP)

Sie haben sich doch noch in der letzten Woche - Herr Kollege Dieckmann hat dem ausdrücklich zugestimmt - aufgeplustert und voller Stolz verkündet, die Sozialdemokraten würden auch weiterhin im Bund mit drei gewichtigen Ministern vertreten sein. Wenn Nordrhein-Westfalen etwas erreichen wolle, dann solle sich die nordrhein-westfälische Landesregierung am besten gleich an die Sozialdemokraten wenden.

Der Ministerpräsident unterbreitet Ihnen dann eine sachliche Vorschlagsliste von Kernanliegen des Landes Nordrhein-Westfalen. Und wie ist Ihre Reaktion nach wenigen Minuten darauf? - Das Ganze wird vom Tisch gewischt. Sie haben gerade gesagt, Sie hätten das Papier noch einmal gelesen. Als ich Ihre Presseerklärung am Montag gelesen habe, hat sich mir der wohl begründete Eindruck aufgedrängt, dass Sie bis dahin das Papier noch nicht gelesen haben, Frau Kollegin Kraft. Ich empfehle Ihnen, erst einmal in die Inhalte hineinzuschauen, bevor Sie sagen: Das interessiert uns nicht, dem verweigern wir uns.

Dies gilt umso mehr, als man doch sieht, dass in dem Papier eine ganze Reihe von Anliegen zusammengetragen worden sind, für die sich auch die Sozialdemokraten - auch Ihre Fraktion - in den letzten Jahren mit allem Nachdruck eingesetzt haben. Haben Sie das nicht zur Kenntnis genommen? Fragen Sie einmal den Kollegen Horstmann, was den Rhein-Ruhr-Express angeht. Anfang des Jahres hat er noch voller Stolz verkündet, die Vereinbarung mit dem Bund und mit der DB AG sei unterzeichnet worden. Nun sagt diese Landesregierung: Wir greifen das auf, um sinnvolle Infrastrukturmaßnahmen mit Unterstützung des Bundes realisieren zu können. Und da sagen Sie: Das ist alles nur der Koalitionsvertrag der neuen Regierung, das ist Marktradikalismus, da machen wir nicht mit. - Haben Sie Kollegen Horstmann

einmal dazu befragt? Haben Sie ihn einmal zu dem Ziel befragt, das hier ausdrücklich verankert worden ist, die Finanzierungsquote im Bundesverkehrswegeplan wieder auf den Landesanteil von 21,9 % zu heben, also dort hin, wo wir angesichts unserer Infrastrukturprobleme hin müssen? Das ist hier klar skizziert. So etwas wischen Sie vom Tisch. Das ist keine sachgerechte Antwort auf einen konstruktiven Vorschlag dieser neuen Landesregierung.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie haben das auch nicht gelesen! Das steht dort nicht drin!)

Es spricht Ihren Auftritten in den letzten Wochen Hohn, als Sie so getan haben, als sei die eigentlich relevante Kraft in Berlin nach wie vor die Sozialdemokratie. Sie werden sich aus Ihrer Verantwortung nicht herausstehlen können, und zwar schon allein deshalb nicht, meine Damen und Herren von der SPD, weil Sie die Verantwortung dafür tragen, dass wir in Nordrhein-Westfalen vor einem solchen Desaster bei Wachstum, Beschäftigung und der Staatsverschuldung stehen.

Schauen Sie sich einmal an - diese Empfehlung kann ich Ihnen nur geben -, was gestern die Expertenkommission vorgelegt hat, und zwar ausdrücklich auch in der Retrospektive: Dass wir vor solch gigantischen Herausforderungen stehen, ist nicht vom Himmel gefallen, sondern es ist das Resultat Ihrer verfehlten Politik in den letzten 39 Jahren. Damit sollten Sie sich endlich einmal auseinander setzen!

(Beifall von FDP und CDU - Zuruf von der SPD)

Eines ist natürlich klar: Die Erwartung, die wir als FDP-Fraktion, für die ich hier spreche, an die neue Bundesregierung stellen, erschöpfen sich nicht in dem Papier, das der Ministerpräsident vorgelegt hat. Die Reformanstrengungen müssen weit darüber hinausgehen. Wir werden ja sehen, meine Damen und Herren von der SPD, was wir diesbezüglich von den Sozialdemokraten zu erwarten haben.

Wir haben in diesen Tagen das Herbstgutachten der führenden Wirtschaftsforschungsinstitute vorgelegt bekommen. Die Institute haben noch einmal klipp und klar benannt, welche Reformnotwendigkeiten in Berlin existieren und was endlich angepackt werden muss. Beispielsweise ist von einem Steuervereinfachungsprogramm und von einer Entlastung von Bürgern und Unternehmen die Rede.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der SPD, die Rede ist nicht von einer gigantischen Mehrwertsteuererhöhung, die Sie vor der Wahl doch noch abgelehnt haben. Ich bin sehr gespannt, wie die Koalitionsverhandlungen in Berlin weiterlaufen. Inzwischen hört man ja schon, das Ganze liefe auf einen Mehrwertsteuersatz von 20 % hinaus. Ist es das, was Sie vor der Wahl versprochen haben? Wir werden sehr genau hinschauen. Das ist ein Beispiel für die Reformnotwendigkeiten.

Was ist mit der Reform der sozialen Sicherungssysteme? Wir werden genau hinschauen, was Sie zu leisten in der Lage sind.

(Ralf Jäger [SPD]: Wen interessiert das?)

Was ist mit dem Themenfeld „Deregulierung des Arbeitsmarktes“? Sie klopfen sich auf die Schulter, dass Sie in Berlin praktisch vor Beginn der Koalitionsverhandlungen mit der CDU schon fest verabredet haben, dass es nicht zu Bündnissen für Arbeit auf der betrieblichen Ebene kommen wird. Ich sage Ihnen: Das wird dazu führen, dass viele tausend Arbeitsplätzen in nordrhein-westfälischen Betrieben nicht gesichert werden können.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

- Sie verhandeln das doch mit! Sie nehmen doch für sich in Anspruch, etwas für den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen erreichen zu wollen.

(Zuruf von der SPD: Sie sind gerade ein Blechtrommler!)

Es wird Ihnen nicht gelingen, der neuen Landesregierung die Verantwortung für Fehlentwicklungen zuzuschieben, die in Berlin in den letzten Jahren unter Ihrer Verantwortung eingestiegt worden sind und die es jetzt abzuarbeiten gilt - und zwar auch mit Ihrer Verantwortung; das ist nun einmal so in einer großen Koalition. Dazu gehört auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass wir nicht einfach durchgehen lassen werden, dass die Bürgerinnen und Bürger weiter belastet werden sollen, wie Sie das offenbar gerade anstreben.

Derzeit ist viel von Subventionskürzungen die Rede. Der Ex-Ministerpräsident ist ja diesbezüglich gerade wieder vollmundig unterwegs, und zwar nach der Devise: Jetzt habe ich die Landesfinanzen ruiniert, jetzt warten größere Aufgaben auf mich. Wir sind sehr gespannt, was dabei herauskommt.

(Beifall von FDP und CDU - Rainer Schmelzer [SPD]: Das ist eine Frechheit! - Weitere Zurufe von der SPD)

Hierzu haben Sie und der Herr Kollege Dieckmann sich ja sofort zu Wort gemeldet: Subventionskürzungen ja, aber bitte schön nicht bei der Steinkohle! Die 16 Milliarden € Steinkohlesubvention sollen sakrosankt sein. Daran wollen Sie nicht gehen.

Das ist genau das, was wir an Ihrer Politik kritisieren, Frau Kollegin Kraft. Sie haben seit dem Tag der Landtagswahl noch nicht einen einzigen konstruktiven Beitrag in die Debatte eingebracht, wie die Modernisierung des Landes Nordrhein-Westfalens erfolgen kann. Sie graben sich in Ihren Schützengräben der Vergangenheit ein und bauen sich als Traditionstruppe auf, die alleine darauf abzielt, die Steinkohlesubventionen zu verteidigen. Sie sind jetzt gerade an der Stelle, wo Sie offenbar auch in den nächsten Jahren bis zur vorgezogenen Neuwahl bleiben wollen. Denn ich bin der festen Überzeugung, dass diese Legislaturperiode des Deutschen Bundestages, die erst gerade begonnen hat, nicht vier Jahre dauern wird.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Dr. Papke, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Sie werden dort, wo Sie Verantwortung tragen, nicht umhin kommen zu zeigen, dass Sie, im Unterschied zu dem, was Sie seit 1998 abgeliefert haben, dieser Verantwortung endlich gerecht werden. Wir werden Ihnen einen Strich durch die Rechnung machen, wenn Sie glauben, dass Sie sich dem entziehen können, was Ihre Genossinnen und Genossen in Berlin verabreden. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Papke. - Als Nächster spricht für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Dr. Rüttgers. Bitte schön.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Ich bitte um Verständnis, dass ich in dieser Aktuellen Stunde nicht zu in den bisherigen Beiträgen oder außerhalb des Parlaments gemachten Äußerungen, die auf selektiver Wahrnehmung

(Ralf Jäger [SPD]: Bei Ihnen!)

oder auf Fortführung von Wahlkampfritualen beruhen, Stellung nehme. Dafür ist die Lage viel zu ernst.

Die Bürgerinnen und Bürger haben am 22. Mai mit einer großen Mehrheit und einem klaren Auftrag eine neue Landesregierung gewählt, und diese Landesregierung leistet seitdem eine vorzügliche Arbeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir werden unser Ziel, Nordrhein-Westfalen zu einem Land der neuen Chancen zu machen, Schritt für Schritt, in Ruhe und mit Überlegung umsetzen und dafür sorgen, dass die Menschen spüren, dass sie diese neuen Chancen bekommen. Wir werden uns davon leiten lassen, dass wir dabei wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit als zwei Seiten einer Medaille verstehen werden. Wir wollen nicht, dass jemand in diesem Land keine Chancen hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Am 18. September, am Tag der Bundestagswahl, haben

(Edgar Moron [SPD]: Zur Sache!)

die Bürgerinnen und Bürger Deutschlands einen Bundestag gewählt

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist uns bekannt!)

und den Politikerinnen und Politikern ein Wahlergebnis in Auftrag gegeben, dass dazu führte, dass jetzt über eine Regierung der großen Koalition verhandelt wird, die niemand gewollt hat. Das ist der objektive Sachverhalt.

(Zurufe von der SPD)

In Berlin versuchen in schwierigen Gesprächen CDU/CSU auf der einen und SPD auf der anderen Seite, das notwendige Vertrauen zu entwickeln und ein Programm zu erarbeiten, das in den kommenden vier Jahren die notwendigen Entscheidungen möglich macht.

Dazu gehört nach meiner Auffassung eine Europapolitik, die es nach den Problemen mit dem Verfassungsvertrag ermöglicht, dass Europa wieder Ziele und Werte bekommt.

Dazu gehören die Neuvermessung der Verantwortungsräume zwischen Staat und Gesellschaft mit dem Abbau von all dem, was in den letzten Jahren auf allen Ebenen unseres Staates entstanden ist - Bürokratieabbau, Zurückschlagen des Behördendschungels -, und der Versuch, neue Freiheitsräume zu eröffnen, in denen Menschen ihre Chancen wahrnehmen können.

(Ralf Jäger [SPD]: Das sind spannende Neuigkeiten!)

Dazu gehört eine neue Wirtschaftspolitik, die Wirtschaftsspielräume durch Haushaltskonsolidierung schafft und gleichzeitig in Zukunft investiert.

Dazu gehört ferner die Auflösung des Reformstaus bei den sozialen Sicherungssystemen, um wieder Investitionen in neue Arbeitsplätze zu ermöglichen, und zwar hierzulande.

(Beifall von CDU und FDP)

Angesichts dieser Situation ist es meine Aufgabe als Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, meinen Einfluss in Berlin geltend zu machen, damit die Interessen von Nordrhein-Westfalen bei diesen Koalitionsverhandlungen berücksichtigt werden.

(Zurufe von der SPD)

Ich bin deshalb froh, dass ich an diesen Verhandlungen teilnehmen kann, und ich halte es, obwohl es dort um Bundespolitik und die Schaffung einer neuen Bundesregierung mit einer neuen Koalition geht, für eine Selbstverständlichkeit, dass trotzdem all diejenigen, die diesen Verhandlungen als Nordrhein-Westfalen beiwohnen, dort auch nordrhein-westfälische Interessen beachten.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb habe ich es als meine Pflicht angesehen, dafür Sorge zu tragen, denjenigen, die an diesen Verhandlungen teilnehmen, meine Auffassung mitzuteilen.

(Martin Börschel [SPD]: Wie gewohnt dilettantisch!)

Ich finde es wichtig, dass sich in den bisherigen Verhandlungen bereits erste Ergebnisse abzeichnen, und ich bin für die gute Zusammenarbeit mit den Mitgliedern der SPD-Verhandlungsdelegation aus Nordrhein-Westfalen dankbar.

Ich halte es für wichtig - dies war auch Ergebnis der Ministerpräsidentenkonferenz in der vorigen Woche in der Kaiserstadt Aachen -,

(Oh-Rufe von der SPD)

dass wir jetzt die Chancen nutzen, die Föderalismusreform endlich über die Hürde zu bringen. Sie ist unter anderem gescheitert, weil Nordrhein-Westfalen eine neue Landesregierung bekommen hat. Wir haben jetzt die Chance, und zwar CDU/CSU, SPD und FDP, eine Lösung in der Föderalismusfrage zu erreichen. Wir haben ein originäres nordrhein-westfälisches Interesse daran, dass die vielen Systeme organisierter Unverant-

wortlichkeiten aufgelöst werden, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin dankbar, dass es am letzten Donnerstag gelungen ist - unter anderem auch in Gesprächen mit den beiden Vorsitzenden der damaligen Föderalismuskommission, Franz Müntefering und Edmund Stoiber -, eine Vereinbarung zu treffen, in den kommenden Tagen zu versuchen, die damals noch offen gebliebenen Probleme von der Bildungspolitik bis hin zur Europapolitik aufzugreifen und möglichst in einer Koordination zwischen den Koalitionspartnern und der Länderseite zu einer Lösung zu führen. Ich darf darauf hinweisen: Die neue Koalition hat keine Mehrheit im Bundesrat, um Verfassungsänderungen durchzusetzen. Insofern ist es notwendig, eine breite Plattform zu finden.

Ich halte es für gut, wenn in dieser Koalition darüber geredet wird, dass bei Hartz IV nicht nur im Hinblick auf den Missbrauch Veränderungen erfolgen müssen, sondern dass es auch darum geht, objektiv ungerechte Regelungen, die von den Menschen auch als solche empfunden werden - ich spreche darüber schon seit vielen Monaten und bin für diese Regelungen schon von vielen Seiten, auch aus den eigenen Reihen, angegriffen worden -, zu beseitigen.

Ich finde es wichtig, dass wir darüber reden, dass über die neuen EU-Strukturfonds keine Subventionen mehr aus unseren Steuergeldern bezahlt werden, die der Verlagerung von Arbeitsplätzen etwa von Nordrhein-Westfalen nach Osteuropa Vorschub leisten.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin dankbar, dass es schon in der letzten Runde der Verhandlungen gelungen ist - übrigens mit Unterstützung des designierten Finanzministers -, diesen Punkt in die Koalitionsvereinbarungen aufzunehmen.

Ich halte ein nationales Energieprogramm für erforderlich. Es wird Zeit, dass in diesem Land die Rahmenbedingungen für eine sichere und preisgünstige Energie wieder definiert werden.

(Ralf Jäger [SPD]: Mit Sockelbergbau!)

Ich halte es für richtig - und jeder weiß das -, die notwendigen Verhandlungen in den nächsten Monaten zu beginnen, um die Fragen, die sich mit der Steinkohle befassen - dabei gibt es unterschiedliche Ansichten -, zu einer Lösung zu führen. Wir als Nordrhein-Westfalen können uns die Steinkohlesubventionen im bisherigen Umfang

nicht mehr leisten, wollen aber den Anpassungsprozess sozialverträglich gestalten.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Ministerpräsident, die Redezeit ist abgelaufen.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Ich halte es für erforderlich, sich darum zu bemühen, neue Forschungszentren und Wissenschaftseinrichtungen in Nordrhein-Westfalen anzusiedeln. Ich halte die Fragen auf dem Feld Verkehr vom Rhein-Ruhr-Wupper-Express bis zu der Frage des Straßenausbaus für Themen, die man gemeinsam angehen kann.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Es gibt also gemeinsame nordrhein-westfälische Interessen. Sie werden mir gestatten festzustellen, dass ich zur Kenntnis genommen habe, wie die in einem Reflex am Anfang sehr harschen, ablehnenden Oppositionsstellungen

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

heute hier relativiert worden sind und man wenigstens zum Teil bereit ist, gemeinsam im Interesse Nordrhein-Westfalens zu agieren. Ich begrüße das ausdrücklich.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ministerpräsident. - Als Nächster hat Herr Dr. Horstmann von der SPD-Fraktion das Wort.

Dr. Axel Horstmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Jeder weiß, dass das, was derzeit in Berlin stattfindet, von großer Bedeutung für die Menschen in Nordrhein-Westfalen ist. Wer gut hinschaut, weiß auch, dass das auch von großer Bedeutung für die Politik in Nordrhein-Westfalen ist. Selbstverständlich darf jeder Bürger des Landes ebenso wie der Ministerpräsident erwarten, dass sich die nordrhein-westfälische SPD für die Interessen des Landes auf der Bundesebene stark macht. Das tut sie auch.

Daraus entsteht aber nicht das, was gestern jemand in einer Tageszeitung mit einer „NRW-Koalition“ in der großen Koalition umschrieb; denn gemeinsames Handeln hieße auch, gemeinsam zu entscheiden. Herr Ministerpräsident, was Sie von uns verlangen, ist nichts anderes, als in Berlin auf der Basis Ihres schwarz-gelben Koalitionsvertrages, den Sie in Nordrhein-Westfalen geschlossen haben, tätig zu werden. Das kann nicht unse-

re Sache sein. Ich glaube, das wird jeder verstehen.

(Beifall von der SPD)

Natürlich nehmen wir zur Kenntnis, dass Unterschiedliches in Ihrem Positionspapier enthalten ist, aber auch genügend, was die SPD nicht in den Stand versetzt zu sagen: Da gehen wir mit Ihnen mit.

Sie haben das Thema Steinkohle selbst angesprochen. Ihre Forderung, dort einzusparen - Sie nennen die Zahl nicht mehr, aber es waren 750 Millionen € -, ist nichts anderes als das Angebot an den Bund, 3 Milliarden € Subventionen im Bereich der Steinkohle einzusparen - die öffentlichen Mittel bewegen sich im Verhältnis 1:4 -, und das voll zulasten Nordrhein-Westfalens. Das kann nicht im Interesse Nordrhein-Westfalens sein.

Deswegen heißt es an dieser Stelle, auf nordrhein-westfälische Interessen zu setzen, darauf zu setzen, dass die Sozialdemokraten in der großen Koalition in Berlin diesen Unsinn zu verhindern wissen werden, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Dies ist ein gemeinsamer Antrag der Koalitionsfraktionen in Düsseldorf - CDU und FDP - für eine Aktuelle Stunde. Das ist interessant, denn die eine ist eine zukünftige Regierungspartei in Berlin, die andere eine zukünftige Oppositionspartei. Da muss man fragen: Wollen Sie den Erfolg der großen Koalition eigentlich?

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

- Es klingt wie eine rhetorische Frage, aber es ist auch eine ernste Frage an den Ministerpräsidenten; denn Sie, Herr Rüttgers, müssen die Frage beantworten, ob diese Landesregierung die neue Bundesregierung bei den wichtigen Taten, die Sie von ihr erwarten, unterstützt. Können Sie das gewährleisten? Dazu haben Sie sich in den vergangenen Wochen nicht geäußert.

(Beifall von der SPD)

Oder ist nicht schon absehbar, dass Sie in Nordrhein-Westfalen sich dazu viel zu sehr auf andere Pfade festgelegt haben? Wollen Sie, um ein anderes Beispiel zu nennen, wirklich die große Koalition in Berlin als Kombattanten für Ihren Glaubenskrieg gegen die Windkraftnutzung gewinnen, wo Ihnen schon die eigenen Kollegen in anderen Ländern widersprechen,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Richtig!)

so gestern der schleswig-holsteinische Wirtschaftsminister Austermann, der sich dabei auf die Standortgesichtspunkte und die Arbeitsplätze bezogen hat?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Welche Bände spricht es, dass uns ein schleswig-holsteinischer Wirtschaftsminister auf die Interessen des Industrielandes Nordrhein-Westfalen aufmerksam machen muss? Ich habe Ihnen vorausgesagt, dass es so kommen wird.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was ist denn herausgekommen?)

Herr Ministerpräsident, solange es in Nordrhein-Westfalen so bleibt wie es jetzt ist, wird das gefordert sein, wozu man Ihnen die Fähigkeit bekanntlich meistens nicht abspricht, nämlich Lavieren. Sie tun es in Wahrheit auch schon.

(Beifall von der SPD)

Wir hören auch, was Frau Thoben zum Thema „Steinkohle in Nordrhein-Westfalen“ auf der „China Coal & Mining“ in Peking sagt. Das geht nicht an uns vorbei. Wir lesen ein solches Papier so gründlich, dass wir merken, dass das, was Sie hier dreimal aufgrund von Oppositionsanträgen wortreich verteidigt haben, nämlich die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke, nicht mehr Bestandteil des energiepolitischen Teils Ihres Papiers ist. Das merken wir wohl.

Eine tatkräftige Politik für die Interessen Nordrhein-Westfalens auf der Berliner Ebene, Herr Ministerpräsident - das müssen wir Ihnen sagen -, sähe aber anders aus als Lavieren. Das kann Ihnen eine Opposition, die im Auftrag der Wählerinnen und Wähler handelt, nicht durchgehen lassen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Dr. Horstmann. - Als Nächster hat von der CDU-Fraktion Herr Kollege Reck das Wort.

Hans-Joachim Reck (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin nach einem für meine Partei historischen Wahlerfolg am 22. Mai

(Zuruf von der SPD: Das haben wir Ihnen zu verdanken! Wahnsinn! - Weitere Zurufe von der SPD)

aufgrund des Votums der Wählerinnen und Wähler in Wuppertal direkt gewählt worden.

(Zurufe von der SPD)

Nachdem ich mir hier vier oder fünf Parlaments-sitzungen angeschaut hatte, habe ich mir für meinen ersten Auftritt im Parlament eines vorgenommen: Ich habe mir nämlich fest vorgenommen, der Opposition - der SPD und den Grünen - zu sagen, dass ich Ihre Arbeit und Ihren Antritt in der Opposition in den letzten Sitzungen als stil-, würde- und verantwortungslos empfunden habe.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie sind - das zeigen auch die lazierenden Äußerungen der Fraktionsvorsitzenden und von Herrn Horstmann - ohne einen programmatischen Kurs der Erneuerung der Politik in Nordrhein-Westfalen angetreten. Einen solchen Kurs habe ich nicht ansatzweise herausgehört.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD] - Weitere Zurufe von der SPD)

Das macht deutlich, dass Sie Ihre Rolle als Opposition überhaupt noch nicht angenommen haben. Frau Walsken, Hyperventilation ersetzt die politische Programmatik nicht. Es tut mir Leid, das ist so.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Sie haben mit Ihrer Politik - wie der gestern vorgelegte Kommissionsbericht zeigt - die Finanzen des Landes Nordrhein-Westfalen zerrüttet. Das Land ist faktisch pleite. Der Ministerpräsident und sein Kabinett - dafür bin ich ihm dankbar - sind nach Kräften dabei, die Handlungsfähigkeit im Interesse der Bürgerinnen und Bürger wieder herzustellen. Durch Ihr Programm haben Sie, vor allem die Grünen, in Nordrhein-Westfalen eine Politik der fortgesetzten Arbeitsplatzvernichtung produziert.

(Unruhe - Glocke)

Der Ministerpräsident ist mit Hochdruck dabei, diese Politik zu beenden.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von der Opposition - das ist eine Replik auf das, was Frau Kraft gesagt hat -, nachdem Sie dieses Land personell fast vier Jahrzehnte lang nach Parteibuch besetzt und es finanziell ausgezehrt haben, tun Sie nach wie vor so, als ob Nordrhein-Westfalen Ihr Eigentum und Ihre Oppositionsrolle gewissermaßen ein Interregnum auf Zeit wäre. Das kann es aus meiner Sicht nicht sein.

(Zuruf von der SPD)

Wenn dieses Land erneuert werden will - das will es; die Wähler haben entsprechend votiert -, dann brauchen wir einen langen Atem der Erneuerung, mehr als eine Periode.

(Zuruf von der SPD)

Deshalb wünsche ich der SPD, dass sie noch lange in der Opposition bleibt, damit wir unser Programm der Erneuerung und des Aufbruchs auch wirklich tatkräftig umsetzen können.

(Beifall von der CDU)

Die wirtschaftliche Situation in Nordrhein-Westfalen hellt sich auf. Die Umfragen belegen das. Das ist der tatkräftigen und häufig sehr pragmatischen Arbeit der Landesregierung zu verdanken. Ich glaube, ich kann für alle Abgeordnete in den Wahlkreisen sprechen. Fast jedes Mitglied des Kabinetts war dort schon anwesend.

Blockaden, die Sie aus ideologischen Gründen bei der Ausweisung von Gewerbeflächen und bei der Lösung des Schwebebahn-Problems in Wuppertal verursacht haben, lieber Herr Horstmann, Probleme, die Sie nicht gelöst haben, obwohl das im Interesse der Menschen lag - all das ist schnell, unbürokratisch und sehr dynamisch behoben worden.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Dafür bin ich ausdrücklich dankbar. Im Interesse aller möchte ich dafür danken, dass diese Blockaden auf einer Vielzahl von Politikfeldern aufgelöst wurden.

Die Bundestagswahl hat in Berlin eine Koalition produziert, die sicherlich nicht unsere Wunschkoalition war. Es ist schon eine Paradoxie - um nicht zu sagen: eine Ironie -, dass es offenkundig so ist, dass sozialdemokratische Ministerpräsidenten, wenn sie abgewählt werden, weil sie in den Augen der Bevölkerung versagt haben, anschließend Bundesfinanzminister werden.

(Zuruf von der SPD: Ihr Ministerpräsident hat jetzt einen als Ratgeber! - Weitere Zurufe von der SPD)

Das nehmen wir zur Kenntnis. Aber ich sage hier auch: Wir Christdemokraten in Nordrhein-Westfalen werden dem designierten Finanzminister Steinbrück die Finanztricksereien und -schiebereien, die er in Nordrhein-Westfalen zur Verschleierung der Haushaltsmisere angewendet hat, nicht durchgehen lassen.

(Zurufe von der SPD)

Nein, Sie, die Sozialdemokraten, haben im Wahlkampf das deutsche Volk belogen. Bundeskanzler Schröder ist nach dem 22. Mai stufen gegangen, weil der Bund pleite ist. Das ist die Realität, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Jetzt wird die Katze aus dem Sack gelassen. Jetzt kommen die hohen Defizite und die Konsolidierungsanstrengungen. Jetzt heißt es plötzlich, dass die Autobahnen veräußert werden sollen - und das, obwohl Herr Horstmann Herrn Wittke noch kurz zuvor wegen angeblicher diesbezüglicher Äußerungen angegriffen hat. - Nein, das ist geradezu grotesk.

(Zurufe von der SPD)

Nordrhein-Westfalen braucht verlässliche Rahmenbedingungen. Nordrhein-Westfalen braucht eine gute Politik im Bund. Deshalb sind wir, die CDU-Landtagsfraktion, dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er die wesentlichen Eckpunkte setzt, die in der Tat, werte SPD, auch politisch-programmatisch eine Rückbesinnung auf eine Neubegründung der sozialen Marktwirtschaft bedeuten.

Mit Ihrer Politik haben Sie das freiheitliche Element der sozialen Marktwirtschaft völlig gestrichen: Freiheit von Bürokratie, Freiheit von Gängelung, Freiheit, für sich und andere Arbeit zu organisieren. Ich bin dem Ministerpräsidenten dankbar, dass er mit seinem konstruktiven Papier die Eckpunkte gesetzt hat, die aus der Sicht Nordrhein-Westfalens notwendig sind, um unsere Interessen auf den Tisch zu legen und die Koalition in Berlin auf den Weg zu bringen, den wir brauchen.

Lassen Sie mich eines zum Abschluss sagen. Die Bilanz des Scheiterns von Rot-Grün ist durch den Kommissionsbericht, den die Expertenkommission zur Sanierung und zum Status der Landesfinanzen gestern vorgelegt hat, dokumentiert worden. Ein "Weiter so", wie Sozialdemokraten und Grüne es praktiziert haben, würde in wenigen Jahren eine exorbitante Landesverschuldung zur Folge haben, mit einer strukturellen Defizitmarge von rund 10 Milliarden €.

Im Interesse des Landes müssen wir umsteuern. Wir müssen eine Haushaltskonsolidierung vornehmen. Gleichzeitig müssen wir Freiräume für Investitionen schaffen. Wir müssen wirtschaftliches Wachstum schaffen, um dann auch zu dem zu kommen, was den Kurs dieser Regierung auszeichnet, nämlich zu wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Gerechtigkeit. - Vielen Dank.

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Reck. - Als Nächster hat Herr Remmel das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade der letzte Redebeitrag, hat, glaube ich, sehr deutlich gemacht, dass die Regierungsfraktionen, die Regierung insgesamt, immer noch nicht in der politischen Wirklichkeit von heute angekommen sind.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie schwelgen nach wie vor in dem Rausch des Wahlsiegs vom 22. Mai, aber das hat mit dem heutigen Datum rein gar nichts mehr zu tun.

Worum geht es im Kern? - Im Kern geht es darum, dass sich die inhaltlichen und machtpolitischen Koordinaten in diesem Land deutlich verschoben haben, und Sie schlittern erkennbar auf diesem seifigen Boden.

Deshalb ist es richtig, dass Sie hier im Parlament erklären müssen, welche Bezüge Ihr Papier zum Koalitionsvertrag hat, wie sich Ihre Regierungspolitik darin neu verortet, wie Ihre Regierungserklärung in diesem Licht der veränderten Machtverhältnisse einzuordnen ist und wie Ihr Brief entsprechend zu bewerten ist.

Es ist erkennbar, dass der Sieg vom 22. Mai, den Sie als Segen für das Land beschrieben haben, nun zum Fluch Ihrer eigenen Politik und zum Fluch für das Land wird.

(Zurufe von CDU und FDP)

- Herr Papke,

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Herr Remmel!)

wenn man Sie eben hier beobachtet hat, dann fällt einem nur die Analogie aus dem Fußball ein. Sie haben das Spielfeld bereits verlassen. Sie sitzen schon auf der Zuschauertribüne.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Zurufe von der FDP)

Das Ganze kulminiert in dem Ereignis vom letzten Wochenende. Da muss man doch einmal fragen: Welche Deutungen lässt dieses Ereignis zu? Die Frage, warum keiner aus der nordrhein-westfälischen CDU in der Ministerriege des Bundes vertreten ist, war ja wohl auch der Auslöser für die heutige Debatte und für die berechtigten Nachfragen.

Die erste Interpretation, meine Damen und Herren, ist die: Der Ministerpräsident hat es gar nicht bei Frau Merkel probiert, weil er wusste, dass er keinen Erfolg hat, keinen Erfolg haben kann. Das ist eine politische Haltung der Resignation.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Absoluter Fachmann!)

Das zweite Erklärungsmuster sieht so aus: Sie haben es nicht probiert, weil Sie so sicher waren, dass Sie berücksichtigt werden. Sie haben ja in Ihren Interviews am Tag selber noch Entsprechendes behauptet. Das aber zeugt davon, dass Sie eine politische Grundhaltung der Ahnungslosigkeit beziehungsweise eine politische Guck-in-die-Luft-Haltung an den Tag legen.

Das dritte mögliche Erklärungsmuster heißt: Sie haben es probiert, aber Sie haben eine Abfuhr bekommen. Dann üben Sie sich in öffentlicher Beschwörungsrhetorik.

Alle drei möglichen Deutungen dokumentieren, dass Nordrhein-Westfalen gegenüber dem Bund eben keinen starken und durchsetzungsfähigen Ministerpräsidenten hat.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Zurufe von der CDU)

- Nein, Nordrhein-Westfalen hat eben keinen solchen starken Ministerpräsidenten. Sie haben das Bild eines Büttels abgegeben, eines - im doppelten Sinne - Briefbeschwerers von Frau Merkel.

(Beifall von den GRÜNEN)

Deshalb müssen Sie sich auch heute hier erklären.

Dann haben Sie sich, weil keiner gerne ein Büttel sein will, überlegt, wie Sie dem Publikum und Frau Merkel gleich noch dazu deutlich machen könnten, dass Sie eben keiner sind.

Deshalb ist dieser Brief entstanden. Der Charakter des Papiers - verzeihen Sie mir - aber zeigt doch eher Ihre Hilflosigkeit, Ihre Machtlosigkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das Bild ist klar. Der König ist nackt.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Sie haben nichts anzubieten. Wenn Sie etwas anzubieten hätten, kämen Sie mit konkreten Vereinbarungen und Absprachen, die Sie mit Frau Merkel getroffen haben, hierhin zurück. Stattdessen suchen Sie hilfesuchend die Kollegen von der SPD auf.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht zukunftsfähig für dieses Land. Sie müssen die Regierungspolitik neu justieren und sich dazu auch in diesem Parlament mit einer Regierungserklärung neu äußern. - Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Remmel. - Für die FDP-Fraktion hat Frau Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Guten Morgen, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin überzeugt, die FDP-Fraktion und die CDU-Fraktion - ich unterstelle das aber auch allen anderen Fraktionen hier in diesem Haus -, wir machen Politik für die Menschen im Land Nordrhein-Westfalen. Und der Ministerpräsident vertritt völlig berechtigt die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen.

Wenn er dann in seinem Brief an die politischen Persönlichkeiten aus Nordrhein-Westfalen, die in den nächsten Wochen und Monaten Einfluss nehmen auf das, was hier in diesem Land, in der Bundesrepublik, passiert, von gemeinsamer Verantwortung für NRW spricht, finde ich das völlig in Ordnung. Das ist eigentlich selbstverständlich. Das ist genau das, was ich vom Ministerpräsidenten dieses Landes Nordrhein-Westfalen - ich will fast sagen - erwartet habe. Insofern: Herzlichen Dank, Herr Rüttgers!

(Beifall von FDP und CDU)

Dass die Kollegin Kraft hier dann den Vorwurf der sozialen Kälte erhebt, finde ich schon sehr bemerkenswert. Wir haben eine Rekordhaushaltsverschuldung. Der Landeshaushalt ist tief im Keller. Darüber reden wir ja gleich noch. Die sozialen Sicherungssysteme sind vor die Wand gefahren. Wir haben eine Rekordarbeitslosigkeit. Wir haben viel zu hohe Insolvenzzahlen in diesem Land.

Da frage ich mich doch allen Ernstes, liebe Kollegin Kraft: Was ist denn genau die soziale Kälte? - Ich finde, eine Politik, die Menschen nicht in Arbeit bringt, eine Politik, die verhindert, dass hier in Nordrhein-Westfalen investiert wird, dass hier wieder Arbeitsplätze entstehen können, das ist eine unsoziale Politik.

(Beifall von FDP und CDU)

Eigentlich halte ich Sie für intelligent genug, diese Zusammenhänge zu sehen und zu verstehen.

Ich frage mich die ganze Zeit: Wieso haben Sie in den letzten 39 Jahren nicht endlich gehandelt? Warum haben Sie das Land Nordrhein-Westfalen nicht auf gesunde Füße gestellt, damit wir eine prosperierende Wirtschaft haben, eine annähernde Vollbeschäftigung und ein blühendes Innovationsland? Meine Damen und Herren, ich kann die von Ihnen erhobenen Vorwürfe nicht nachvollziehen und teilen. Denn Sie haben hier jahrelang die Chance gehabt, und Sie haben sie nicht genutzt.

(Beifall von FDP und CDU)

Dann wirft der Kollege Horstmann die Frage auf: Wollen Sie den Erfolg der großen Koalition? - Herr Kollege Horstmann, mir ist es eigentlich völlig wurscht. Ich möchte gern, dass die Politik dieses Landes endlich wieder vernünftig gemacht wird und wir Reformen umsetzen, die den Menschen in diesem Land wieder eine Perspektive eröffnen.

Wer das tut, das ist mir - mit Verlaub - nicht völlig egal. Aber die Bürgerinnen und Bürger haben entschieden. Das respektieren wir auch. Ich möchte gerne, dass jetzt eine vernünftige Politik gemacht wird.

Ich finde, da hat der Ministerpräsident in seinem Brief deutlich die Punkte aufgezählt, wo dringender Handlungsbedarf besteht. Die Föderalismusreform ist schon angesprochen worden. Deswegen will ich es nicht wiederholen. Eine verlässliche und gerechte Sozialpolitik, damit Kinder nicht mehr zum Armutsrisiko werden, hat er ebenfalls angesprochen.

Eingehen will ich von daher auf einen anderen Punkt, der mich in besonderer Weise nachdenklich gemacht hat. Sie klammern sich nach wie vor an die Steinkohlesubvention. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen - nein, an dieser Stelle muss ich Bündnis 90/Die Grünen ausnehmen, also: Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, wir glauben zu Recht, dass wir Nordrhein-Westfalen zukunftssträftig auf den Weg bringen können, dass wir Innovationen in Nordrhein-Westfalen auf den Weg bringen und Forschung und Innovationen haben können. Wir glauben nach wie vor, dass wir Biowissenschaften und Biotechnologie als Schlüsseltechnologien ansiedeln können.

(Zuruf von der SPD: Wie bitte?)

Aber Sie glauben nach wie vor, dass uns die Steinkohlesubvention nach vorne bringt.

Ich weiß nicht, was wir noch veranstalten müssen, damit Sie an dieser Stelle endlich einmal zum Nachdenken kommen. Die Perspektiven für unser Land liegen eben nicht mehr im subventionierten Steinkohlebergbau. Wir müssen dagegen diese Mittel verwenden, um in Forschung und Innovation und in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder zu investieren.

Deshalb halte ich es für völlig richtig, dass der Ministerpräsident in seinem Brief sehr deutlich ausgeführt hat, dass wir von der Steinkohlesubvention weg müssen und die Mittel endlich für Forschung, Innovationen, Bildung, Ausbildung und

Infrastruktur verwenden müssen, damit sich in diesem Land wieder Perspektiven für die heute noch arbeitslosen Menschen eröffnen. Wir müssen wieder Investitionen nach Nordrhein-Westfalen holen können.

Lieber Herr Horstmann, genau das erwarte ich von der Bundesregierung und von der Landesregierung, die wir in Nordrhein-Westfalen mitgestalten. Das sind die Anforderungen. Ich glaube, die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht darauf. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Freimuth. - Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen für die Aktuelle Stunde vor, die ich deshalb schließe.

Ich rufe auf:

2 Zukunftsfähige Arbeitsplätze für NRW nicht blockieren

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/464

Für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Frau Abgeordnete Höhn das Wort.

Bärbel Höhn (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach 15 Jahren in diesem Landtag - fünf Jahre als Fraktionssprecherin und zehn Jahre als Ministerin - wird dies meine letzte Rede im Landtag sein.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

- Danke schön. Herzlichen Dank. Herzlichen Dank gerade auch für den Applaus von der Opposition. Ich denke einfach einmal, dass es sympathisch gemeint ist. Bei allen Auseinandersetzungen, die wir hatten, denke ich, dass es sympathisch gemeint war. So nehme ich es heute erst einmal hin.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Richtig!)

Es war vorhin schon interessant, die Debatte zu hören. Ich sehe mir das Ganze mit etwas Abstand an. Nach zehn Jahren im Ministeramt merkt man, was am Ende zählt. Es zählen nicht die starken Sprüche, die ich heute teilweise gehört habe. Am Ende wird das zählen, was für die Menschen in diesem Land an Taten und an konkreten Punkten umgesetzt worden ist. Das werden die Menschen in diesem Land am Ende beurteilen.

(Beifall von den GRÜNEN - Dr. Gerhard Papke (FDP): 400.000 Arbeitslose mehr!)

Herr Reck, seien Sie deshalb vorsichtig. Sie haben eben die Expertenkommission, die Ihnen Vorschläge zur Umsetzung einer Haushaltssanierung unterbreitet hat, so stark herausgestellt. Nach den starken Sprüchen, die Sie hier gemacht haben, kann ich der Opposition nur raten, Sie genau an diesen starken Sprüchen zu messen. Wieweit setzen Sie es am Ende um? Frau Merkel hat Herrn Kirchhof am Ende im Kohlenkeller vergraben, weil viele dieser Vorschläge eben nicht umsetzbar sind und man sie den Menschen in diesem Land nicht zumuten kann. Von daher ist die Frage, was am Ende wirklich über bleibt.

Eben sind zwei Punkte genannt worden, zum Beispiel die Steinkohle. - Ja, das ist ein wichtiger Punkt. An dem werden Sie gemessen. Das gilt noch mehr für die FDP als für die CDU.

(Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Gerade weil Sie einer der starken Sprücheklopfer sind, Herr Dr. Papke, muss ich sagen: Was Sie in Walsum geleistet haben, hat die Bevölkerung gegen Sie aufgebracht, und zwar zu Recht.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wer den Mund so voll nimmt und am Ende nichts erreicht, der wird sich auch daran messen lassen müssen, was er versprochen hat.

(Zuruf: So ist das!)

Meine Damen und Herren, es soll durchaus auch eine versöhnliche Rede werden, die ich heute halte. Deshalb sage ich: Am Ende zählt das, was die Menschen von einer solchen Arbeit der Landesregierung noch im Kopf behalten.

Vizepräsident Edgar Moron: Frau Höhn, es liegt eine Wortmeldung von Herrn Dr. Papke vor. Wollen Sie die Frage zulassen?

Bärbel Höhn (GRÜNE): Das möchte ich jetzt lieber nicht. Das muss ich ganz ehrlich sagen. Gleich gerne, Herr Papke. Das ist nicht die Rede, in der ich mit Herrn Papke auf diese Art und Weise streiten möchte.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich möchte drei Punkte herausheben, von denen ich glaube, dass sie in diesem Land nach meinen zehn Jahren Ministertätigkeit Wirkung hinterlassen haben und es deshalb wert sind, von dieser Landesregierung weiter geführt zu werden.

Der erste Punkt ist der Verbraucherschutz. Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine andere Art von Landwirtschaftspolitik und eine andere Art von Verbraucherschutz gemacht. Dies hat sowohl auf Bundesebene als auch auf EU-Ebene abgefärbt.

Nehmen Sie einmal den Fleischskandal in Bayern. Die Menschen sind sehr beunruhigt, weil 600 t nicht genießbaren Fleisches in den Handel gelangt sind. Wenn Sie das auf jeden Menschen in der Bundesrepublik Deutschland umrechnen, sind das 30 g pro Person. Das ist keine Kleinigkeit mehr. Die Firma hat so lange gearbeitet, und keiner ist dahinter gekommen.

In Nordrhein-Westfalen ist insofern einiges besser gelaufen als in Bayern, als das Informationsfreiheitsgesetz uns die Möglichkeit eröffnet, Namen von Unternehmen, die so gearbeitet haben, ins Netz zu stellen und der Öffentlichkeit zur Kenntnis zu bringen. Dadurch ist eine zusätzliche Kontrolle gegeben, die dazu beiträgt, dass solche Skandale in diesem Land möglichst nicht mehr passieren und wenn, dann schneller aufgedeckt werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist ein großes Verdienst dieses Landtags.

Aber es gilt auch, gerade in der Landwirtschaft, die Arbeitsplätze verliert, neue Potenziale zu fördern. Das gilt auch für den Ökolandbau. Wir haben durch den Ausbau dieses Bereichs mehrere Tausend Arbeitsplätze in diesem Land gesichert. Wenn man Arbeitsplätzen Vorrang einräumt, muss man so etwas tun. Es ist gut, wenn wir auf diesem Weg weiter voranschreiten.

Dass auch die CDU/CSU gelernt hat, sieht man daran, dass Herr Seehofer zum neuen Landwirtschaftsminister ernannt wird. Er ist kein ausgewiesener Experte für Landwirtschaft und kein ausgewiesener Vertreter der Bauern, aber - so behaupte ich - wenn man reine Lobbypolitik macht, nützt es am Ende den Bauern auch nichts,

(Beifall von den GRÜNEN)

weil sich damit die notwendigen Veränderungen nicht einleiten lassen.

Der nächste Punkt, der mir wichtig ist, ist die Umweltwirtschaft. Dabei denke ich vor allem an die Arbeitsplätze, die wir in diesem Bereich geschaffen haben. Wenn Sie, Frau Freimuth, sagen: „Arbeitsplätze gehen über alles; Freiheit für Arbeitsplätze“, dann entgegne ich: Endlich Freiheit für die Windkraft, Herr Papke! Denn die Blockade der Windkraft, die Sie betreiben, bedeutet Verlust von Arbeitsplätzen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bisher habe ich es noch nie erlebt, dass ein Minister, Herr Wittke, der auch für die Windkraft zuständig ist, einen gesamten Wirtschaftsbereich verunsichert und diskreditiert. Das gefährdet am Ende Arbeitsplätze in diesem Land. Das merken sogar die anderen Bundesländer. Dass ein Exportschlager in diesem Land in andere Bundesländer abwandert, hätten Sie, insbesondere Herr Papke, der gerade weggeht,

(Dr. Gerhard Papke [FDP] ist soeben von seinem Platz aufgestanden, geht zu den oberen Sitzreihen und winkt der Rednerin zu.)

durch Ihre Politik zu verantworten.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dabei geht es beim Thema Energie nicht nur um die Riesenpotenziale, die wir bei der Biomasse haben - Stichwort: biogene Kraftstoffe -, und um die Stromerzeugung, die ja nicht nur über Windkraft erfolgt, sondern auch um Technologien anderer Bereiche. Es geht um die Membrantechnologie im Wasserbereich und um die Abfalltechnologie. Da melden sich Städte aus Kanada und Großbritannien und fragen: Wie macht ihr das eigentlich? Diese Technologie wollen wir von euch kaufen.

Deshalb ist es gerade für ein Land wie Nordrhein-Westfalen mit großer Exportlastigkeit wichtig, dass wir diesen Ausbau in Nordrhein-Westfalen forcieren. Mittlerweile arbeiten 1,5 Millionen Menschen im Umweltbereich. Umwelttechnik hat Zukunft. Das bedeutet, Sie schaffen keine Arbeitsplätze, wenn Sie die Umweltstandards senken, Sie schaffen diese Arbeitsplätze nur mit guten und starken Umweltstandards in diesem Land.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Der dritte Bereich, den ich ansprechen will, ist ein einzelnes Projekt, das mir besonders viel Spaß gemacht hat. Das ist der Nationalpark Eifel. Mit diesem Nationalpark Eifel haben wir es geschafft, eine Region zu begeistern. Wir haben es geschafft, dass in einer Region, die bisher vernachlässigt war, neue Arbeitsplätze und eine neue Perspektive entstanden sind, und wir haben es geschafft, Nordrhein-Westfalen ein neues Gesicht zu geben.

Deshalb: Vertun auch Sie, liebe CDU und FDP, die Chancen für einen solchen Nationalpark für OWL nicht! Denn es ist eine Chance für neue Arbeitsplätze, und es würde diesem Land Nordrhein-Westfalen gut tun, wenn Sie in diesem Sinne in OWL weiterarbeiten würden.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich sehe mit einer gewissen Gelassenheit, dass auch der neuen Regierung das Regieren nicht immer leicht fällt. Auch Sie machen Fehler. Wenn ich an die Schlagzeilen denke, haben Sie in den letzten Wochen eine Zeit von Pleiten, Pannen und Pech erlebt. Sie haben in dieser Debatte sehr viel über den Sommer gesprochen. Sommer, Sand und Sonne gehören zusammen. Wenn man das überträgt, müsste man sagen: Die liebe Ministerin Frau Sommer steht im Regen wie dieser Sommer, der viel Regen hatte. Es ist leider Sand im Getriebe, und ein Platz an der Sonne neben Frau Merkel in Berlin ist Ihnen, Herr Rüttgers, leider auch nicht gestattet worden - anders als Herrn Koch. Das ist die Bilanz des ersten Sommers dieser Regierung.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber bei allem Streit finde ich es wichtig, dass wir auch zu Gemeinsamkeiten kommen. Denn wir merken es ja, die FDP weiß gar nicht mehr wie sie reagieren soll. Sie ist einmal in der Regierung und einmal in der Opposition. Die große Koalition in Berlin macht deutlich, dass auch Partner, die sich im Wahlkampf hart bekämpft haben, zusammengehen müssen.

Deshalb mein Appell an Sie alle: Wir werden bei der Bevölkerung nur dann Vertrauen in die Politik erreichen, wenn wir Gemeinsamkeiten hervorheben und gemeinsam an einem Strick ziehen. Es müsste doch unser gemeinsames Ziel sein, gegen Politikverdrossenheit anzugehen; denn sie schadet uns allen, weil sie am Ende die Demokratie gefährdet.

Meine Damen und Herren, mir hat die Arbeit hier in diesem Landtag Spaß gemacht. Abschließend will ich nur noch eines sagen. Es waren für mich 15 wichtige Tage meines Lebens.

(Heiterkeit - Zurufe: Tage?)

- Nicht nur 15 Tage, sondern 15 Jahre; aber sie sind so schnell vergangen wie 15 Tage. - Ich habe eine Menge gelernt. Ich habe auch viel von Ihnen gelernt, weil Sie mir durch eine harte Opposition geholfen haben, Fehler in der Regierung zu erkennen und zu korrigieren. Deshalb: Alles Gute für dieses Land! Ich wünsche Ihnen allen, zunächst der Regierung, aber - Sie werden mir verzeihen - auch der Opposition, insbesondere den Grünen: Machen Sie Ihre Arbeit gut! Ich werde Sie beobachten und ab und zu meine Kommentare abgeben. - Vielen Dank für die gute Zusammenarbeit.

(Allgemeiner Beifall - Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers geht zu Frau Höhn und schüttelt ihr die Hand. Hannelore Kraft [SPD] und Dr. Michael Vesper [GRÜNE] schließen sich an, während Bärbel Höhn [GRÜNE] zu ihrem Platz geht.)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Höhn. - Ich darf Ihnen auch im Namen des Hohen Hauses für Ihre künftige Aufgabe im Deutschen Bundestag alles Gute wünschen - auch im Interesse unseres schönen Landes Nordrhein-Westfalen. Alles Gute für Sie!

(Allgemeiner Beifall)

Für die CDU-Fraktion hat Herr Dr. Droste das Wort.

Dr. Wilhelm Droste (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gestatten Sie auch mir, dass ich mich kurz in einer Vorbeurkundung Ihnen, Frau Höhn, widme. Ich darf Ihnen auch im Namen meiner Fraktion persönlich alles Gute in Ihrem neuen Wirkungsfeld wünschen. Vor allen Dingen wünsche ich auch den Menschen, mit denen Sie jetzt im Deutschen Bundestag zu tun haben, eine gute Unterhaltung mit Ihnen, die wir hier auch gehabt haben. In diesem Sinne alles erdenklich Gute!

Nun zu dem Antrag: Das wichtigste Ziel jedes politischen Handelns in Nordrhein-Westfalen und in der Bundesrepublik Deutschland ist - darüber dürfte kein Zweifel bestehen - die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Derzeit liegt die Arbeitslosenquote in Nordrhein-Westfalen bei 11,8 %. Das sind zur Stunde - Stand: gestern - 1.041.426 Menschen ohne Arbeit - Menschen, die, wenn Politik und Wirtschaft nicht binnen kurzer Zeit entschlossen handeln, zu Hunderttausenden in eine Zukunft ohne Perspektive gehen. Vor dem Hintergrund dieser erdrückenden Zahl ist die Schaffung von Arbeitsplätzen oberstes Gebot, dem sich jedes politische Aufgabenfeld anpassen muss. Jeder - das sage ich ausdrücklich auch zu Ihrem Antrag -, der hierzu einen Beitrag leisten kann und möchte, ist herzlich willkommen, an dieser Mammutaufgabe mitzuwirken.

Aber die Beiträge müssen konstruktiv sein. Sie müssen sich den wirklichen Ursachen von Arbeitslosigkeit zuwenden. Das heißt, Arbeitsplätze müssen sich aus den Mechanismen des Marktes ergeben, aus Angebot und Nachfrage entstehen, eine Produktivität für sich entfalten, die in erster Linie einen realen volkswirtschaftlichen Hintergrund hat. Es kommt nicht allein darauf an, dass Menschen Beschäftigung finden, sondern mit die-

ser Beschäftigung muss im Ergebnis auch etwas erwirtschaftet werden; andernfalls wird wirtschaftliche Realität vorgegaukelt und die Behebung der Ursachen von Arbeitslosigkeit auf den Sankt-Nimmerleinstag vertagt.

Das, was Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen, heute hier vorstellen, ist ein Beispiel dafür, wie man es gerade nicht machen sollte. Sie sprechen in Ihrem Antrag von der Erhaltung zukunftssichernder Arbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen. Schon bei der Überschrift „zukunftsfähige Arbeitsplätze“ bestehen erhebliche Zweifel. Sie fordern heute ein - Frau Höhn, Sie haben das gerade eindrucksvoll gemacht -, Ihre bisherige Politik, die Sie in dem zurückliegenden Landtagswahlkampf akzentuiert als Ihren arbeitsmarktpolitischen Zukunftsentwurf zur Wahl gestellt haben und mit dem Sie bei dieser Wahl gescheitert sind, beizubehalten, und Sie wollen weiterhin - daran kann kein Zweifel bestehen - im großen Stil Subventionen verteilen.

Ihre Vorstellung, möglichst viele Arbeitsplätze durch Transferzahlungen künstlich zu schaffen und diese dauerhaft zu erhalten, muss von uns mit aller Deutlichkeit abgelehnt werden. Das kann schon mit Blick auf die dramatische Haushaltslage weder der Weg noch das Ziel sein, Arbeitslosigkeit auf Dauer effektiv zu bekämpfen.

Dass Subventionen schnell zu Besitzständen werden, die man nur mit erheblichen Problemen wieder beseitigen kann, müsste Ihnen doch aus den vergangenen Legislaturperioden, die Sie in diesem Landtag arbeiteten, hinlänglich bekannt sein. Es kann nicht sein, dass durch Subventionen und durch zunehmende Regulierung weiterhin Wettbewerb verhindert wird. Uns geht es vielmehr darum, zukunftssichere, wirkliche Arbeitsplätze zu schaffen, die sich im Wettbewerb behaupten können. Dies kann nur gelingen, wenn alte Verkrustungen endlich aufgebrochen werden und man wieder zum freien Spiel der Kräfte am Markt zurückfindet.

In diesem Zusammenhang empfehle ich dringend die Lektüre des Herbstgutachtens des Sachverständigenrates. Hierin wird noch einmal ganz deutlich hervorhoben, dass staatliche Eingriffe zugunsten von mehr marktwirtschaftlichen Elementen dringend zurückgeführt werden müssen. Auch die Bedeutung der Setzung von geeigneten Rahmenbedingungen wird immer wieder betont. Hiernach kann sich der Staat nicht für alle Ziele verantwortlich fühlen und diese selbst umsetzen, sondern er muss sich darauf reduzieren, den Ordnungsrahmen vorzugeben. Das ist im Übrigen auch die Politik dieser Landesregierung: weniger

Regelung, mehr Ordnung. Nur wer diese Rollenverteilung verinnerlicht, kann effiziente Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik betreiben.

Nun zur Energiepolitik! Energie ist und bleibt ein elementarer Produktions- und Kostenfaktor, der erheblich zur Konkurrenzfähigkeit unserer heimischen Wirtschaft beiträgt. Die bisher durchgeführte Liberalisierung des Strommarktes hat zu Preissenkungen von 7,5 Milliarden € geführt. In Ihrem Antrag unterstellen Sie, dass wir die Schaffung von Arbeitsplätzen vor allem im Bereich der Windenergie blockieren. Ich hätte mir an Ihrer Stelle gerade diesen Bereich nicht ausgesucht, denn Sie sprechen fälschlicherweise von 60.000 Arbeitsplätzen, die in der Windkraftindustrie hierzulande geschaffen worden seien. Richtig ist hingegen - es ist wichtig, dass man die Zahlen genau analysiert -, dass Sie systematisch nur den kleinsten Zulieferer von Windenergieanlagen mit seiner kompletten Belegschaft in diese Zahl hineingerechnet haben. Sie unterscheiden bei den Zulieferern nicht nach Unternehmensteilen zur Windenergie, sondern Sie rechnen die Arbeitsplatzzahlen künstlich hoch; daran besteht kein Zweifel.

Wenn man diesen Buchhaltertrick herausrechnet, kommt man in Nordrhein-Westfalen gerade einmal auf 4.000 Arbeitsplätze in der Windenergie, die real bestehen. Dazu kommt, dass jeder einzelne dieser 4.000 Arbeitsplätze von den Stromkunden zurzeit nach dem EEG mit mehr als 33.000 € im Jahr gefördert wird. Diese Abschöpfung fehlt zur Stunde im Haushalt, sie fehlt für Investitionszwecke, sie steht dort nicht mehr zur Verfügung.

Meine sehr verehrten Damen und Herren von Bündnis 90/Die Grünen, ich sage es ohne Umschweife: Sie bewirken mit dieser Form der Einstellung, mit dieser Politik nichts anderes als eine Umschichtung von der Steinkohlesubvention in die Subvention für die Windkraft.

(Beifall von der CDU - Zuruf von Helmut Stahl [CDU]: Jawohl!)

Es ist auch der Hinweis geboten, dass durch den explosionsartigen Anstieg der Anzahl von Windrädern - zurzeit mehr als 2.300 Anlagen in Nordrhein-Westfalen - die Kapazitäten der Landschaft in Nordrhein-Westfalen längst erschöpft sind. Trotzdem liegt die Stromproduktion bei gerade einmal 2 % - die Zahl ist offenkundig - der nordrhein-westfälischen Produktion.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist schon erwähnt worden: In Berlin verhandeln in diesen Stunden CDU und SPD darum, in erster Linie gigantische Haushaltsdefizite auszugleichen,

und sie ringen darum, das den Menschen zu vermitteln. Angesichts dieses Schuldenstandes in Land und Bund sage ich Ihnen heute noch einmal klipp und klar: Wir sind nicht länger bereit, Wirtschaft und Verbraucher mit völlig überzogenen Preisen zu belasten, um weiterhin eine Ideologie zu finanzieren. Wir werden die Verteuerung von Energie durch staatliche Eingriffe beenden. Ich sage eindeutig: Das gilt vor allem für die Windkraftenergie. Es steht übrigens im Herbstgutachten, dass dieser Effekt - neben der ohnehin bekannten konjunkturell dämpfenden Wirkung von steigenden Energiepreisen insbesondere bei Öl - bei anderen Energieträgern wie Erdgas mit einer zeitlichen Verzögerung von einem Jahr genauso eintreten wird.

Niemand in diesem Hause will zukunftsfähige Arbeitsplätze im Bereich der Windenergie blockieren. Es ist aber auch klar, dass wir mit unseren 2 % Windenergie gegenüber einem Preisanstieg der anderen 98 % der Energiequellen kaum eine Chance haben, uns dieser Entwicklung zu entziehen.

Ich fordere Sie nochmals dringend auf, sich dieser Tatsache nicht zu verschließen; sonst gehen Sie an der Wirklichkeit dieses Landes gerade im Bereich der Energiepolitik schnurstracks vorbei.

Uns geht es darum, alle innovativen Technologien gleichsam zu unterstützen und nicht den einen Bereich völlig und über alle Maßen zu subventionieren. Vor allem vor dem Hintergrund der allgemein steigenden Energiepreise können wir uns diese weitere Verteuerung nicht leisten. Genau dies aber soll nach Ihrer Vorstellung offenbar passieren.

Nun zum Dieselfilter! Es ist unbestritten, dass ein langfristiges Gesamtkonzept zur Reduzierung von Feinstaub notwendig ist. Hier muss gemeinsam mit Bund, Ländern und Gemeinden, aber vor allen Dingen - und dies ist in erster Linie gefordert - mit der Automobilwirtschaft ein Konzept entwickelt werden; dabei spielt die Finanzierbarkeit der gemeinsamen Umsetzung eine bedeutende Rolle. Unbedingt notwendig ist es, eine aufkommensneutrale Ausgestaltung zu erreichen. Auch hier gilt: Obacht, nicht wieder mit zu starken Regulierungen und Vorschriften in den Markt eingreifen!

Vielmehr muss mit den beteiligten Parteien eine annehmbare Lösung gefunden werden. Ich bin sicher, dass dies mit allen Beteiligten gelingen wird, und freue mich in diesem Sinne auf die Beratungen im Ausschuss. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Droste. - Für die SPD-Fraktion hat Frau Schulze das Wort. Bitte schön.

Svenja Schulze (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Gestatten Sie mir ebenfalls eine Vorbemerkung: Frau Höhn, ich möchte Ihnen auch im Namen der SPD-Fraktion alles Gute für Ihre Arbeit in Berlin wünschen und Ihnen ganz herzlich für das danken, was Sie die letzten 15 Jahre für und in NRW geleistet haben. Wir haben Sie als eine sehr engagierte Frau kennen gelernt. Sie haben es uns nicht immer einfach gemacht. Aber wir wissen, dass Sie mit Spaß und Engagement dabei sind.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deswegen sind Sie sicherlich auch eine engagierte und sachkundige Bereicherung für das Parlament in Berlin.

Nun zum Antrag! Der Ministerpräsident hat uns verkündet, dass er nach der Personalentscheidung von Frau Merkel jetzt die Freiheit habe, sich an den Interessen Nordrhein-Westfalens zu orientieren. Eigentlich sollte das für den Ministerpräsidenten des größten Bundeslandes eine Selbstverständlichkeit sein. Aber schön, wenn Sie nach über 100 Tagen Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen jetzt endlich einmal die Interessen Nordrhein-Westfalens in den Blick nehmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Noch schöner wäre es allerdings, wenn Sie auch Ihre Fachminister dazu überreden könnten, einmal die Interessen von Nordrhein-Westfalen bei dem, was Sie in Nordrhein-Westfalen tun, in den Blick zu nehmen. Es geht nämlich um dieses Land hier. Es geht darum, wie wir hier Rahmenbedingungen für zukünftige Arbeitsplätze schaffen. Und dazu ist es notwendig, sich den Realitäten in Nordrhein-Westfalen zu stellen.

Ich weiß: Ideologie kann auch Nestwärme erzeugen. In der Politik ist es manchmal schwierig mit dem kalten Wind draußen. Aber wer den nicht ertragen kann, der sollte sich dem erst gar nicht aussetzen. Ideologische Nestwärme reicht auch in einem Energieland wie Nordrhein-Westfalen nicht aus, um ein Bundesland zu regieren.

Sie zeichnen hier Zerrbilder von Nordrhein-Westfalen, die mit der Realität nichts zu tun haben. Ich möchte das an zwei Beispielen deutlich machen.

Das erste ist das Märchen von den Windkraftmonstern. Angeblich ist Nordrhein-Westfalen verspargelt mit Windkraftträgern, die die Bewohner belästigen, Steuergelder verschlingen und überall auf den heimischen Hügeln herumstehen. Der Bauminister wirft sich heldenhaft diesen Monstern entgegen und sagt in einem großen Interview in der „Zeit“: Das machen wir platt. - Aber was möchte denn Minister Wittke da platt machen?

NRW ist im Maschinenbau für Windkraftanlagen führend. Wir haben hier in Nordrhein-Westfalen sehr viele Firmen im Bereich der Windkrafttechnik. Einige davon sind quasi schon Symbol für einen erfolgreichen Strukturwandel.

Da ist z. B. Bosch Rexrodt in Witten, da ist die Eickhoff-Maschinenfabrik in Bochum, da ist die Hanning+Kahl GmbH in Oerlinghausen, da ist HAWE Hydraulik in Hennef, da ist Windenergy in Voerde, um nur ein paar wenige zu nennen. Diese Firmen sind stark im Export, natürlich. Um da führend zu bleiben, brauchen sie aber hier verlässliche Rahmenbedingungen. Die haben wir auf Bundesebene mit dem EEG bisher aufgezeigt. Wollen Sie das wirklich alles platt machen? Soll Ideologie zukunftsfähige Arbeitsplätze vernichten, statt nachhaltige Entwicklungen auch für den ländlichen Raum aufzuzeigen? Ist das wirklich Ihre Zukunftsperspektive für Nordrhein-Westfalen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das zweite Beispiel ist meines Erachtens das Märchen von der Befreiung der Bauern. Auch in diesem Bereich zeichnen Sie ideologische Zerrbilder von NRW. Neben den Windkraftmonstern findet die neue Landesregierung eine ganze Bevölkerungsgruppe angeblich in Gefangenschaft vor. Das sind ihres Erachtens die Bauern: Getriezt mit Verordnungen fristen die Bauern ein klägliches Leben in Nordrhein-Westfalen. Deswegen tut es hier nicht einfach nur ein Fachminister, sondern da braucht man dann einen Bauernbefreier.

Statt die erfolgreichen Programme des Ökolandbaus und der Regionalvermarktung weiterzuführen und auszubauen, werden hier nur noch Großlandwirte in den Blick genommen und dem ländlichen Raum keine Perspektiven mehr aufgezeigt.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Wie kann man nur so wenig Ahnung haben?)

Statt den Weg von der Produktion anonymer Massenware mit ständig sinkenden Preisen zu verlassen und auf hochwertige Produkte aus der Region zu setzen, wird wieder die antiquierte

Landwirtschaftspolitik à la Heereman gemacht: „Wachse oder weiche!“

Statt endlich eine Politik für den ländlichen Raum zu formulieren und zu gestalten - leider wieder nur Märchen, Ideologie und Zerrbilder! Schade eigentlich!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir als SPD setzen auf ein integratives Konzept. Wir wollen lebendige ländliche Räume mit wettbewerbsfähigen Betrieben. Wir wollen sanften Tourismus und nachhaltige Energieversorgung. Und wir wollen, dass die Interessen der Verbraucher an gesunden und qualitativ hochwertigen Lebensmitteln aus einer intakten Umwelt berücksichtigt werden und nicht nur ein Absenken von Standards. Sie bieten in dem Bereich gar nichts.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Rüttgers, Sie haben sich am 5. März dieses Jahres auf dem CDU-Landesparteitag noch zugegetraut, 1 Million Arbeitsplätze zu schaffen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das ist einfach unwahr!)

Lesen Sie Ihre Rede nach! Darin steht: Sie trauen es sich zu, 1 Million Arbeitsplätze zu schaffen.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das ist unwahr! - Zurufe von der CDU)

Im Interesse von Nordrhein-Westfalen sollten Sie jetzt endlich einmal damit starten, sich um diese Arbeitsplätze zu kümmern. Ideologische Kämpfe und Märchen helfen an diesem Punkt einfach nicht weiter.

(Beifall von der SPD)

Deshalb freue ich mich darauf, die Debatte im zuständigen Fachausschuss weiterzuführen. Wir warten gespannt auf Ihre Konzepte. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Schulze. - Für die FDP-Fraktion spricht Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wegen Ihrer Abschiedsrede: Sehr geehrte Frau Ministerin a. D. Höhn! Ich habe den Antrag der Fraktion der Grünen „Zukunftsfähige Arbeitsplätze für NRW nicht blockieren“ gelesen und mich dann gefragt: Habe ich hier eine Erscheinung?

(Heiterkeit und Zurufe von der FDP)

Ich frage mich: Wer blockiert denn hier? Diese Koalition ist angetreten und hat im Gegensatz zu Rot-Grün gesagt: Vorfahrt für zukunftsfähige Arbeitsplätze. - Ich erinnere nur einmal an die Diskussion um die leidige Hamsterfrage. Dabei ging es nicht nur um Aachen-Heerlen, es ging auch um die Frage, ob Hamster den Kraftwerksneubau Grevenbroich-Neurath behindern. Frau Höhn hat hier mit treuem Augenaufschlag gesagt: Wir werden das überhaupt nicht behindern. Das läuft völlig glatt.

Und was ist Tatsache? In einer Pressemitteilung des BUND ist zu lesen, dass gegen die Entscheidung der Bezirksregierung geklagt wird.

„Letztendlich ungelöst, so der BUND, ist nach wie vor auch das so genannte ‚Hamsterproblem‘, wodurch das Vorhaben bundesweit Schlagzeilen machte. Die Einrichtung der Baustelle hat bereits einen nachgewiesenen Rest-Lebensraum dieser streng geschützten Art zerstört, obwohl der rechtlich erforderliche Nachweis der Allgemeinwohldienlichkeit des Vorhabens nicht erbracht werden konnte.“

Meine Damen und Herren, das, was von den Grünen hier betrieben worden ist, ist geistige Brandstifterei, die der BUND jetzt in parteipolitische Fundamentalopposition umsetzt.

(Beifall von der FDP)

Das haben die Grünen zu verantworten, ebenso wie die Gefährdung der Arbeitsplätze. Nur so viel will ich zu dem Antragstext sagen.

Man könnte natürlich auch sagen, dass dieser Antrag der Grünen eine Vielzahl anderer krauser grüner Anträge zusammenfasst, und ihn insofern für einen Recyclingantrag halten. Diese Bezeichnung passt aber deshalb nicht, weil mit dem Begriff „Recycling“ die Begriffe „Wiederverwendung“ und „Wertstoff“ verbunden sind. Dieser Antrag ist aber nichts wert, es sei denn, man würde es als Wert ansehen, dass hier eine ideologisch geprägte Wahrnehmung der Realität mit staatlichem „Subventionismus“ deutlich wird. Aber so lassen wir Ihnen das nicht durchgehen.

Es ist mir fast unangenehm, wieder auf die Windkraft zu kommen. Frau Höhn, dieser neue Windkrafterlass - das wiederhole ich jetzt bestimmt schon zum vierten Mal - ist kein Verhinderungs- oder Blockadeerlass. Er dient vielmehr der sachgerechten Abwägung unterschiedlicher Rechtsgüter. Das machen wir anders als Sie. Sie empfinden das als Verhinderung, weil es nicht in Ihre Ideologie passt.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, es ist doch eine Mähr, wenn laufend behauptet wird, dass Windkraft zusätzlich Arbeitsplätze schaffen würde. Es streitet niemand ab, dass Windkraft auch Arbeitsplätze schafft. Aber wegen Ihres monokausalen Denkens fehlt Ihnen die gesamtwirtschaftliche Betrachtungsweise.

Das Bremer Energieinstitut hat im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, die der FDP doch nun sicherlich nicht nahe steht, herausgefunden, dass die Gesamtbeschäftigungseffekte für etliche Technologien, die erneuerbare Energieformen wie Wind, Photovoltaik, Biogas, große Wasserkraft, kleine und große Geothermik nutzen, negativ ausfallen werden. Allein für das Jahr 2002 gibt dieses Institut 19.000 Arbeitsplätze an. In diesem Zusammenhang sprechen Sie allen Ernstes davon, dass zukunftsorientierte Arbeitsplätze geschaffen werden?

Man könnte ja auch an das EEG bzw. Ressourcen- und Klimaschutz denken. Aber dem steht die Stellungnahme des wissenschaftlichen Beirates beim Bundeswirtschaftsministerium entgegen, der bislang nicht unbedingt durch FDP oder CDU geprägt war. Er kommt zu dem Schluss, dass das EEG zwar zur Reduktion von CO₂ beitrage, der Gesamteffekt dieses Gesetzes auf die Reduktion der CO₂-Emissionen aber nach der Implementierung des Lizenzmarktes gleich null sein werde. Wörtlich stellt der wissenschaftliche Beirat fest:

„Es wird dann zu einem ökologisch nutzlosen, aber volkswirtschaftlich teuren Instrument und müsste konsequenterweise abgeschafft werden.“

(Beifall von FDP und CDU)

Die Konsequenz, die wir auch Ihnen gegenüber, Frau Höhn, immer wieder angemahnt haben, ist, dass wir den Instrumentenkasten aufräumen müssen. Das betrifft Ökosteuer, Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, Emissionshandel und Erneuerbare-Energien-Gesetz. Das ist die Aufgabe, über deren Lösung wir letztlich zukunftsorientierte Arbeitsplätze schaffen können.

Dann fragen Sie immer, wie unsere Energiepolitik aussieht? Auch das haben wir mehrfach vorgetragen. Gestern Abend fand der Jahresempfang der Großforschungsanlage Jülich, einem Institut der Helmholtz-Stiftung, statt. Dort wurde unter anderem gesagt, dass wir uns aus verschiedenen Verantwortlichkeiten heraus der Kernkraft neu öffnen müssen. Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

Meine Damen und Herren, Sie sind auch auf den Naturpark Senne eingegangen. Der Naturpark

Senne ist in der Tat einzigartig. Dazu haben wir in der letzten Legislaturperiode einen Antrag gestellt, den wir nach wie vor vertreten. Auf 11.800 ha Fläche findet sich eine einzigartige Pflanzen- und Tierwelt, die durch die Aktivitäten der britischen Truppen seit 1945 entstehen konnte.

Was soll durch einen Naturpark Senne geändert werden? Wem soll es nützen? Ein Schild mit der Aufschrift „Naturpark“ aufzustellen nützt höchstens einer Ideologie quasi als Selbstbefriedigung. Nein, hier kann man sagen: Es ist der Natur Gutes getan worden. Das soll auch so bleiben.

Wir sagen Ja zu den britischen Truppen in der Senne und zur Erhaltung der Wirtschaftskraft vor Ort. Wir teilen viele kritische Auffassungen der Bürgermeister und Bürgermeisterinnen. Deswegen begrüße ich, dass dazu morgen ein Gespräch vom Ministerium aus stattfindet. Wir sagen ganz klar: Wenn es der Natur nichts bringt und der Wirtschaft schadet, soll man diesen Weg nicht weiter gehen und den bisherigen Status quo beibehalten.

Ich stimme Ihnen ausdrücklich zu, Frau Höhn: Der Naturpark Eifel ist eine Erfolgsgeschichte, die im Konsens entstanden ist.

(Bärbel Höhn [GRÜNE]: Nationalpark!)

- Entschuldigung: der Nationalpark.

Aber die Annahme, die aus Ihrem Antrag deutlich wird, dass nämlich mit einer höheren Zahl von Naturparks in Nordrhein-Westfalen auch die Wirtschaftskraft und Touristenzahlen steigen würden, macht Ihre Ideologie deutlich: Macht Nordrhein-Westfalen zu einem Freizeitpark. Das Geld fällt dann vom Himmel. - Das offenbart Ihren Mangel an gesamtpolitischer Verantwortung. Das tragen wir nicht mit.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, zu den Dieselrußpartikelfiltern haben wir auch schon einiges gesagt. Wir sagen Ja zur Emissionsbegrenzung, aber wir wollen uns nicht auf eine einzelne Technik fokussieren.

Da es die letzte Rede von Frau Höhn gewesen ist, gestatten Sie mir noch eine persönliche Bemerkung: Wir kennen uns schon eine Zeit lang aus unterschiedlichen Funktionen. Ich habe immer deutlich gemacht, dass ich früher gerne in Ihrem Haus gearbeitet habe und ein überzeugter Beamter war. Ich habe auch Handlungsfreiheiten gehabt und konnte arbeiten.

Dennoch hatten wir oftmals unterschiedliche Ziele. Fundamental unterscheiden wir uns auf den Wegen zur Zielerreichung. Das muss auch einmal deutlich gesagt werden.

Ich bin der tiefen Überzeugung, dass Ihre missionarische Ideologie, die Sie aus meiner Sicht ziemlich rücksichtslos durchzusetzen versucht haben, darin begründet liegt, dass Sie sich bei den Nachhaltigkeitseinkriterien „ökonomisch tragfähig“, „ökologisch verantwortlich“, „sozial akzeptabel“ vorzugsweise auf den ökologischen Aspekt fokussiert haben. Damit haben Sie Umwelt und Naturschutz einen Tord angetan, denn es hat der Akzeptanz nicht gedient, sondern geschadet.

Meine Damen und Herren, die Arbeitsplatzbilanz von Rot-Grün - Sie haben am Ende gesagt, man müsse wissen, was bleibe und was herauskomme - sieht aus meiner Sicht so aus: Im Juni 1995 hatten wir 750.000 Arbeitslose in Nordrhein-Westfalen - ich weiß, wir haben eine unterschiedliche Statistikdefinition -, im Juni 2005 waren es 1 Million. Man kann auch die alte Statistik von Juni 2004 nehmen. Die Zahl der Arbeitslosen ist um die Größe einer Stadt wie Bonn oder Bottrop oder - weil Sie den gut kennen - eines Kreises wie Pinneberg gestiegen. Das ist die Bilanz, die Sie zu verantworten haben.

Man kann sagen: Die Arbeitslosenstatistik ist mit vielen Fragezeichen versehen; maßgeblich ist die Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Die ist um 300.000 gesunken.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Kollege, ich muss Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Holger Ellerbrock (FDP): Wir hatten früher 32,8 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte auf 100 Einwohner, jetzt sind es 30,7.

Lassen Sie mich die bittere Erkenntnis aus der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung, Ihrer politischen Tätigkeit von 1995 an zusammenfassen: Arbeitsplätze haben Sie geschafft - das war eben ein Versprecher - und nicht geschaffen. Die Anzahl der Arbeitslosen ist heraufgegangen, die Anzahl der Arbeitsplätze ist gesunken, ...

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Ellerbrock.

Holger Ellerbrock (FDP): ... die Verschuldung des Landes ist gestiegen, die Zahl der Insolvenzen ist gestiegen. Nordrhein-Westfalen hat keinen verfassungsgemäßen Haushalt mehr vorlegen können. Das Land ist bankrott. Ich will Ihnen unterstellen: Sie haben sich bemüht. Aber das Ge-

genteil von gut ist nicht schlecht, sondern gut gemeint. Ich wünsche Ihnen gute Reise. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Ellerbrock. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Uhlenberg das Wort. Bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Höhn, auch ich möchte mich bei Ihnen für Ihren Einsatz als Ministerin in Nordrhein-Westfalen bedanken. Zehn Jahre - das ist eine lange Zeit. Auch wenn wir in den entscheidenden Punkten der Umwelt- und Agrarpolitik unterschiedlicher Meinung sind, muss doch festgehalten werden, dass Sie sich in diesen zehn Jahren in Nordrhein-Westfalen eingesetzt haben. Das ist auch ein Punkt, Frau Höhn, der uns miteinander verbindet: Sie haben dieses Amt in Nordrhein-Westfalen zehn Jahre wahrgenommen, und auch ich möchte es zehn Jahre wahrnehmen,

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

damit hier eine neue Umwelt- und Agrarpolitik in Nordrhein-Westfalen mit einem hohen Maß an Kontinuität auf den Weg gebracht wird. Meine Damen und Herren, das war ja auch der Grund, weshalb die Menschen in Nordrhein-Westfalen am 22. Mai 2005 eine neue Landesregierung gewählt haben, weshalb die CDU mit 44,8 % und die FDP mit 6,8 %

(Oliver Keymis [GRÜNE]: 6,2!)

in die Landesregierung gewählt worden sind.

Frau Höhn, das hängt auch mit Ihrer Aussage zusammen, wir sollten uns an den Zahlen messen lassen. Das heißt im Umkehrschluss aber auch, dass auch Sie sich an den Zahlen, nämlich der vergangenen Jahre, messen lassen müssen. Die Zahlen nach zehn Jahren rot-grüner Regierung in Nordrhein-Westfalen machen deutlich - Sie haben das Thema noch einmal angesprochen -: Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein unterdurchschnittliches Wachstum, wir haben eine überdurchschnittliche Arbeitslosigkeit, und wir haben eine überdurchschnittlich hohe Staatsverschuldung. Das ist das Erbe, das wir von Ihnen übernommen haben. Und es wird eine große Kraftanstrengung der neuen Landesregierung unter Führung von Jürgen Rüttgers, in den nächsten fünf bis zehn Jahren eine grundlegende Änderung in der Landespolitik herbeizuführen. Deswegen sind

diese Zahlen von besonderer Wichtigkeit; sie bilden die Ausgangsposition.

Verbraucherschutz ist ein wichtiges Thema, meine Damen und Herren. Ich meine, allein die Zukunftskonzeption im Zusammenhang mit den kommunalen chemischen Untersuchungsämtern ist eine große Aufgabe dieser Regierung, die in den nächsten zwei, drei Jahren umgesetzt werden muss, weil wir nur so den Verbraucherschutz in Nordrhein-Westfalen verbessern können. Hier sind wir mit unserer Arbeit angefangen.

Meine Damen und Herren, Verbraucherschutz muss man kontinuierlich betreiben. Frau Höhn, insofern war es nicht sehr hilfreich, was Sie in den vergangenen Tagen zum Thema Vogelgrippe gesagt haben. Das ist ein Thema, das die Menschen auch in Nordrhein-Westfalen verunsichert. Dennoch: Sie haben gesagt, es sei falsch, dass das Geflügel in Nordrhein-Westfalen, in ganz Deutschland nun eingesperrt werde, und Ihr Bundesminister Trittin, der in diesen Tagen noch für den Verbraucherschutz zuständig ist, hat Ihre Aussage zum Thema „Umgang mit der Vogelgrippe“ am gleichen Tag widerlegt und ist zu einer völlig anderen Bewertung kommt. Ich glaube, dass es Aufgabe der verantwortlichen Politiker ist, bei der Frage „Bekämpfung der Vogelgrippe“ an einem Strang zu ziehen. Das gilt für den Bund, das gilt aber auch für die Länder.

Meine Damen und Herren, zu dem, was Sie zum Thema Landwirtschaft gesagt haben! Ich glaube, es geht um die Weiterentwicklung des gesamten Agrarstandortes Nordrhein-Westfalen. Auch nach zehn Jahren Bärbel Höhn beträgt der Anteil der Ökobetriebe in Nordrhein-Westfalen ganze 2,5 %. Deswegen lassen Sie uns doch aufhören mit der Diskussion „Ökobetriebe gegen konventionell wirtschaftende Betriebe“. Zur Stärkung des Agrarstandortes Nordrhein-Westfalen gehört die gesamte Palette, gehört die Frage der Wettbewerbsfähigkeit, gehört die Tatsache, dass regionale Vermarktung nur dann stattfinden kann, wenn noch Produkte bei uns in Nordrhein-Westfalen erzeugt werden. Es werden aber nur dann Produkte bei uns in Nordrhein-Westfalen erzeugt, wenn unsere Betriebe wettbewerbsfähig sind. Deswegen haben wir einen anderen Ansatz in der Agrarpolitik.

Es kommt ja nicht von ungefähr, Frau Höhn, dass Sie sich seit dem Ausscheiden aus dem Amt gerade als Landwirtschaftsministerin in Nordrhein-Westfalen im ländlichen Raum auch im Rahmen Ihres Bundestagswahlkampfes - Sie waren Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen - eigentlich nicht mehr haben blicken lassen.

(Widerspruch von Johannes Remmel [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, die Menschen in den ländlichen Räumen von Nordrhein-Westfalen sind froh darüber, dass es diesen Ansatz gibt, dass wir den Landwirt wieder als Unternehmer, als Partner ernst nehmen, dass der bürokratische Überbau, den es gerade in diesem Zusammenhang gegeben hat, abgebaut wird, dass wir Landwirtschaft und Ernährungsgewerbe gemeinsam sehen, wo es um 400.000 Arbeitsplätze geht, mehr als in der Automobilindustrie, mehr als in der Stahlindustrie. Deswegen hat sich die neue Landesregierung auf den, wie ich glaube, richtigen Weg gemacht, durch eine Wettbewerbsstärkung unserer Betriebe den Agrarstandort zu stärken. Das gilt auch für die Ökolandwirtschaft.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, lassen Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten ...

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, wenn mir das auf die Zeit ...

Vizepräsident Edgar Moron: Das haben wir doch inzwischen ein für allemal geklärt. Ich wiederhole es noch einmal: Es wird nicht angerechnet, weder der Landesregierung noch den Mitgliedern des Landtages, weder die Frage noch die Antwort, Herr Minister.

Lassen Sie die Frage zu?

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Ja.

Vizepräsident Edgar Moron: Gut. - Herr Remmel, bitte schön.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Minister Uhlenberg, würden Sie mir zustimmen, dass ländlicher Raum auch da ist, wo der Minister gerade nicht ist?

(Heiterkeit von den GRÜNEN)

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nordrhein-Westfalen ist zu 50 % bis 70 % - je nachdem, wie man es definiert, Herr Remmel - als ländlicher Raum geprägt. Der Minister ist zwar seit dem 22. Juni schon in fast allen Kreisen gewesen. Aber ich werde das durch eine intensive

Kreisbereisung in den nächsten Wochen und Monaten fortsetzen.

Meine Damen und Herren, die Debatte über Öko oder Konventionell in der Landwirtschaft gehört der Vergangenheit an. Wir werden alles stärken, auch wenn wir beim Ökolandbau in Nordrhein-Westfalen die eine oder andere Eingangsinvestition absenken müssen, weil uns die Finanzmittel nicht mehr zur Verfügung stehen. Aber auch dabei bin ich in engem Gespräch mit den Ökobauern in Nordrhein-Westfalen, die für mich ein wichtiger Gesprächspartner sind.

Meine Damen und Herren, zum Thema „Windkraft“ ist viel gesagt worden. Ich will nur einen Punkt ausführen: Die Nabenhöhe der Windkraftanlagen hat sich in den letzten Jahren verdoppelt. Wenn die Windkraftanlagen größer werden, brauchen wir entsprechende Abstände, damit die Menschen in der Lage sind, Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen überhaupt noch zu akzeptieren. Deswegen ist am Windkrafteffekt auch richtig, dass der Abstand zur Wohnbebauung vergrößert worden ist. Nur dadurch gibt es noch eine Akzeptanz der Windkraft in Nordrhein-Westfalen.

Wir setzen jetzt um, was wir vor der Landtagswahl gesagt haben: Wir wollen keine Windkraftanlagen im Wald. Die Bevorzugung von Windkraftanlagen im Landschaftsgesetz - so etwas hat es in dieser Form nur in Nordrhein-Westfalen gegeben - haben wir durch den Antrag der Koalitionsfraktionen geändert. Ich glaube, das ist richtig und vernünftig.

Wir müssen insgesamt - das sage ich auch als Umweltminister - bei der Novellierung des EEG auch auf der Bundesebene darauf achten, dass wir das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die Förderung von regenerativer Energie in der gesamten Breite - und die Windkraft ist ein Teil der regenerativen Energie - soll nämlich auch in Zukunft stattfinden.

Es ist richtig: Bei der Frage nach dem Nationalpark Eifel hat es immer eine breite Übereinstimmung gegeben. Wenn man in der Eifel ist - ich bin jetzt auch in meiner neuen Funktion schon mehrmals dort gewesen -, kann man in der Tat beim Tourismus und bei den Übernachtungen ein deutliches Plus feststellen. Zusätzliche Arbeitsplätze sind in der Eifel gerade im Tourismus angesiedelt worden. Daher, meine Damen und Herren, ist die Einrichtung des Nationalparks Eifel ein Erfolgsmodell für Nordrhein-Westfalen, das von der neuen Landesregierung begleitet wird - so, wie wir es auch schon vorher aus der Opposition heraus getan haben.

Nun zum zweiten Thema: Ostwestfalen. Wir sind im Gespräch mit der Region. Wir treffen keine Entscheidung gegen die Region.

(Beifall von CDU und FDP)

Heute findet ein wichtiges Gespräch des Staatssekretärs mit den Landräten und den Bürgermeistern in Ostwestfalen statt. Morgen findet ein Gespräch mit den Landtagsabgeordneten aus Ostwestfalen statt. Am 28. Oktober findet ein Gespräch mit den Naturschutzverbänden statt.

Ich weiß, dass die Grünen das Thema „Einrichtung eines Nationalparks in Ostwestfalen“ - Stichworte: Senne und Egge - vor der Landtagswahl künstlich hochgezogen haben. Frau Höhn, ich möchte nur kurz auf ein Ergebnis der Landtagswahl zurückkommen - daran kann man gut die Stimmung bei den Menschen ablesen -: Im Wahlkreis Paderborn-Land - so will ich ihn einmal bezeichnen - hat Frau Kollegin Westerhorstmann 65,2 % der Stimmen bekommen.

(Beifall von der CDU)

Sie von den Grünen dagegen sind trotz aller Kraft, die Sie in dieses Thema gesteckt haben, mit 3,4 % abgestraft worden. So hat die Region gesprochen - nicht, weil sie sich grundsätzlich verweigert, sondern weil sie mitgenommen werden will. Deswegen hat meine Partei, die CDU, in der Region eine ganz andere Verantwortung, als das bei Ihnen der Fall ist. Daher gehen wir mit dem Thema vernünftig um, ohne das Ziel aus dem Auge zu verlieren.

Zwei Sätze noch zu den Themen „Kennzeichnungsverordnung“ und „Dieselrußfilter“: Die Kennzeichnungsverordnung ist auf den Weg gebracht. Die Länder erarbeiten zurzeit ein Konzept für ein finanzierbares Kfz-Steuer-Modell, das auf die Nachrüstung von Fahrzeugen beschränkt bleiben soll, das die Aufkommensneutralität für die Länder sicherstellen und eine ausreichende Anreizwirkung entfalten soll. Das ist der eine Teil. Hinzu kommt die neue Kennzeichnungsverordnung.

Ich möchte dabei daran erinnern, dass Herr Bundesumweltminister Trittin mit einer Verordnung ins Bundeskabinett gegangen ist, die selbst im Bundeskabinett keine zwei Minuten Bestand hatte. Deswegen ist es gut, dass die Bundesländer im Bundesrat eine Entscheidung getroffen haben - mit maßgeblicher Unterstützung und unter Mitarbeit des Landes Nordrhein-Westfalen. Wir kommen bei dieser Frage in den nächsten Wochen ein Stück weiter. Ich denke, dass diese Dinge

durch den Bundestag vollzogen werden, nachdem er sich nun konstituiert hat.

Zum Schluss möchte ich noch sagen, dass ich enttäuscht war, dass Sie, Frau Höhn, sich nicht dafür bei mir bedankt haben, dass diese Landesregierung mit einer riesigen Kraftanstrengung des Ministerpräsidenten, der Wirtschaftsministerin und des neuen Umweltministers die Voraussetzungen dafür geschaffen hat, dass unter dem Rhein und unter den Deichen des Rheins keine Kohle mehr abgebaut wird.

(Beifall von der CDU - Lachen von Bärbel Höhn [GRÜNE])

Meine Damen und Herren, was haben wir in dieser Frage für ein Erbe übernommen! Wenige Tage nach der Landtagswahl haben wir über dieses Thema gesprochen. Dieses Erbe war kein Pappentier.

(Zuruf von Bärbel Höhn [GRÜNE])

Wir haben umgehend gehandelt.

(Lachen von Bärbel Höhn [GRÜNE])

Dieser Fortschritt, meine Damen und Herren, ist auch im Sinne des Hochwasserschutzes in Nordrhein-Westfalen ein ganz wichtiges Thema der neuen Landesregierung. Unter dem Rhein und unter den Deichen wird keine Kohle mehr abgebaut. Das ist ein zentraler Erfolg der Umweltpolitik dieser Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Eine rot-grüne Regierung hat die Kraftanstrengung, keine Kohle mehr unter dem Rhein und seinen Deichen abzubauen, in den zehn letzten Jahren nicht aufgebracht. Im Gegenteil! Die Pläne wurden stattdessen unter der alten rot-grünen Regierung immer weiter getrieben. Es gab keinen Stopp.

(Zuruf von Bärbel Höhn [GRÜNE])

Deswegen ist es in diesem Zusammenhang gut, dass es eine neue Landesregierung gibt, die dieses Thema beherzt aufgegriffen hat. Sie nimmt das Thema „Hochwasserschutz in Nordrhein-Westfalen“ ernst. Dabei hat sie durch ganz konkrete Maßnahmen und politische Entscheidungen deutlich gemacht, dass zukünftig in Nordrhein-Westfalen - ich wiederhole es noch einmal - keine Kohle mehr unter dem Rhein abgebaut wird. Damit hat ein neuer Punkt in der Umwelt- und Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen begonnen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. - Meine Damen und Herren, der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/464 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss erfolgen. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um das Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Dann haben wir das so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

3 Gesetz über die Feststellung eines zweiten Nachtrags zu den Haushaltsplänen des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Zweites Nachtragshaushaltsgesetz 2005) und zur Änderung des Besoldungsgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (Landesbesoldungsgesetz - LBesG NRW) und zur Änderung des Gesetzes zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und die Gemeindeverbände in den Haushaltsjahren 2004/2005 und zur Regelung des interkommunalen Ausgleichs der finanziellen Beteiligung der Gemeinden am Solidarbeitrag zur Deutschen Einheit in den Haushaltsjahren 2004 und 2005 und zur Änderung des Gesetzes über die Finanzierung der Ersatzschulen (Ersatzschulfinanzgesetz - EFG)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/300

erste Lesung

Zur Einbringung des Gesetzentwurfs erteile ich dem Finanzminister, Herrn Dr. Linssen, das Wort. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Zu den grundlegenden Pflichten eines Kaufmanns bei der Geschäftsaufnahme gehört es als Erstes, eine Bilanz aufzustellen. Nur dann genügt er den Vorschriften des Handelsrechts.

Diese Bilanz muss über das Verhältnis des Vermögens und der Schulden Auskunft geben. Bei ihrer Aufstellung müssen die Grundsätze ordnungsgemäßer Buchführung beachtet werden. Sie muss vor allem, so schreibt es das deutsche

Handelsgesetzbuch seit Generationen vor, klar und übersichtlich sein. Das, meine Damen und Herren, sind kurz gefasst die Pflichten eines ordentlichen Kaufmanns bei Geschäftsaufnahme.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Nun ist der Staat kein Kaufmann im handelsrechtlichen Sinne und unterliegt bei seinem Tun und Lassen nicht den Vorschriften des Handelsgesetzbuches. Warum aber sollte das schaden, wenn sich der Staat auf die Grundsätze eines ordentlichen und - das füge ich hinzu - vorsichtigen Kaufmanns besinnt? Deshalb lege ich Ihnen als Finanzminister heute eine solche Bilanz vor.

Der Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts für das Jahr 2005 ist die Abschlussbilanz von 39 Jahren roter und rot-grüner Finanzpolitik. Gleichzeitig ist er aber auch die Eröffnungsbilanz für die Arbeit der Koalition der Erneuerung. Klar und übersichtlich, meine Damen und Herren, muss eine Bilanz sein. Daran werde ich mich als Finanzminister halten. Deshalb ziehen heute mit dem Entwurf des zweiten Nachtragshaushalts 2005 Offenheit und Transparenz in die Finanzpolitik dieses Landes ein.

(Beifall von der CDU)

Heute, mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005, müssen wir offen und klar bilanzieren, wo Nordrhein-Westfalen finanziell wirklich steht, damit wir ab morgen, also beim ordentlichen Haushalt für das Jahr 2006, transparent und sparsam haushalten können. Darauf baut unsere Finanzpolitik der 14. Wahlperiode auf, und dies wird die Haushalte prägen.

Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Bilanz hat im Geschäftsleben unter anderem die Funktion, bei Kapitalgebern und Kunden für das nötige Vertrauen in die Seriosität des Unternehmens zu sorgen. Das gelingt aber nur dann, wenn die Bilanzzahlen stimmen und die Geschäftsprognosen nachher der rauen Wirklichkeit auch tatsächlich standhalten. Das war bei den Haushalten in den vergangenen Jahren eindeutig nicht der Fall,

(Beifall von der CDU)

insbesondere nicht beim Doppelhaushalt 2004/2005. Mit unrealistischen Annahmen und falsch kalkulierten Zahlen wurden von der letzten Landesregierung die Haushalte schön gerechnet und zuletzt - Sie erinnern sich - immer wackeliger zusammengezimmert. Ein Neuanfang macht es daher unbedingt erforderlich, einen klaren und eindeutigen Schlussstrich unter diese Finanzpolitik zu ziehen.

(Beifall von der CDU)

Es ist erforderlich, die Risiken der Haushalte offen zu legen und deutlich zu machen, woran wir sind: Rot-grün hat uns ein katastrophales Erbe hinterlassen.

(Beifall von der CDU)

Die Haushaltslage, meine Damen und Herren, ist dramatisch. Wie uns die Expertenkommission gestern vorgerechnet hat, wird sich die Nettoneuverschuldung des Landes bis 2010 auf über 10 Milliarden € erhöhen, wenn nicht schon mit dem Haushalt 2006 energisch gegengesteuert wird. Um die Leistungsfähigkeit des Staates zu erhalten, braucht er finanzielle Handlungsfähigkeit. Das macht einen Kassensturz und eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung notwendig.

Lassen Sie mich jedoch mit den Fakten beginnen, an denen selbst die alte Regierung nicht vorbeigekommen ist. Schon nach der mit dem Haushaltsplan der alten Landesregierung vorgelegten mittelfristigen Finanzplanung war für das Ende des Jahres 2005 mit einer Rekordgesamtverschuldung von 111 Milliarden € zu rechnen. Das entspricht einer Pro-Kopf-Verschuldung von 6.146 €. An der Richtigkeit dieser Erwartung der alten Landesregierung lässt der Schuldenstand zum 30. Juni 2005 mit 106,8 Milliarden € auch keine Zweifel aufkommen.

Das Haushaltsvolumen ist in den letzten Jahren ständig gewachsen, nämlich von 44 Milliarden € im Jahre 1995 auf 49,4 Milliarden € im Jahre 2005. Mit anderen Worten: Alleine in der Zeit der rot-grünen Landesregierung stieg das Volumen um 12 %.

Die Zinslastquote, also der Anteil der Zinsausgaben am Haushaltsvolumen, ist in den letzten Jahren und Jahrzehnten trotz eines kontinuierlich gesunkenen Zinsniveaus stetig angestiegen. Während diese Quote 1980 noch 3,8 % betrug - ich habe das noch erlebt, weil ich damals in den Landtag kam -, lag sie 2004 bereits bei 9,6 %. Damit wurden die Spielräume des Haushalts mehr und mehr eingeengt.

Eine gegenläufige Entwicklung lässt sich bei der Investitionsquote ausmachen. Sie ist kontinuierlich gesunken. 1980 lag sie bei 22,4 %, bis 2004 schrumpfte sie auf 9,5 % zusammen.

Und last but not least zur Personalsteuerquote. Sie liegt ohne Berücksichtigung der ausgegliederten Landesbetriebe und Sondervermögen in diesem Jahr bei 59 %. Das heißt, Nordrhein-Westfalen gibt fast 60 % seiner Steuereinnahmen für das Personal aus.

Ich habe noch bei sozialdemokratischen Finanzministern, bei Herrn Posser und Herrn Schleußer, gelernt – diese sagten das immer wieder –: Mehr als 50 % darf diese Steuerquote nicht betragen. – Sie haben gleichzeitig immer wieder erklärt: Auf mehr als 40 % darf in keinem Fall der Anteil der Personalausgaben im Haushalt steigen. – Wo sie Recht hatten, hatten sie Recht.

Meine Damen und Herren, so weit, so schlecht. Allein diese Tatsachen verhießen den Antritt eines schweren Erbes. Doch es sollte noch schlimmer kommen.

Eine nüchterne Bestandsaufnahme – man kann auch Kassensturz dazu sagen – hat gezeigt, dass uns die Vorgängerregierung viele finanzielle Schlaglöcher hinterlassen hat. Das Aufdecken von Luftbuchungen und Unterlassungen der Vergangenheit, unrealistische Annahmen und unvorsichtige Haushaltsansätze sowie das Ziel, Schatten- und Nebenhaushalte zu bereinigen und sie dorthin zurückzuführen, wo sie hingehören, haben zu einem weiteren erheblichen Korrekturbedarf im Nachtragshaushalt geführt.

Durch geplante, aber nicht realisierte Einnahmen und nicht eingeplante, aber realistischerweise zu erwartende Ausgaben kommt es daher in der Summe zu Haushaltsverschlechterungen in einer Größenordnung von 2,2165 Milliarden €.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Unglaublich!)

Konkret geht es dabei, liebe Kollegen und Kolleginnen, um Mindereinnahmen von 584 Millionen € und Mehrausgaben von 1,6325 Milliarden €.

Nordrhein-Westfalen wird dafür neue Schulden aufnehmen müssen. Die Nettoneuverschuldung wird deshalb am Jahresende 7,39 Milliarden € betragen. Diese Neuverschuldung ist nichts anderes – und das betone ich erneut – als das nun offene gelegte Erbe von Rot-Grün.

(Beifall von CDU und FDP)

Wo ist nun der größte Korrekturbedarf entstanden? – Lassen Sie mich darauf mit einigen Schlaglichtern eingehen.

Bei der Gründung des Bau- und Liegenschaftsbetriebes BLB am 1. Januar 2001 mit einer Bilanzsumme, meine Damen und Herren, von über 9 Milliarden € wurden Rückstellungen für die Altlastensanierung und erforderliche Brandschutzmaßnahmen in Höhe von 613,6 Millionen € in die Bilanz aufgenommen. Diese Rückstellungen wurden aber seinerzeit nicht mit entsprechendem Kapital hinterlegt. Das ist eine Unterlassung der Vergangenheit, durch die der Landeshaushalt bei der

Gründung des BLB zwar nicht belastet wurde; in der Praxis ist der BLB allerdings dadurch gezwungen worden, die Aufwendungen für die Rückstellungen aus dem laufenden Geschäft abzuzweigen. Mithin hat diese Unterlassung der Vergangenheit erheblich zur Unterfinanzierung des BLB beigetragen.

Wir haben uns daher entschieden, dem landeseigenen Bau- und Liegenschaftsbetrieb Eigenkapital in Höhe der Rückstellung von 613,6 Millionen € zuzuführen. Damit ist insoweit eine Rückführung der Kreditbelastung des BLB möglich, die zu einem geringeren Zinsaufwand führt. Es ist klar: Für diesen Darlehensbetrag werden die Zinsen beim BLB eingespart. Das schafft Luft für die Finanzierung der Brandschutzmaßnahmen sowie der Altlastensanierung, und ein Gründungsfehler des BLB wird damit korrigiert.

Die finanzielle Last für die Sanierung von Altlasten und die Umsetzung von Brandschutzmaßnahmen bei Landesliegenschaften und -bauten wird damit wieder dort angesiedelt, wo sie hergekommen ist: im Landeshaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Auch die landeseigene Beteiligungsverwaltungsgesellschaft BVG erhält eine Kapitalzuführung von 330 Millionen €. Ebenso wie beim BLB hat dies nichts damit zu tun – liebe Kolleginnen der SPD, die besonders betroffen sind, hören Sie gut zu –, einen Sparstrumpf anzulegen. Im Gegenteil:

(Gisela Walsken [SPD]: Was denn?)

Hier wird ein typischer Schattenhaushalt der alten Landesregierung bereinigt.

(Beifall von CDU und FDP)

Denn als die alte Landesregierung, nur um kurzfristig Haushaltslöcher zu stopfen, die landeseigenen Beteiligungen 1997 an die BVG verkauft hat, hatte diese gar nicht das Geld, sie zu bezahlen. Sie musste Schulden machen, die seriöserweise gar nicht hätten aufgenommen werden dürfen. Und wir alle wurden mit der Erwartung erheblicher Verkaufserlöse bei einer Weiterveräußerung der Beteiligungen durch die BVG ruhig gestellt. Bedauerlich ist dabei nur, dass sich diese Erwartungen bisher nicht realisiert haben.

Wir haben uns deshalb entschieden, im Sinne einer klaren und übersichtlichen Bilanz diese Schulden bei der BVG zu tilgen und sie wieder dorthin zurückzuführen, wo sie hingehören: in den Landeshaushalt, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Ausgaben für den Länderfinanzausgleich müssen um 400 Millionen € gegenüber dem bestehenden Haushaltsansatz erhöht werden, weil hier unvorsichtige Zahlen angesetzt wurden. Mit 150 Millionen € – Frau Kraft, hören Sie gut zu – wurde ein viel zu niedriger Ansatz gewählt, obwohl die alte Landesregierung gleichzeitig deutlich höhere Einnahmeerwartungen bei den Steuern auch gegenüber anderen – weitaus größeren – Ländern prognostiziert hatte.

Das passt einfach nicht zusammen, meine Damen und Herren.

(Helmut Stahl [CDU]: Manipulation!)

Das zeigt im Übrigen auch die regionalisierte Steuerschätzung von November 2004 – also viele Monate vor der Verabschiedung des ersten Nachtragshaushalts 2005. Schon damals wurden 566 Millionen € als Länder-Finanzausgleichszahlungen für Nordrhein-Westfalen prognostiziert. Wir nehmen jetzt die erforderlichen Korrekturen vor. Das heißt, der Ansatz beläuft sich nunmehr auf 550 Millionen € einschließlich der Erhöhung um 400 Millionen €, die wir vornehmen mussten.

Meine Damen und Herren, es geht noch einmal um den Bau- und Liegenschaftsbetrieb: Bislang sind im Haushalt für 2005 Darlehensrückflüsse in einer Größenordnung von 266 Millionen € veranschlagt. Bei diesen Darlehensrückflüssen handelt es sich um die Abführung von Erlösen aus Grundstücksverkäufen. Wir müssen den Ansatz von 266 Millionen € fast vollständig, nämlich um 230 Millionen €, nach unten korrigieren. Bislang hat der BLB von den vorgesehenen 266 Millionen € lediglich 36 Millionen € realisieren können. Das ist ein krasses Missverhältnis zwischen Erwartung und tatsächlicher Einnahme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir, dass ich es bei diesen vier Beispielen belasse, um die Praxis der alten Landesregierung in der Haushaltspolitik zu charakterisieren und aufzuzeigen, dass die neue Landesregierung jetzt gegensteuern musste. Wir legen damit den Grundstein für einen finanzpolitischen Neuanfang. Unsere Finanzpolitik orientiert sich an der Wirklichkeit und nicht daran, schönen Schein aufzubauen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wie der vorgelegte Nachtrag zeigt, löst sich ein solcher früher oder später ohnehin auf, und die Realität schlägt dann umso schonungsloser zu.

Meine Damen und Herren, 7,39 Milliarden € Nettoneuverschuldung – diese Zahl habe ich Ihnen eben genannt. Sie alle werden ahnen, was dazu

noch zu sagen ist: 7,39 Milliarden € Nettoneuverschuldung bedeuten, dass die Kreditaufnahme um 1,4251 Milliarden € über der sogenannten Verfassungsgrenze liegt. Nach Art. 83 Satz 2 der Landesverfassung dürfen die aufgenommenen Kredite die Summe der Investitionen nicht überschreiten. Das aber ist in diesem Jahr erneut der Fall. Kurzum: Auch im Jahr 2005 wird der Landeshaushalt nicht den Anforderungen von Art. 83 der Landesverfassung entsprechen, und ich füge hinzu: auch nicht entsprechen können.

Die Frage der Verfassungsmäßigkeit von Landeshäushalten hat uns hier und vor dem Verfassungsgerichtshof in Münster bereits intensiv beschäftigt. Klar ist, dass der jetzt vorgelegte Haushalt nicht der erste Haushalt des Landes Nordrhein-Westfalen ist, dessen Verfassungskonformität zur Diskussion steht. Dazu hat der Verfassungsgerichtshof zu anderen Haushalten bereits eindeutige Urteile gesprochen.

Der nunmehr vorgelegte Haushalt ist jedoch der erste Haushalt, bei dem die Diskussion unter anderen Vorzeichen geführt werden muss. Denn die alte Landesregierung hat einerseits stets versucht, mit Scheinargumenten die Mechanismen von Art. 83 der Verfassung zu ihren Gunsten zu nutzen. Andererseits war es übliche Praxis, Haushalte einzubringen, deren Ansätze eine formale Einhaltung der Regeln des Art. 83 bis zur Haushaltsverabschiedung sicherstellten, die aber so unrealistisch waren, dass im Haushaltsvollzug die Vorgaben des Art. 83 regelmäßig nicht mehr erfüllt wurden.

Das war im Haushalt des Jahres 2003 der Fall, bei dem eine Nettoneuverschuldung von 3,76 Milliarden € geplant war, die im Nachtrag auf 5,66 Milliarden € erhöht werden musste. Abgeschlossen, meine Damen und Herren, wurde dieser Haushalt im Vollzug mit einer Nettoneuverschuldung von 6,56 Milliarden €.

Das gleiche Bild bietet der Haushalt 2004: Hier waren zunächst 5,15 Milliarden € Nettoneuverschuldung geplant. Im ersten Nachtrag wurde sie auf 6,08 Milliarden € erhöht, und im Haushaltsvollzug ergaben sich rund 6,7 Milliarden € Nettoneuverschuldung.

Dieser Akrobatik, meine Damen und Herren – das sage ich klar und eindeutig –, werden wir uns nicht bedienen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir bemühen Art. 83 der Landesverfassung nicht mit schönem Schein und überstrapazieren ebenso wenig den Tatbestand der Störung des gesamt-

wirtschaftlichen Gleichgewichts. Denn es wäre nichts als Augenwischerei zu behaupten, dass die durch den Nachtragshaushalt getroffenen Maßnahmen, nämlich die Aufnahme weiterer Schulden, geeignet und bestimmt sein könnten, eine etwaige Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts abzuwehren. Die Aufnahme weiterer Schulden - das habe ich anfangs bereits erwähnt - dient weitestgehend der Finanzierung geplanter, aber nicht realisierter Einnahmen und nicht eingeplanter, aber realistischerweise zu erwartender Ausgaben. Sie ist damit kein Instrument der Störungsabwehr im Sinne des Art. 83 der Landesverfassung.

Eine realistische Einschätzung der Rahmenbedingungen lässt einzig und allein den Schluss zu, den Haushalt durch die Aufnahme neuer Schulden auszugleichen. Eine Alternative zu diesem Vorgehen sieht die Landesregierung und sehe ich nicht. Die bestehende Deckungslücke lässt sich auch im Ansatz nicht durch eine kurzfristige Realisierung von Mehreinnahmen oder Einsparungen ausgleichen. Dann aber, meine Damen und Herren, bleibt als einziger Ausweg die Aufnahme von Schulden.

Zunächst einmal befinden wir uns bereits weit in der zweiten Jahreshälfte und damit mitten im Haushaltsvollzug. Des Weiteren sind die meisten Haushaltsposten nicht zuletzt durch Bewilligungen der alten Landesregierung so starr gebunden, dass Einsparungen in einer nennenswerten Größenordnung kurzfristig nicht realisiert werden können. Ich nenne Ihnen ein typisches Beispiel.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Minister, ich weise nur darauf hin, dass die von Ihnen erbetene Redezeit zu Ende ist. Selbstverständlich können Sie aber weiter sprechen. Die Redezeit wird dann auch den übrigen Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Vielen Dank, Herr Präsident.

Ich nenne als drastisches Beispiel das Investitionsprogramm für Krankenhausbaumaßnahmen. Dort bestehen - hören Sie gut zu - bis zum Jahr 2011 rechtliche Bindungen, die die alte Landesregierung eingegangen ist. Zurzeit steht für 2005 und 2006 kein einziger freier Euro zur Verfügung. Deshalb müssen wir mit dem Nachtragshaushalt nun sogar 30 Millionen Euro zusätzlich für dringende Maßnahmen, die natürlich in jedem Jahr vorkommen, bereitstellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unmittelbar nach der Übernahme der Regierungsgeschäfte am

30. Juni 2005 haben wir zwar eine Haushaltssperre verhängt, durch die Schlimmeres verhindert werden konnte. Die strukturellen Haushaltsprobleme des Jahres 2005 vermag sie aber naturgemäß nicht zu beseitigen. Schließlich sind von einer solchen Sperre alle Ausgaben ausgenommen, die rechtlich verbindlich und der Höhe nach fällig sind. Dies ist nun einmal der Löwenanteil der Ausgaben des Landeshaushalts.

Einsparungen in einer spürbaren Größenordnung ließen sich einzig und allein durch einen für mich nicht vertretbaren und nicht verantwortbaren nachträglichen Eingriff in wesentliche Aufgaben der Daseinsvorsorge erzielen. Das hieße aber, das Risiko einer ernsthaften Gefährdung der erforderlichen Aufgabenerfüllung durch das Land und durch die Kommunen auf sich zu nehmen.

Ich halte es daher für unausweichlich und deshalb auch für vertretbar, das Defizit des Haushalts 2005 mit diesem Nachtrag durch eine erhöhte Kreditaufnahme auszugleichen. Das ist jedenfalls ehrlicher, als durch Zahlenakrobatik die Einhaltung der Kreditobergrenze der Verfassung nur vorzutäuschen.

(Beifall von der CDU)

Ich halte dieses Vorgehen gerade auch deshalb für vertretbar, weil die neue Landesregierung keinen Zweifel daran gelassen hat, dass sie alle notwendigen Schritte einleiten wird, um, beginnend mit dem ersten eigenen Haushalt 2006, wieder zu geordneten Staatsfinanzen zu kommen. Auch und gerade weil die Haushaltslage dramatisch ist, dürfen wir die grundlegenden Perspektiven nicht vernachlässigen.

Mittelfristig steht uns ohne Zweifel eine riesige Aufgabe bevor, bei deren Lösung wir uns nicht mit Klein-Klein und Alibimaßnahmen begnügen können und dürfen. Wir bekommen die Probleme der öffentlichen Haushalte nur in den Griff, wenn wir uns an ganz klaren Grundsätzen orientieren.

Erstens. Die Einnahmen müssen wieder die Ausgaben bestimmen. Es muss mit realistischen Einnahmeprognosen gearbeitet werden, die den Deckel für ebenfalls realistisch zu kalkulierende Ausgaben darstellen. Gleichzeitig bedarf es einer Umstellung des Haushaltsaufstellungsverfahrens, wozu die neue Landesregierung bereits die ersten Schritte in die Wege geleitet hat. Zukünftig wird es zu einer Haushaltsaufstellung top-down kommen, bei der zuerst festgelegt wird, wie viel Geld zur Verfügung steht, mit dem die Ressorts dann ihre Aufgaben finanzieren können.

Zweitens. Wir brauchen mehr dezentrale Budgetverantwortung. Die Haushaltskonsolidierung ist nicht die alleinige Aufgabe des Finanzministers. Hier ist die gesamte Landesregierung mit allen ihren Ressorts gefordert - nicht zuletzt sind auch Sie, meine Damen und Herren, das gesamte Parlament, gefordert.

Drittens. Wir müssen langfristig denken. Die Haushaltskonsolidierung darf niemals nur den kurzfristigen Sparerfolg für einen Haushalt im Blick haben. Das war sicherlich bei der Aufstellung des Doppelhaushalts 2004/2005 hier im Parlament so. Wir müssen durch strukturelle und langfristig angelegte Veränderungen dafür sorgen, dass wir uns in der Zukunft Gestaltungsspielräume zurückerobern. Das ist dann wahrhaft soziale Politik, meine Damen und Herren.

(Beifall von der CDU)

Diese Gestaltungsspielräume sind bei rund 6,5 Milliarden € strukturellem Defizit nicht mehr gegeben. Die vordringliche Aufgabe besteht darin, das Strukturproblem des Landeshaushalts zu beseitigen, um wieder wirklich ausgeglichene Haushalte verabschieden zu können. Wir arbeiten dafür, dieses Ziel schrittweise zu realisieren. Wir möchten spätestens bis zum Ende der Wahlperiode wieder zu Haushalten kommen, die die Kreditobergrenze der Verfassung einhalten. Dann machen wir uns ans Werk, einen vollständigen Abbau der Neuverschuldung zu erreichen.

Das alles wird nicht ohne Einschnitte vonstatten gehen können. Wir werden uns die Frage stellen müssen: Was kann, was muss der Staat leisten? Danach müssen wir unsere Prioritäten ausrichten.

Erste Akzente dazu finden sich bereits im Nachtragshaushalt. Wie wichtig uns Bildung und Ausbildung sind, lässt sich daran ablesen, dass wir trotz der katastrophalen Abschlussbilanz die Einrichtung von 1.000 neuen Lehrerstellen im Nachtragshaushalt finanzieren.

(Beifall von der CDU)

Um solche Gewichtungen geht es auch bei den zukünftigen Debatten.

Wir werden uns intensive Gedanken über die Personalsituation des Landes machen müssen. Auch bei diesem Punkt bedarf es zunächst eines strukturierten Konzeptes, um die Probleme in den Griff zu bekommen.

Dazu hat die hochrangige Expertenkommission konkrete Vorschläge vorgelegt, die wir sorgfältig prüfen und sicherlich auch bereits in die Haushaltsplanungen für 2006 einbeziehen werden. Das

Ziel eines strukturellen Stellenabbaus in der engeren Landesverwaltung steht. Teil einer zielführenden Konzeption - dies wird sich im Haushalt 2006 bereits wieder finden - muss darüber hinaus der beschleunigte Abbau von kw-Stellen sein.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Offen, klar und transparent - so stellt sich die neue Finanzpolitik mit dem zweiten Nachtragshaushalt 2005 im Landtag vor. Wir haben uns nicht gescheut, eine klare, eindeutige und schnörkellose Darstellung der Haushaltssituation zu liefern. Wir verhandeln ab heute - jetzt und in den kommenden Wochen - die Abschlussbilanz von Rot-Grün.

Ich bitte um die politische Rückendeckung dieses Hauses für die notwendigen Maßnahmen, um einen Schlussstrich unter diese Haushaltspolitik der Vergangenheit ziehen zu können. Dann wird sich schon bald, nämlich mit der Vorlage des ordentlichen Haushalts 2006, unsere neue Finanzpolitik beweisen können.

Diese offene, klare und transparente Politik wird geprägt sein durch das Leitbild des vorsichtigen Kaufmanns. Dann sind wir gut gerüstet, um die Finanz- und Strukturkrise des Landeshaushalts zu meistern. - Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Linssen hat nicht, wie von der Landesregierung angemeldet, 20, sondern 28 Minuten gesprochen. Deswegen bekommen auch die vier Fraktionen die Möglichkeit, 28 Minuten zu uns zu sprechen.

Als erste Rednerin hat Frau Abgeordnete Kraft, die Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, das Wort.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Höhn hat uns vorhin bei ihrer Abschiedsrede in diesem Hohen Haus den Rat gegeben, als Opposition sollten wir die Regierung an dem messen, was sie versprochen und angekündigt hat.

Lieber Herr Finanzminister, am Tag Ihrer Amtsübernahme haben Sie eine völlige Umkehr der Haushaltspolitik in NRW verkündet. Sie wollten neben der geplanten Haushaltssperre zusätzlich eisen sparen. Damit wollten Sie auch noch sofort beginnen.

Insofern haben wir schon gespannt darauf gewartet, was sich denn von diesen Ankündigungen jetzt in diesem Nachtragshaushalt wieder findet.

Ich halte fest: Sie nehmen für dieses Jahr weit mehr Schulden auf als nötig. Sie legen sich einen Sparstrumpf aus teuer geliehenem Geld an.

(Zurufe von der CDU)

- Ich werde das gleich belegen. Zur Rechtfertigung reden Sie über eine angebliche Schlussbilanz der vorherigen Landesregierung.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch richtig! Was denn sonst?)

- Sie brauchen sich gar nicht aufzuregen. - Damit eins von vornherein klar ist: Wir entziehen uns als SPD-Fraktion nicht unserer Verantwortung. Das ist nicht unser Wille; das habe ich auch öffentlich deutlich gemacht.

(Beifall von der SPD)

Wir wissen alle - und das nicht erst seit gestern -, dass die Haushalts- und Finanzsituation dramatisch ist. Daraus haben wir auch nie einen Hehl gemacht.

(Beifall von der SPD - Zurufe von der CDU)

Alle öffentlichen Haushalte stehen vor dem harten Weg der Sanierung. Die Gespräche, die zurzeit in Berlin geführt werden, machen deutlich, vor welchen riesigen Aufgaben die Politik bei der Haushaltskonsolidierung steht, im Bund wie in den Bundesländern.

Wir haben allerdings in den letzten Jahren schon mit diesem Weg begonnen. Daran darf man ja noch einmal erinnern.

(Zurufe von der CDU)

Im Doppelhaushalt 2004/2005 haben wir etwa 1,4 Milliarden € eingespart. Von 2001 bis 2005 wurden die Ausgaben des Landes real von 49,2 Milliarden € auf 48 Milliarden € gesenkt.

Das war erst der Anfang des Weges. Das hat auch der vorherige Ministerpräsident und unser vorheriger Finanzminister hier in diesem Hause noch Anfang dieses Jahres deutlich gemacht.

Wir haben uns dieser Aufgabe gestellt. Wir wissen auch, dass wir jetzt gemeinsam gefordert sind - Regierung und Opposition.

(Rudolf Henke [CDU]: Gestellt und nicht erfüllt!)

- Ich habe Ihnen doch gerade dargelegt, wie wir diesen Weg eingeleitet haben. Entschuldigung, Herr Henke!

(Rudolf Henke [CDU]: Gestellt und nicht erfüllt!)

Wir stellen uns dieser Aufgabe. Dabei - das sage ich Ihnen sehr deutlich - werden wir auch weiterhin die soziale Ausgewogenheit zum Maßstab unserer Kooperation bei Haushaltssanierungen machen.

(Beifall von der SPD - Rudolf Henke [CDU]: Schulden sind nicht soziale Ausgewogenheit!)

- Herr Henke, warten Sie doch erst einmal ab; ich habe doch noch ein bisschen Redezeit.

Wir räumen auch klipp und klar ein, dass der Haushalt 2005 auf der Einnahmeseite Risiken enthielt, die jetzt zu Korrekturbedarf führen.

Die Mindereinnahmen, die im Nachtrag aufgelistet sind, gehen auf das Konto der alten Landesregierung und der rot-grünen Koalition. Darüber müssen wir heute nicht streiten. Das habe ich auch öffentlich gemacht, auch in Pressegesprächen dazu. Das ist das, was ich immer „Konto Rot-Grün“ genannt habe.

Beispiele dafür sind Veräußerungen von Beteiligungen, die wir nicht realisieren konnten - die hätten Sie jetzt wahrscheinlich auch gerne realisiert -, oder die Studienfonds oder die Konzessionseinnahmen aus Spielen und Wetten. Wir wissen alle, warum letztere nicht im erwarteten Ausmaß eintreten können. Das liegt daran, dass das Internet inzwischen eine größere Rolle spielt, als wir alle prognostizieren konnten.

Auch ein Teil der Mehrausgaben, die Sie jetzt neu ausweisen wollen, geht aus unserer Sicht in Ordnung. Das fällt unter die Rubrik „Hätten wir auch gemacht“. Das ergibt sich im Haushaltsvollzug, bei dem sich zeigt, dass bestimmte Ansätze nicht ausreichen. Da muss jetzt etwas draufgelegt werden. Das ist in Ordnung. Ich nenne als Beispiel nur die vorbeugenden Maßnahmen gegen die Vogelgrippe, die Schutzimpfungen. Ich nenne auch ganz bewusst die 1.000 Lehrerstellen, die wir auch hätten einstellen müssen,

(Beifall von der SPD - Zurufe von der CDU)

weil sie - wie wir hier schon mehrfach festgestellt haben - dazu dienen, die Schüler-Lehrer-Relation konstant zu halten, was wiederum im Schulgesetz seine Grundlage hat.

Bis zu diesem Punkt und in diesen Punkten besteht Konsens. Das gilt übrigens auch für den Länderfinanzausgleich. Auch die Mehrausgaben für den Länderfinanzausgleich müssen ausgewiesen werden. All dies müssen Sie jetzt tun, und wir hätten es auch gemacht.

Das Stichwort Länderfinanzausgleich gibt allerdings Anlass zu einer Frage. Die Mehrausgaben entstehen, weil die Steuereinnahmen des Landes höher sind als im Haushalt veranschlagt. Übrigens wurden diese Zahlen erst am 25. Juli bekannt. Das sage ich für diejenigen, die auf der Zuschauertribüne sitzen. Wir hätten es also gar nicht wissen können. Das ist ein etwas kompliziertes Geflecht. Sie wissen genauso gut wie ich, dass die Steuereinnahmen nicht so regelmäßig sprudeln, dass sie wirklich sicher prognostiziert werden könnten.

Aber diese Mehrausgaben entstehen - ich sage es noch einmal -, weil die Steuereinnahmen des Landes höher sind als im Haushalt veranschlagt. Aus diesen Mehreinnahmen ergibt sich die Zahlungsverpflichtung.

Ich frage Sie nun, Herr Finanzminister: Wo stehen denn diese Mehreinnahmen in Ihrem Nachtragshaushalt? Ich habe sie nicht gefunden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mindereinnahmen ausweisen, Mehreinnahmen weglassen - das entspricht nicht dem Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das zeigt, dass schon in diesem Punkt Ihre Philosophie „klar, offen und transparent“ nicht gewährleistet ist.

Ihr Entwurf hat einen zweiten entscheidenden Mangel. Er enthält - lassen Sie sich das auf der Zunge zergehen, meine Damen und Herren - keinen einzigen Einsparvorschlag. Keinen einzigen!

(Beifall von der SPD - Zuruf: Hört, hört!)

Das ist die große Wende in der Haushaltspolitik.

Sie haben Ihren Ankündigungen, eisern zu sparen, keine Taten folgen lassen. Sie verweigern jede Anstrengung, die Belastung mit neuen Schulden so gering wie möglich ausfallen zu lassen. Sie haben nicht einmal mehr nach der Deckung für Mehrausgaben gesucht. Das ist ein Armutszeugnis für den Antritt eines Finanzministers.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Jetzt fragen sich natürlich die Menschen im Land, warum Sie das machen. Das ist eigentlich recht

einfach zu erklären: Sie wollen in diesem Nachtragshaushalt 2005 gar nicht sparen. Sie wollen vielmehr eine unnötig hochgefahrte Kreditermächtigung erhalten, um in den nächsten Jahren davon Gebrauch machen zu können. Das ist Ihre Strategie mit diesem Nachtragshaushalt.

(Beifall von der SPD)

Der Beweis für meine Behauptung liegt auf der Hand. Herr Finanzminister, Sie persönlich gehen davon aus, dass die von Ihnen unverzüglich verhängte Haushaltssperre Einsparungen in Höhe von 30 bis 100 Millionen € bringen wird. Das haben Sie im Haushalts- und Finanzausschuss am 22. September erklärt. Im Nachtragshaushalt findet sich davon kein einziger Euro. Absolut null.

(Beifall und Zuruf von der SPD: Hört, hört!)

Wo finden sich die Einsparungen durch die Haushaltssperre im Entwurf des Nachtragshaushalts? Mehrausgaben ausweisen und Mindereinnahmen weglassen? - Auch das entspricht nicht dem Grundsatz von Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen ganz klar: Nach unserer Überzeugung können sowohl die Mindereinnahmen als auch die Mehrausgaben im Haushalt gedeckt werden. Dies kann durch das hohe Steueraufkommen und die verbleibenden Einsparpotenziale erreicht werden. Wir erwarten Ihre konkreten Deckungsvorschläge dafür, Herr Finanzminister. Dafür müssen Sie keine neuen Schulden machen. Das muss man den Menschen da draußen einmal klar machen.

(Beifall von der SPD)

Herr Finanzminister, es ist darum vollkommen inakzeptabel, dass die Landesregierung bewusst und gewollt den Verfassungsgrundsatz außer Acht lässt, wonach die Neuverschuldung nicht die Investitionen übersteigen darf.

(Zuruf von der CDU)

Sie weigern sich, auch nur einen einzigen Euro einzusparen, und Sie weisen Mehreinnahmen und Minderausgaben nicht im Haushalt aus. Das werden wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Das gilt in besonderer Weise für die dritte Rubrik. Zwei Rubriken habe bereits ich genannt - eine Rubrik „Konto Rot-Grün“ und eine Rubrik „Hätten wir auch gemacht“.

Es gibt eine dritte Rubrik mit einem Umfang von 1,1 Milliarden €. Sie haben so schön dargestellt, dass Sie Zahlungen an den Bau- und Liegen-

schaftsbetrieb des Landes und an die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft planen. Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie lösen Schulden ab, die diese Gesellschaften haben, und nehmen dafür neue Schulden in den Landeshaushalt auf. Dafür besteht keine Notwendigkeit, ja nicht einmal ein Anlass.

(Beifall von der SPD)

Sie haben die Bilanzsumme des BLB selbst genannt. Es glaubt Ihnen doch niemand, dass er finanziell wegen der Dinge in Schwierigkeiten ist, die Sie genannt haben.

(Zuruf von der SPD: Das ist Trickseriei!)

Es ist ein Buchungstrick, den wir hier vorfinden. Auch das kann man den Menschen erklären: Der Finanzminister und die neue Landesregierung legen einen Sparstrumpf an. Sie tun so, als wären diese Gesellschaften bedürftig. Sie legen Geld in diese Gesellschaften hinein. Das Schöne ist, Sie können dieses Geld wieder zurückzurufen, ohne einen Landtagsbeschluss zu erwirken und ohne das Parlament zu beteiligen. Damit können Sie in den nächsten Jahren Geld aus diesen Gesellschaften zurückholen, wenn es für Sie eng wird, um damit handlungsfähiger zu sein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich fasse es noch einmal zusammen: Sie treiben den Schuldenstand des Landes im zweiten Nachtragshaushalt ohne sachliche und ohne rechtlich haltbare Notwendigkeit auf einen Rekordstand. Mit den Schulden von heute wollen Sie den Druck herausnehmen, den Sie morgen bei Ihren eigenen Haushalten haben. Sie wollen sich unter dem Vorwand der Aufstellung einer Schlussbilanz für Rot-Grün ein Polster für die kommenden Jahre anlegen. Das werden die Menschen draußen im Land verstehen. Das geht nicht durch. So kann man keine Haushaltspolitik machen, von der Sie sagen, dass sie klar, offen und transparent ist. Sie ist weder klar noch offen, und sie ist völlig intransparent.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, dieser Entwurf für den zweiten Nachtrag war finanzpolitisch die erste Bewährungsprobe der neuen Landesregierung. Herr Rüttgers, von Ihrem zentralen Wahlversprechen, Schulden abzubauen, findet sich kein Wort mehr. Sie haben diese Probe nicht bestanden.

Wir haben heute Morgen über die Verantwortung gesprochen, die Regierung und Landtag für die Zukunft unseres Landes tragen. Dieser Nachtragshaushalt wird unserer gemeinsamen Verant-

wortung nicht gerecht. Deshalb wird ihn die SPD-Fraktion ablehnen. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat der Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion, Herr Abgeordneter Stahl, das Wort.

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Kraft, ich muss Ihnen zugestehen, Sie hatten heute eine schwierige Rolle.

(Ralf Jäger [SPD]: Bei dem Finanzminister ist das ganz einfach!)

Es war insoweit eine schwierige Rolle, als ein Haushalt immer in Zahlen geronnene Politik ist. Das bedeutet, man kann nicht ausweichen. In Zahlen geronnene Politik bedeutet, dass Sie der neuen Landesregierung und der sie stützenden Koalition 111 Milliarden € Schulden hinterlassen haben.

(Zuruf von der CDU: Hui!)

Das ist mehr als das Doppelte des Volumens des Landeshaushaltes. Wenn ich dieses Geld in zwei Zentimeter dicken Päckchen à 10.000 € aufeinander stapeln würde, wäre das Ganze 264-mal so hoch wie der Kahle Asten. Diese Schulden belasten den Landeshaushalt mit etwa 5 Milliarden € an Zinsen pro Jahr.

(Zuruf: Mein Gott!)

Das ist fast so viel, wie früher der Wissenschaftsminister in der alten Landesregierung zur Verfügung hatte.

(Zuruf von der SPD)

Wir zahlen also an Zinsen für die Schulden fast genauso viel, wie wir in Wissenschaft und Forschung investieren können. Dies ist Ihre Bilanz. Wenn ich mir die Verteilungswirkung ansehe, beinhaltet das, dass diese 5 Milliarden € Ihnen gefehlt haben und uns fehlen, um beispielsweise für Behinderte und für unsere Schulen mehr zu tun und auch dafür, dass der Landesjugendplan besser ausgestattet ist. Dieses Geld fehlt, geht an die Banken und macht die Reichen reicher. Das ist die Verteilungswirkung Ihrer Schuldenpolitik.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir haben, Frau Kollegin Kraft, als Opposition ein Urteil des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen erstritten, verkündet am 2. September 2003. Dieses Urteil hat bestätigt, was wir wussten,

dass Sie in Nordrhein-Westfalen über Jahre eine verfassungswidrige Politik betrieben haben. In Bezug auf dieses Urteil war der Sachverhalt der, dass Sie in den Jahren vor 2001 mehr Schulden aufgenommen hatten, als Sie tatsächlich gebraucht haben, um den Haushalt auszugleichen. Sie haben damals genau den „Sparstrumpf“ angelegt, den Sie heute der neuen Regierung, dem neuen Finanzminister vorwerfen.

(Beifall von der CDU - Hannelore Kraft [SPD]: Dann hätten Sie ja Geld!)

Für hohe Marktzinsen haben Sie damals - das hat Ihnen der Verfassungsgerichtshof ins Stammbuch geschrieben - einen verfassungswidrigen Sparstrumpf angelegt, um zu manipulieren. Sie wollten damit erreichen, dass Sie in den Jahren 2001 und 2002 Geld aus dieser Rücklage entnehmen konnten, um einen verfassungswidrigen Haushalt auszugleichen.

(Beifall von der CDU - Widerspruch von der SPD - Ralf Jäger [SPD]: Schauen Sie einmal auf die Tagesordnung!)

Wenn das ansatzweise - das ist nicht ganz vergleichbar - in einem privaten Unternehmen geschehen würde, würde man sicher von Bilanzbetrug sprechen, wenn nicht gar von krimineller Energie, die dazu geführt hat, so vorzugehen.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, deshalb war es unklug von Ihnen, sowohl heute als auch in Ihrer Erwiderung auf die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten auf dieses Urteil des Verfassungsgerichtshofs Bezug zu nehmen. Sie haben sich nämlich zu der Behauptung verstiegen: Wenn die neue Landesregierung einen Haushalt vorlegt, bei dem es nicht gelingt, die Summe der Kredite unter der Summe der Investitionen zu halten - das fordert Art. 83 unserer Verfassung -

(Ralf Jäger [SPD]: Das hat sich sogar bis zu uns herumgesprochen!)

sei dies ein Offenbarungseid der neuen Landesregierung.

Das ist verdammt starker Tobak. Sie haben in der letzten Legislaturperiode mehr als 30 Milliarden € Schulden gemacht, so viel wie nie eine Landesregierung zuvor, und werfen uns dann vor und wollen die Menschen Glauben machen, dass diese gewaltige Schuldenlast und die Zinsen, die Schuldendienste, die daraus zu leisten sind, der neuen Landesregierung anzulasten seien. - Das ist schändlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben es trotz der Verpflichtung aus dem Urteil, das Sie zitieren, getan. Die Vorgabe des Verfassungsgerichts sagt, nachzulesen in dem Urteil aus dem Jahre 2003, Seite 22: Haushaltsgefahren sind abzuwenden nicht in erster Linie durch Schulden, sondern dadurch, dass Sie alle Räume zur Schuldenbegrenzung nutzen. - Das haben Sie als alte Koalition, als alte Landesregierung unterlassen und haben damit sträflich gegen die Vorgabe des Verfassungsgerichtshofs Nordrhein-Westfalen verstoßen.

Wenn Sie heute anmahnen, dass die neue Landesregierung einen Nachtragshaushalt zu Ihrem Haushalt vorlege, der mit der Verfassung vereinbar sei, werte Frau Kraft, ist das eine klassische Selbstanzeige, eine klassische Klage gegen sich selbst.

(Beifall von CDU und FDP)

In der Fußballsprache, Frau Kraft, würde man sagen: Die hat den Ball im eigenen Netz versenkt.

Frau Kraft, wer schreibt Ihnen eigentlich Ihre Reden?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das frage ich mich bei Ihnen auch immer!)

Ich glaube bald, der wackere Experte, den Sie aus Ihrem früheren Ministerium mitgebracht haben. Er hat Ihnen damals auch aufgeschrieben, dass die Hochschulen 45 Millionen € aus Studienbeiträgen bekommen, die insgesamt aber nur in der Größenordnung von 30 Millionen € fließen.

(Gisela Walsken [SPD]: Da kennen Sie sich aus!)

Im zweiten Nachtrag wird es korrigiert. Jetzt bekommen die Hochschulen 45 Millionen €, und die bleiben auch dort.

Frau Kraft, wer schreibt Ihnen eigentlich Ihre Pressemitteilungen? Wenn ich in Ihrer Pressemitteilung vom 20. September 2005 den Satz lese:

„Der BLB“

- der Bau- und Liegenschaftsbetrieb -

„ist ein gesundes Unternehmen und die BVG hat eine ausgeglichene Bilanz vorzuweisen.“

(Ralf Jäger [SPD]: Das haben Ihre Kollegen aus Ihrer eigenen Fraktion so festgestellt!)

- Kollege Linssen hat gerade etwas dazu gesagt, was eine Bilanz kennzeichnet. Das Kennzeichen einer Bilanz ist, dass sie immer ausgeglichen sein muss. Wenn man sie nicht ausgleichen kann,

muss man Schulden aufnehmen. Weil Sie die Bilanz ausgleichen mussten, haben Sie Schulden aufgenommen und bei der BVG und beim BLB belassen. Dadurch, dass wir diese Manipulation beenden, machen wir Schluss mit dem Thema Schattenhaushalte, machen wir Schluss mit Ihrer manipulativen Haushaltspolitik.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kraft, wer lässt sich eigentlich Unsinnserelationen einfallen, die Sie hier verbreiten? Sie sagen und schreiben in Pressemitteilungen, dass die neue Landesregierung 87 Stellen geschaffen habe - es sind nur 67, wie man dem Nachtragshaushalt entnehmen kann -, und das Ganze koste 23,4 Millionen € bis zum Jahr 2010.

Das, Frau Kraft, kann man doch genauso gut - anders herum - rechnen: Wir haben im Land etwa 345.000 Stellen. Die haben Sie eingestellt. Wenn ich diese mit 50.000 € pro Jahr multipliziere, komme ich etwa auf 17 Milliarden €, multipliziert mit fünf bin ich bei 87,25 Milliarden € Ausgaben. Das bedeutet, Sie sind verantwortlich für 87,25 Milliarden € Personalausgaben. Die neue Landesregierung wäre verantwortlich für 23,4 Millionen €.

Wenn ich das in Relation setze, heißt das, dass die neue Landesregierung mit diesen wirklich notwendigen Personalausgaben 0,002681 % dessen verausgabt, was Sie in den letzten Jahren verausgabt haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Darüber regen Sie sich auf. Sie regen sich darüber auf, dass wir - es ist anständig, wie sich die neue Landesregierung verhalten hat - dafür sorgen, dass das Personal, das Sie in Leitungsfunktionen hinterlassen haben, eine anständige Perspektive bekommt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Die haben eine Stelle!)

- Ja, natürlich haben die eine Stelle. Die müssen ja auch eine haben; denn ohne Stelle existiert im öffentlichen Dienst leider Gottes niemand. Sie haben also eine Stelle und es ist notwendig, dass eine neue Landesregierung, dass Ministerinnen und Minister, die neu ins Amt kommen, sich ein Umfeld schaffen, mit dem sie zusammenarbeiten können.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Es ist also 0,002681 % dessen, was Sie für Personal verausgabt haben! Und deshalb, Frau Kraft, dieses Theater!

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Frau Kraft, fällt Ihnen nicht der Unsinn auf, der Ihnen aufgeschrieben wird?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Fällt Ihnen nicht der Unsinn Ihrer Rechnung auf?)

Sie fragen, warum in diesem Haushalt keine Sparoperationen vorgenommen werden. Wir haben Oktober 2005. Das heißt, das Haushaltsjahr endet in zwei Monaten.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben es doch angekündigt!)

Die Erwartung, dass man in einem Nachtrag großartig Einsparungen vornehmen könnte - wen wollen Sie so etwas glauben machen?

(Gisela Walsken [SPD]: Ihr Finanzminister hat das doch gesagt!)

Wenn Sie sagen, Sie hätten reale Einsparungen vorgenommen, dann sage ich Ihnen, wie die Haushaltszahlen seit 2002 aussahen. 2002 endete der Haushalt mit 47,9 Milliarden €, 2003 eine leichte Absenkung mit 47,4 Milliarden €, 2004 mit 48,1 Milliarden €, 2001 auch mit 48,1 Milliarden € und jetzt 51,7 Milliarden €. Das heißt, Sie haben im Kern die ganze Zeit mehr statt weniger Ausgaben gehabt. Und dann sagen Sie, Sie hätten weniger ausgegeben.

(Beifall von CDU und FDP)

Wie rechnen Sie das eigentlich? Wer schreibt Ihnen so etwas auf?

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Mengenlehre!)

Sie sagen, Mehreinnahmen würden nicht etatisiert. Frau Kraft, wer schreibt Ihnen so etwas eigentlich auf? Ich würde mich, wenn es eben möglich ist, von dem Menschen trennen oder ihn die Dinge tun lassen, die er tatsächlich kann. Wenn Sie sagen, es gibt Mehreinnahmen, dann müssen Sie doch gegenrechnen, dass von diesen Mehreinnahmen schon ein Batzen - etwa 430 Millionen €, wenn ich mich richtig erinnere - bereits in den Haushalt eingebucht ist. Die Mehreinnahmen können Sie nicht dreimal verteilen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo sind denn die restlichen?)

So haben Sie die ganze Zeit Finanzpolitik gemacht und wir müssen mit dem Ergebnis jetzt leben.

(Beifall von CDU und FDP - Helmut Stahl [CDU] blättert in seinen Unterlagen. - Ralf Jäger [SPD]: Konzept verloren?)

- Nein, überhaupt nicht.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist doch lächerlich! Das könnte Ihnen genauso passieren! So ein Quatsch! - Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist gesundheitsgefährdend, was Sie da machen!

Wir hatten soeben eine fulminante Rede des neuen Finanzministers. Das war die Rede eines nicht nur vorsichtigen, sondern auch eines ehrbaren Kaufmanns. Dagegen ist das, was Sie über Jahre vorgelegt haben, glatte Rosstäuscherei.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bilanzrechnung noch einmal nachlesen!)

Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, der nächste Redner ist der Abgeordnete Rüdiger Sagel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

(Zurufe von der CDU: Herr Sagel, jetzt sagen Sie etwas zur Sache!)

Rüdiger Sagel (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Wir stehen zur Haushaltskonsolidierung und zu Sparmaßnahmen, zur Haushaltsklarheit und zur Haushaltswahrheit. Doch was Sie mit Ihrem ersten Haushalt in den öffentlichen Raum stellen, das hat mit Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit relativ wenig zu tun. Das ist mehr als widersprüchlich.

(Zuruf von der CDU: Nachtragshaushalt!)

- Es ist nicht nur ein Nachtrag, sondern es ist auch ein Haushalt. Es ist ein konkreter Haushalt.

Der Kahle Asten ist der höchste Berg in Nordrhein-Westfalen. Den höchsten Schuldenberg in Nordrhein-Westfalen häuft jetzt die neue schwarz-gelbe Landesregierung an.

(Lachen von der CDU)

Nichts von Konsolidierung und Sparmaßnahmen zu erkennen, ein Kahler Asten der Schulden - das ist ihre erste Bilanz!

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Mindereinnahmen belaufen sich gegenüber dem ersten Nachtragshaushalt von Finanzminister Dieckmann auf insgesamt 584 Millionen €; die

Mehrausgaben betragen 1,632 Milliarden €. Die Gesamtverschlechterung beträgt daher 2,216 Milliarden €. Die Nettoneuverschuldung beträgt damit zum Jahresende 7,38 Milliarden € und stellt damit einen Rekord für eine Neuverschuldung in Nordrhein-Westfalen dar. Die Neuverschuldung übersteigt die Summe der zulässigen Rate um 1,4 Milliarden € und ist somit verfassungswidrig. Bisher war dieser Haushalt verfassungsgemäß.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Herr Linssen, ich kann Ihnen nur sagen: Sie hängen in einer finanzpolitischen Steilwand und sind schon beim ersten Gipfelsturm abgestürzt.

Kein Wunder! Wer keine Seilschaft in den übrigen Ministerien hat und es als Freeclimber versucht, endet mit dem Absturz. Ihr Ziel mit diesem Nachtragshaushalt ist hauptsächlich eines: Sie wollen Rot-Grün Ihre politisch motivierten Erhöhungen und die Verantwortung für diesen Kahlen Asten in die Schuhe schieben, um dann in den nächsten Jahren zu behaupten, sie kämen mit der Haushaltskonsolidierung voran.

Deswegen ist es, wie Sie das hier dargestellt haben, keine Schlussbilanz von Rot-Grün, sondern ein erstes Zeugnis von Schwarz-Gelb. Wir Grüne wollen eine soziale und ökologische Politik und tragen Korrekturen mit, wo sie denn nötig sind. Doch was CDU und FDP hier machen, ist ein Verstecken hinter angeblichen Versäumnissen und ein Tricksen mit dem Haushalt. Mit Haushaltsklarheit und -wahrheit hat das nichts zu tun. Wer Mindereinnahmen ausweist und Mehreinnahmen weglässt, hat seinen Anspruch auf Haushaltsklarheit und -wahrheit verwirkt. Das gilt auch für Minderausgaben.

Beispielhaft sei im Übrigen die Steinkohle genannt, wo vieles unklar bleibt, was Sie selber an Klarheit gefordert haben. Auch wir sind an einem Kassensturz interessiert. Wir stehen für klare, transparente Haushaltspolitik und Konsolidierung. Auch Rot-Grün hätte zusätzliche Ausgaben für den Länderfinanzausgleich ebenso in den Haushalt eingestellt wie die reduzierten Erlöse aus dem Verkauf von Beteiligungen. Das hätten wir als Grüne auch gemacht.

Auch halten wir die Schuldentilgung bei der BVG für einen akzeptablen Schritt. Allerdings, Herr Linssen: Jeder Gipfelstürmer braucht ein Basislager. Sie aber, Herr Linssen, haben es nicht einmal bis zum Basislager geschafft, sondern sind schon beim Anmarsch darauf gescheitert. Anspruch und Wirklichkeit klaffen bei Ihnen weit auseinander.

Ein Kernthema des schwarz-gelben Wahlkampfes war es, immer wieder das vermeintliche Versagen der alten Landesregierung in Haushaltsfragen ins Land zu transportieren und zu erklären, dass Sie tatsächlich eine andere Politik machen wollten. Wir müssen allerdings feststellen, dass Sie selbst in Ihren Ankündigungen massiv zurückrudern mussten.

Ein Riesengeschrei haben Sie zum Beispiel über das Wasserentnahmegeld angestimmt und die sofortige Rücknahme nach der Wahl angekündigt.

(Hannelore Kraft [SPD]: So war es!)

Nichts ist passiert.

Solide Haushalte wollten Sie präsentieren. Erkennen können wir nichts.

Lange können Sie den Finger nicht mehr auf andere richten. Sie haben die Regierungsmacht. Sie müssen Ihren Ankündigungen Taten folgen lassen. Aber was tun Sie tatsächlich?

CDU und FDP sind vollmundig damit angetreten, den Haushalt zu sanieren und dauerhaft zu konsolidieren. Insbesondere im Personalbereich wollten Sie massive Einschnitte durchsetzen. Das fordert jetzt auch Ihre Haushaltskonsolidierung, die Sie in die Bredouille bringt. Stattdessen wurden 91 und nicht 67 - wie Herr Stahl es hier erklärt hat - zum Teil hoch dotierte Stellen für Parteigänger in den Spitzen der Ministerien geschaffen, Kosten: 5,5 Millionen €.

Die Grünen haben zum Beispiel beim Eintritt in die Landesregierung 1995 nur in jedem Ministerium eine einzige Staatssekretärsstelle geschaffen. Das ist das, was wir gemacht haben.

Der Finanzminister argumentiert immer damit, dass diese Stellen zur Unternehmenssanierung notwendig seien. Inwieweit Redenschreiber in der Staatskanzlei zur Unternehmenssanierung notwendig sind, das bleibt mehr als zweifelhaft. Redenschreiber sind keine Sanierer. Wenn Sie diese Stellen wenigstens etwa zur Erhöhung der Zahl der Steuerprüfer eingesetzt hätten, wäre es noch zu verstehen gewesen. Immerhin erbringt jeder Steuerprüfer ungefähr 500.000 bis 1 Million € Mehreinnahmen, was auch dem Landeshaushalt zugute käme. Doch Ihre Politik sieht da anders aus.

Wie Sie die Personalkostenreduzierung in den Folgejahren durchführen wollen, bleibt abzuwarten. Jetzt praktizieren Sie erst einmal das Gegenteil. CDU und FDP haben alle großen Personalbereiche und damit einen Anteil von über 80 % des Personals aus der Konsolidierung herausgenom-

men. Es verbleiben lediglich 30.000 bis 35.000 Stellen, bei denen Kürzungen überhaupt möglich sind. Sparen Sie davon entsprechend dem Koalitionsvertrag 1,5 % pro Jahr ein, kommen Sie pro Jahr auf nur ca. 500 Stellen insgesamt, maximal 2.500 Stellen in fünf Jahren, die Sie tatsächlich einsparen könnten, wenn Sie bei dem bisher Gesagten bleiben.

Gleichzeitig sollen laut Koalitionsvertrag 4.000 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer geschaffen werden. Schon dies passt kaum zusammen. Hinzukommen sollen jährlich noch 120 Millionen € an Kosten für entsprechend 2.400 LehrerInnenstellen für Ganztagsangebote über das bisher bereitgestellte Budget hinaus. Hier werden Buchungen gleich mehrfach vorgenommen. Der Vorwurf der Luftbuchungen fällt auf den Finanzminister selbst zurück.

Die Liste ließe sich um weitere Versprechungen aus dem Koalitionsvertrag oder sonstige Ankündigungen ergänzen - Exzellenzinitiative, längerer Erhalt von Horten, Qualitätsverbesserung bei der offenen Ganztagsgrundschule usw. -, die versprochen, aber bisher nicht finanziert sind.

Doch es geht noch weiter: Obwohl CDU und FDP die Regierungspräsidien abschaffen wollen und nur noch drei Regionalpräsidien auf der Mittelebene sehen wollen, war eine der ersten Amtshandlungen von Herrn Rüttgers, drei der fünf RPs abzurufen und dort unter anderem bei der Regierungsbildung zu kurz gekommene Abgeordnete unterzubringen. Auch das ist ein Teil Ihrer Haushaltsklarheit und -wahrheit und von dem, was Sie hier in diesem Haushalt machen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Reiterstaffeln - deren Abschaffung war eine von uns durchgeführte Konsolidierungsmaßnahme - sollen wieder eingeführt werden. Die Reduzierung bei der Ersatzschulfinanzierung wurde durch Kabinettsbeschluss - mal eben 15 Millionen € - zurückgenommen, übrigens alles ohne Gegenfinanzierung der Kosten, die hier tatsächlich neu entstehen, also ohne Minderausgaben auf anderer Seite. Auch die Haushaltssperre wirkt in den meisten Bereichen nicht. Der Finanzminister geht von einem Gesamtsparrvolumen von maximal 30 bis 100 Millionen € aus. Auch bei den Steinkohlesubventionen wird zurückgerudert. Der RAG wird in Walsum ein ungeheurer Subventionsbetrag hinterher geworfen.

All das ist Ihre Politik, die sich in diesem Nachtragshaushalt niederschlägt. Sparvorschläge sind nicht erkennbar.

Der Nachtragshaushalt treibt die Schuldenlast in die Höhe. Mit diesem Haushalt sollen 2,2 Milliarden zusätzliche Schulden gemacht werden. Dies bedeutet eine Verschuldungsspitze in Höhe von 7,3 Milliarden. Die Verschuldung liegt damit um 1,4 Milliarden über der Verfassungsgrenze.

Der Finanzminister unterbreitet keinen Vorschlag für wirkliche Einsparungen. Seine Haushaltssperre ist ein zahnloser Tiger. Die Beratung in den Fachausschüssen hat gezeigt, dass die Ministerien nicht verausgabte Gelder im nächsten Jahr ausgleichen wollen oder sich alle wesentlichen Bereiche durch die Genehmigung des Finanzministers von der Sperre freistellen lassen. Sie haben wirklich keine Seilschaft, Herr Linssen. Sie tun mir Leid.

Es ist keineswegs so, dass Rot-Grün alles zementiert. Es gibt auch die Entscheidungen der neuen Regierung, von uns angestoßene sinnvolle Projekte fortzuführen. Von einem ressortübergreifenden Gegensteuern, was Ihre Haushaltskommission fordert - Sie haben den Bericht kürzlich vorgelegt -, ist nichts zu erkennen. Auch das steht in krassem Widerspruch.

Die Finanztricks verfälschen Bilanzen. Mit Finanztricks will die Landesregierung die Schuldenlast künstlich in die Höhe treiben, um in den Folgejahren Konsolidierungserfolge vortäuschen zu können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Noch ein Beispiel: der BLB. Es werden Schulden bei Landesgesellschaften wie dem BLB, die keine Liquiditätsprobleme haben, abgelöst. Immerhin bedeutet dies 613 Millionen € allein für den BLB. Schwarz-Gelb will dem BLB diese Summe zur Schuldentilgung zuführen. Begründet wird dies damit, dass der BLB mit den eingesparten Zinsen Maßnahmen zur Altlastensanierung und zum Brandschutz durchführen könne.

Nach der bisherigen Konstruktion allerdings erwirtschaftete der BLB seine Mittel aus Verkäufen. Bisher ist aus der Bilanz nicht ersichtlich, dass der BLB dazu nicht auch weiterhin in der Lage sein sollte. Insofern scheint insbesondere diese Maßnahme abzulehnen zu sein und der Verdacht nahe zu liegen, dass hier entweder Rücklagen für künftige Operationen der Regierung geparkt werden oder dass die Braut für den Verkauf geschmückt wird. Wir werden sehen und erleben, was Sie mit dem BLB vorhaben, Herr Linssen.

Nicht viel anders bei der LEG: Ein bereits testierter Jahresabschluss der LEG wurde auf Interven-

tion des Bauministers zurückgezogen und die 7 Millionen Gewinn in die Rücklage gestellt. Das ist natürlich bilanziell zulässig, aber ein reiner Buchungstrick. Der Finanzminister will die Schlussbilanz von Rot-Grün schlechtrechnen und die Eröffnungsbilanz von Schwarz-Gelb beschönigen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es kann allerdings nicht sein, dass bei Überschreitung der Grenze alle darüber hinaus wünschenswerten Ausgaben in dieses Jahr gepackt werden, um künftige Haushaltsjahre von diesen Lasten zu befreien. Denn es ist auch weiterhin der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu beachten.

Ferner möchte ich auf den Punkt Stromausschreibung eingehen. Es kommt in verschiedenen Bereichen zu Mehrkosten, die wohl auf das Verhalten der Hochschulen zurückzuführen sind, die Ausschreibungen aus einer Hand nicht wollten, was es aber ermöglicht hätte, bessere Konditionen zu erreichen.

Interessant ist im Übrigen auch das Feld der Forschung: Auch hier kommt es zu Mehrausgaben. Es liegt der Verdacht nahe, dass der neue Innovationsminister, der im Moment leider nicht anwesend ist, dadurch ins Kabinett gelockt werden sollte.

Flughäfen und Landesstraßen sind weitere Dinge, die Sie aus dem Landeshaushalt finanzieren wollen. Darin sind Mehrausgaben vorgesehen, wie zum Beispiel für den Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück.

Trotz dauerhaft hoher Steuereinnahmen setzt der Finanzminister keine höheren Beträge an. Er hatte dies bereits bei seiner Pressekonferenz angekündigt: Er gehe nicht davon aus, dass der Trend das ganze Jahr über anhalte. - Dies werden wir natürlich überprüfen.

Mit großer Spannung werden wir aber auch verfolgen, was auf bundespolitischer Ebene geschieht. Die SPD hatte erklärt, sie sei gegen die Erhöhung der Mehrwertsteuer. Wir werden sehen, was auf bundespolitischer Ebene letztlich herauskommt.

Interessant ist auf jeden Fall, was mit den Subventionen geschieht. Denn als echten politischen Skandal muss man das bisherige Handeln der CDU beim Subventionsabbau bezeichnen. Mehr als 6 Milliarden € jährlich hätten kurzfristig abgebaut werden können.

(Beifall von den GRÜNEN)

Statt notwendige Subventionen in Forschung und Bildung zu ermöglichen, hat die CDU das im Bundesrat zum Schaden des Landes verhindert. Weiterer Subventionsabbau wäre kurzfristig möglich gewesen, wenn die CDU nicht wie die Fliege am Honig an jedem Einzeltatbestand zugunsten ihrer Klientel geklebt hätte.

Ich kann nur das Fazit ziehen: Die neue Landesregierung hat bisher nicht erkennen lassen, wie sie ihren großen Versprechungen Taten folgen lassen will.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Bisher haben CDU und FDP lediglich Wahlgeschenke - wenn auch kleinere - verteilt, eigenes Personal untergebracht und einige "Bilanzkorrekturen" vorgenommen. Der Nachtragshaushalt scheint im Wesentlichen dazu zu dienen, die Schlussbilanz von Rot-Grün schlechtzurechnen und die Eröffnungsbilanz von Schwarz-Gelb zu beschönigen. So soll der neuen Regierung ermöglicht werden, auch kleinste finanzielle Veränderungen als erste Sanierungserfolge darzustellen.

Ich kann Ihnen nur sagen, Herr Linssen: So geht es nicht. Wir warten auf Ihre tatsächlichen Konsolidierungsvorschläge. Wir werden sehr genau verfolgen, was Sie mit dem Haushalt 2006 machen. Dieser Nachtragshaushalt ist jedenfalls ein neuer Kahler Ast der Schulden, dem wir so nicht zustimmen können.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Liebe Kolleginnen und Kollegen, auf der Besuchertribüne hat eine Delegation von Politikerinnen und Politikern aus Sarayacu aus Ecuador Platz genommen, um unsere Haushaltsdebatte zu verfolgen. Ich begrüße Sie im Namen unseres Hauses.

(Allgemeiner Beifall)

Als nächster Redner hat der Vorsitzende der FDP-Fraktion, Herr Dr. Papke, das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Einbringungsrede zum Nachtragshaushalt, die wir von Finanzminister Linssen gehört haben, war die mit Abstand ehrlichste Haushaltsrede eines Finanzministers, die dieses Parlament in den letzten Jahren gehört hat.

(Beifall von FDP und CDU - Ralf Jäger [SPD]: Sie war fulminant!)

- In der Tat. - Dafür möchte ich Ihnen, Herr Finanzminister, im Namen der FDP-Fraktion herzlich danken. Es ist erkennbar, dass sich hier ein Kulturwechsel in der Haushalts- und Finanzpolitik anbahnt.

(Lachen von der SPD)

Wir alle wissen um die Herkulesaufgabe, die vor der Landesregierung und den sie tragenden Fraktionen liegt, diese Erblast von Rot-Grün zu bewältigen.

(Ralf Jäger [SPD]: Das ist eine schamlose Heuchelei!)

Heute geht es zunächst einmal darum, eine Abschlussbilanz vorzulegen und zu debattieren, die nicht anders als eine schiere Schreckensbilanz bezeichnet werden kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Zahlen sprechen doch wohl für sich. Dabei gibt es auf den Bänken der Opposition auch nichts rumzujuxen, Herr Kollege. Sie sollten sich mal anschauen, was Sie und Ihre Vorgänger aus den Reihen der Sozialdemokraten hier angerichtet haben. Damit sollten Sie sich auseinander setzen, anstatt hier den Clown zu spielen.

(Beifall von FDP und CDU)

Dieser Nachtragshaushalt markiert das Ende von 39 Jahren sozialdemokratischer und von zehn Jahren rot-grüner Misswirtschaft in der Haushalts- und Finanzpolitik.

(Edgar Moron [SPD]: Elf Jahre war die FDP dabei!)

Das ist eine haushaltspolitische Bilanz des Schreckens, Herr Kollege Moron. Das ist nun einmal so.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist alzheimerisch!)

- Wir können unsere Gedächtnisleistung gerne einmal messen, Herr Kollege Moron. Ich denke, dabei habe ich keine ganz schlechten Karten.

Wenn wir bei dem Thema sind, will ich Ihnen gerne auf die Sprünge helfen: Sie haben es doch in den letzten zwölf Jahren geschafft, den Schuldenstand dieses Landes zu verdoppeln. Und dann setzen Sie sich hier hin und lächeln so wohlgefällig?

(Gisela Walsken [SPD]: Warum tun Sie dann 2 Milliarden drauf und sparen nicht ein?)

Sie haben die Prokopfverschuldung seit 1995 - das ist ein besonders interessantes Datum, weil seitdem auch die Grünen über dieses Land ge-

kommen sind - von damals 3.500 € auf über 6.100 € erhöht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wir haben uns schlichtweg gegründet! Wir sind nicht vom Himmel gefallen!)

Der Finanzminister hat all die Daten vorgetragen.

Der Haushalt ist ja nicht nur quantitativ aus dem Ruder gelaufen, sondern befindet sich auch qualitativ in einer extremen Schieflage. 1980 betrug der Personalkostenanteil am Haushaltsvolumen noch 37,7 %; inzwischen sind es 43 %. Nahezu 60 % der Steuereinnahmen gibt das Land für Personalkosten aus. Die Zinslastquote betrug 1980 noch 3,8 %. Heute sind wir bei 10 %, und das trotz der günstigen Zinsentwicklung. 13 Millionen € muss dieses Land täglich allein zur Bedienung seiner Schulden ausgeben.

Sieht man sich auf der anderen Seite die Entwicklung der Investitionsquote an, mit der wirklich in die Zukunft investiert wird, ist die logische Konsequenz Ihrer hemmungslosen Verschuldungspolitik, dass für Investitionen immer weniger übrig geblieben ist. 1980 lagen wir hier noch bei 22,4 % - ich will gar nicht in die späten 60er-Jahre zurückgehen -, im Jahr 2004 sind es nur noch 9,5 % Investitionsquote.

Wenn ich mir überlege, dass Bayern - ich nenne den Freistaat Bayern ungern als Beispiel, weil ich dafür ein viel zu überzeugter Nordrhein-Westfale bin - für das nächste Jahr einen ausgeglichenen Landeshaushalt angekündigt hat, kann man sich vorstellen, welche Möglichkeiten dort in den nächsten Jahren bestehen werden, in Zukunftstechnologien, Bildung, Forschung und Innovation zu investieren.

Das heißt, der strukturelle Wettbewerbsnachteil, der Rückstand, den Sie uns nach dem Votum der Bürgerinnen und Bürger als Erblast haben übergeben müssen, droht jetzt noch weiter anzuwachsen, weil Bayern einfach eine ganz andere Voraussetzung hat. Sie sehen also, welche Weiterungen diese Verschuldungspolitik nach sich zieht, die wir hier heute letztmalig mit Blick auf die Gesamtbilanz Ihrer Schulden debattieren müssen.

Das Land Nordrhein-Westfalen ist definitiv an den Grenzen seiner finanziellen Leistungsfähigkeit angekommen. Das hat auch die unabhängige Finanzkommission gestern noch einmal bestätigt. Ohne Gegenmaßnahmen, so die Aussage der Kommission, würde das jährliche Defizit bis 2010 auf rund 10 Milliarden € ansteigen.

Sehr verehrte Frau Kollegin Kraft, angesichts dieser Zahlen, die doch wirklich für sich sprechen,

die durch noch so wohlfeile rhetorische Übungen nicht einfach wegzuwischen sind, meine ich, dass Ihnen ein einziges Mal, Frau Kollegin Kraft, wenigstens in dieser Debatte etwas mehr Bescheidenheit und Einsichtsfähigkeit sehr gut zu Gesicht gestanden hätten.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenigstens an diesem Punkt habe ich gehofft, dass Sie ans Rednerpult gehen und sagen werden: Jawohl, die Sozialdemokraten haben in den vielen Jahren ihrer Regierungsverantwortung eine Verschuldungspolitik betrieben, die aus Sicht des Jahres 2005 ein Fehler war. - So viel Ehrlichkeit und Offenheit hätte ich wenigstens an dieser Stelle von Ihnen erwartet. Aber auch dazu sind Sie nicht fähig oder willens, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Stattdessen - das ist einfach nur noch bizarr zu nennen; das ist eine Form der Realitätsverdrängung, die mir in all den Jahren meines politischen Engagements in dieser Form wirklich noch nicht untergekommen ist - drehen Sie das, was Sie sich selber haben zuschulden kommen lassen, gegen die neue Landesregierung, indem Sie etwa sagen - so haben Sie es gerade ausgeführt -, die neue Landesregierung lege Sparstrümpfe aus teuer geliehenem Geld an.

Frau Kollegin Kraft, das scheinen Sie zu verwechseln. Wissen Sie, wer das so gemacht hat? Das war Ihr Exfinanzminister und Exregierungschef Peer Steinbrück. Der hat das so gemacht. Der hat sich beim Verfassungsgerichtshof eine schallende Ohrfeige abgeholt, weil er Sparstrümpfe auf Pump angelegt hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Und Sie stellen sich hier ratzfatz hin und drehen das gegen die neue Landesregierung. Das ist intellektuell nicht mehr nachvollziehbar. Entschuldigung! Sie beklagen die fehlende Verfassungsmäßigkeit der Haushaltspolitik der neuen Landesregierung. Das ist ein Stück aus dem Tollhaus. Wollen Sie den Bürgerinnen und Bürgern das wirklich auftischen? Die werden Ihnen das, Frau Kollegin Kraft, nicht glauben.

Fast noch „besser“ ist, dass Sie hier allen Ernstes ausführen, die soziale Ausgewogenheit werde auch weiterhin der Maßstab sozialdemokratischer Haushaltspolitik sein. Die soziale Ausgewogenheit! Ich will Ihnen einmal etwas sagen: Es gibt keinen schlimmeren Verstoß gegen soziale Gerechtigkeit, als über Jahrzehnte zulasten unserer Kinder und Enkelkinder das Vermögen der Bürgerinnen und Bürger des Landes zu verfrühstücken!

Das ist ein Verstoß gegen das Gebot der sozialen Gerechtigkeit!

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben den Haushalt dieses Landes, die Landeskassen und das Land insgesamt in einer Art und Weise für Ihre sozialdemokratische Verteilungspolitik ausgeplündert, die bundesweit wirklich ohne Beispiel ist. Und dann stellen Sie sich hier hin und fabulieren etwas von sozialer Gerechtigkeit als Maßstab sozialdemokratischer Haushaltspolitik! Sie haben doch gar nichts mehr übrig gelassen, was man noch verteilen könnte. Das ist doch die Bilanz, die auch in diesem Nachtragshaushalt nachzulesen ist. Noch einmal: Die unabhängige Finanzkommission hat Ihnen das gestern auch attestiert.

Meine Damen und Herren, der Nachtragshaushalt ist die Erblast von Rot-Grün; das ist überhaupt nicht zu bezweifeln. Die neue Landesregierung ist für weniger als 3 % des Volumens dieses Nachtragshaushalts verantwortlich. An den Maßnahmen aber kann man sehen, was man auch mit vergleichsweise wenig Geld, auch mit weniger als 3 % eines Nachtragshaushalts - wir müssen angesichts der Haushaltslage dieses Landes jeden Euro umdrehen -, an sinnvollen politischen Impulsen setzen kann. Da sind die 1.000 neuen Lehrerstellen drin, da ist „Geld statt Stellen“ drin, da ist die Rücknahme der Kürzungen bei den Ersatzschulen drin.

(Gisela Walsken [SPD]: Ohne Not!)

Da sind Zehntausende zu Recht auf die Barrikaden gegangen, als Sie Ihre Versprechen gegenüber den Privatschulen gebrochen und die leistungsfähigsten Schulen unseres Landes unter einen inakzeptablen politischen Druck gesetzt haben.

(Zurufe von Ralf Jäger und Edgar Moron [SPD])

Das war Ihnen egal. Ausgerechnet an der Stelle, Herr Kollege Moron, wo nachweislich mit die besten Bildungsergebnisse in Nordrhein-Westfalen produziert werden, haben Sie langjährige Finanzierungszusagen kurzfristig gebrochen. Wir haben das repariert.

(Bärbel Höhn [GRÜNE]: Das war völlig überflüssig!)

Deshalb der herzliche Dank meiner Fraktion an die Landesregierung, dass dieser Strukturdefekt so schnell behoben worden ist.

(Beifall von der FDP)

Wir haben auch über den Bohei geredet, den Sie mit Blick auf die angebliche Stellenvermehrung veranstaltet haben. Da liegen die Fakten inzwischen auf dem Tisch. Mit der Verunsicherungsstrategie sind Sie einige Tage in den Medien dieses Landes ganz gut gelaufen, indem Sie insinuiert haben, hier würden Hunderte Stellen für Parteigänger der neuen Landesregierung geschaffen.

(Gisela Walsken [SPD]: Knapp 100 sind es geworden!)

Das hat sich inzwischen, Frau Kollegin, doch alles als Schall und Rauch erwiesen.

(Widerspruch von der SPD)

Wir wissen mittlerweile, wie viele Stellen es sind.

(Gisela Walsken [SPD]: 91!)

Und was noch viel besser ist, Frau Kollegin Walsken - da hätten Sie einmal bei der Debatte im Hauptausschuss dabei sein sollen -: Wir wissen doch inzwischen, dass ein nicht unerheblicher Teil dieser Stellen auf Bitten des abgewählten Ministerpräsidenten geschaffen worden ist,

(Hannelore Kraft [SPD]: Das stimmt doch gar nicht!)

um Leute aus dem Umfeld der alten Landesregierung, die aufgrund ihrer früheren Loyalität nicht mehr den Wunsch hatten, auch der neuen Landesregierung im engeren administrativen Bereich zuzuarbeiten, auf andere Planstellen versetzen zu können. Das heißt, der Ministerpräsident und die neue Landesregierung gehen auf diesen persönlich vorgetragenen Wunsch des ehemaligen Ministerpräsidenten ein, und Sie stellen sich hin und beklagen die angebliche Parteibuchwirtschaft der neuen Landesregierung.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie sind die Mutter Theresa der FDP!)

Das ist ein typisches Beispiel dafür, wie Sie hier Oppositionspolitik inszenieren. Aber Sie haben ja auch bei der Debatte über die sogenannte Imagekampagne im Hauptausschuss gesehen, dass so etwas auf Dauer nicht gut gehen wird.

Schattenhaushalte, falsche Haushaltsansätze, Luftbuchungen und andere Tricks - das waren die Markenzeichen rot-grüner Haushaltspolitik. Scheinprivatisierung auf Pump! Die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft ist da bemerkenswert. Dass hier Privatisierungserlöse, die in der Realität noch gar nicht vorgelegen haben, auf Pump verbucht wurden, ist wirklich bemerkenswert. Seit 1997 hat die Landesregierung in großem Stil sol-

che Zahlungen vereinnahmt und zum Stopfen von Haushaltslöchern verwendet.

Meine Damen und Herren, das ist ein klassisches Beispiel für einen Schattenhaushalt. Dass der Finanzminister das jetzt repariert und den Schattenhaushalt aufgelöst hat, ist genau das, was wir von ihm erwarten. Damit wird Klarheit geschaffen. Sie haben Schulden versteckt. Der Finanzminister macht diese Schulden transparent.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP] - Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Das ist der Vorgang. Sie haben diese Konstruktion, Frau Kollegin Kraft, seinerzeit auch gewählt, weil Sie wussten: Die Beteiligungsverwaltungsgesellschaft ist wirklich nur etwas für Finanzexperten. Solche Operationen waren immer sehr schön an der Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit vorbei zu installieren. - Wir machen Schluss damit.

Dass der Schattenhaushalt aufgelöst worden ist, war eine unbedingte Notwendigkeit. Das gleiche gilt weiterhin für die nötige Kapitalzuführung von 330 Millionen €, damit die BVG jetzt in der Lage ist, sich dauerhaft zu entschulden.

Im Übrigen hat auch Herr Kollege Remmel, der gerade telefoniert, in der „Welt am Sonntag“ am 2. Oktober die Notwendigkeit eingeräumt, diese Kapitalzuführung vorzunehmen. Wenn ich das richtig im Kopf habe, Herr Kollege Remmel, haben Sie ausdrücklich darauf hingewiesen, auch eine rot-grüne Regierung hätte eine solche Kapitalzuführung vornehmen müssen.

Die Eigenkapitalzuführung an den Bau- und Liegenschaftsbetrieb ist ebenfalls eine zwingende finanz- und haushaltspolitische Notwendigkeit gewesen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Nee, nee, nee!)

Meine Damen und Herren, mit solchen und ähnlichen Haushaltsmanipulationen wird nun endgültig aufgeräumt. Dieser Nachtragshaushalt ist der erste Schritt der haushaltspolitischen Abschlussbilanz. Mit Manipulationen wird Schluss gemacht. So etwas wird es mit der neuen Koalition und der neuen Landesregierung in Zukunft nicht mehr geben.

CDU und FDP stehen für Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit. Auch diese Botschaft geht von diesem Nachtragshaushalt aus. Dieser Nachtragshaushalt bedeutet einen Einschnitt. Es wird Schluss sein mit der hemmungslosen Verschuldungspolitik der letzten Jahre und Jahrzehnte.

(Carina Gödecke [SPD]: Wie bitte? - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] - Carina Gödecke [SPD]: Können Sie mir die entsprechenden Stellen einmal zeigen?)

Wir werden, nachdem wir den Bürgerinnen und Bürgern diese Abschlussbilanz vorgelegt haben, an die Herkules-Aufgabe herangehen. Das wird ein mühsamer Prozess. Es wird schon in diesen Wochen deutlich, dass die Koalition und die Landesregierung, die von dieser Koalition getragen wird, den Mut aufbringen müssen und aufbringen werden, in mittelfristiger Perspektive so schnell wie möglich einen ausgeglichenen Landeshaushalt vorzulegen. Dann wollen wir in nicht allzu ferner Zukunft daran gehen, den Schuldenberg abzutragen, den Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, aufgehäuft haben.

(Carina Gödecke [SPD]: Wann denn? - Johannes Remmel [GRÜNE]: Das ist reine Suggestion! - Carina Gödecke [SPD]: Das ist unglaublich!)

Zum Abschluss will ich Ihnen prognostizieren: Sie werden sich so nicht aus Ihrer Verantwortung stehlen können. Sie können manche Show veranstalten - in den Medien oder auch in Parlaments-sitzungen. Aber niemand im Land - weder die Zuhörerinnen und Zuhörer, die heute die Debatte verfolgen,

(Edgar Moron [SPD]: Die sind alle eingeschlafen!)

noch die Bürger, die die Debatte im Nachhinein aufarbeiten - wird Ihnen diese Show abkaufen, die Sie heute vorgetragen haben.

(Edgar Moron [SPD]: Woher wissen Sie das denn?)

Dass sich die Finanz- und Haushaltslage des Landes Nordrhein-Westfalen so desaströs darstellt, wie es der Finanzminister heute vorgetragen hat, ist allein Ihre Schuld und liegt allein in Ihrer Verantwortung.

(Zuruf von der SPD: Alles Textbausteine!)

Wir haben von den Bürgerinnen und Bürgern die Verantwortung übertragen bekommen,

(Zuruf von der SPD)

das jetzt abzuräumen, Herr Kollege Moron.

(Edgar Moron [SPD]: Sie bauen doch gar nichts ab!)

Sie haben über viele Jahrzehnte bewiesen, dass Sie zu einer soliden Haushaltspolitik nicht willens und/oder nicht in der Lage sind.

(Edgar Moron [SPD]: Bis jetzt haben Sie nur Ausgaben beschlossen und nirgendwo gespart!)

Wir werden das besser machen. Der Auftakt, den der Finanzminister vorgetragen hat, zeigt, dass wir bei dieser Herkulesaufgabe auf der richtigen Spur sind.

(Edgar Moron [SPD]: Wir warten auf Ihre Sparvorschläge!)

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, nach dieser ersten Runde gehen wir ohne Pause in die zweite. Als erste Rednerin hat Frau Abgeordnete Walsken für die SPD-Fraktion das Wort.

(Edgar Moron [SPD]: Kein Euro wurde bis jetzt gespart! - Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sie sollten doch ruhig sein! - Gegenruf von Edgar Moron [SPD] - Weitere Zurufe - Glocke)

Gisela Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Papke, Sie können sich nicht hier hinstellen und sich darüber aufregen, dass Rot-Grün in diesem Land Schulden gemacht hat und - fast ohne rot zu werden und nahezu ohne jede Kenntnis der Haushaltspolitik -

(Lachen von Dr. Gerhard Papke [FDP])

am selben Tag anderthalb Stunden vorher einen Haushalt vorlegen, der 2,2 Milliarden € neue Schulden aufnimmt.

(Carina Gödecke [SPD]: Neue Schulden!)

- Neue Schulden, Herr Kollege!

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das sind Ihre Schulden! - Lachen von SPD und GRÜNEN - Edgar Moron [SPD]: Ja, ist das denn die Möglichkeit?)

Herr Papke, es zeigt sich: Sie waren noch nie im Haushaltsausschuss. Das war beim Kollegen Stahl etwas leichter. Er war zumindest eine Zeit lang dabei und weiß, wovon er redet.

Herr Papke, Sie sollten zumindest rot werden, denn dieser Haushalt ist Ihr Haushalt. Sie sind die neue Landesregierung. Sie werden dafür auch die Verantwortung tragen, lieber Kollege.

(Rudolf Henke [CDU]: Das ist Ihr Ergebnis!)

2,2 Milliarden € neue Schulden legt uns die neue Landesregierung bestehend aus Gelb und Schwarz - Kollege Papke von der FDP und Kollege Stahl von der CDU haben dazu heute schon geredet - heute vor - ohne rot zu werden.

Herr Kollege Papke, ich erspare mir an vielen Stellen, auf Ihre Ausführungen einzugehen. Denn das spricht eigentlich für sich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist der einfachste Weg, wenn man keine Argumente hat!)

- Warten Sie. Bleiben Sie und Sie werden Argumente hören. Ich gebe Ihnen gern hinterher meine Rede auch noch schriftlich. Damit können Sie dann umgehen.

Ist Kollege Stahl nicht da? Doch; er sitzt ganz oben. Ich möchte ganz gerne wenige Punkte aus der Rede vom Kollegen Stahl aufgreifen. Er hat ja immerhin Grundkenntnisse in der Haushaltspolitik. Kollege Stahl, Sie haben vorhin das Thema „Personalkosten“ angesprochen. Sie haben auf den Bericht Ihrer Experten- oder Finanzkommission - wie immer man sie nennen will. Danach ist klar - wir lesen es heute in allen Zeitungen -, dass die Kommission plant, in diesem Land jede zehnte Stelle zu streichen. Was das heißt, werden wir sehen. Es wird massiv sein.

Aber, Kollege Stahl, wie werden Sie denn klar kommen, wenn Sie sich an dieses Pult stellen und sagen: Ich rechne pro Stelle mit 50.000 €. Die Kommission hingegen geht von 100.000 € pro Stelle aus. Wen oder was wollen Sie denn dann noch einsparen? Dann kommen Sie mit jeder zehnten Stelle nicht mehr aus.

Hierbei müssen Sie sehr seriös mit Haushaltszahlen umgehen. Denn es betrifft über 340.000 Menschen in diesem Land, die beim Land beschäftigt sind und die jetzt Angst davor haben, was Sie machen werden. Deshalb: Seien Sie seriös. Es wird Ihnen entgegenschlagen. Es wird Ihnen Probleme bereiten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Damit nicht der Eindruck entsteht, Rot-Grün stehe nicht zu seiner alten Verantwortung: Es hat sehr wohl eine Verfassungsklage gegeben. Liebe Kollegen, wir haben vor dem Verfassungsgerichtshof verloren. Dafür hat uns die damalige Opposition sehr gescholten. Aber wir haben gehandelt. Wir haben die damalige Rücklage aufgelöst. Auch nur dieser Teil des Haushaltes war verfassungswidrig und nicht der gesamte Haushalt. Es wäre gut, auch das noch einmal nachzusehen.

Herr Kollege Stahl - er möchte jetzt nicht zuhören, denn er möchte die Fakten offensichtlich nicht wissen -, wir haben die Rücklage in den Haushalt hineingeführt. Und was machen Sie? - Sie geißeln unseren Verfahrensbruch und legen einen Haushalt vor, der nicht mit der Verfassung im Einklang steht, nämlich 1,4 Milliarden € unterhalb der Verfassungsgrenze liegt.

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Stahl, Sie brauchen nicht aus dem Plenarsaal herauszugehen, um zu dokumentieren, dass Sie das nicht interessiert. Sie wären gut beraten, hier zu bleiben und mit uns darüber zu diskutieren; denn allzu leicht kann man den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Lande nicht klar machen, wie man hier zurzeit Haushaltspolitik betreibt. Hier ist ein bisschen mehr Sorgfalt gefragt.

Meine Damen und Herren, ich möchte zum Nachtragshaushalt zurückkommen. Die Einbringung eines Nachtragshaushaltes ist ein ganz normales Geschäft von Landesregierung und Landesparlament. Ich nehme gerne noch einmal auf, was meine Kollegin Hannelore Kraft heute Morgen gesagt hat. Wir stehen zu unserer Verantwortung. Wir haben eine Reihe von Korrekturen anerkannt, von denen ganz klar ist, dass wir, weil sie Mehrausgaben in verschiedenen Bereichen bedeuten, sie hätten finanzieren müssen. Ich gebe zu, dass es auch uns zu diesem Zeitpunkt nicht leicht gefallen wäre, die Kosten zu finanzieren.

(Zuruf von der CDU)

- Hören Sie doch zu. Sie sind immer zu schnell. Bleiben Sie ruhig, Herr Kollege. Sie werden es hören.

Wir haben es allerdings im Gegensatz zu Ihnen in den vergangenen Jahren, in denen wir hier Verantwortung trugen, immer wieder geschafft, einen verfassungsmäßigen Haushalt in diesem Parlament vorzulegen. Sie hingegen, Herr Kollege, beginnen Ihre Amtszeit damit, die Grundsätze von Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit eklatant zu missachten.

(Beifall von der SPD)

Ich greife gerne noch einmal das Thema „sprudelnde Steuerquellen“ auf.

(Zuruf von Rudolf Henke [CDU])

- Ruhig, Herr Kollege. Das ist nicht gut für die Gesundheit. Wir können uns gleich gerne darüber in aller Ruhe unterhalten.

Die Wachstumserwartungen sind korrigiert worden. Trotzdem rechnen die Experten damit - Sie

werden ja sicherlich auch das eine oder andere Mal Zeitung lesen und bei den Instituten nachfragen -, dass die Steuerschätzung, die in etwa 14 Tagen ansteht, nicht zu einer Korrektur der Steuerprognosen führen muss. Das hat damit zu tun, dass wir nach der Mai-Steuerschätzung nun ein Plus bei den Steuerquellen zu verzeichnen haben. Aber wer nun glaubt, dass die erforderlichen Mehrausgaben, die auch wir anerkannt haben, über zusätzliche Steuereinnahmen finanziert werden, die dieses Land hat und von denen der Finanzminister weiß, von denen er selber im Internet sagt, dass er sie hat, nämlich in einer Höhe von 684,2 Milliarden €, der irrt. Nein, er tut es nicht. Und das ist unsere zentrale Kritik an diesem Nachtragshaushalt, meine Damen und Herren. Das verstößt gegen den Haushaltsgrundsatz von Wahrheit und Klarheit. Hieraus werden wir Sie nicht entlassen, egal, welchen Druck Sie gegen uns aufzubauen versuchen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Wo sind Ihre Anstrengungen - auch das hat ja in der Debatte bereits eine Rolle gespielt -, an anderer Stelle einzusparen? Sie sparen nicht einen einzigen Euro ein. 1,4 Milliarden € hat die alte Landesregierung mit einem großen Kraftakt, mit der Erhöhung der Wochenarbeitszeit, mit dem Streichen von Urlaubs- und Weihnachtsgeld, mit vielen Kürzungen der Ausgaben für Projekte und Veranstaltungen eingespart. Sie haben auf diesen Bänken gesessen und uns dafür gescholten. Sie sind zu den Menschen gegangen und haben gesagt, dass alles verfehlte Politik sei. Heute sind Sie zu feige, nur einen einzigen Euro in diesem Haushalt einzusparen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das werfe ich Ihnen vor, und das werde ich Ihnen immer vorwerfen, wie auch immer Sie mit mir umgehen zu müssen meinen.

Meine Damen und Herren, das Thema „Stellen und zusätzliche Vertraute in Ministerbüros und in den jeweiligen Pressestellen“ ist angesprochen worden; das möchte ich nicht weiter aufgreifen. Interessant ist aber: Sie haben uns im Haushalts- und Finanzausschuss vorgeworfen, wir hätten 1995 - Herr Kollege Sagel hat dankenswerterweise das Thema auch noch einmal aufgegriffen - so viele neue Beschäftigte eingestellt. Sie hätten sich genau informieren müssen: 28 Beschäftigte waren es damals, und die haben wir alle im selben Jahr, also im Jahre 1995, erwirtschaftet. Sie hingegen sagen: Das können und wollen wir nicht sofort erwirtschaften, sondern wir warten bis zum Ende

der Legislaturperiode, also fünf Jahre, ab, um diese Stellen zu erwirtschaften. Im selben Moment lassen Sie sich einen Bericht einer Kommission vorlegen, die sagt: Mindestens jede zehnte Stelle im Land muss gestrichen werden. - Erklären Sie uns, wie Sie das machen wollen, und dann reden wir mit den Betroffenen, Herr Kollege, und schauen einmal, ob das sozial ausgewogen und im Sinne Ihrer Regierungserklärung ist.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte noch etwas zum Thema Personal sagen. Seit Jahren hören wir immer wieder, und zwar auch bei den Haushaltsberatungen, dass Sie jährlich 1,5 % des Personals erwirtschaften wollen. Wo sind denn in diesem Nachtragshaushalt die Stellenabsetzungen, um das zu erfüllen, Herr Dr. Linssen? Nennen Sie uns einen triftigen Grund - wir haben bereits im Haushalts- und Finanzausschuss nachgefragt -, warum Sie nicht in der Lage waren, die Stellen, und zwar auch die neuen Stellen, in diesem Jahr zu erwirtschaften. Wir haben 2004 991 Stellen real abgesetzt. Im Jahr davor waren es 819 Stellen. Ich betone: Das ist nicht ein Synergieeffekt, weil wir Beschäftigte aus der Landesregierung in die Landesbetriebe ausgelagert haben, sondern im Gegenteil: Diese Zahl - das erkennen alle Fachleute an - ist eine bereinigte Zahl. Insofern brauchen Sie sich an dieser Stelle nicht aufzuplustern.

Meine Damen und Herren, wir kennen den Haushalt und die Zahlen. Offensichtlich gibt es aber ein Defizit bei Ihrem Handling der Dinge; dies ist auch in der letzten Haushalts- und Finanzausschusssitzung deutlich geworden. Es geht um die Stelleneinsparung von 1,5 % pro Jahr. Herr Minister Linssen, warum trauen Sie sich nicht, die Zahl, aufgrund derer Sie diese 1,5 % der Stellen beziehungsweise die Anzahl der Stellen, die die Kommission gestern vorgelegt hat, einsparen wollen, deutlich zu benennen? Warum kündigen Sie in einer Pressekonferenz zur Vorstellung des Nachtragshaushalts den Journalisten an, dass am gleichen Tag diese Zahl beziehungsweise die Unterlagen ausgegeben werden

(Minister Dr. Helmut Linssen: Stimmt doch gar nicht!)

- doch, das stimmt; Sie brauchen sich nicht aufzuregen -, während Sie uns im Haushalts- und Finanzausschuss nicht sagen konnten und bis jetzt nicht zugegeben haben, dass es diese Zahl entweder nicht gibt oder diese Zahl noch nicht berechnet ist?

Trauen Sie sich nicht, zuzugeben, dass die Zahl, die übrig bleibt - wenn man wiederum Polizei, Finanzen, Justiz, Schulen und Hochschulen ausklammert -, so verschwindend gering ist, dass Sie noch in kräftige Kollisionen mit dem geraten, was Ihnen die Finanzkommission gestern empfohlen hat und was Sie noch leisten müssen, wenn Sie weitere Lehrerinnen und Lehrer einstellen wollen, nämlich überhaupt eine Stelleneinsparung in jedem Jahr hinzubekommen und dieses auch entsprechend darzustellen?

Meine Damen und Herren, ich will nur noch zwei kurze Punkte ansprechen. Ich komme erneut auf den Bau- und Liegenschaftsbetrieb zurück und kann nahtlos an das anknüpfen, was Kollege Sagemann klar gemacht hat. Es geht darum, diesem Betrieb Geld in einer Größenordnung von fast 1 Milliarde € zuzuführen, obwohl das zurzeit nicht notwendig ist.

(Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: 613 Millionen €!)

- Herr Kollege Linssen, da lässt sich niemand ins Bockshorn jagen. Dieses Unternehmen Bau- und Liegenschaftsbetrieb hat einen Unternehmenswert von 8 oder 9 Milliarden €; da spare ich mir jetzt eine genaue Differenzierung. Und dieses Unternehmen ist in der Lage, durch Verkäufe entsprechende Gewinne zu erzielen. Sie müssen nicht so tun, als ob ausschließlich Schulden aufgenommen worden wären, ohne dass dem ein Unternehmenswert gegenüberstehen würde. Diese Summe will ich hier auch gerne für das Protokoll nennen.

(Beifall von der SPD)

Das hat nichts mit einer Schlussbilanz von Rot-Grün zu tun. Es hat nur damit zu tun, dass Sie Kapital zuführen, es dort parken und eine Spardose anlegen, die Sie später zurückholen.

Meine Damen und Herren, es gibt eine Reihe von Punkten, die ich mir aufgrund der Zeit leider verkneifen muss, die wir uns allerdings sicherlich in der Diskussion im Haushalts- und Finanzausschuss in den nächsten beiden Runden vornehmen; wir werden ja auch noch eine weitere Lesung haben. Ich sage Ihnen nur: Willkürliche Mehrausgaben ohne Einsparbemühungen, die ausschließlich zu neuen Schulden führen, werden wir nicht akzeptieren.

Lassen Sie mich zum Schluss den Kollegen Klein zitieren, der eine schöne Pressemitteilung herausgegeben hat. Er sagte, die SPD-Finanzpolitik laufe nach dem Pippi-Langstrumpf-Motto ab:

„Ich baue mir die Welt, wie sie mir gefällt!“

Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Nun hat Kollege Klein Gelegenheit, sich selbst zu zitieren. Er hat das Wort.

Volkmar Klein (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bin der Frau Kollegin Walsken dankbar, dass sie den passenden Einstieg in meinen Beitrag geleistet hat. Denn in der Tat muss die Pippi-Langstrumpf-Welt der alten Landesregierung endlich zu einem Ende kommen und muss der Haushalt die finanzpolitische Wirklichkeit unseres Landes abbilden.

(Beifall von der CDU)

Insofern ist es ganz interessant zu beobachten, wie kreativ hier mit dem Wort „seriös“ umgegangen worden ist.

(Zurufe von der SPD)

- Das scheint schon für Erheiterung zu sorgen. Aber ich denke, es ist ein ganz ernstes Thema; denn die Zeit dieses systematischen Schönrechnens der Vergangenheit und dieser Schattenhaushalte, die sich dem Tageslicht des Haushaltes des Landes Nordrhein-Westfalen entzogen haben, muss zu Ende sein. Deswegen finde ich, dass wir ein schönes Etikett auf diesen zweiten Nachtragshaushaltsplan für 2005 heften sollten, nämlich das Etikett „Projekt Tageslicht“.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ist das jetzt der Werbeblock oder was?)

Wir müssen vieles von dem ans Tageslicht zurückholen, was in der Vergangenheit davor versteckt oder falsch eingeschätzt worden ist. Dass dafür erhebliche Korrekturen am bisherigen Haushaltsplan erforderlich sind, ist gar nicht verwunderlich; denn es hat in der Vergangenheit genug Stimmen gegeben, die darauf hingewiesen haben. Dies reichte bis hin zum Verfassungsgerichtshof des Landes, der - dies wurde eben schon zitiert - am 2. September 2003 deutliche Worte gefunden hat.

Der Bund der Steuerzahler hat uns in einem Schreiben vom 20. Januar dieses Jahres einiges mit auf den Weg gegeben, was aber auch damals noch nicht die Landesregierung zur Korrektur oder zum Handeln veranlasst hat. Die Expertenkommission, die ihren Bericht gestern vorgelegt hat, hat noch einmal deutlich unterstrichen, wie ernst die finanzielle Lage unseres Landes ist, und wir als CDU-Fraktion haben anhand vieler ganz kon-

kreter Fälle in der Vergangenheit darauf hingewiesen, dass die Haushaltsansätze so nicht in Ordnung sind. Nichts hat die alte Regierung davon abgehalten, das strukturelle Defizit weiterhin schön- und kleinzureden.

(Beifall von der CDU)

Heute las ich in der Zeitung eine Aussage von Frau Kraft:

„Schon die alte Landesregierung hat auf die dramatische Finanzlage hingewiesen.“

Ja, das haben Sie gesagt, aber mehr auch nicht. Sie haben überhaupt nicht gehandelt, und deswegen sind Sie abgewählt worden.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Heute können wir dem Haushalt ansehen, dass in der Tat überhaupt nichts gelernt oder geändert worden ist. Im Haushalt 2005, wie er bis heute gilt, gibt es genau 39,6 Millionen € mehr Investitionen als neue Schulden. Der Abstand von der Verfassungsgrenze des Art. 83 unserer Landesverfassung beträgt genau 39,6 Millionen €, und das trotz der im Grunde relativ fragwürdigen investiven Verbuchung des dicken Batzens WestLB-Kapital; wir kennen das. Aber selbst diese 39,6 Millionen € sind nicht so, weil sie in der Summe so sind, sondern weil sie so hingebogen wurden.

Ich will ein paar Punkte herausgreifen und deutlich machen, wie gearbeitet werden musste, um diesen Abstand zur Verfassungsgrenze überhaupt aufrechtzuerhalten.

Punkt 1: Kostenerstattung an Gemeinden wegen geduldeter ausländischer Flüchtlinge. Liebe alte Landesregierung und die Sie getragen habenden Parteien, Sie wussten doch ganz genau, dass in den Landeshaushalt 2005 etwas eingestellt werden musste. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat am 12. Oktober 2004 festgestellt, dass es rechtswidrige Entscheidungen des Landes gab und dass dadurch entsprechende Erstattungsansprüche ausgelöst worden sind.

Wir haben uns in einer Kleinen Anfrage mit diesem Sachverhalt beschäftigt und am 8. Dezember des vergangenen Jahres darauf hingewiesen, dass dreistellige Millionenbeträge erwartet werden. Nichts ist in den Landeshaushalt eingestellt worden. Es konnte nichts eingestellt werden, weil die Verfassungsgrenze sonst gerissen worden wäre.

(Beifall von der CDU)

Punkt 2 - Frau Kraft sollte vielleicht da bleiben -: Studiengebühren.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Ja, bitte!)

Liebe Frau Kraft, dass Sie mit dem Geld nicht so gut umgehen können, haben Sie als frühere Ministerin hinlänglich unter Beweis gestellt. Studiengebühren, erster Versuch: Im Haushaltsjahr 2004 wurden 90 Millionen € Einnahmen aus Studiengebühren angesetzt. Was ist passiert? - Sie haben sich drastisch um 45 Millionen € verschätzt. Ganz abgesehen davon war das Studienkontenfinanzierungsgesetz handwerklich schlecht. Das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen hat in seinem Beschluss vom 11. März sogar festgestellt, dass die Rechtsverordnung zum Studienkontenfinanzierungsgesetz so verwickelt formuliert sei, dass sie unverständlich sei und deswegen nicht dem verfassungsrechtlichen Gebot eines Mindestmaßes an Normenklarheit entspreche.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wir haben nach beiden Urteilen gewonnen!)

- Liebe Frau Kraft, Ihre eigene Verordnung verstieß gegen die Verfassung.

(Zurufe von der SPD)

Ich komme zum zweiten Versuch: Im Haushaltsjahr 2005 ist das mit den 90 Millionen € für Studiengebühren hineingerettet worden. Das Thema ist im Haushalts- und Finanzausschuss bereits im November des letzten Jahres kontrovers und nachfragend diskutiert worden. Dort gab es Bedenken. Sie haben noch am 23. Februar hier im Plenum gesagt, das mit dem Geld sei Ihnen mehr oder weniger egal, es gehe Ihnen nur um die Sache. Wer so argumentiert, braucht sich nicht zu wundern, dass er sich verschätzt hat.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Auch diese Einnahmen wurden wieder bewusst zu hoch angesetzt,

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Beschiss!)

meine Damen und Herren, um die Verfassungsgrenze auf dem Papier einhalten zu können. Diese Beträge sind ja noch übersichtlich, haben aber bei weitem nicht ausgereicht. Deswegen die Operation mit der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft: Sie haben schwer verkäufliche Landesbeteiligungen verkauft, an die landeseigene Beteiligungsverwaltungsgesellschaft weitergeschoben, das Geld dafür bezahlt bekommen, in den Haushalt eingestellt und die Schulden bei der BVG aufgenommen. Die Schulden im Schatten der

BVG aufzunehmen ist unseriös. Das gehört zurück ans Tageslicht.

(Beifall von der CDU)

Genau so ist es uns beim BLB ergangen. Hier hat sich der Bund der Steuerzahler vor zwei Wochen in der „Welt am Sonntag“ zu unserer Korrekturoperation zitieren lassen. Er hat gesagt: Das Bild wird ehrlicher. - Meine Damen und Herren, in der Tat: Das Bild wird ehrlicher, es wird korrigiert.

Nicht nur Schulden werden aus dem Schatten in den Haushalt zurücktransferiert, Sie haben auch Ausgaben verursacht, die nicht aufgenommen worden sind. Eben wurde schon kurz auf die Krankenhausinvestitionen hingewiesen. Es wurde mehr zugesagt, als im Haushaltsplan 2005 dieses Landes ermächtigt. Wenn das schon so ist, wird es richtig grotesk zu fordern, die neue Landesregierung müsse mit dem Nachtragshaushaltsplan in die Sanierung einsteigen. Das ist Unsinn. Die 7,4 Milliarden €, die an Neuverschuldung im endgültigen Haushalt 2005 stehen, sind Schulden der alten Landesregierung.

(Beifall von der CDU)

Der Nachtragshaushaltsplan ist das „Projekt Tageslicht“. Diesem wird aber das „Projekt Sanierung“ folgen müssen. Wir werden mit dem „Projekt Sanierung“ mit dem Landeshaushalt 2006 beginnen müssen. Dabei ist es wenig hilfreich, liebe Frau Kollegin Walsken, wenn Sie der begeisterten, aber auch äußerst ungläubig Beifall spendenden Deutschen Steuergewerkschaft in Münster sagen: Das mit den Sonderzuwendungen und dem Weihnachtsgeld könnte auch wieder auf den alten Stand gebracht werden. - Wer das heute noch sagt, hat den Knall nicht gehört. Es ist unseriös, so mit den Planungen für das nächste Jahr umzugehen.

(Beifall von der CDU - Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Vielleicht wollen Sie Ihre schlechte Presse von heute Morgen korrigieren; aber ich meine, das ist ein Thema, das nicht hierhin gehört.

(Gisela Walsken [SPD]: Vorsichtig! Das schüchtert mich nicht ein!)

Wenn wir jetzt nicht den Haushalt sanieren, meine Damen und Herren, treffen wir insbesondere die sozial Schwachen; denn sie sind davon abhängig, dass wir auch in Zukunft noch einen handlungsfähigen starken Staat haben, der seine Aufgabe erfüllen kann. Diejenigen, die weniger schwach sind, haben eigene Ausweichstrategien. Sie brauchen weniger einen handlungsfähigen Staat als

die Schwachen. Deswegen ist es sozial ausgewogen, wenn wir das „Projekt Sanierung“ mit dem Haushalt 2006 starten.

Im Interesse dieser Menschen und unserer Zukunft müssen wir diesen Weg gehen. Im Interesse unserer Kinder und Enkelkinder müssen wir endlich in einen Kurs der Konsolidierung für unser Land einsteigen. Ich bin ausgesprochen froh, dass Finanzminister Helmut Linssen und Ministerpräsident Jürgen Rüttgers diesen Weg gehen wollen. Ich kann für die Koalitionsfraktionen voll und ganz zusagen, dass sich beide in diesem Hause an dieser Stelle auf uns verlassen können. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nun hat Frau Abgeordnete Löhrmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Demut und Reue kommen jetzt!)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Kuhmichel, ich freue mich immer wieder, wie Sie Anteil daran nehmen, wenn die grünen Frauen hier das Wort ergreifen.

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Herangehensweise der neuen Regierungsfractionen erinnert mich vom Habitus her immer an Selbstsuggestion. Sie betreiben diese Selbstsuggestion, damit Sie noch daran glauben:

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Da sind Sie aber Vorreiter!)

Mit dem Impetus, mit dem wir da herangegangen sind, werden wir das schon irgendwie schaffen. Dann reden wir uns das eben schön zurecht und tun so - zumindest die meisten von Ihnen -, als wären die Probleme nach wie vor nicht da.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich will noch einmal auf die Romanfiguren, die heute Morgen genannt wurden, zurückkommen: Pippi Langstrumpf ist eine ausgesprochen interessante Person, die mit großer Subversivität bestimmte Dinge geregelt hat. Ich finde, die sollten wir nicht in das politische Geschäft hineinmengen. Und bei Oskar Matzerath sollten wir uns bei allem Eifer über das Trommeln und das Aussehen - wir haben auch eine schöne Verfilmung dieses Romans von Günter Grass - auch klar machen, wie erfolgreich dieser Trommler ist. Das ist eine sehr interessante und sehr erfolgreiche Romanfigur,

liebe Kolleginnen und Kollegen. - Das lag mir noch auf der Zunge.

(Beifall von den GRÜNEN)

Bei Herrn Papke habe ich den Eindruck, er ist so verwirrt, dass ihm manche Sachen entfallen - Edgar Moron hat im Zwischenruf darauf hingewiesen - bei all dem Geißeln der 39 sozialdemokratischen Jahre dieses Landes, der Haushaltspolitik und der Umverteilung, die angeblich stattgefunden hat. Elf Jahre waren Sie als FDP zumindest dabei, wenn auch nicht Sie persönlich, Herr Papke.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dann haben Sie einen Beleg dafür gefunden, dass Ihnen Herr Rammel zumindest zustimmen könnte. Dabei haben Sie übersehen - Herr Sagel hat das aber im Grunde dargelegt -, dass wir, was die den BVG betreffende Operation angeht, damit einverstanden sind, das nachzuvollziehen.

Beim Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes sehen wir das aber deutlich anders. Frau Walsken hat die finanzpolitische Relation deutlich gemacht: Hier liegt der Verdacht nahe, dass dies als Sparstrumpf genutzt werden soll. Der Verdacht ist nicht aus der Welt zu schaffen, dass Sie damit - in Anführungsstrichen - „Vorsorge“ für weitere Transaktionen treffen, die Sie in Zukunft als vermeintliche Ansätze einer Haushaltskonsolidierung präsentieren wollen.

Meine Damen und Herren, ich will ausdrücklich sagen, dass der Finanzminister hier einen etwas moderateren Ton angeschlagen hat, der sich sehr deutlich von den Ankündigungen und den Plakaten im Landtagswahlkampf unterschieden hat. Im Landtagswahlkampf klang das so, als ob auf das Schuldenmachen in Milliardenhöhe, das Sie uns vorgeworfen haben, jetzt ein rigider Schuldenabbau folgen würde. Dieser Schuldenabbau ist nicht gefolgt. Da hilft alles Drumherumreden nicht: Sie legen hier einen Nachtragshaushalt mit der höchsten Verschuldung, die es im Land Nordrhein-Westfalen je gegeben hat, vor.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie haben hier, Herr Dr. Linssen, Leitsätze vorgebracht, die ich von Frau Müller und Herrn Sagel kenne - Grundsätze der Haushaltskonsolidierung, die jeder ordentliche „Finanzer“ predigen muss. Aber Sie predigen noch. Sie haben noch keinen einzigen konkreten Vorschlag gemacht, wie Sie denn diese Problemlage angehen wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist doch die entscheidende Frage, wie der steinige Weg dann genau aussehen soll.

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal drei Punkte vortragen, die aus unserer Sicht sehr wichtig sind.

Der erste Punkt ist - auch das ist angesprochen worden -: Dass Sie jetzt nicht alleine die Verantwortung für die Situation des Landeshaushalts tragen, ist völlig klar. Die Verantwortung haben wir zu tragen. Aber auch Sie hatten schon in der Vergangenheit Verantwortung mitzutragen, weil Sie im Bundesrat über Ihre Mehrheit Konsolidierungsanstrengungen der Bundesebene ganz gezielt vereitelt haben. Sie haben zum Teil eine Politik der verbrannten Erde betrieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zweiter Punkt! Sie haben mit diesem Nachtragshaushalt Geschenke verteilt, und Sie haben an keiner einzigen Stelle die viel beschworenen, abstrakten Grausamkeiten konkret gemacht. Darauf warten wir, weil wir wissen, dass Sie in der Vergangenheit jeden Vorschlag, den wir gemacht haben, abgelehnt haben. Sie haben so getan, als ob Sie das ohne Grausamkeiten und nur mit Wohltaten hinbekämen. Solange die Grausamkeiten abstrakt bleiben, verhalten Sie sich feige; das muss man hier noch einmal sehr deutlich sagen. Sie verschweigen den Menschen etwas, was sie und wir endlich hören wollen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Letzter Punkt: Personalkosten! Da wird es wirklich interessant werden. Ich habe Ihnen direkt zu Beginn der Regierungszeit eine Wette darauf angeboten, wie das wohl ausgehen wird. Je mehr wir darüber lesen, desto deutlicher erkennen wir, dass die Aufgabe immer schwieriger wird.

1,5 % Personalabbau sollten es sein. Aber mit Blick auf die sensiblen Bereiche, die uns allen am Herzen liegen, sollten die ausgenommen werden. Dann bleiben 500 Stellen übrig. Diese 500 Stellen will Ihre Finanzkommission zur Haushaltskonsolidierung haben. Aus deren Sicht ist das richtig.

Sie haben aber in Ihrer Regierungserklärung und in Ihrem Koalitionsvertrag stehen, dass die eingesparten Stellen dazu dienen sollen, die wünschenswerten Lehrerinnen- und Lehrerstellen zu finanzieren. Also verbraten Sie hier Dinge doppelt. Vor diesem Hintergrund wüssten wir wirklich gerne, wie Sie die gigantische Konsolidierungsaufgabe angehen wollen. Was das Personal angeht, so bin ich sehr gespannt, wie Sie die unterschiedlichen Baustellen, die nicht zueinander passen und kein ordentliches Haus ergeben, zusammenbe-

kommen. Das kann und wird vorne und hinten nicht klappen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir sind gespannt. Die Diskussion über den Nachtragshaushalt ist sozusagen eine kleine Haushaltsdebatte. Das wird jetzt durchgezogen werden. Wenn ich mir jetzt Ihre Sicht zu Eigen mache, gehe ich davon aus, dass Sie das tun werden. Die Sisyphusarbeit, das ernste Geschäft, wird noch kommen.

Wir sind sehr gespannt, wie Sie diese Aufgabe angehen werden. Wir werden sehr genau hinschauen. Wir werden Sie dort unterstützen, wo Sie etwas richtig machen - wenn es sich um etwas handelt, was auch wir möglicherweise so gemacht hätten. Aber dort, wo Sie aus unserer Sicht falsch agieren, werden wir den Finger auf die Wunde legen. Ein Gesamtkonzept der Haushaltsregierung ist von dieser neuen, aus einer Koalition von CDU und FDP bestehenden Regierung an keiner Stelle zu erkennen. Deswegen werden wir diesen Nachtragshaushalt nicht mittragen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. - Als nächste Rednerin hat Frau Abgeordnete Freimuth von der FDP-Fraktion das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Bei dem jetzt vorgelegten Nachtragshaushalt handelt es sich ganz unstreitig um die Abschlussbilanz der von SPD und Grünen getragenen Regierung und gleichzeitig um die Eröffnungsbilanz der von CDU und FDP getragenen Regierung. Deshalb ist es legitim, an dieser Stelle auch ein paar Bemerkungen zu der zurückliegenden Zeit zu machen. Daraus ergibt sich nämlich die Jetzt-Situation und damit auch die Ausgangsbasis für das, was die neue Landesregierung - und damit auch die von mir unterstützte Landesregierung - hier vorfindet.

In der Vergangenheit sind unstreitig mehr Kredite aufgenommen worden, als zur Finanzierung der Aufgaben erforderlich waren. Dies ist vom Verfassungsgerichtshof als verfassungswidrig festgestellt worden. Daraus wurden aber keine Konsequenzen gezogen, weil es zum damaligen Zeitpunkt keine unter der Kreditobergrenze der Verfassung liegende Schuldenaufnahme mehr gab, die aus diesem Grund noch verfassungskonform gewesen wäre. Deshalb ist die Aussage „Wir ha-

ben dann damit aufgehört“ eine Verklärung der Realitäten.

Im Jahr 2004 wurde die Verfassungsobergrenze ebenfalls überschritten. Die Neuverschuldung lag deutlich über der Summe der Investitionen. Begründet wurde das mit der Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts. Einer der maßgeblichen Faktoren war die hohe Arbeitslosigkeit, die wir leider nach wie vor haben.

Aber - das habe ich Ihnen bereits in der letzten Legislaturperiode so vorgeworfen, und an diesem Vorwurf halte ich nach wie vor fest - Sie haben die Mittel über der Investitionssumme gerade nicht dafür aufgewandt, die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts zu beheben, sprich Innovationen, Investitionen, die Schaffung von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen voranzubringen. Ganz im Gegenteil, die Arbeitslosenzahlen sind auch weiter angestiegen.

Ich komme zur Ausgabenentwicklung. In den letzten zehn Jahren - ich will das der Fairness halber nur auf die letzten zehn Jahre beziehen - sind die Ausgaben im Landeshaushalt deutlich angestiegen.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)

Die Personalausgaben: Trotz kw-Vermerk-Realisierungen und trotz Organisationsprivatisierungen - das sei alles zugestanden - hat es darüber hinaus immer noch eine Steigerung der Personalsteuerquote von schon 51 % auf mittlerweile 60 % gegeben.

Die Zinsausgaben - der Kollege hat es vorhin schon angeführt - sind von 3,9 Milliarden € auf 4,8 Milliarden € angestiegen.

Gerade hat die SPD-Fraktionsvorsitzende Kraft gesagt: Dann wollen Sie - so hat sie es sinngemäß vorhin geäußert - dieses Geld aus den Gesellschaften wieder zurückholen. - Das fand ich unter dem Gesichtspunkt schon bemerkenswert, weil es sehr deutlich eine Praxis aufzeigt, die hier offensichtlich in der Vergangenheit gang und gäbe war: dass nämlich Geld im Idealfall - tatsächlich waren es ja, wie wir heute wissen, Schulden - in Gesellschaften, in ausgelagerte Bereiche hineingesteckt wurde.

Auch die Kollegin Walsken hat vorhin ganz großzügig gesagt: die Gesellschaft. Diese "Gesellschaft" sind aber keine Privaten, die mit dem Land nichts zu tun haben, sondern es sind die Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen, die unmittelbar für die Misswirtschaft und das Missmanagement in diesen Gesellschaften haften. Es sind die Steuerzahlerinnen und

Steuerzahler, die für diese Schulden der Gesellschaften haften.

Deswegen finde ich es völlig richtig - wirklich völlig richtig und überfällig -, dass wir mit dem heute eingebrachten Nachtragshaushalt genau diese verdeckte Verschuldung, die Sie - nach den Äußerungen muss man den Rückschluss einfach ziehen - in vollem Bewusstsein gemacht haben, indem Sie Schulden in diesen „Gesellschaften“ versteckt haben, gerade unter dem Gesichtspunkt der Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit in den Landeshaushalt überführen, damit die Bürgerinnen und Bürger im Haushaltsgesetz klar ablesen können, wie die Finanzsituation in Nordrhein-Westfalen, wie die Verschuldung des Landes Nordrhein-Westfalen tatsächlich aussieht.

Dann ist vorhin angeführt worden: Wir haben 1,4 Milliarden € gespart. Ja, liebe Kollegin Walsken, Sie werden mir zugestehen, dass Sie niemals dafür gescholten worden sind, dass Sie gespart haben.

(Gisela Walsken [SPD]: Oh! - Edgar Moron [SPD]: Wir sind schwer kritisiert worden!)

- Ja, wir haben Ihre Prioritätensetzung kritisiert. Diesen Streit werden wir, ohne ich, auch in der Zukunft durchaus haben.

Gleichzeitig mit Einsparungen haben Sie die Steuern und Abgaben erhöht. Der Wasserpfennig ist eingeführt worden. Die Studiengebühren sind nicht etwa bei den Universitäten verblieben, sondern zur Haushaltskonsolidierung aufgewandt worden und dergleichen mehr.

Da fand ich einen Kommentar von Nikolaus Blohme, den man heute in der „Welt“ lesen konnte - in einem Punkt will ich das zitieren -, wirklich sehr treffend. Er schreibt hier über die Diskussion, die im Augenblick auf Bundesebene stattfindet: „Und wenigstens einmal sei es der Sprachverwirrung entgegengehalten: Sparen heißt 'weniger ausgeben' und nicht 'mehr einnehmen'.“

Das, meine Damen und Herren, das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist ein Punkt, auf den ich gerne noch etwas detaillierter eingehen möchte. Sie haben in den vergangenen Haushaltsberatungen immer wieder auf wegbrechende Einnahmen verwiesen.

(Gisela Walsken [SPD]: Steuereinnahmen!)

- Ja, zugestanden, auf wegbrechende Steuereinnahmen; "wegbrechend" insofern, als sie niedriger ausgefallen sind, als Sie sie vorher als Einnahmeansätze in den Haushalt eingestellt hatten.

(Gisela Walsken [SPD]: Als der Arbeitskreis
Steuerschätzung geschätzt hat!)

Maßnahmen für Wirtschaftswachstum und Innovationen sind deswegen aber, um genau dieser Entwicklung gegenzuhalten, von Ihnen nicht erfolgt.

Wenn doch über viele Jahre - immerhin die letzten fünf Jahre konnte ich das hier im Parlament verfolgen - regelmäßig die Steuereinnahmen deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben sind, dann ist es für mich nicht nachvollziehbar, dass man unter dem Gesichtspunkt der Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit Schulden in Schattenhaushalten versteckt. Weiterhin ist für mich nicht nachvollziehbar, dass man auch immer wieder mit viel zu optimistischen Einnahmeerwartungen operiert.

Ich bin an dieser Stelle dem Finanzminister sehr dankbar dafür, dass er den Gesichtspunkt des vorsichtigen Kaufmanns deutlich eingebracht hat. Ich meine, wir müssen viel sorgsamer davon ausgehen und dürfen uns die Welt weder nach Pipi Langstrumpf noch nach irgendjemandem sonst schön malen. Wir sollten die Einnahmeerwartungen im Zweifel eher vorsichtig und niedrig ansetzen. Jeder freut sich dann, wenn es hinterher mehr Einnahmen gibt, weil wir wieder Menschen in Beschäftigung haben, weil wir wieder eine prosperierende Wirtschaft haben und wir dann tatsächlich wieder Geld in den Schuldenabbau stecken können.

Was ich auch nicht nachvollziehen und billigen kann, ist, wie Sie es dann, wenn Sie die ganze Zeit zu niedrige Einnahmen und wiederholt Einnahmen unterhalb der Einnahmeerwartung haben, verantworten können, langfristige Verpflichtungen über Legislaturperioden hinaus einzugehen, für die Sie dann möglicherweise - egal, wie auch immer die Mehrheitsverhältnisse in einem Parlament aussehen - zwischendurch einfach die Legitimation der Bürgerinnen und Bürger hätten erfragen müssen.

Das, was ich am allerwenigsten billige, ist, dass Sie die Ausgaben nicht angepasst haben und dass wir nicht zu einer Angleichung der Ausgaben an die Einnahmen gekommen sind.

Ich darf noch einmal Nikolaus Blome aus der „Welt“ zitieren. Ich fand diesen Kommentar wirklich sehr bemerkenswert:

„Es rächt sich, dass wegen eines verqueren Verständnisses vom starken Staat dessen Ausgabenseite nie ernsthaft durchforstet wurde - auch nicht dann übrigens, als die Steuer-

sätze unter der rot-grünen Regierung gesenkt wurden. Sich gleich großen Aufwand zu leisten bei verminderten Einnahmen, mündete in immer neue Schulden.“

Er hat das kurz und knapp und - wie ich finde - sehr zutreffend beschrieben. Deswegen, liebe Kolleginnen und Kollegen, werden wir gemeinsam in die Diskussion über die Fragen eintreten, was wir uns im Land Nordrhein-Westfalen noch leisten können und welche Prioritäten wir setzen.

Ich sage in aller Klarheit: Dafür bin ich auch bereit, die Verantwortung zu übernehmen, die die Bürgerinnen und Bürger mir übertragen haben. Ich sage Ja zu dieser Verantwortung, die gerade angemahnt wurde, Ja dazu, dass die Haushalte wieder verlässlich sind, dass die Haushalte transparent die tatsächliche Finanzsituation des Landes Nordrhein-Westfalen abbilden. Ich sage Ja dazu, die Einnahmen und Ausgaben klar in eine Waage zu bringen, den Bürgern Perspektiven zu eröffnen und die Kindern von der verfehlten Politik, die Sie in den vergangenen Jahren gemacht haben, endlich zu entlasten und ihnen wieder neue Chancen zu eröffnen. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Freimuth. - Als Nächstes hat Herr Jäger von der SPD-Fraktion das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir beraten heute den zweiten Nachtragshaushalt des Jahres 2005 und stellen fest, dass die finanzielle Situation des Landes Nordrhein-Westfalen wie der meisten Bundesländer und des Bundes ernst, bedenklich und gelegentlich sogar dramatisch ist.

Wir haben eine neue Landesregierung, die zwar nicht das Recht dazu hat, aber dem Reflex verfällt, das, was war, möglichst dramatisch, und das, was kommen wird, möglichst schön darzustellen. Das kann man ihr noch nicht einmal vorwerfen. Was man ihr vorwerfen kann, ist, dass sie es so stümperhaft tut. Das ist zugleich eine Beleidigung unserer Intelligenz, weil Sie meinen, wir merken es nicht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Heute findet hier eine gewisse Legendenbildung statt. Um dem vorzubeugen, möchte ich drei Punkte herausgreifen.

Erstens. Der ehemalige finanzpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Herr Diegel, hat vor wenigen

Tagen erklärt, der Schuldenstand des Landes von Nordrhein-Westfalen betrage 110 Milliarden €. Tatsächlich weist der Nachtragshaushalt einen Schuldenstand von 103 Milliarden € aus. Somit starten Sie 7 Milliarden € günstiger und nehmen trotzdem 2,2 Milliarden € an neuen Schulden auf.

Zweitens. Es ist der erste Nachtragshaushalt, den ich als Parlamentarier erlebe, der auf der Einnahmenseite überhaupt keine Veränderungen vorsieht,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

als würden die Steuereinnahmen genauso hoch sein, wie man es im Januar geschätzt hat. Der gleiche Finanzminister, der diesen Nachtragshaushalt vorlegt, veröffentlicht im Internet, dass er eine Mehreinnahme von 685 Millionen € erwartet. Das ist wirklich stümperhaft, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie können diese 685 Millionen € vielleicht in Ihre Kriegskasse legen. Es ist aber gar nicht Ihr Geld. Auf 23 %, mithin auf 137 Millionen €, haben die 396 Gemeinden in Nordrhein-Westfalen Anspruch. Sie entziehen den Gemeinden dieses Jahr das Geld zur Erledigung ihrer Aufgaben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie enthalten den Gemeinden das vor, worauf sie nach der Verfassung Anspruch haben.

Drittens. Der Finanzminister hat unmittelbar nach Amtsantritt eine Haushaltssperre verkündet und gesagt, 30 bis 100 Millionen € werden dadurch eingespart. Davon findet sich in diesem Nachtrag nicht ein Euro. Dagegen werden an anderer Stelle Mehrausgaben verzeichnet. Ich nenne einmal ein Beispiel, um einen Beleg Ihrer Ahnungslosigkeit aufzuzeigen.

Unter anderem werden 15 Millionen € mehr für Ersatzschulen in Nordrhein-Westfalen ausgewiesen, deren Zuwendungen wir im letzten Jahr gegen den erbitterten Widerstand vonseiten des Landtags um 1,5 % gekürzt haben. Sie sind wie die Lemminge nach draußen gelaufen und haben Unterstützung zugesagt. Frau Freimuth, wissen Sie eigentlich, dass für diese Kürzung um 1,5 % vielerorts die Kommunen eingetreten sind? Wissen Sie eigentlich, dass die Leiterinnen und Leiter der Ersatzschulen in Nordrhein-Westfalen stillschweigend lachen, weil Sie diesen Ausfall doppelt finanzieren?

(Beifall von der SPD)

Die Ersatzschulen brauchen nicht nur keine Kürzungen hinzunehmen, sondern sie bekommen von Ihnen auch noch 1,5 % mehr. Sie werfen das Geld praktisch mit vollen Händen zum Fenster hinaus.

Ich habe leider wenig Zeit. Ich komme noch einmal auf Herrn Papke zurück: Herr Papke, dass wir bei Ihrer Rede gelacht haben, bitte ich wirklich zu entschuldigen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das macht mir nichts!)

Unter der Voraussetzung, dass Sie wirklich ernst gemeint haben, was Sie gesagt haben, dürften wir nicht lachen. Dann hätten Sie nur volles Mitleid verdient, Herr Papke.

(Beifall von der SPD)

Fazit ist: Diese neue Landesregierung pumpt die Neuverschuldung künstlich auf. Vorhandene Mehreinnahmen werden verschwiegen. Das, was Sie den Menschen in diesem Land vor dem 22. Mai versprochen haben, nämlich einen rigorosen Sparkurs und eine Konsolidierung, findet sich in Ihrem Entwurf nicht mit einem einzigen Euro wieder.

(Edgar Moron [SPD]: Richtig!)

Das kann man nicht mehr mit mangelnder Erfahrung oder mangelnder Kompetenz begründen. Das ist ein Akt von Hilflosigkeit und Mutlosigkeit. Er gewährt einen Ausblick darauf, wie Ihr Haushalt 2006 aussehen wird. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Jäger. - Für die CDU-Fraktion spricht nun Herr Lux.

Rainer Lux (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einen kleinen Aspekt zur Sprache bringen, der die Kommunen in unserem Lande betrifft und der in diesem Nachtragshaushalt angesprochen wird. Es geht um die Aufhebung der investiven Bindung für die Mittel aus Hartz IV, die sogenannten Entlastungsmittel, die von der alten Landesregierung und vom Landtag als Investitionsmittel bereit gestellt worden sind, obwohl jeder wusste, dass das nicht ging.

Ich möchte gar nicht weiter auf den Bereich Haushaltsklarheit und Haushaltswahrheit eingehen. Hier ist genügend darüber gesprochen worden, mit welchen Tricks versucht worden ist, die

Verschuldungsgrenze zurückzudrängen bzw. die Investitionsquote zu erhöhen.

Wir begrüßen es ausdrücklich, dass die Investitionsbindung für die 230 Millionen € mit diesem Nachtragshaushalt wegfällt. Es hat sich herausgestellt, dass die Kommunen diese Gelder gar nicht für Investitionen zur Verfügung haben, sondern die Mittel im Verwaltungshaushalt für die Deckung der Kosten zur Wohnungsversorgung benötigen. Das ist vernünftig. Das wird mit diesem Nachtragshaushalt nachvollzogen.

Ich möchte an dieser Stelle aber gleichzeitig darauf hinweisen, dass es im Interesse der Kommunen notwendig sein wird, auch zukünftig dafür zu sorgen, dass die zugesagte Entlastung der Kommunen um 2,5 Milliarden € tatsächlich eingehalten wird.

Ich muss schon sagen, wir sind etwas verwundert, dass die alte Bundesregierung noch einen Entwurf beschlossen hat, wonach sie den Kommunen diese Entlastung entziehen und auf Null setzen will. Das ist nicht hinzunehmen. Ich möchte an dieser Stelle auch im Namen der Kommunen die Landesregierung ausdrücklich bitten,

(Beifall von der CDU)

sowohl bei der Revision dieser zugesagten Regelung wie auch bei den Koalitionsverhandlungen in Berlin dafür zu sorgen, dass die gesamte Entlastung von 2,5 Milliarden € tatsächlich bei den Kommunen ankommen wird, damit in Zukunft gewährleistet ist, dass die Kommunen der Versorgung der unter Dreijährigen und ihrem Teil bei der Hartz-IV-Gesetzgebung gerecht werden können. - Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Lux. - Für die Landesregierung spricht Herr Finanzminister Dr. Linssen.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will zum Schluss der Debatte nur auf ein paar Punkte eingehen, weil wir im Ausschuss noch Gelegenheit haben, ausreichend zu diskutieren.

Ich will mit den freundlichen Bemerkungen von Frau Kraft beginnen. Sie teilt zumindest die Einschätzung, dass es sich um eine dramatische Situation des Landeshaushalts handelt. Das war nicht immer der Fall. Deshalb begrüße ich das außerordentlich, Frau Kraft. Sie haben sogar erklärt, dass wir gemeinsam gefordert sind. Da ich

Sie als eine Person kenne, die das nicht nur einfach so dahinsagt, sondern auch ernst genommen werden will, werde ich Sie ans Portepée fassen. Ich freue mich sehr darüber.

Als dritten Punkt haben Sie gesagt, Sie nehmen das Einnahmenminus voll auf Ihre Kappe. Das finde ich schon ganz erfreulich. Dann haben wir nämlich die ersten fast 600 Millionen € abgeschichtet. Da sind wir uns also einig.

Fangen wir mit den Ausgaben an - da fehlen ja jetzt noch ein paar Euro: 1,6 Milliarden - und schauen uns die im Einzelnen an!

Sie vermissen bei den Steuereinnahmen, dass ich da kein Einnahmeplus angesetzt habe. Herr Jäger hat sich geradezu ereifert, was das für ein unmögliches Vorgehen sei.

(Ralf Jäger [SPD]: Wenn ich mich ereifere, hört sich das ganz anders an!)

- Noch schlimmer, Herr Jäger, das wäre ja furchtbar. - Ich darf auch einmal auf Ihre Pressemeldung eingehen, Frau Kraft, in der Sie gesagt haben, die 684,2 Millionen €, die als Steuermehreinnahmen gegenüber 2004 im Internet stehen - natürlich speisen wir alles ein, per Ende September stehen sie dort -, seien im Haushalt nicht veranschlagt.

Ich mache das einmal klar, damit wir das nicht im Ausschuss behandeln müssen.

(Hannelore Kraft [SPD]: In der Differenz, Herr Linssen!)

- Nein, das haben Sie vergessen. Ihre Erklärungen sind glatt die Unwahrheit, Frau Kraft, wenn Sie vergessen, dass wir 428 Millionen € Mehreinnahmen im Haushalt etatisiert haben.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber wo ist die Differenz?)

Sie können also nur über die Differenz von 250 Millionen € sprechen. Die, sagen Sie, hätten Sie gern im Haushalt angesetzt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja!)

Dazu will ich Ihnen nur noch Folgendes sagen:

Erstens. Die im Dezember fälligen Umsatzsteuerquartalsabrechnungen werden nach der jetzigen Schätzung wesentlich ungünstiger ausfallen als 2004.

Zweitens. Es bestehen weiter Unsicherheiten bei den Einkommen- und Körperschaftsteuervorauszahlungen im Dezember, weil wir eine sehr hohe Vorjahresbasis haben.

Drittens. Bisher gibt es keine Informationen über größere Steuererstattungen an Unternehmen, mit denen wir auch rechnen müssen.

Diese drei Punkte sagen mir als vorsichtig agierendem Kaufmann: Die 250 Millionen € hast du nicht im Sack. Wenn sie tatsächlich hereinkommen sollten - und wenn es nur 50 Millionen € mehr sind als die Etatisierung -, werden wir sie selbstverständlich von den 7,4 Milliarden € Netto-neuverschuldung absetzen.

(Ralf Jäger [SPD]: Machen Sie eine Schätzung für 2006?)

Wenn Sie das freundlicherweise einmal zur Kenntnis nehmen und nicht immer von diesen 684 Millionen € Mehreinnahmen sprechen würden, wäre ich Ihnen dankbar. Dann hätte diese Debatte schon etwas ergeben. Frau Walsken hat sich sogar ereifert, das sei der zentrale Kritikpunkt. Das ist kein zentraler Kritikpunkt, Frau Walsken, sondern das sind einfach etwas realistischere Annahmen als die, mit denen Sie dauernd agiert haben.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Eiskirch? Dann gebe ich ihm das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Aber gerne, Herr Eiskirch. Bitte schön.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Minister Linssen, Sie hatten gerade davon gesprochen, dass die Umsatzsteuereinnahmen für den Monat Dezember in der Prognose so negativ ausfallen, dass Sie sie nicht berücksichtigen und diese 250 Millionen € nicht einstellen können. Wenn ich mich recht entsinne, war es in der vorletzten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses so, dass Sie die gleiche Befürchtung für die Umsatzsteuereinnahmen im September dieses Jahres geäußert haben. Hat sich das bewahrheitet oder nicht?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Der September ist schlecht ausgefallen. Er ist nicht so schlecht ausgefallen, wie prognostiziert - auch das habe ich im Ausschuss dargelegt -, aber sehr viel schlechter als im Vorjahr. Insofern habe ich Recht gehabt.

(Beifall von der CDU - Heiterkeit von der SPD)

Ich darf auf einen anderen Punkt eingehen, nämlich das, was Sie zum Länderfinanzausgleich vor-

getragen haben. Ich bleibe dabei, was ich in der Einbringungsrede gesagt habe: Das war ein sehr unvorsichtiger Ansatz, den Sie hier gemacht haben. Sie rekurren permanent auf irgendein Schreiben vom 21. Juli 2005,

(Hannelore Kraft [SPD]: Das Datum ist aus Ihrer Antwort!)

in dem erst eine Abrechnung erfolgt sei. Ich darf Ihnen sagen, damit Sie es ein für alle Mal drin haben: Bereits im Mai 2004 lautete das Ergebnis der Steuerschätzung für NRW, wir müssten 691 Millionen € bezahlen. Im November 2004 hat man uns gesagt, wir müssten 566 Millionen € bezahlen. Das liegt sehr nahe an den 550 Millionen €, die wir jetzt etatisiert haben. Das, liebe Frau Kraft, war im November 2004. Da der erste Nachtrag zum Haushalt am 1. März 2005 verabschiedet wurde, sage ich, wenn ich sehr höflich bin: Es war ein sehr unvorsichtiger Ansatz von Ihnen.

(Beifall von der CDU)

Ich darf ein paar Bemerkungen zum BLB machen, der vor allem durch die Entgegnungen der Redner der Koalitionsfraktionen ein breites Echo gefunden hat. Vielleicht nur so viel: Entgegen Ihrer ersten Pressemeldung, die Sie vorgelegt haben, nachdem ich den Haushalt öffentlich vorgestellt habe, sind Sie jetzt zumindest zu der Erkenntnis gekommen, dass wir damit beim BLB Schulden tilgen. Das heißt, wir stellen keine Liquidität zur Verfügung, aus der wir schöpfen. Damit ist die gesamte Version des Sparstrumpfes völlig erledigt. Wie wollen Sie - Frau Walsken, vielleicht hören Sie auch einmal zu! -

(Gisela Walsken [SPD]: Gerne!)

von einem Sparstrumpf sprechen, wenn wir Schulden beim BLB tilgen? Dadurch werden nachweislich rund 25 Millionen € Zinsen erspart, die der BLB verwendet, um Altlastensanierungen zu betreiben.

(Gisela Walsken [SPD]: Was für Altlasten? Dafür hat er doch genug Geld!)

- Er hat doch kein Geld. Er macht doch jedes Jahr operatives Minus. Tun Sie doch nicht so, als wenn dort Geld in die Kasse kommen würde!

(Beifall von der CDU)

Er macht operativ ein Minus. Das wissen Sie auch aus Ihrem Dabeisein im BLB-Verwaltungsrat. Deshalb haben Sie offensichtlich in der letzten BLB-Sitzung auch so herzhafte geschwiegen, wie man mir mitgeteilt hat.

(Gisela Walsken [SPD]: Ich habe zig Fragen gestellt!)

Ich bin sehr froh, lieber Herr Sagel, dass Sie bei der BVG und den 330 Millionen, die wir ihr zur Verfügung stellen, ganz nah bei uns sind. Ich bedanke mich dafür und wäre froh, wenn Sie noch etwas Überzeugungsarbeit bei Ihrem alten Koalitionspartner leisten können; vielleicht kapiert der es auch noch.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Finanzminister, wir haben noch eine Wortmeldung von Herrn Eiskirch. Würden Sie sie erlauben?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja, gerne, jederzeit.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Eiskirch.

Thomas Eiskirch (SPD): Herr Minister, Sie fragten, wie es sein kann, dass es, wenn man das Ganze beim BLB freistellt, ein Sparstrumpf sein könnte. Sie sind aber schon in der Kenntnis, dass man, wenn man es freigestellt hat, gegen bestehendes Vermögen erneut Schulden aufnehmen kann, um die dann wieder als Sparstrumpf nutzen zu können? Oder nicht?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich kann Sie schlecht verstehen, Herr Eiskirch. Könnten Sie ein bisschen langsamer sprechen?

Thomas Eiskirch (SPD): Das würde ich gerne tun. Entschuldigen Sie bitte, dem Husten sei es gezollt.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Etwas ruhiger, dann geht es besser.

(Gisela Walsken [SPD]: Wer soll ruhiger sein?)

Thomas Eiskirch (SPD): Welches Sprechtempo ist Ihnen genehm, Herr Finanzminister? Ist es so in Ordnung?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich kann Sie schlecht verstehen, Herr Eiskirch. Es mag auch an der Akustik liegen.

Thomas Eiskirch (SPD): Ich werde mir Mühe geben. Entschuldigen Sie bitte, die Stimme ist heute etwas belegt.

Sie hatten gerade gefragt, wie es sein könnte, dass man, wenn man beim BLB Geld hineinnimmt

und den BLB freistellt, das als Sparstrumpf bezeichnen könnte. Ich wollte nur wissen, ob Sie in der Kenntnis sind, dass man, wenn man es freigestellt hat, auf bestehendes Vermögen erneut Schulden aufnehmen kann und es somit durchaus als Sparstrumpf zu bezeichnen ist. Ich wollte diese Kenntnis nur nachfragen. Ich danke Ihnen recht herzlich. Ich hoffe, dass sowohl Sprechgeschwindigkeit als auch Verständnis nunmehr ausreichend waren.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Auch da irren Sie, Herr Eiskirch. Wenn Sie sich einmal die Gründungsgeschichte des BLB und alle Vorschriften, die dazu von Ihrer Regierung erlassen wurden, ansehen, dann werden Sie feststellen, dass er diese Schulden nur aufnehmen darf, wenn er bestimmte Investitionen tätigt, nicht, um uns irgendwelches Geld in den Haushalt zu schieben.

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Aber vielleicht kapieren Sie das noch, wenn Sie das alles lesen.

(Beifall von der CDU - Zurufe von Carina Gödecke und Ralf Jäger [SPD])

Frau Walsken, nur ein letztes Wort. Frau Walsken, Sie haben behauptet, Sie hätten immer verfassungskonforme Haushalte vorgelegt. Ich hatte mich bei meiner Einbringungsrede zwar bemüht, Ihnen klar zu machen, dass Sie das nur formal so gemacht haben. Nehmen Sie einmal den Haushalt 2003. Sie können wirklich niemandem in dieser Republik erklären, dass es, wenn Sie ihn mit 3,7 Milliarden € Verschuldung einbringen und bei 6,6 Milliarden € landen, irgendetwas mit Verfassungskonformität schon bei der Aufstellung zu tun gehabt hätte. Sie haben diesen Haushalt getürkt, um es klar und deutlich zu sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Finanzminister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Frau Walsken?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Gerne. Bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Frau Walsken.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Es wird immer schlimmer!)

Gisela Walsken (SPD): Herzlichen Dank, Frau Präsidentin. Ich werde mich bemühen, laut, klar und langsam zu sprechen, Herr Finanzminister.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ich kann Sie auch sehr viel besser verstehen.

Gisela Walsken (SPD): Vielleicht liegt das daran, dass wir im engeren Kreis sind, während die anderen Kollegen in den anderen Runden sitzen.

Zum Haushalt 2003: Sie wissen, dass wir zusätzliche neue Schulden ausschließlich - ich betone sehr langsam: ausschließlich - dafür aufgenommen haben, um das, was an Steuereinnahmen aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtlage der Bundesrepublik nicht einkam, auszugleichen. Dafür haben wir uns erlaubt, die Verfassungsgrenze zu überschreiten; für nicht mehr und nicht weniger; nicht ein Euro mehr an Ausgaben für politische Wohltaten, Spielwiesen und Sonstiges. Herr Finanzminister, ich frage Sie: Ist Ihnen das mittlerweile bekannt?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Frau Walsken, mir kommt es auf das Ergebnis an. Ob Sie das für Spielwiesen oder sonstige Geschichten ausgegeben haben, will ich hier nicht konstatieren, sondern ich stelle nur fest, dass Sie in den letzten Jahren permanent die Einnahmesituation zu hoch und die Ausgabenseite zu niedrig eingeschätzt haben.

(Beifall von der CDU)

Und das ist Ihr Versäumnis gewesen. Das können Sie nicht mit Überraschungen aus dem Haushaltsvollzug erklären.

Ich darf Ihnen zu der letzten Bemerkung, die Sie gemacht haben, dass Sie immer verfassungskonforme Haushalte vorgelegt haben, nur Folgendes sagen: Wir werden uns an dieser Zahlenakrobatik, die Sie betrieben haben, nicht mehr beteiligen. Deshalb habe ich auch so lange Ausführungen zur Verfassungsmäßigkeit eines Haushaltes und zum Einhalten der Verfassungsobergrenze vorgelegt. Sie haben heute nicht wiederholt, dass Sie nach Münster gehen wollen. Ich nehme an, Sie werden es sich noch überlegen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Herr Minister, es gab noch Zwischenfragen von Frau Freimuth und Herrn Witzel. Würden Sie das vielleicht auch noch aufnehmen?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Bitte schön.

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Freimuth, bitte.

Angela Freimuth (FDP): Stimmen Sie mir zu, dass es sich um einen ausgeglichenen Haushalt handelt, wenn Einnahmen und Ausgaben im Gleichgewicht stehen, und dass die Verfassungsobergrenze, Kredite oder Schulden des Landes zu machen für Investitionen, ein Ausnahmetatbestand ist und nicht der Regelfall sein sollte, sondern lediglich die Verfassungswidrigkeit beschreibt? Ich frage Sie, ob Sie meine Meinung teilen, dass wir wieder dazu übergehen müssen, nach Möglichkeit gar keine Schulden zu machen, sondern die Ausgaben, und zwar alle, auch die Investitionen, mittel- bis langfristig wieder aus den Einnahmen zu decken?

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Ja, ich teile Ihre Ansicht. Das Ziel muss ein ausgeglichener Haushalt sein, das heißt, einer, der ohne Netto-neuverschuldung auskommt. Das verstehe ich unter ausgeglichen. Das ist ein Ziel, von dem wir weit entfernt sind. Die Bayern versuchen, es im nächsten Jahr hinzubekommen. Ich schätze, wir brauchen - vorsichtig - sicherlich acht bis zehn Jahre dafür. Das ist das Ziel, von dem wir so weit entfernt sind, weil Rot-Grün diese verheerende Politik in 39 Jahren gemacht hat. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Linssen.

Ich komme jetzt zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/300** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturereform**. Wer diesem Vorschlag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist dieser Gesetzentwurf einstimmig überwiesen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu Tagesordnungspunkt

4 Fragestunde

Drucksache 14/474

Die Fragesteller der **Mündlichen Anfragen 8 und 11** aus der Fragestunde vom 1. September 2005 haben sich inzwischen mit einer **schriftlichen**

Beantwortung einverstanden erklärt. Die Antworten werden entsprechend unserer Geschäftsordnung dem Plenarprotokoll angefügt. (Siehe Anlage)

Ich rufe deshalb als Erstes die

Mündliche Anfrage 14

des Abgeordneten Dr. Vesper von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf:

NRW-Interessen sicherstellen

Wie wird Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers sicherstellen, dass NRW-Interessen in der künftigen Bundesregierung angemessen vertreten sind?

Ich bitte Herrn Ministerpräsidenten Dr. Jürgen Rüttgers um die Beantwortung.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Ich beantworte die Frage wie folgt: durch Zusammenarbeit mit der neuen Bundesregierung, durch die Arbeit im Bundesrat, der Ministerpräsidentenkonferenz und durch meine politischen Möglichkeiten, wie ich sie eben schon in der Aktuellen Stunde dargelegt habe.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Ministerpräsident. - Herr Dr. Vesper hat die erste Nachfrage.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, was mich und viele andere überrascht hat, war der auffällige Kontrast zwischen Ihren Äußerungen am vorvorigen Sonntagabend und am folgenden Montagmorgen - öffentliche Äußerungen, die jeder nachlesen kann, auch in der Pressechau - und Ihren Äußerungen am Montagnachmittag, nachdem Frau Merkel die Entscheidung bekannt gegeben hatte.

Ich darf vielleicht einmal aus der Sendung „Westpol“ zitieren, in der Sie ein Live-Interview gegeben haben. Harald Brandt hatte Ihnen vorgehalten, besonders stark sei dieses Land von der CDU-Seite in dem neuen Bundeskabinett nicht vertreten. Sie haben geantwortet: „Warten wir mal ab! Morgen wird Angela Merkel die Namen aus dem CDU-Bereich bekannt geben. Sie werden sehen, dass die nordrhein-westfälische CDU sehr gut vertreten ist.“ Dann haben Sie noch gesagt, als er Norbert Röttgen als möglichen Kanzleramtsminister ansprach: „Jetzt wissen Sie vielleicht etwas, was ich noch gar nicht sagen darf.“ Dabei haben Sie viel sagend gelächelt.

Kann es sein, dass Sie gar nicht wussten, dass aus der CDU weder Herr Röttgen noch sonst jemand aus NRW ins Kabinett einziehen würde?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin, ich kann nicht erkennen, dass die Zusatzfrage mit der vom Präsidium und von Ihnen zugelassenen Frage irgendeinen Zusammenhang hat. Die genehmigte Frage habe ich beantwortet, und ich beabsichtige nicht, diese Frage zu beantworten.

Präsidentin Regina van Dinther: Okay. - Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Dann versuche ich es einmal etwas anders. - Haben Sie an dem besagten Sonntag oder an dem Samstag die Interessen Nordrhein-Westfalens gegenüber der zukünftigen Bundeskanzlerin vertreten?

(Allgemeine Heiterkeit)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Auch da gilt die Antwort, die ich zu der Nachfrage von Herrn Vesper gegeben habe.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Dr. Vesper mit einer zweiten Nachfrage.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, sind Sie eigentlich froh, dass neben Ulla Schmidt und Franz Müntefering auch Ihr Amtsvorgänger Peer Steinbrück im neuen Bundeskabinett vertreten ist?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Zu dieser Frage habe ich in Interviews Stellung genommen. Insofern ist meine Antwort bekannt.

(Zurufe von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Es liegen keine weiteren Fragen vor.

(Zurufe - Johannes Remmel [GRÜNE] meldet sich zu einer Zusatzfrage.)

- Doch, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Ich möchte gerne eine weitere Zusatzfrage stellen, weil die Frage,

wie die Interessen des Landes vertreten werden, nicht mit Gelächter beantwortet werden kann. Man muss sich, wenn man sich im politischen Geschäft auskennt, schon fragen - das ist auch eine Frage an den Ministerpräsidenten -, wie solche Interessensvertretungen - bestimmte Begehrlichkeiten betreffend, die in Berlin vertreten werden sollen, und die dann in SPD-geführten Ressorts nachgefragt werden - zukünftig aussehen.

In der Regel läuft es so, dass es zu entsprechenden Rückfragen im Land - wie sieht ihr das vor Ort, ihr Sozialdemokraten? - kommt und möglicherweise eine entsprechende Antwort erwartet wird. Wäre es da nicht sinnvoller, sich direkt mit den Sozialdemokraten hier in Verbindung zu setzen?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Die Zusammenarbeit läuft genauso, wie sie zum Beispiel gelaufen ist, wenn SPD-Kollegen mit Ministerien zu tun hatten, die von grünen Ministern in Berlin geführt wurden.

Präsidentin Regina van Dinther: Als nächste Wortmeldung habe ich Herrn Stahl.

Helmut Stahl (CDU): Herr Ministerpräsident, teilen Sie meine Ansicht, dass, weil Grüne aus Nordrhein-Westfalen nicht im Kabinett in Berlin unter Rot-Grün vertreten waren, die Identität der grünen Partei in Nordrhein-Westfalen nachhaltig gelitten hat?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Dr. Rüttgers.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Der erste Teil ist ein Faktum. Das muss ich teilen, kann es auch nicht bestreiten.

Zum zweiten Teil kann ich Ihnen leider keine Antwort geben, weil ich sonst die Antworten, die ich eben Herrn Vesper und Herrn Rimmel gegeben habe, konterkarieren würde.

(Lachen von Helmut Stahl [CDU])

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Rimmel, eine dritte Nachfrage kann ich nicht zulassen. Sie haben die Anzahl Ihrer Fragen ausgeschöpft. Es gibt es keine weiteren Nachfragen.

Ich rufe nun die

Mündliche Anfrage 15

des Herrn Abgeordneten Römer von der Fraktion der SPD auf:

Bürokratische Hindernisse bei Existenzgründungen

Frau Wirtschaftsministerin Christa Thoben hat mehrfach angekündigt, dass mit den sogenannten Gründungsagenturen die Wirtschaftsförderung und die Existenzgründungsberatung bei den Kammern konzentriert werden sollen. In der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Mittelstand und Energie hat sie dargelegt, dass mit den Gründungsagenturen insbesondere die „bürokratischen Hindernisse“ zur Existenzgründung beseitigt werden sollen.

Welche einzelnen „bürokratischen Hindernisse“, die bisher das Gründungsgeschehen behindert haben, sollen mit Hilfe der Gründungsagenturen beseitigt werden?

Ich bitte Herrn Minister Uhlenberg um Beantwortung.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Römer! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Im Namen von Frau Kollegin Thoben, die heute an der Sitzung leider nicht teilnehmen kann, möchte ich die Mündliche Anfrage folgendermaßen beantworten:

Die Klagen der Existenzgründer über die zahlreichen Vorschriften und zeitraubenden Wege zur Erlangung erforderlicher Genehmigungen und Eintragungen sind hinlänglich bekannt. Bereits die alte Landesregierung hat sich mit diesem Thema beschäftigt. Handelsregistereintragungen, erlaubnispflichtige Gewerbebeanmeldungen, Anmeldungen bei den Berufsgenossenschaften und Sozialversicherungsträgern, den Agenturen für Arbeit und den Kammern, Anträge auf Nutzungsänderungen und Baugenehmigungen, das Ausfüllen von Formularen des Finanzamtes sind nur ein Ausschnitt der bürokratischen Hürden, mit denen sich ein Gründer zu Beginn seiner Tätigkeit herumschlagen muss.

Immer wieder kommt es dabei zu Fehlern, die negative Auswirkungen auf den Gründungserfolg haben. Die Landesregierung sieht hier erheblichen Handlungsbedarf und hat deshalb in der Regierungserklärung vom 13. Juli 2005 angekündigt, dass sie die Partner aus Kammern und Kommunen dafür gewinnen will, dass in allen Regionen des Landes zentrale Anlaufstellen eingerichtet werden, wo Gründer und Unternehmen bei der Erledigung unvermeidlicher Formalitäten unterstützt und gut informiert und beraten werden.

Grundsätzlich sollen diese Anlaufstellen, die sogenannten Gründungsagenturen, drei wesentliche Aufgaben erfüllen: erstens eine qualitativ gute Erstberatung für Gründerinnen und Gründer, zweitens eine Information und Beratung über alle erforderlichen Gründungsmodalitäten und drittens die Erledigung einer wachsenden Anzahl von Gründungsformalitäten direkt vor Ort.

Im Vordergrund stehen hier im ersten Schritt jene Formalitäten, die unmittelbar mit dem eigentlichen Gründungsvorgang verbunden sind, wie zum Beispiel die einfache Gewerbeanmeldung, das Ausfüllen der Formulare für das Finanzamt, für die Berufsgenossenschaft, für die Sozialversicherungsträger oder für die Agentur für Arbeit. Die Gründer werden dabei durch das Personal der Gründungsagenturen unterstützt.

Erlaubnispflichtige Gewerbeanmeldungen, Baugenehmigungen oder arbeitsrechtliche und umweltrechtliche Genehmigungen werden weiter durch die zuständigen Ämter und Behörden erteilt.

Die Industrie- und Handelskammern und Handwerkskammern des Landes haben diese Initiative aufgegriffen und in einem Gespräch mit Frau Ministerin Thoben am 8. September 2005 ihre Bereitschaft erklärt, solche Gründungsagenturen in ihren Institutionen einzurichten. In Kürze wird die Ministerin mit Vertretern der Wirtschaftsförderungseinrichtungen der Kommunen hierzu ebenfalls ein Gespräch führen.

Ein inhaltliches Konzept, in dem die Aufgaben und Standards dieser Agenturen detailliert beschrieben werden, wird gegenwärtig von Vertretern der Kammern, des Ministeriums für Wirtschaft, Mittelstand und Energie und des Statistischen Landesamtes erarbeitet. Dieses Konzept soll anschließend mit allen diskutiert werden, die an der praktischen Gründungsbetreuung mitwirken.

Bereits aus der Formulierung in der Regierungserklärung wird deutlich, dass die Gründungsagenturen kein closed Shop sein werden. Die Landesregierung ist sich selbstverständlich darüber bewusst, dass neben den Kammern insbesondere die Wirtschaftsförderungseinrichtungen und die Gewerbemelde- und Ordnungsämter der Kommunen, aber auch die Notare und Technologiezentren wichtige Partner bei der Unterstützung von Gründungen sind.

Die Landesregierung setzt darauf, dass es in den Regionen zu einer konstruktiven Zusammenarbeit bei der Erfüllung der Aufgaben der Gründungsagenturen kommt, wie es bereits im Rahmen des „Go! Gründungsnetzwerk NRW“ gelebte Praxis ist. Wie das im Einzelnen am besten organisiert

und umgesetzt werden kann, sollte jedoch in den Regionen selbst anhand der jeweiligen Gegebenheiten entschieden werden.

Von den Gründungsagenturen erwartet sich die Landesregierung eine weitere Verbesserung der Qualität der Gründungsberatung in Nordrhein-Westfalen. Eine Gründungsbetreuung aus einer Hand, von der betriebswirtschaftlichen Erstberatung bis hin zur Erledigung der meisten Gründungsformalitäten ist ein Meilenstein in Richtung eines gründungsfreundlichen Nordrhein-Westfalens. Diese anspruchsvolle Aufgabe erfordert die Zusammenarbeit und Mitwirkung vieler Einrichtungen und Behörden. Nutzen wird sie allen Gründern in Nordrhein-Westfalen.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. - Herr Jäger hat sich für eine erste Frage gemeldet.

Ralf Jäger (SPD): Herr Minister Uhlenberg, Sie haben gerade dargestellt, dass die Landesregierung einen erheblichen Handlungsbedarf sieht, bürokratische Hindernisse zu beseitigen, um zu einer höheren Qualität bei der Gründungsberatung zu kommen. Das von Ihnen vorgestellte Konzept betrifft auch die Stadt Duisburg. Dort gibt es eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die im Rahmen eines PPP-Projektes zur Hälfte von Unternehmen und der Industrie- und Handelskammer finanziert wird.

Können Sie vielleicht einmal darlegen, wo der dringende Handlungsbedarf liegt und die notwendige Qualitätsverbesserung in Duisburg erforderlich ist?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Jäger, auch Ihnen dürfte nicht entgangen sein, dass wir - gerade was die Selbstständigenquote in Nordrhein-Westfalen angeht - unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Von daher bedarf es in Nordrhein-Westfalen zusätzlicher Anstrengungen.

Ich habe eben in der Beantwortung der Anfrage darauf hingewiesen, dass wir in einigen Bereichen durchaus auf Anstrengungen der früheren Landesregierung aufbauen können, wenn Dinge gut laufen - wie vielleicht in Duisburg. Trotzdem sind wir von dem Ziel, was eine Gründungsinitiative in Nordrhein-Westfalen angeht, noch weit entfernt. Deswegen gibt es diese zusätzlichen Bemühungen der Landesregierung.

Aus der Beantwortung der mündlichen Anfrage ist deutlich geworden, dass Frau Ministerin Thoben in diesen Punkten im Gespräch mit allen Organisationen ist, die sich hier auf den Weg gemacht haben. Ich kann das heute nur in dieser Form wiedergeben. Es ist der richtige Weg.

Wenn Sie auf der Messe „Go!“ gewesen sind, Herr Abgeordneter Jäger, die am letzten Wochenende in Essen stattgefunden hat, merken Sie, dass in Nordrhein-Westfalen ein erheblicher Gesprächsbedarf besteht. Es werden neue Formen für junge Existenzgründer in Nordrhein-Westfalen angeboten, die im Hinblick auf die Umsetzung entsprechend politisch begleitet werden müssen.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke, Herr Minister. - Herr Jäger hat eine zweite Nachfrage.

Ralf Jäger (SPD): Herr Minister Uhlenberg, können Sie nachvollziehen, dass die Meinung der Landesregierung, es gebe in Duisburg einen erheblichen Handlungsbedarf für notwendige Qualitätsverbesserungen, bei der an der Wirtschaftsförderung beteiligten Unternehmen, der Industrie- und Handelskammer sowie der Stadt Duisburg zu einem gewissen Kopfschütteln führt?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister, bitte.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Nein, das kann ich überhaupt nicht nachvollziehen. Das ist auch so sicherlich nicht der Fall. Vor dem Hintergrund der Fakten, die ich eben genannt habe, Kollege Jäger, wird vom Wirtschaftsministerium ein geschlossenes Konzept auf den Weg gebracht. Von daher gehe ich davon aus, dass auch die Wohlmeinenden in Duisburg, zu denen Sie möglicherweise nicht gehören, an diesem Konzept mitarbeiten werden.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Eiskirch hat sich zu einer Frage gemeldet.

Thomas Eiskirch (SPD): Der zurückgelegte Weg - von den ersten Ausführungen durch Frau Ministerin Thoben im Ausschuss bis hin zur Beantwortung der Frage von Herrn Römer - lässt mich durchaus hoffen, dass am Ende noch etwas Vernünftiges rauskommt. Dieser Weg ist schon ziemlich lang.

Für zwei Bereiche möchte ich konkretisieren, wie Sie sich die praktische Umsetzung vorstellen. Bis

jetzt hat es in vielen Kommunen eine Arbeitsteilung in einem Netzwerk zwischen Handwerksammern, den kommunalen Wirtschaftsförderungsinstituten und der IHK gegeben. Dieses Netzwerk soll so umgestaltet werden, dass die Industrie- und Handelskammern eine klare Führungsposition erhalten.

Die kommunale Wirtschaftsförderung in Bochum beispielsweise hat bisher vordringlich in zwei Bereichen Beratungen durchgeführt, die die beiden anderen Institutionen nicht leisten konnten.

(Zuruf von der CDU: Wo bleibt die Frage?)

Dies lag zum einen an der Qualität der Beratung sowie zum anderen an der Intensität und der Menge der Anfragen, vor allem im Bereich der Freiberufler, die weder bei der IHK noch bei der Handwerkskammer ursprünglich ansässig sind, und im Bereich der ALG I- und ALG II-Empfänger. In Bochum machen alleine die Anfragen der ALG I- und ALG II-Empfänger 70 % der Anfragen aus. Wie ist das in Ihrem Konzept für beide Bereiche berücksichtigt?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister Uhlenberg.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter, Ihre Ausführungen machen in der Tat deutlich, dass es noch Lücken gibt, die im Rahmen des bisherigen Konzepts der früheren Landesregierung noch nicht abgedeckt werden können. Die Initiative von Frau Ministerin Thoben geht auch in die Richtung, diese Nischen, die bisher noch offen geblieben sind, zu berücksichtigen. Deswegen werden zurzeit Gespräche mit allen Organisationen in Nordrhein-Westfalen geführt, bestehende Nischen auszufüllen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Römer, bitte.

Norbert Römer (SPD): Herr Minister, Sie wollen ja einen großen Entwicklungsprozess einleiten. Mich interessiert in dem von Ihnen geschilderten Zusammenhang, wie hoch die bisherigen Mittel sind, die institutionell und projektbezogen aus dem Landeshaushalt den kommunalen Wirtschaftsförderungsgesellschaften zufließen?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Dazu liegen mir keine genauen Zahlen vor, Herr

Kollege Römer. Ich werde aber dafür sorgen, dass diese Zahlen - wenn Sie es wünschen - nachgereicht werden. Sie waren nicht Teil Ihrer Anfrage.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Römer hat noch eine zweite Frage.

Norbert Römer (SPD): Herr Minister, wir beide vertreten einen Wahlkreis, der im sogenannten ländlichen Raum liegt. Mich interessiert hinsichtlich der Konzentration auf Industrie- und Handelskammern sowie auf Handwerkskammern, wie gewährleistet werden soll, dass die Gründungsberatung zukünftig auch in der Fläche angeboten wird?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Abgeordneter Römer, die Organisationen, von denen ich eben gesprochen habe, die an der Frage der Gründungsagenturen in Nordrhein-Westfalen mitwirken, sind in Nordrhein-Westfalen landesweit vertreten, sowohl in den Ballungsgebieten wie auch in der ländlichen Region. Zum Beispiel sind in der Region, in der Sie kandidiert haben und in der ich gewählt worden bin, Herr Abgeordneter,

(Heiterkeit und Beifall von der CDU)

die Industrie- und Handelskammern und die Handwerkskammern alle an dieser Initiative interessiert und haben auch ihre Bereitschaft erklärt, daran mitzuwirken.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Sichau, bitte schön.

Frank Sichau (SPD): Herr Uhlenberg, ich habe eine Frage zum Träger dieser Gründungsagenturen. Das ist noch nicht deutlich geworden. Ist das eine staatliche Aufgabe oder von wem soll diese Aufgabe erledigt werden?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Minister Uhlenberg, bitte schön.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Diese Gründungsagenturen werden keine staatliche Aufgabe sein. Es gibt zahlreiche Initiativen in Nordrhein-Westfalen, die nach den Plänen von Frau Ministerin Thoben sinnvoll vernetzt werden,

damit sie - ich darf noch einmal auf die Messe „Go!“ verweisen, die am letzten Wochenende in Essen durchgeführt worden ist - dann in allen Bereichen von Nordrhein-Westfalen erfolgreich arbeiten können.

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. Es gibt keine weiteren Wortmeldungen hierzu.

Ich rufe die

Mündliche Anfrage 16

der Frau Abgeordneten Sigrid Beer von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf:

Fehlinformation des Ministerpräsidenten zur notwendigen Zügigkeit von Grundschulen

In der Plenardebatte vom 28. September 2005 äußerte sich der Ministerpräsident Dr. Rüttgers wie folgt: „Es gibt eine klare Regelung im Schulgesetz, nach der die Grundschulen 192 Schülerinnen und Schüler haben müssen. Das ist eine zweizügige Ausstattung.“

Ist dem Ministerpräsidenten bekannt, dass nach § 82 Abs. 2 Satz 1 SchulG NRW Grundschulen nur mindestens eine Klasse pro Jahrgang haben müssen?

Ich bitte den Herrn Ministerpräsidenten um Beantwortung.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Abgeordnete Beer, ich habe in meiner Rede im Landtag am 28. September 2005 keine Fehlinformationen gegeben. Ihre diesbezügliche Unterstellung weise ich zurück.

Im Schulgesetz gibt es seit dem 1. August eine neue klare Regelung, den § 81 Abs. 1. Danach sind die Kommunen gesetzlich - ich zitiere - „verpflichtet, durch schulorganisatorische Maßnahmen angemessene Klassen und Schulgrößen zu gewährleisten.“ In der Gesetzesbegründung hat die frühere Landesregierung dies dahin gehend präzisiert, dass dem Land keine - Zitat - „unvertretbaren Personalkosten“ entstehen dürfen. Welche Personalkosten vertretbar sind, ergibt sich aus der Verordnung zur Ausführung des Art. 93 Abs. 2 Schulgesetz. Aufgrund der dort in § 8 geregelten Schüler-Lehrer-Relation ist unbestritten, dass dies nur bei mindestens zweizügigen Grundschulen mit durchschnittlich 24 Schülerinnen und Schülern, also 192 Schülerinnen und Schülern, der Fall ist. Eine einzügige Grundschule benötigt - so ausdrücklich der Landesrechnungshof in sei-

nem Jahresbericht 2005 - mehr vom Land zu bezahlendes Personal, als ihr nach der Lehrerbedarfsermittlung zusteht. Meine Aussage, es gebe eine klare Regelung im Schulgesetz, nämlich gerade § 81 Abs. 1 Schulgesetz, nach der die Grundschulen 192 Schüler haben müssen, ist deshalb richtig.

Weiterhin habe ich im Landtag ausdrücklich festgestellt, dass es davon Ausnahmen im Schulgesetz gibt.

(Frank Sichau [SPD]: Aha!)

Die zitieren Sie nur nie. Ich habe wörtlich gesagt: „Es steht dort auch, dass Ausnahmen davon zulässig sind.“ - Damit ist die seit 1968 unveränderte Vorschrift des § 82 Abs. 2 Schulgesetz über Mindestgrößen gemeint. Die Vorschrift über Mindestgrößen ist - anders als Sie es darstellen - keine Rettung für kleine Schulen. Die Landesregierung wird deshalb Lösungen im Zuge der Novellierung des Schulgesetzes finden müssen, die von den Personalkosten her vertretbar sind und gleichzeitig die kleinen Schulen erhalten.

Damit ist Frau Schulministerin Sommer befasst. Sie hat Ihnen übrigens im Schulausschuss bereits ausdrücklich erste Vorstellungen dazu vorgetragen. Ebenso hat sie den Sachverhalt, den ich gerade dargestellt habe, ausführlich beschrieben. Insofern kann ich sowohl die Anfrage wie auch das, was heute Morgen hier im Plenum wie auch öffentlich zum wiederholten Mal behauptet worden ist, nur als das darstellen, was es in Wirklichkeit ist - jetzt formuliere ich vorsichtig -: eine Nichtzurkenntnisnahme eines Sachverhalts, obwohl er mehrfach dargelegt worden ist, und wider besseres Wissen eine falsche Darstellung in der Öffentlichkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön. - Frau Beer hat die erste Nachfrage.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, Sie haben in Ihrer 100-Tage-Pressekonferenz genau die Zahlen genannt, die in der Anfrage zitiert sind. Wie bewerten Sie die Äußerungen der Schulministerin Sommer in ihrer darauf folgenden Pressekonferenz dazu, dass die Zahlen, die der Ministerpräsident in seiner Pressekonferenz vorgetragen hat, so nicht richtig gewesen seien?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ministerpräsident.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Die bewerte ich gar nicht, denn wenn Sie den Gesamtvortrag von Frau Kollegin Sommer, der auch schriftlich vorliegt, zur Kenntnis nehmen, dann nehmen Sie auch zur Kenntnis, dass das identisch ist mit dem, was ich hier gerade gesagt habe.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Ministerpräsident! Wir begrüßen, dass Sie in dieser Frage nicht - wie eben - weiter konsequent kneifen. Wie bewerten Sie denn die unterschiedlichen Zahlen, die auch in der Öffentlichkeit dargestellt worden sind? Sie haben von 1.300 Schulen gesprochen, Ministerin Sommer in der besagten Sondersitzung des Schulausschusses nur noch von 60 Schulen, die ganz konkret zur Schließung anstünden. Wie erklären Sie uns und der Öffentlichkeit diesen eklatanten Unterschied?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Das ist kein Unterschied, denn es sind zwei Sachverhalte. 60 Schulen sind im Moment im Verfahren, sind angemeldet. Die andere Zahl ist eine Hochrechnung in die Zukunft - so habe ich es auch dargestellt -, die von den Fachleuten gemacht worden ist. Das ist übrigens auch verteilt worden. Frau Löhrmann, ich habe vielleicht Achtung vor Ihnen, ich habe vielleicht auch Respekt vor Ihnen, aber kneifen werde ich vor Ihnen nicht. Und nur weil Sie meinen, ich müsste kommen, komme ich noch lange nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Beer.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, stellen Sie die Bedenken des Landesrechnungshofs angesichts der finanziellen Folgen des Fortbestands kleiner Schulen über die Interessen von Kindern, Eltern, Lehrerinnen und Lehrern?

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ministerpräsident.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Nein, ich nehme nur zur Kenntnis, dass der Landesrechnungshof einen Auftrag hat, der ihm vom Landtag erteilt worden ist. Wenn der Landesrechnungshof feststellt, dass hier ein Verstoß gegen das geltende Recht vorliegt und Konsequenzen gezogen werden müssen - übrigens haben die Untersuchungen, wenn ich es richtig im Kopf habe, schon

zu Zeiten der alten Regierung angefangen; das Ergebnis wurde im Jahresbericht 2005 vorgelegt -, dann bin ich in meiner Funktion als Mitglied dieser Regierung gehalten, das, was der Landesrechnungshof sagt, ernst zu nehmen und gegebenenfalls Konsequenzen zu ziehen. Wenn die Landesregierung, wie von mir und auch von Frau Kollegin Sommer vorgetragen, der Auffassung ist, dass angesichts der Rechtslage, für die Sie verantwortlich sind, eine Unklarheit besteht, die dazu führen kann, dass viele Schulen in ihrer Existenz gefährdet sind, dann habe ich, weil das meinen politischen Zielsetzungen nicht entspricht, die Aufgabe, das Gesetz entsprechend zu ändern. Und genau das werden wir tun.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Schäfer, bitte.

Ute Schäfer (SPD): Herr Ministerpräsident, ich begrüße auch, dass Sie sich hier und heute dieser Frage noch einmal stellen. Sie haben eben § 81 des Schulgesetzes umfänglich zitiert. Ich möchte Ihnen noch einmal § 82 vorlesen: „Grundschulen müssen mindestens eine Klasse pro Jahrgang haben.“

Wie verträgt sich diese Aussage mit folgendem Satz, den Sie öffentlich vor dem Plenum gesagt haben: Grundschulen müssen zweizügig sein und mindestens 192 Schüler haben?

(Zurufe von der CDU - Glocke)

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Ganz einfach, Frau Kollegin Schäfer. Das haben wir wirklich genügend dargelegt. Sie können noch versuchen, es zu drehen und zu wenden, wie Sie wollen. Ich habe eben nicht von dem Paragraphen gesprochen, den Sie zitiert haben. Ich habe von dem Paragraphen gesprochen, den der Landesrechnungshof herangezogen hat. Das sind andere Paragraphen. Bitte nehmen Sie das jetzt zur Kenntnis.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist doch auch gesetzlich! - Zuruf von der SPD: Gleiches Gesetz! - Zuruf von den GRÜNEN: Das ist doch Gesetz!)

Hören Sie auf, immer wieder zu behaupten, das Problem sei durch § 82 Abs. 2 gelöst. Ausweislich der Darlegung ist es dadurch nicht gelöst.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Beer zur dritten Frage.

Sigrid Beer (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, Sie haben eben noch einmal bekräftigt, dass Ihrer Ansicht nach die Mindestzahl 192 sein sollte. Ich darf zitieren aus den Unterlagen der Ministerin vom 7. Oktober 2005. Sie führt darin aus:

Damit muss eine fortgeführte Grundschule mit einer Klasse pro Jahrgang in der Regel insgesamt 96 - viermal 24 - Schülerinnen und Schüler haben.

Wie erklären Sie sich diesen Widerspruch der Aussagen?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Wenn ich das richtig verstanden habe, bezieht sich die eine Aussage auf die einzügige Schule und die zweite Aussage auf die zweizügige Schule.

(Zuruf von der CDU)

Sie beziehen sich jetzt schon wieder auf § 82. Um ihn geht es aber gar nicht in diesem Zusammenhang. Ich bitte Sie herzlich, das zur Kenntnis zu nehmen. Es hat keinen Zweck. Wenn Sie es nicht zur Kenntnis nehmen wollen, kann ich es auch noch hundertmal sagen. Das ist nun nicht weiter zielführend.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Priggen, bitte.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, ich verstehe das jetzt so - ich bin ja kein Schulpolitiker -: Zwischen Ihrer Aussage und der Aussage der Frau Ministerin besteht eigentlich kein Unterschied.

Meine Frage an Sie lautet: In den Medien gab es ein katastrophales Echo. Wie erklären Sie sich für Ihre Regierung dieses katastrophale Echo der Medien in ihrer ganzen Breite über die Differenzen, die zwischen beiden Aussagen liegen?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Ich habe den Eindruck, den Sie gehabt haben, nicht. Als ich in meiner Pressekonferenz den Sachverhalt vorgetragen habe, gab es ein für die Landesregierung sehr erfreuliches Ergebnis.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

- Entschuldigen Sie einmal, Herr Remmel. Über die Pressekonferenz wurde berichtet, dass die Landesregierung etwas tut, was dringend notwendig ist.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Sie sorgt nämlich dafür, dass die kleinen Kinder möglichst ortsnahe Schulen haben. Dabei gab es sehr positive Kommentare.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] - Heiterkeit von Hannelore Kraft [SPD] und Ute Schäfer [SPD])

Das wurde erst anders, als die Opposition den Sachverhalt falsch dargestellt hat.

(Beifall von der CDU)

Ich werfe mir vor, dass wir da nicht hart genug gekontert haben.

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Löhrmann.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, wie bewerten Sie denn die folgende Aussage in den „Aachener Nachrichten“ vom 29. September 2005: „Womöglich haben Rüttgers' PR-Berater nach einem zündenden Thema gesucht, um die eher magere Bilanz der neuen Landesregierung kunstvoll kaschieren zu können“?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Ich bewerte Kommentare oder Meinungen, die von Journalisten in Zeitungen veröffentlicht werden, vor allen Dingen in öffentlichen Fragestunden des Landtages grundsätzlich nicht.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aber eben schon!)

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Hendricks.

Renate Hendricks (SPD): Herr Ministerpräsident, Ihre Argumentation ist aus meiner Sicht nicht stringent. Sie haben die §§ 81 und 82 sowie eine Rechtsverordnung zitiert. Ich gehe davon aus, dass das Gesetz nicht durch eine Rechtsverordnung gebrochen wird.

Mich interessiert also, warum Sie eine Vermischung von Rechtsverordnung und Gesetz durchführen, ohne gleichzeitig Klarheit in der Argumentation darüber zu schaffen, wie die rechtliche Lage tatsächlich ist.

(Zurufe von der CDU)

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Deshalb, Frau Hendricks, weil ich Jura studiert habe. Daher weiß ich, dass § 93 eine Rechtsverordnungsermächtigung enthält. Damit hat diese Rechtsverordnung eine gesetzliche Grundlage und ist insofern als Auslegung dieses Gesetzes heranzuzie-

hen. Das bedeutet „Recht und Gesetz“. Das lernt man im juristischen Studium. Das wird von allen Richtern, vom Landesrechnungshof und von allen Beamten so angewandt. Deshalb muss es von mir entsprechend vorgetragen werden.

(Helmut Stahl [CDU]: Jugend forscht!)

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Ministerpräsident, die Menschen im Land sind keine Juristen - jedenfalls die meisten. Deshalb interessiert mich, ob Sie meine Einschätzung teilen, dass ein Problem, das Sie lösen wollten, erst dadurch entstehen würde, dass die Landesregierung tätig wird. Das heißt, Sie haben versucht, ein Problem zu lösen, das es nur gäbe, wenn Sie entsprechend agieren und reagieren würden. Das wollten Sie offensichtlich nicht. Insofern wurde ein riesiger Popanz aufgebaut. Das Zitieren eines Paragraphen ist keine falsche Darstellung.

(Beifall von der SPD - Minister Oliver Wittke: Das war keine Frage!)

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Erstens. Die Tatsache, dass die meisten Menschen keine Juristen sind, ist unzweifelhaft richtig. Aber es gehört nicht nur zu meinen Aufgaben, sondern auch zur Höflichkeit, die Frage von Frau Hendricks so zu beantworten, wie es richtig ist, Frau Kraft.

Zweitens. Das Problem existiert. Es existiert unter anderem deshalb, weil es der Landesrechnungshof zu einem Monitum gemacht hat. Wenn Sie dann sagen, es existiere nicht, nehmen Sie die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis, das so zu klassifizieren, wie ich es eben getan habe. Sie behaupten etwas wider besseres Wissen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinter: Frau Düker, bitte.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade davon gesprochen, dass die Verunsicherung im Lande durch die Medien und durch die Opposition entstanden ist und es auch viel zu viel Aufregung gäbe.

Auch als Nicht-Schulpolitikerin habe ich mitbekommen, dass vor Ort in den kleinen Grundschulen eine erhebliche Verunsicherung vorhanden ist;

(Zurufe von der CDU)

sie haben Angst um ihre Existenz. Sie beziehen sich aber auf Ihre Äußerungen in der Pressekonferenz und nicht auf Äußerungen der Opposition; jedenfalls ist das so an mich herangetragen worden. Sehen Sie diese Verunsicherung in den Grundschulen auch? Gibt es diese Verunsicherungen, weil die Leute nicht informiert sind? Wie begegnen Sie der Tatsache, dass diese Ängste in den Grundschulen real existieren?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Sie werden verstehen, Frau Kollegin Düker, dass ich nicht kommentieren kann, wer Ihnen was gesagt hat und welche Eindrücke bei Ihnen entstanden sind.

Die Aussage ist relativ einfach: Es gibt ein objektives Problem. Das Gesetz, das von der Vorgängerregierung gemacht worden ist, enthält in einigen Paragraphen Wertungswidersprüche. Vom Landesrechnungshof wird es so ausgelegt, dass sich eine Vielzahl von Grundschulen Sorgen machen muss, wenn nichts passiert.

Wir werden das ändern. Damit ist das Problem gelöst.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Schäfer.

Ute Schäfer (SPD): Herr Ministerpräsident, eben sprachen Sie von „Auslegungen des Gesetzes“, die Sie als Landesregierung vornehmen. Sie können dann auch den § 82 Abs. 2 auslegen. Er sagt - ich wiederhole das noch einmal -: „Grundschulen müssen mindestens eine Klasse pro Jahrgang haben.“

Die Schulministerin hat eben vorgerechnet, wie eine einzügige Grundschule aussehen könnte. Sie haben dann in den „Aachener Nachrichten“ und in der „Rheinischen Post“ gesagt - ich zitiere -: Ich glaube, dass wir so weit gehen müssen, dass Schulen einzügig fortgeführt werden.

Warum gibt es dann dieses Tamtam im Land mit der Ankündigung, dass irgendwann 1.500 Schulen geschlossen werden müssen? In Ihrer Pressekonferenz gehen Sie nach heutigen Modellrechnungen von 700 Schulen aus. Aktuell reden wir über 60, über die zurzeit sowieso in kommunaler Verantwortung beraten wird. Warum dann also dieses Tamtam nach draußen?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Das ist keine Auslegung der Landesregierung, sondern eine Auslegung des Landesrechnungshofs. Als ehemalige Ministerin müssten Sie wissen, dass das keine quantité négligeable ist. Als Landesre-

gierung hat man sich mit diesem Sachverhalt nicht nur ernsthaft auseinander zu setzen, sondern man hat dann, wenn man etwas anderes will, die notwendigen Konsequenzen zu ziehen. Ich weiß nicht, wie Sie es in Ihrer Ministerzeit gehalten haben. Ich beabsichtige, das, was der Landesrechnungshof schreibt, ernst zu nehmen. Übrigens sind das alles Aussagen, die aus dem Ministerium kommen, dem Sie einmal vorgestanden haben.

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Kraft.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Ministerpräsident, teilen Sie meine Einschätzung, dass ein Monitum des Landesrechnungshofs dazu führt, dass man im Anschluss dann politisch entscheiden muss? Sie selbst sagen ja, dass Sie und wie Sie politisch entscheiden wollen, was sich ja von dem, was die alte Landesregierung entschieden hat, überhaupt nicht unterscheidet. Das heißt, die Möglichkeit des politischen Entscheidens gibt Ihnen besagter Paragraph. Sie haben aber trotzdem diese ganze Welle hochgefahren, offensichtlich aus populistischen Gründen. Sie wollten von dem ablenken, was in der Hunderttagebilanz nicht zu finden war. Sind Sie mit mir einer Meinung, dass das nicht automatisch zu einer 1:1-Umsetzung der Vorschläge des Landesrechnungshofs führt?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Ich habe das jetzt schon fünf, sechs oder sieben Mal erklärt: Nein, ich bin nicht Ihrer Ansicht. Wenn die entsprechende Vorschrift des von Ihnen gemachten Gesetzes mit der entsprechenden, ebenfalls von Ihnen erlassenen Ausführungsverordnung den Landesrechnungshof dazu veranlasst festzustellen, die in Rede stehenden Schulen seien aufzulösen, dann sage ich: Es muss etwas passieren.

Der Grund für dieses Problem ist, dass Sie ein Gesetz gemacht haben, in dem Sie in einen Paragraphen - wahrscheinlich für die Öffentlichkeit - etwas hineingeschrieben haben, was Sie mit einem anderen Paragraphen wieder einkassiert haben. Das ist der objektive Sachverhalt.

(Beifall von der CDU)

Präsidentin Regina van Dinther: Frau Hendricks, bitte.

Renate Hendricks (SPD): Herr Ministerpräsident, das Schulgesetz war ja eine Antwort auf die Feststellung des Landesrechnungshofs, dass nach der Gesetzeslage die Zweizügigkeit von Grundschu-

len notwendig ist. Mit diesem Schulgesetz wurde die Gesetzeslage sozusagen abgemildert.

Ich wüsste gerne von Ihnen, ob Sie die Forderung des Landesrechnungshofs so interpretieren, dass zukünftig die Zweizügigkeit von Grundschulen festgeschrieben wird oder dass zukünftig die Errichtung oder der Erhalt von einzügigen Grundschulen oder sogar von Grundschulen mit jahrgangsübergreifenden Klassen in Nordrhein-Westfalen möglich sein werden.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ministerpräsident.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Hendricks, ich habe es schon vier, fünf, sechs oder sieben Mal gesagt. Ich bitte um Nachsicht: Ich beabsichtige nicht, das noch einmal zu wiederholen.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Hovenjürgen.

Josef Hovenjürgen^{*)} (CDU): Herr Ministerpräsident, vertreten Sie mit mir die Auffassung, dass man, wenn sich Frau Schäfer ausschließlich auf § 82 Schulgesetz bezieht und erklärt, danach wäre die Einzügigkeit von Grundschulen möglich, ihr dann zumindest vorhalten muss, dass Sie es, wenn wir das denn als Regeltatbestand so annehmen würden, versäumt hätte, die personellen Ressourcen dafür zu schaffen?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Das ist auf jeden Fall richtig. Ich würde sogar ergänzen, Sie hätten dann § 93 und die entsprechende Verordnung dazu auch anpassen müssen.

Präsidentin Regina van Dinther: Ich danke Ihnen für die Beantwortung der Fragen.

Frau Schäfer hatte sich zu Wort gemeldet. Sie hat allerdings schon zwei Fragen gestellt. Deshalb kann ich die Frage nicht mehr zulassen.

Damit ist die Mündliche Anfrage 16 erledigt.

Wir kommen zur

Mündlichen Anfrage 17

des Abgeordneten Keymis von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Sind die seinerzeit zugesagten Zuwendungen des Landes in Höhe von 182.133.100 DM (heute: 93.123.175 €) an den Förderempfänger Flughafen Düsseldorf GmbH (FDG) ausgezahlt worden, und

bestehen von daher Regressansprüche gegenüber dem Fördermittelpfänger?

Ausweislich der Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage 295 des Abgeordneten Peter Eichenseher in Drucksache 13/1176 vom 08.05.2001 ist der Sky-Train am Flughafen Düsseldorf durch Aufnahme in den ÖPNV-Ausbauplan des Landes NRW im Jahr 1994 mit einer erheblichen Zuwendung aus den Regionalisierungsmitteln des Landes gefördert worden. Die Zuwendungen haben sich auf 182.133.100 DM (heute: 93.123.175 €) belaufen. Die Fördersätze für die Infrastruktur beliefen sich auf 90 % und für die Fahrzeuge auf 65 % der zuwendungsfähigen Kosten.

Nach mehrfachen Ausfällen in der Vergangenheit soll nach den vorliegenden aktuellen Presseberichten der Sky-Train für eine „Generalüberholung“ für sechs Monate stillgelegt werden.

Sind die seinerzeit zugesagten Zuwendungen des Landes in Höhe von 182.133.100 DM (heute: 93.123.175 €) an den Förderempfänger Flughafen Düsseldorf GmbH (FDG) ausgezahlt worden, und bestehen von daher Regressansprüche gegenüber dem Fördermittelpfänger?

Ich bitte Herrn Minister Wittke um die Beantwortung.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Abgeordneter Keymis, der von Ihnen genannte Betrag von 93,1 Millionen € ist der Flughafen Düsseldorf GmbH für die Kabinenbahn zwischen dem ICE-Bahnhof und dem Terminal des Flughafens Düsseldorf bewilligt worden. Ausgezahlt wurden bisher rund 72,4 Millionen €. Die Auszahlung des Differenzbetrages in Höhe von rund 20,7 Millionen € wurde wegen noch nicht vollständig ausgeräumter Prüfungsbemerkungen des Landesrechnungshofs, die mit den Betriebsproblemen nicht im Zusammenhang stehen, zunächst zurückgestellt.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Die Maßnahme ist noch nicht abgerechnet, so dass die zuwendungsrechtliche Zweckbindungsfrist von 25 Jahren für die Infrastruktur und von 20 Jahren für die Fahrzeuge noch nicht begonnen hat.

Die in Rede stehenden technischen Maßnahmen betreffen das Rechtsverhältnis zwischen der Zuwendungsempfängerin, der Flughafen Düsseldorf GmbH, und deren Auftragnehmer, der Firma Sie-

mens. Sie haben zum Ziel, die zweckentsprechende Verwendung der Fördermittel zu erreichen. Sollte dies in einer angemessenen Frist nicht möglich sein, wird die Bewilligungsbehörde, in diesem Fall die Bezirksregierung Düsseldorf, prüfen, ob zuwendungsrechtliche Schritte einzuleiten sind.

Vizepräsident Edgar Moron: Eine Nachfrage stellt Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister, meine Frage bezieht sich auf Ihre Antwort. Sie haben gesagt, es seien 72,4 Millionen € ausgezahlt worden. Mir wäre wichtig zu wissen, wann dies der Fall war und ob Ihnen bekannt ist, inwieweit die Flughafen Düsseldorf GmbH dieses Geld an Siemens weitergeleitet hat oder ob es bei der Flughafen Düsseldorf GmbH verblieben sein könnte.

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Zur ersten Frage kann ich Ihnen sagen, dass die Auszahlung sukzessive, das heißt: in Raten nach Baufortschritt, in den vergangenen Jahren erfolgt ist.

Ob die Flughafen Düsseldorf GmbH diese Beträge komplett an Siemens weitergeleitet oder Teile davon zurückgehalten hat, vermag ich nicht zu sagen.

(Oliver Keymis [GRÜNE] meldet sich zu Wort.)

Vizepräsident Edgar Moron: Sie möchten jetzt eine Nachfrage stellen?

(Oliver Keymis [GRÜNE]: Ja!)

- Dann tun Sie das mal.

(Minister Oliver Wittke: Die Güte des Herrn Präsidenten ist allumfassend.)

- Das bedarf nicht Ihrer Erwähnung.

(Heiterkeit - Minister Oliver Wittke: Ich entschuldige mich in aller Form, Herrn Präsident!)

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister, wenn dem so ist, wie Sie beschreiben, und wir nicht wissen, ob das von uns als Steuerzahler aufgebraachte Geld den erreicht hat, den es erreichen sollte, frage ich Sie: Gibt es unter Umständen Hinweise darauf, dass Zinsgewinne gemacht worden sind?

Diese entstünden womöglich aus zweierlei Gründen, nämlich erstens, weil das Projekt nicht in dem Maße realisiert wurde, wie es zu erwarten war, und zweitens aus den möglichen Zinsgewinnen aus Regressansprüchen, die das Land stellen könnte. Hier wird ja sehr viel Geld in ein Projekt gesteckt, das offensichtlich nicht funktionstüchtig ist und damit den Zweck, für den es seinerzeit von uns als förderwürdig erachtet wurde - hieran waren wir aber, wenn ich das richtig sehe, nicht beteiligt, weil es 1994 war -, nicht erfüllt.

Von daher stellt sich die Frage: Gibt es Regressansprüche gegenüber dem Fördermittelempfänger vor dem Hintergrund der geschilderten Tatsache und ausweislich der dazu inzwischen recht umfangreichen Berichterstattung?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Nein, ich habe gerade auf die Bindungsfristen hingewiesen. Ich habe auch darauf hingewiesen, dass die Zweckbindungsfristen noch nicht laufen. Darüber hinaus will ich noch einmal deutlich machen, dass die Flughafen Düsseldorf GmbH die Empfängerin der Zuwendungen war und es kein Rechtsverhältnis zwischen Siemens und dem Land Nordrhein-Westfalen gibt.

Vizepräsident Edgar Moron: Jetzt habe ich eine Frage von Herrn Priggen. Bitte schön.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Minister, Sie sagten, dass die Flughafen GmbH 72 Millionen € vom Land bekommen habe. Ich habe in den Zeitungen immer wieder gelesen, dass die Flughafen GmbH Siemens wegen der Probleme und der nicht ordentlichen Arbeit - völlig zu Recht - nicht komplett bezahlt habe. Dann kann es doch sein, dass die Flughafen GmbH von diesen 72 Millionen € erhebliche Mittel auf der Seite liegen hat und daran über die Zinsen verdient. Dann müsste doch das Land, das wirklich nicht in Geld schwimmt, ein Interesse daran haben, von der Flughafen GmbH diesen Zinsgewinn zu fordern.

Meine Frage ist: Was unternehmen Sie - Sie sind ja auch nicht mit Geld zugeschüttet -, um diesen Sachverhalt zu klären und eventuell unrechtmäßig erwirtschaftete Zinsgewinne der Flughafen GmbH dem Land zukommen zu lassen? Was machen Sie da ganz konkret?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Kollege Priggen, die Flughafen GmbH kann

Siemens noch gar nicht komplett bezahlt haben, weil - wie ich in der ersten Antwort dargestellt habe - rund 20,7 Millionen € von uns noch nicht an den Flughafen geflossen sind. Ich gehe davon aus, dass die Flughafen GmbH deshalb noch nicht die Komplettbezahlung des Siemens-Auftrages abgewickelt hat.

Vizepräsident Edgar Moron: Eine weitere Frage habe ich von Frau Düker. Bitte schön, Frau Düker.

Monika Düker (GRÜNE): Herr Minister, Sie haben die Frage des Kollegen Priggen nicht beantwortet. In Ihrer Darstellung haben Sie gesagt: 72,4 Millionen € sind an die Flughafen GmbH - womöglich in Raten - ausgezahlt worden; der Rest noch nicht.

Gleichzeitig sagen Sie: Die Flughafen GmbH kann Siemens noch nicht bezahlt haben - so stand es auch in der Presse -; das Geld ist nicht an Siemens geflossen. - Das heißt, die Flughafen GmbH befindet sich im Besitz zweckgebundener öffentlicher Steuermittel, mit denen sie wirtschaften oder sonst was machen kann. Interessiert Sie gar nicht, was in dieser Zwischenzeit mit den öffentlichen Geldern bei der Flughafen GmbH passiert?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister, bitte schön.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Kollegin, ich will noch einmal darauf hinweisen, dass das Gesamtfördervolumen 93,1 Millionen € beträgt. Davon sind bisher erst 72,4 Millionen € an die Flughafen GmbH überwiesen worden. Mithin kann die Flughafen GmbH nicht die komplette Siemens-Rechnung bezahlt haben. Uns ist aber bekannt, dass die Flughafen GmbH bisher 77 Millionen € an Siemens ausgezahlt hat.

(Monika Düker [GRÜNE]: 77?)

- 77 Millionen € für die bisher erbrachte Leistung.

Vizepräsident Edgar Moron: Eine zweite und damit letzte Frage von Herrn Priggen.

Reiner Priggen (GRÜNE): Herr Minister, können Sie uns sagen, wann diese 77 Millionen € gezahlt worden sind?

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Bis zum Ende des Jahres 2003.

Vizepräsident Edgar Moron: Ich sehe noch eine Frage von Frau Düker. Das ist Ihre zweite Frage, Frau Düker. Bitte schön.

Monika Düker (GRÜNE): Als örtliche Abgeordnete interessiert es mich schon, wie hier - die Stadt ist immerhin mit 50 % am Flughafen beteiligt - mit Regionalisierungsmitteln umgegangen wird.

Der Geschäftsführer Blume wird in der Zeitung mit dem Satz zitiert: „Im Extremfall müssen wir das Ding zurückgeben.“ Es ist letztendlich immer noch nicht klar, ob es tatsächlich zu einem dauerhaften Einsatz dieses Gefährts kommt.

Sie haben gesagt - soweit ich Sie verstanden habe -, zuwendungsrechtliche Schritte würden von der Bezirksregierung geprüft, und es gäbe eine angemessene Frist. Wie lang ist diese angemessene Frist, und wann liegt das Prüfungsergebnis der zuwendungsrechtlichen Schritte durch die Bezirksregierung vor? Wann können wir damit rechnen? Was ist das Ergebnis der Prüfung?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Frau Abgeordnete, die Abnahme muss bis frühestens Ende nächsten Jahres erfolgt sein, und erst danach können wir und der Flughafen entscheiden, ob die Leistung erfüllt und erbracht worden ist. Daraus ergeben sich die von mir in der Ausgangsbeantwortung der Anfrage geäußerten Bindungsfristen.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

Vizepräsident Edgar Moron: Nein, nein, so geht das nicht, meine Liebe. - Herr Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herr Minister, ...

Vizepräsident Edgar Moron: Das ist im Übrigen auch Ihre letzte Frage.

Oliver Keymis (GRÜNE): Das ist mir bewusst.

... bedeutet das von Ihnen gerade Gesagte, dass wir als Land und Sie als zuständiger Landesverkehrsminister erwägen könnten, das Geld zurückzunehmen, wenn Herr Blume erwägen würde, das Ding zurückzugeben?

Vizepräsident Edgar Moron: Herr Minister.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Ja.

Vizepräsident Edgar Moron: Gut, eine klare Antwort. - Es liegen keine weiteren Fragen vor, meine Damen und Herren. Damit schließe ich die Fragestunde.

Ich rufe auf:

5 Den Bologna-Prozess für NRW weiter erfolgreich gestalten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/468

Ich erteile für die antragstellende SPD-Fraktion der Abgeordneten Apel-Haefs das Wort. Bitte schön, Frau Apel-Haefs.

Ulrike Apel-Haefs (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Mit der im Juni 1999 in Bologna durch die Bildungsminister aus 29 europäischen Staaten unterzeichneten Erklärung zur Schaffung eines einheitlichen europäischen Hochschulraums wurde das Ziel vereinbart, bis 2010 eine europaweite, flächendeckend einheitliche Studiengangstruktur mit konsekutiven Studiengängen und gestuften Bachelor- und Master-Abschlüssen an allen Hochschulen einzurichten.

Hinter dieser Erklärung stand der Wille, die interuniversitäre und internationale Mobilität der Studierenden, Forschenden und Lehrenden zu stärken und damit die europäische Wettbewerbsfähigkeit sowohl im globalen Bildungsraum als auch im globalen Wirtschaftsraum zu intensivieren.

Der Bologna-Prozess ist keine isolierte Initiative der europäischen Länder zur Umgestaltung des europäischen Bildungsraums, sondern die institutionellen Reformen dienen auch dem erklärten Ziel einer effizienteren Gestaltung des europäischen Arbeitsmarktes. So ist auch auf dem europäischen Konzil in Lissabon im Jahr 2000 der Zusammenhang von Arbeitsmarktproblematik und Bildung stärker betont worden, als es bis dahin der Fall war.

Allen Beteiligten ist klar, dass ein solcher Prozess nur unter der Voraussetzung der Transparenz, des Wettbewerbs und der Vergleichbarkeit erfolgreich sein wird, das heißt: europaweite Anerkennung von Leistungsnachweisen und Prüfungen durch ein einheitliches Leistungspunktesystem sowie die Einrichtung von zwei akademischen Abschlüssen - dem Bachelor nach mindestens dreijährigem Studium sowie dem Master nach weiteren zwei Jahren.

Meine Damen und Herren, Nordrhein-Westfalen liegt, wie wir alle wissen, im Herzen Europas. Durch die außerordentlich zahlreichen und intensiven Beziehungen zu allen europäischen Staaten

ist unser Land in ganz besonderer Weise in den europäischen Einigungsprozess einbezogen.

Die SPD-geführte Landesregierung hat seinerzeit daher unverzüglich auf die Bologna-Erklärung reagiert und mit der Verabschiedung des Hochschulreform-Weiterbildungsgesetzes den Hochschulen den Auftrag erteilt, ihr gesamtes Angebot an Hochschulabschlüssen bis zum Wintersemester 2007/2008 auf Bachelor und Master umzustellen.

Meine Damen und Herren, der Erfolg kann sich sehen lassen. Wir können heute feststellen, dass bisher kein Bundesland den Bologna-Prozess so konsequent und erfolgreich umgesetzt hat wie Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Nahezu 43 % des gesamten Studienangebotes sind zurzeit in Nordrhein-Westfalen schon auf Bachelor beziehungsweise Master umgestellt. Der bundesweite Durchschnitt liegt bei 34 %. Ich darf den Präsidenten der Hochschulrektorenkonferenz, Prof. Gaetgens, zitieren, der unlängst feststellte:

Unsere Zahlen zeigen es deutlich: Die neuen Studiengänge sind keine Exoten mehr.

Und:

Die Studienreform im Rahmen des Bologna-Prozesses hat inzwischen praktisch das gesamte Hochschulsystem erfasst und verändert die Studienlandschaft grundlegend.

Wir möchten, dass diese Entwicklung weitergeführt wird, eine Entwicklung, die immer weniger Studienabbrecher erzeugt und immer mehr Studierenden einen berufsbefähigenden Abschluss nach angemessener Studiendauer ermöglicht; ein Ziel, das angesichts der rasant steigenden Anzahl an Studienanfängern noch zusätzliche Bedeutung erlangt.

Wir möchten, dass durch die ständige Verbesserung des Studiums das Potenzial an Exzellenz, das Nordrhein-Westfalen unbestreitbar hat, voll ausgeschöpft und im internationalen Wettbewerb noch konkurrenzfähiger wird.

Meine Damen und Herren, deshalb wollen wir auf keinen Fall, dass der unbestreitbare Vorsprung, den Nordrhein-Westfalen unter einer SPD-geführten Landesregierung bei der Entwicklung des Bologna-Prozesses erreicht hat, jetzt leichtfertig verspielt wird. Das wäre nicht zuletzt im Rahmen der Exzellenzinitiative und auch bei der Berücksichtigung im Rahmen des siebten Europäischen Forschungsrahmenprogramms fatal.

Deshalb müssen die Hochschulen weiter so unterstützt werden, dass sie ihren Auftrag zur Umsetzung des Bologna-Prozesses bis 2007/2008 erfolgreich abschließen können. Das erfordert den Einsatz von Personal und Sachmitteln im Bereich Curricularreform und Qualitätssicherung der Akkreditierung der Studiengänge ebenso wie die konsequente Fortführung der von der SPD-geführten Landesregierung eingeleiteten Aktionspartnerschaft „Nordrhein-Westfalen auf dem Weg nach Bologna“.

Nun durften wir aus dem zuständigen Ministerium durchaus positive Signale hören. Ich darf Herrn Minister Pinkwart, der heute leider nicht da ist, mit Erlaubnis zitieren:

Nordrhein-Westfalen nimmt bei der Umsetzung der Studienreform einen Spitzenplatz ein.

Und:

Der Bologna-Prozess bringt wichtige Impulse, weil Hochschulabsolventen dem Arbeitsmarkt nach einer kürzeren, praxisnahen Ausbildung zur Verfügung stehen.

Ich kann dem Minister nur zustimmen. Allerdings ist es heute nicht so wichtig, ob ich ihm zustimme; viel spannender ist die Frage, ob ihm seine Kollegen und Kolleginnen von der CDU und FDP zustimmen, denn im Koalitionsvertrag von CDU und FDP hört sich das ganz anders an. Dort gibt es einerseits die Vereinbarung, den Bologna-Prozess zu verlangsamen.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

Andererseits haben wir in den vergangenen Monaten schon mehrfach erfahren können, dass bei den Koalitionsvereinbarungen zwischen CDU und FDP offensichtlich die Schnelligkeit vielfach zulasten der Gründlichkeit gegangen ist. Das macht das Regieren auch nicht einfacher.

Von daher habe ich die Hoffnung, dass man über das eine oder andere inzwischen noch einmal nachgedacht hat und auch willens und in der Lage ist, Fehleinschätzungen zu korrigieren. Die Hochschulrektorenkonferenz hat es unlängst noch einmal auf den Punkt gebracht: Die Politik der Reformen darf nicht stagnieren, sondern muss mit erhöhtem Tempo fortgesetzt werden. Wir wollen diesen Weg gehen und laden Sie ein, liebe Kollegen und Kolleginnen, dabei an unserer Seite zu sein. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Apel-Haefs. - Für die CDU-Fraktion spricht jetzt Herr Dr. Brinkmeier.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die SPD-Fraktion hat mit ihrem Antrag Drucksache 14/468 das Thema Bologna-Prozess, sprich: vor allem die Einführung von Bachelor und Master auf die Tagesordnung des heutigen Plenums gesetzt. Das ist gut so, denn es ist ein Thema, das wir in dieser Wahlperiode sicherlich noch weiter besprochen werden.

Der größte Teil des Antrags besteht aus einem historischen Abriss und der Erklärung, worum es bei diesem Thema eigentlich geht. Bei solch einem Abriss kann man im Grunde nicht viel falsch machen. Trotzdem haben Sie an einer Stelle bezeichnenderweise etwas Geschichtsklitterung betrieben beziehungsweise sind nicht ganz vollständig gewesen: Sie deklarieren das Jahr 1999, sprich: ein rot-grünes Jahr, als Start des Bologna-Prozesses. Es ist nun aber Wahrheit, dass der Bologna-Prozess als solcher bereits ein Jahr vorher in Paris initiiert worden ist.

(Christian Lindner [FDP]: Sorbonne-Erklärung! 1998!)

- Richtig. Dort unterzeichneten aus Anlass des 800. Jahrestages der Gründung der Sorbonne - und zwar am 25. Mai 1998 - die für das Hochschulwesen ihres Landes zuständigen Minister der vier größten EU-Länder - Frankreich, Großbritannien, Italien und Deutschland - die sogenannte Sorbonne-Erklärung, nach der die Harmonisierung der europäischen Bildungsabschlüsse anzustreben sei. Der deutsche Unterzeichner war Jürgen Rüttgers, der damalige Forschungsminister, unser aller Ministerpräsident.

(Beifall von der CDU)

Ich denke, die Sozialdemokraten sollten so fair sein, das entsprechend zu würdigen. Wir sprechen Ihnen dort, wo Sie eine Leistung erbracht haben, auch nicht das Recht auf eine Würdigung ab. Das sollte im fairen Umgang miteinander möglich sein.

In den Jahren seit 1998 hat es eine Fülle von Diskussionen gegeben, ob überhaupt und wie die Einführung der konsekutiven Studiengänge stattfinden soll. Wir wissen, dass sich auch der Landtag in der vergangenen Wahlperiode damit beschäftigt hat.

Mittlerweile ist aber festzustellen, dass die grundsätzliche politische Diskussion darüber, welche

Auswirkungen und Maßnahmenpakete der Bologna-Prozess mit sich bringt, weitgehend beendet ist, ganz zu schweigen von der Diskussion über die Frage, ob man überhaupt konsekutive Studiengänge einführen will. Diese Frage ist mit ja beantwortet worden.

Ich sehe jedenfalls zwischen den Parteien, die hier im Landtag vertreten sind, in dieser Frage keine wesentlichen Unterschiede mehr. So verstehe ich auch Ihre Rede, Frau Kollegin. Vielmehr befindet man sich jetzt eher in der Phase der Implementierung, also in der handwerklichen Phase, in der sicherlich noch eine ganze Reihe von Fragen zu klären ist.

Der allergrößte Teil dieser Fragen wird aber im direkten Zusammenspiel zwischen den Hochschulen und der Exekutive geklärt werden. Nur noch einige Probleme werden uns im Landtag - im Plenum - beschäftigen. Wir könnten im Ausschuss oder im Plenum zum Beispiel noch einmal darüber diskutieren, was es mit der Anerkennung von dreijährigen Bachelorstudiengängen an US-Hochschulen auf sich hat und wie wir da vielleicht unseren Einfluss geltend machen müssen.

Einige Fragen können sicherlich noch kommen. Aber das meiste befindet sich jetzt schon im Verfahren. Darum verwundert es eigentlich nicht, dass in Ihrem Antrag gar keine Forderungen mit stark inhaltlichem Charakter auftauchen, sondern dass eher verfahrenstechnische Wünsche nach dem Motto "Weiter so" geäußert werden.

Was aber bringt uns das in der Plenardebatte? Ich möchte auf einige Ihrer Forderungen eingehen. Die SPD fordert - ich zitiere -:

"... die Hochschulen weiterhin bei der Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge zu unterstützen, damit der Prozess wie geplant zum Wintersemester 2007/2008 abgeschlossen wird."

Darauf muss ich Ihnen antworten: Das ist doch eine Selbstverständlichkeit. Es soll bei dem Zeitplan bleiben. Ich erinnere auch an die Stellungnahme der Hochschulrektoren. Begründete Ausnahmen können gemacht werden. Ich glaube, wir sind uns einig, dass man darüber reden kann, wenn ein einzelner Studiengang aus irgendeinem Grund sagt: "Wir haben noch Probleme, wir müssen das ein Jahr später einführen." Aber ich glaube nicht, dass die SPD etwas anderes meint, wenn es um die Grundsatzentscheidung geht. Wir sind also darüber einig und brauchen nicht mehr lange darüber zu debattieren.

Man könnte natürlich überlegen, ob das kleine Wörtchen „weiterhin“, das unter diesem Punkt steht, von den Hochschulen nicht hier und da vielleicht als unangenehm empfunden wird. Vielleicht erwarten die nämlich, dass das neu geführte Ministerium einige Sachen besser macht. Aber ich will nicht in Abrede stellen, dass von den Kolleginnen und Kollegen - von Herrn Schultheis damals - sicherlich gute Arbeit geleistet worden ist.

Ferner fordert die SPD:

"... die von der SPD geführten Landesregierung

- Sie schreiben nicht, von der rot-grünen Landesregierung, sondern beziehen sich nur noch auf die SPD -

"eingeleitete Aktionspartnerschaft „NRW auf dem Weg nach Bologna"

- so heißt sie -

"... die zum Ziel hat, die Akzeptanz und Bekanntheit der Abschlüsse zu steigern, konsequent fortzuführen."

Aus dieser Forderung kann ich wiederum herauslesen, dass es mit der Konsequenz der Umsetzung dieser Aktionspartnerschaft zu Ihren Regierungszeiten vielleicht nicht sehr weit her war.

(Zuruf von der SPD: Wir haben das ins Leben gerufen!)

- Ja, aber Sie müssen auch ein bisschen Leben und Brot beisteuern. Vielleicht war das ein bisschen viel heiße Luft, denn die beteiligten Verbände äußern sich nicht sehr überschwänglich. Wir haben einmal herumgehört; sie haben ja ihren Teil dazu beigetragen.

Herr Schultheis, es nützt aber nichts, wenn man eine Überschrift macht. Vor Ort fragen sich viele: Was haben wir jetzt konkret davon? Es sind ein paar gute Sachen gemacht worden, aber der Verdacht liegt nahe, dass das wieder ein großes Bündnis mit viel Stuck ist.

Außerdem fordern Sie, ein ausreichendes Angebot an Bachelor- und Masterlehrkapazitäten an allen Hochschulstandorten sicherzustellen. Die Lehrkapazitäten sind natürlich eng mit der Zahl der Studierenden verbunden. Man kann sagen: Je mehr Lehre da ist, desto mehr Studierende haben wir dort.

Ausgehend von diesem Stichwort will ich noch einmal auf das Thema Quotierung zu sprechen kommen. Die Koalition hat schon die Sorge, dass dieser Satz von den Hochschulen als Bedrohung

aufgefasst werden könnte, denn die Denke, die dahinter steckt, geht von der klassischen Mangelverwaltung mittels einer starren Quotenregelung aus.

Aus den Erlassen des damaligen rot-grünen Ministeriums, aus den Berichten der Hochschulen und aus den entsprechenden Abänderungen der curricularen Normwerte geht hervor, dass - ich zitiere -

"eine auf die Hochschule insgesamt bezogene Quote von Studienplätzen im Masterprogramm nicht überschritten werden darf".

Das war der Erlass des Ministeriums aus dem August 2004. Die Aussage der Koalition ist, dass die von der ehemaligen Landesregierung vorgenommene Festlegung solcher Kontingente und Quoten für Master- beziehungsweise Bachelorstudiengänge der Hochschulautonomie eindeutig widerspricht. Wie gesagt, es geht um die Studierenden. Wir haben die Sorge, dass Sie bei den Lehrkapazitäten ebenso denken.

Ebenso widerspricht eine derartige Einschränkung der Freiheit der Studierenden, sich einen Studiengang nach ihren eigenen Vorstellungen und Fähigkeiten auszusuchen und sich an einer Hochschule ihrer Wahl zu bewerben.

Eine Kontingentierung schadet der Attraktivität der neuen Studiengänge. Für eine erfolgreiche Umstellung herkömmlicher Diplom- und Masterstudiengänge auf Bachelor- und Masterstudiengänge erweisen sich solche staatlichen Vorgaben als kontraproduktiv. Ich würde mich natürlich freuen, wenn Sie jetzt gleich sagten: Nein, wir wollen bestimmt keine Quotierung, auch nicht in der Lehre. - Das würde einiges in der Diskussion erleichtern.

Wir folgern jedenfalls daraus, dass man den Hochschulen bessere Instrumente an die Hand geben muss, damit diese mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln möglichst viele Studierende zu einem Abschluss mit dem entsprechenden Qualitätsniveau führen können. Eine solche Diskussion über die besten Steuerungsmechanismen ist dann wirklich interessant. Auf die Debatten darüber - die werden wir an verschiedenen Stellen führen - freuen wir uns jetzt schon.

Ich fasse zusammen: In dem von der SPD vorgelegten Antrag findet sich der Hinweis, dass sie auch zu Ihrer Zeit schon an der Einführung der konsekutiven Studiengänge gearbeitet haben. Das ehrt Sie. Sonst ist nicht viel Neues in diesem Antrag.

Ich glaube aber - damit möchte ich Ihren Vorschlag aufgreifen, Frau Kollegin Apel-Haefs -, dass sich zu einem späteren Zeitpunkt eine Debatte über noch konkretere Punkte des Bologna-Prozesses sicherlich lohnen wird. Deswegen stimmen wir der Überweisung an den Ausschuss gerne zu. - Vielen Dank.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Brinkmeier. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht Herr Dr. Vesper.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! So viel Einigkeit ist ja selten. Wollte man den Antrag der SPD für die Nichthochschulpolitiker zusammenfassen, könnte man sagen: Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die erfolgreiche und vorbildliche Arbeit der Vorgängerregierung bei der Umsetzung des Bologna-Prozesses fortzusetzen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es wird Sie nicht überraschen, dass ich als einer, der dieser Regierung angehört hat, diesen Antrag begrüße und unterstütze und deshalb auch dem, was Sie gesagt haben, Herr Brinkmeier, zustimme.

Der Grund, warum NRW führend ist bei der Umstellung auf konsekutive Studiengänge, ist die Politik der letzten Jahre mit klaren gesetzlichen Vorgaben und ehrgeizigen Zielen einerseits und einem modernen Steuerungs- und Anreizsystem andererseits, das den Hochschulen die notwendigen Freiheiten und Möglichkeiten gegeben hat, diese Vorgaben und Ziele umzusetzen und zu erreichen.

Wir haben gleichzeitig auch außerhalb der Hochschulen erfolgreich für die neuen Studiengänge und Abschlüsse geworben. Bestes Beispiel dafür ist die auch im Antrag erwähnte Aktionspartnerschaft „NRW auf dem Weg nach Bologna“.

Lassen Sie mich noch einen Punkt ergänzen, der uns Grünen in diesem Zusammenhang besonders wichtig ist und der im Antrag der Kolleginnen und Kollegen der SPD ein bisschen zu kurz kommt. Für uns ist ein zentrales Feld für die Einführung der neuen Studiengangstrukturen das Feld der Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern. Hier freut es mich besonders, dass inzwischen offensichtlich auch die neue Landesregierung die Chancen erkannt hat, die die Umstellung auf diesem Gebiet mit sich bringt, wie wir auch auf der

Pressekonferenz von Herrn Kollegen Pinkwart am 18. Oktober erfahren konnten.

Wir Grüne begrüßen das ausdrücklich. Denn es waren insbesondere wir, die in der vergangenen Wahlperiode maßgeblich dazu beigetragen haben, dass wir in NRW auch in diesem Bereich mit unseren Modellprojekten in Bielefeld, in Bochum, in Dortmund und in Münster Vorreiter und Vorbild sind.

Meine Damen und Herren, abschließend will ich feststellen: Wir freuen uns, dass sich die Landesregierung ihrerseits über die positiven Ergebnisse der rot-grünen Hochschulpolitik im Bereich des Bologna-Prozesses freut, und können Ihnen deswegen unsere uneingeschränkte Unterstützung zusagen, wenn Sie diese Politik so fortführen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Vesper. - Für die FDP-Fraktion spricht Herr Lindner.

Christian Lindner (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hätte mir gewünscht, dass diese Debatte noch mehr Aufschluss darüber gegeben hätte, was eigentlich Anlass und Intention dieser parlamentarischen Initiative der SPD ist. Aber vielleicht ergreift ein Redner oder eine Rednerin der Sozialdemokratie ja in der zweiten Runde noch einmal das Wort und macht uns deutlich, warum wir diesen Antrag zu diesem Zeitpunkt beraten müssen.

Es ist bereits gesagt worden - der Minister hat dazu auch Zahlen vorgelegt -, dass wir, was die rein quantitative Komponente angeht, in Nordrhein-Westfalen einen Spitzenplatz in der Umsetzung des Bologna-Prozesses einnehmen.

Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt zu prüfen haben, ob die konsequente Studienstruktur auch tatsächlich die mit dem Bologna-Prozess inhaltlich verbundenen Ziele erreicht haben wird. Das betrifft etwa die europäische Qualitätssicherung, die Mobilität und die Vergleichbarkeit der Abschlüsse. Das wird zu einem späteren Zeitpunkt zu prüfen sein. Dabei wird sich die Frage stellen, ob das ein politik- oder ein qualitäts- und nachfrageinduzierter Prozess war.

Zu Ihrem Antrag konkret! Erstens. Sie fordern, dass am im Hochschulgesetz festgelegten Umstellungszeitpunkt Wintersemester 2007/2008 festgehalten wird. Im Prinzip teilen wir Ihre Einschätzung auch.

Aber wir haben im Koalitionsvertrag von Union und FDP zum Ausdruck gebracht, dass wir schädlichen Zeitdruck ablehnen. Deshalb sollte es in begründeten Einzelfällen möglich sein, erst ein oder zwei Semester später mit der Umstellung eines Studiengangs zum Abschluss zu kommen.

Zweitens. Sie fordern, die Hochschulen mit Personal- und Sachmitteln weiterhin so zu unterstützen, dass die Reform erfolgreich abgeschlossen werden kann. Sie sagen „weiterhin“. Ist das eine Drohung? Denn wenn ich mir das ansehe, was den Hochschulen in der Vergangenheit hier an Unterstützung seitens der Vorgänger-Landesregierung gewährt worden ist, kann ich eine direkte Unterstützung nicht erkennen, es sei denn, Sie meinen die spärlichen Mittel aus dem Studienkontengesetz, die orientiert am Bologna-Fortschritt verausgabt worden sind.

Bemerkenswerterweise hat aber Frau Walsken eben in der Debatte um den Nachtragshaushalt einen ganz anderen Aspekt genannt. Sie hat gesagt, dass Sie die Wochenarbeitszeit der Beamten erhöht haben. Da stellt sich die Frage, ob Sie davon denn die Hochschulen, das Hochschulwesen ausgenommen haben. Das haben Sie nicht getan, was dazu führt, dass allein an der Universität Köln bis zum Jahr 2008 insgesamt 28 Stellen eingespart werden müssen.

Wenn das Ihre Form von Unterstützung für die Hochschulen auch in dieser schwierigen Reformphase ist, dann will ich Ihnen sagen, dass wir diese Form der Unterstützung nicht fortsetzen wollen.

(Beifall von der FDP)

Im Gegenteil: Die Koalition hat ihre Hausaufgaben gemacht, was die Unterstützung angeht, indem wir die Hochschulen vom Einstellungsstopp und von der Haushaltssperre ausgenommen haben, indem wir ihnen in Kompensation der gestiegenen Energiepreise in diesem Jahr einen Heizkostenzuschuss von insgesamt 7 Millionen € gewähren, indem wir ihnen im kommenden Jahr die kompletten Einnahmen aus dem Studienkontengesetz zur Verfügung stellen, also insgesamt 22,5 Millionen € mehr, als sie unter rot-grüner Regierungszeit erhalten hätten,

(Beifall von der FDP)

und indem wir ihnen die Freiheit geben - doch natürlich, Herr Schultheis -, Studienbeiträge zu erheben und die ihnen zufließenden Mittel in Höhe von bis zu 320 Millionen € auch konkret zur Verbesserung der Lehre einzusetzen.

Also erst jetzt, nach dem Regierungswechsel, erhalten die Hochschulen die Möglichkeiten und die Perspektiven, die sie benötigen, um erfolgreich aus diesem Wandel hervorzutreten.

Drittens. Sie sprechen über die Akkreditierung von Studiengängen. Dieser Prozess läuft, insbesondere die Akkreditierung der Akkreditierungsagenturen. Wir werden zu einem späteren Zeitpunkt in einer vertiefenden Debatte miteinander zu besprechen haben, ob neben der Programmakkreditierung zukünftig auch die Akkreditierung ganzer Fakultäten oder Fachrichtungen, die Cluster-Akkreditierung, eine größere Rolle spielen kann.

Viertens und abschließend: Ich finde in Ihrem Antrag nichts zur Quotierung des Übergangs vom Bachelor zum Master. Herr Kollege Brinkmeier hat auf die Vorgänger-Landesregierung hingewiesen, die mit dem sogenannten Krebs-Erlass eine Quote von 80:20 festgelegt und in die Entscheidungs- und Abstimmungsprozesse innerhalb der Hochschulen eingegriffen hat.

Mit welchem Ziel geschah dies? Wollten Sie jüngere Menschen durch die kalte Küche von höheren Abschlüssen fernhalten, nachdem Sie sich in früheren Zeiten für die Einrichtung der Massenuniversitäten gerühmt haben? Oder wollten Sie mittelfristig gar eine Ausgabenreduzierung in den Blick nehmen? - Wie auch immer. Diesen fragwürdigen Erlass haben wir zurückgenommen. Und das geschah völlig zu Recht.

Das, was an der Hochschulpolitik im Bereich der konsekutiven Studiengänge gut war, hat die neue Landesregierung fortgesetzt. Das, was reformbedürftig war, haben wir angefasst und verändert. An diesem Kurs wollen wir weiter festhalten. - Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Lindner. - Für die Landesregierung spricht in Vertretung von Herrn Minister Pinkwart Herr Minister Wolf. Bitte schön.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn man den Antrag der SPD liest, dann freut man sich zunächst einmal, dass offensichtlich gleiche Auffassungen vorherrschen. Der Bologna-Prozess ist unumkehrbar. Es ist schon betont worden, dass wir nicht nur geografisch in der Mitte des europäischen Hochschulraums liegen. Wir wollen auch dessen Gravitationszentrum sein.

Nordrhein-Westfalen hat genug an Masse und Qualität, um im europäischen Hochschulraum eine führende Rolle zu spielen. Bereits in der Koalitionsvereinbarung haben wir uns daher für die Umstellung auf das konsekutive Studienmodell ausgesprochen. NRW ist bei der Umstellung auf die gestuften Studiengänge in der Tat bundesweit führend. Über 40 % der Studiengänge sind bereits auf die konsekutive Studienstruktur umgestellt.

Die Entwicklung der Studienanfängerzahlen zeigt, dass das neue Studienangebot gut angenommen wird. Im Vergleich zum Vorjahr ist zum Beispiel eine Steigerung um 84 % zu verzeichnen. Inzwischen schreibt sich in NRW schon mehr als jeder dritte Studienanfänger in einen Bachelor-Studiengang ein. Auch die Nachfrage an Master-Studiengängen ist um rund 30 % gestiegen.

Wichtig und richtig ist, dass wir die europäischen Abschlüsse Bachelor und Master zu Qualitätsprodukten machen, die auch langfristig überzeugen und sich am Markt vollständig durchsetzen. Ich denke, dass Sie mir auch da zustimmen werden.

Ich komme zu Ihren Forderungen im Einzelnen. - Der im Rahmen des Bologna-Prozesses vereinbarte Zeitplan sieht vor, bis zum Jahre 2010 die Harmonisierung der Studienstrukturen in Europa zu realisieren. Dies ist auch die Zielmarke der nordrhein-westfälischen Landesregierung. Darauf hat Herr Lindner gerade schon hingewiesen.

Im aktuellen Hochschulgesetz ist das Wintersemester 2007/2008 als Zeitpunkt vorgesehen, ab dem keine Einschreibung mehr in traditionelle Studiengänge möglich sein wird. Dies ist geltendes Recht. Die Landesrektorenkonferenz der Universitäten hat sich dafür ausgesprochen, diese Frist beizubehalten. Die Landesregierung beabsichtigt, diesem Votum zu folgen, zumal die Hochschulen schon erhebliche Vorarbeiten geleistet haben, auf die eben hingewiesen wurde.

Wir arbeiten derzeit an der Novellierung des Hochschulgesetzes und werden ein Hochschulfreiheitsgesetz vorlegen. In dem Zusammenhang wird diskutiert, ob der Umstellungszeitpunkt in begründeten Einzelfällen im Einvernehmen mit den Ministerien um ein weiteres Jahr - mehr aber nicht - verschoben wird; das wurde gerade schon angesprochen. Dann halten wir ganz eindeutig auch an dieser Stelle an dem Ziel 2010 fest.

Selbstverständlich stellen wir die Hochschulen mit entsprechenden Ressourcen aus, und zwar besser, als Sie es in Ihrer Regierungszeit getan haben, meine Damen und Herren von der Opposition. Hierzu haben wir im Haushalt gezielt Schwer-

punkte gesetzt, um der besonderen Bedeutung des Hochschulbereiches Rechnung zu tragen.

Ich habe eben schon erwähnt, dass die Anzahl der gestuften Angebote stetig steigt; das gilt auch für die Nachfrage. Das ist ein deutliches Zeichen dafür, dass die Bachelor- und Master-Abschlüsse bekannter werden und akzeptiert werden. Es gibt zahlreiche Informationsveranstaltungen und -materialien der Hochschulen, der Wirtschaft und der staatlichen Seite, zum Beispiel der Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit.

Die Landesregierung steht mit den Leitungsebenen der Interessenvertretung des Beschäftigungssystems anlässlich diverser Termine in engem Kontakt. Mitarbeiter des Ministeriums besuchen die unterschiedlichsten Informationsveranstaltungen.

Die Landesregierung ist zuversichtlich, dass die Qualität des konsekutiven Studienangebots in NRW die Bekanntheit und Akzeptanz der neuen Studiengänge weiter steigern wird.

Sie müssten wissen, dass der Akkreditierungsrat mit Sitz in NRW seine Arbeit als Stiftung nach NRW-Recht zu Beginn dieses Jahres aufgenommen hat. Damit liegt der rechtliche Rahmen für die Akkreditierungsagentur vor. Selbstverständlich wirkt die Landesregierung in den einschlägigen Gremien an der konsequenten Einführung und kontinuierlichen Optimierung des Akkreditierungssystems mit.

Meine Damen und Herren, in ihrer letzten Forderung spielt die SPD-Fraktion wohl auf ihren eigenen Strukturerlass vom Februar an. Wie Sie sicherlich wissen, ist dieser inzwischen zurückgenommen worden. Ich will Ihnen auch gern noch einmal erklären, warum: Die frühere und die jetzige Landesregierung hat offensichtlich eine unterschiedliche Auffassung von zeitgemäßer Hochschulsteuerung. Das Vorhaben eines Hochschulfreiheitsgesetzes, das ich erwähnt habe, macht es deutlich. Wir wollen einen Rückzug des Staates aus der Detailsteuerung. Wir wollen hin zu einer ergebnisorientierten Global- beziehungsweise Kontextsteuerung in einem wettbewerblichen System. Das ist uns wichtig. Nachfrage und Output-orientierung sind hier die zentralen Gesichtspunkte. Die Hochschulen entscheiden selbst, wie sie die Nachfrage nach Bachelor- und Master-Studiengängen befriedigen. Der Staat legt nur noch landesweite Angebotsziele fest. So kommt er seiner Verantwortung für ein plurales und ausgewogenes Angebot an grundständigen Studiengängen und postgraduierten Programmen nach.

Seien Sie versichert, dass wir die Entwicklung der Aufnahmekapazitäten und der Studienanfängerzahlen in Bachelor- und Masterstudiengängen aufmerksam beobachten werden. Wenn es dabei zu Fehlentwicklungen kommen sollte, wirken wir dem zu gegebener Zeit mit geeigneten Maßnahmen entgegen. Dies geschieht aber nicht schon vorher in vorauseilendem Gehorsam.

Wir brauchen keine Unkenrufe und keine rückwärtsgewandte Argumentation. Ich habe den Eindruck, dass in der Stoßrichtung auch kein wirklicher Dissens besteht. Deswegen werte ich das als Bestätigung dieser Landesregierung und damit der Bestätigung ihrer Politik. - Ich danke Ihnen ganz herzlich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Minister Wolf. - Für die SPD-Fraktion hat noch einmal Herr Abgeordneter Schultheis das Wort.

Karl Schultheis (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich hatte eigentlich nicht vor, in die zweite Runde zu gehen, aber es sind einige Fragen an die SPD-Fraktion gerichtet worden, die ich gerne beantworten möchte.

Ich darf Herrn Brinkmeier sagen, dass wir sehr wohl in der Geschichte stehen und keine Geschichtsklitterung betreiben. Das kommt in diesem Hause ansonsten schon einmal vor. Wir wissen ganz genau, wer wann für was die Verantwortung trägt und übernimmt. Insofern ist es für mich ein guter Erfolg und eine klare Aussage, dass sie den Zeitpunkt für die Umstellung einhalten wollen. Denn dies entspricht nicht Ihrer Koalitionsvereinbarung. Das ist eine klare Aussage, die wir begrüßen, die Sie allerdings in der Koalitionsvereinbarung anders vorgesehen hatten.

(Christian Lindner [FDP]: Das habe ich doch gerade erklärt!)

Wir begrüßen das, wir finden das gut. Es muss aber festgestellt werden: Hier machen Sie eine Abweichung, die wir für richtig halten.

(Christian Lindner [FDP]: Nein!)

Wir nehmen auch zur Kenntnis, dass der Bologna-Prozess auf der Lissaboner Erklärung aufbaut, die Herr Rüttgers unterschrieben hat. Insofern ist Herr Rüttgers in der Frage des Bologna-Prozesses und seiner Umsetzung in der besonderen Pflicht, zu guten Ergebnissen beizutragen, die wir alle wollen.

Sie haben einige Punkte angesprochen, die der Vertiefung der Debatte im zuständigen Fachausschuss bedürfen. Dazu gehört das Verhältnis zwischen Exekutive und Hochschulen, aber auch zwischen Legislative/Exekutive und Hochschulen. Wir müssen uns darüber im Klaren sein, welche Rolle wir als Parlamentarier in diesem Prozess spielen. Wir haben die Endverantwortung, wenn es darum geht, die Ressourcen für das zur Verfügung zu stellen, was in den Hochschulen umgesetzt werden soll.

Da gibt es Punkte, über die weiter nachgedacht werden muss. Sie können den unter Punkt 5 einbezogenen Erlass zurücknehmen. Das kann die Landesregierung tun. Ich kann auch auf das Prinzip Hoffnung setzen, Herr Minister Wolf, dass schon alles gut gehen wird. Aber wir - jedenfalls die SPD-Fraktion, bei CDU und FDP bin ich mir nicht im Klaren - erwarten eine klare Aussage, wie Sie steuern wollen, wenn Sie diesen Erlass zurücknehmen.

Es geht auch darum, wie die landesplanerische Ausrichtung auf dieses Problem erfolgt. Sie alle wissen, dass die Kapazitäten unserer Hochschulen höchststrichtrich durch viele Verfahren bis zum Bundesverfassungsgericht festgestellt worden und nicht vermehrbar sind - es sei denn, die jetzige Landesregierung will erhebliche Mittel zur Ausweitung der Kapazitäten zur Verfügung stellen. Das könnte ein interessantes Angebot sein. Schauen wir mal! - Ich sehe das nicht. Wir haben heute über den Haushalt diskutiert. Ich glaube, dass die Perspektiven da ganz andere sind. Deshalb müssen Sie sich schon an diesen Rahmen halten.

Gleichzeitig sind wir aufgefordert, ausreichende Kapazitäten für die Studiennachfrage bereitzuhalten. Ich bin sehr dafür, dass unsere Hochschulen, unsere Universitäten und Fachhochschulen ihre Autonomie voll wahrnehmen - gar keine Frage -, aber das kann jede Hochschule nur für sich alleine tun. Die Universität Bonn, die RWTH Aachen oder die Fachhochschule in Gelsenkirchen kann das nur für sich tun.

Es muss doch eine Stelle geben, die sich darüber Gedanken macht, wie dies in ein landesplanerisches Gesamtkonzept einfließen kann. Die letzte Landesregierung war der Meinung, einen solchen Erlass auf den Weg bringen zu müssen, der im Übrigen nichts Außergewöhnliches ist und keinen Eingriff in Freiheitsrechte der Hochschulen darstellt. Denn dann müsste ich das auch der Landesregierung in Niedersachsen unterstellen, die sogar eine strenge Quotierung vorgibt: 50 % Bachelor und 50 % Master. Das kann also nicht un-

bedingt an der SPD liegen, sondern man muss sich schon Gedanken darüber machen, ob wir hier nicht einer Herausforderung nachkommen müssen, die sich aus der Sache ergibt.

Wir bestehen nicht unbedingt darauf, dass es der Erlass der früheren Landesregierung sein muss. Aber Sie müssen schon - Minister Pinkwart und sein Haus - die Antwort geben, wie man es machen will, wenn man nicht einfach auf das Prinzip Hoffnung setzt: „Et is noch alles jot jejeange“, wie man so schön in Aachen und im rheinischen Raum sagt. Denn damit kann man auch eine ganze Menge Kapazitäten beschädigen und im Endeffekt verbrauchen, ohne sie zur Geltung gebracht zu haben. Hier sehen wir also erheblichen Handlungsbedarf der Landesregierung.

Die Intention - ich will offen und ehrlich berichten - lautet: Sie wollen ein Universitätsfreiheitsgesetz auf den Weg bringen. Das ist ein ganz zentraler Punkt, der deutlich macht, dass die Aufgabe staatlicher Verantwortung ihre Grenzen hat, wenn es darum geht, den Interessen derjenigen Rechnung zu tragen, die darauf warten, einen ordentlichen Studienplatz in den Hochschulen unseres Landes angeboten zu bekommen.

Wir gehen davon aus, es wird eine interessante Diskussion. Wir finden es auch gut, dass Sie die Politik der früheren Landesregierung loben, und nehmen all das gerne an. An den Aktivitäten, auch was die Unterstützung der Wirtschaft, insbesondere der Arbeitgeberverbände, aber auch der Agentur für Arbeit auf Landesebene, angeht, muss weiter gearbeitet werden. Das sehen Sie so wie wir. Wir erwarten auch gemeinschaftliches Engagement in dieser Sache, dass die Studienangebote insbesondere von der Wirtschaft angenommen werden. Und wir erwarten auch, dass die finanziellen Ressourcen, die bisher eingesetzt worden sind, weiter eingesetzt werden. Im Übrigen wären die Einnahmen aus dem Studienkontengesetz auch unter der SPD-geführten Regierung voll an die Hochschulen gegangen.

(Christian Lindner [FDP]: Nein, verrechnet!)

- Nein, die wären nicht verrechnet worden. Sie wären - so war es vereinbart - zu 100 % an die Hochschulen des Landes gegangen. Insofern liegen wir nicht auseinander.

Wir erhoffen uns eine produktive Diskussion auch im Kontext des Paradigmenwechsels, den Sie für die NRW-Hochschulen vorsehen. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Schultheis. - Für die CDU hat sich noch Herr Kuhmichel gemeldet. Bitte schön.

Manfred Kuhmichel (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schultheis, die zweite Runde kann auch Probleme nach sich ziehen. Denn jetzt muss ich auch noch etwas sagen.

Herr Kollege Schultheis, Kollege Lindner hat eben die Hoffnung geäußert, vielleicht würde durch einen weiteren Redner der antragstellenden Fraktion das Motiv für diesen Antrag klar werden. Das Motiv hat sich mir bis jetzt aber noch nicht erschlossen. Offensichtlich haben Sie Sorge, in der Kontinuität dessen, wie wir jetzt Hochschulpolitik gestalten, verbessern und Fehler der vorherigen Regierung ausräumen wollen, unterzugehen. Machen Sie sich diese Sorge nicht!

Wir haben zunächst dafür gestanden, dass die übertriebene Eile aus der Sache herausgenommen wurde.

(Karl Schultheis [SPD]: Es bleibt doch bei der Sache!)

Wir haben jetzt 2007/08. Sie wollten das noch viel früher haben. Wir werden auch in der Gesetzesberatung dafür sorgen, dass es dabei bleibt. Ausnahmen bestätigen die Regel. Das haben wir als Erstes geändert. Wir haben dafür gesorgt, dass in dem ganzen Bereich von Bachelor und Master Qualität Vorrang vor Quantität hat.

Das Thema Fächerkulturen dürfen wir vor Ort nicht vergessen. Ich weiß nicht, ob Sie sich darum gekümmert haben. Wir haben auf jeden Fall eine Menge Anhörungen gemacht, Gespräche mit denjenigen geführt, die jetzt vor der Einführung Bachelor/Master stehen. Wir haben dabei gemerkt, dass ein zu starkes Drängen, eine zu große Eile vor Ort schädlich ist. Deswegen war Behutsamkeit angesagt.

Zur Quotenregelung! Eine Quote ist eine staatlich fixierte Vorgabe. Das machen wir nicht mehr. Wir entwickeln ein Hochschulfreiheitsgesetz. Das wissen Sie inzwischen. Sie haben sich an dem Wort Freiheit schon gestört, aber Sie werden sehen, dass eine Quote, die mit Freiheit nichts zu tun hat, eine unzulässige Vorgabe ist. Das soll sich im Wettbewerb entwickeln. Wir werden das begleiten - das ist unsere Aufgabe -, aber was die Hochschulen vor Ort im Einzelnen tun, sollte ihnen überlassen werden. Das ist unser neues Verständnis von Hochschulpolitik.

Das, was gut war, führen wir fort und verbessern es. Das, was schlecht war, verbessern wir auch. Wir geben mehr Freiheit in die Hochschulen hinein. Wir sind für einen Systemwechsel im Hochschulbereich, und ich hoffe, Sie machen mit. - Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kuhmichel. - Jetzt hat noch einmal Herr Lindner um das Wort gebeten.

Christian Lindner (FDP): Vielen Dank, Herr Präsident. Die Äußerungen von Herrn Schultheis veranlassen mich, drei Dinge klarzustellen:

Erstens ist der Eindruck erweckt worden, die Koalition habe sich in dieser Frage von ihrer Koalitionsvereinbarung verabschiedet. Der Eindruck ist falsch. Wir haben in der Koalitionsvereinbarung zum Ausdruck gebracht, dass wir Zeitdruck dort, wo er schädlich ist und nicht motiviert und anregt, herausnehmen wollen. Genau das passiert. Es bleibt in der Regel bei dem Zeitpunkt im Hochschulgesetz. Aber bei Ausnahmen, wenn sie begründet sind, wird es Bewegungen geben.

Zum anderen suchen Sie, Herr Schultheis, mit Ihren Kolleginnen und Kollegen immer nach den Punkten, an denen sich unsere neue Haltung gegenüber dem Hochschulwesen festmacht. Wo denn die Autonomie sei, fragen Sie in den Ausschusssitzungen. Beim Krebs-Erlass haben Sie eines der besten Beispiele dafür, wo wir anders steuern wollen als Sie, nicht mit Detailvorgaben, sondern wo wir ermöglichen wollen, dass sich Hochschulen entwickeln.

(Karl Schultheis [SPD]: Sie steuern überhaupt nicht!)

Im Übrigen frage ich Sie, wie Sie jungen Menschen, die über den Bachelor hinaus gerne in einem Fach X eine höhere Qualifikation anstreben wollen, vermitteln, dass aufgrund von politischen Quotierungen dieser höhere Abschluss für sie nun nicht erreichbar sei.

(Karl Schultheis [SPD]: Das setzt voraus, dass sie zuerst den Bachelor-Abschluss machen müssen!)

Was hat das mit der Gewährleistung von Chancengerechtigkeit zu tun?

Damit komme ich zum letzten Punkt, zur Frage der Auszahlungen aus dem Studienkontengesetz. Die ehemalige Landesregierung hatte vor der Landtagswahl aufgrund einer eklatanten - ich sa-

ge: fahrlässigen - Fehlkalkulation doppelt so viel Geld ausgezahlt, als den Hochschulen nach dem Qualitätspakt eigentlich zugestanden hätte. Dort war vereinbart worden, dass im Jahre 2005 den Hochschulen die Hälfte aus den prognostizierten Einnahmen des Studienbeitragsgesetzes zur Verfügung gestellt würde. Sie kalkulierten mit 90 Millionen € Einnahmen im Jahr 2005, obwohl bereits im vergangenen Haushaltsjahr 2004 nur 45 Millionen € Studienbeiträge nach Studienkontengesetz dem Land zugeflossen waren. Nur 45 Millionen €! Nach dem derzeitigen Stand werden es in diesem Jahr nur 40 bis 45 Millionen € sein. Das bedeutet, Sie haben mindestens 22,5 Millionen € wesentlich mehr ausgezahlt, als den Hochschulen zugestanden hätte.

Sie wussten um das Risiko dieser Fehlkalkulation; sonst hätten Sie keine Verrechnungsklausel vorgesehen, die dazu geführt hätte, dass den Hochschulen im kommenden Jahr diese mindestens 22,5 Millionen € vorenthalten worden wären. Das war ein klassisches Wahlgeschenk.

(Karl Schultheis [SPD]: Quatsch!)

Diese Verrechnungsklausel haben wir aufgelöst. Deshalb wird den Hochschulen im kommenden Jahr wieder ein vernünftiger Beitrag zur Finanzierung ihrer Aufgaben zur Verfügung gestellt werden. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Lindner. - Meine Damen und Herren, der Ältestenrat hat empfohlen, den **Antrag Drucksache 14/468** an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** zu **überweisen**. Dort findet auch die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung statt. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

6 Unterrichtsausfall aus Krankheitsgründen sinnvoll bekämpfen - Konzepte brauchen mehr als 255 Zeichen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/463

Für die antragstellende Fraktion Bündnis 90/Die Grünen erteile ich der Abgeordneten Frau Beer das Wort. Bitte schön.

Sigrid Beer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Wenn man sich mit der Frage beschäftigt, wie Unterrichtsausfall vermieden werden kann, dann muss man sehr sorgfältig vorgehen und die unterschiedlichen Bedingungen von Schulen be... - Ja, und dann ist Schluss. Zumindest, wenn Sie sich auf der Homepage des Schulministeriums befinden und sich zum Thema Unterrichtsausfall äußern wollen. 255 Zeichen und Schluss. Aus die Maus. Das reicht nicht, um differenzierte Vorschläge zu machen, meine Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es wird auch nicht abgefragt, von welcher Erfahrungsebene aus die Einträge gemacht werden, ob Eltern oder Lehrer gemailt haben, ob aus dem Bereich einer Halbtagschule oder Ganztagschule, einer Grundschule, der S I- oder S II. Ja, es gehen offensichtlich eine Menge Vorschläge ein, aber sie sind keineswegs repräsentativ für die Problemlagen. Sie können sie bezüglich ihrer Qualität auch nicht hinreichend bewerten, Frau Ministerin, weil Sie gar nicht wissen, von wem und warum sie so eingetragen werden. Undifferenziert wird alles in einen Topf geworfen.

Weil das so ist und weil Sie von Anfang an nicht genau hingeschaut haben und stattdessen dem Populismus Tür und Tor öffnen, haben Sie fast einen Unterrichtsausfallkrieg in den Schulen angezettelt. An vielen Stellen wird das Schulklima vergiftet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Frau Ministerin, nicht nur Sie erreichen die aufgebrachten Briefe aus Schulpflegschaften und Schulkonferenzen, die genau diese Folgen Ihrer Politik beklagen.

Beratungszeiten für Eltern und Schülerinnen und Schüler drängen Sie an den Rand. In Ihrer Sprache werden daraus Elternsprechstunden. Da kommen sich Eltern wieder wie Bittsteller vor, die in die Schule zitiert werden, weil mit ihrem Kind etwas nicht funktioniert.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Sie wollen doch alle sparen!)

Wo bleibt denn da das Konzept der individuellen Förderung und Beratung zum Bildungsweg?

(Minister Dr. Helmut Linssen: Aber bitte nicht bei mir!)

- Dass Sie beratungsresistent sind, weiß ich auch. Danke schön.

Wie sollen das die Schulen mit Hunderten Kindern denn eigentlich organisieren, die zudem noch Ganztagschulen sind, wenn sie jedes einzelne Kind ernst nehmen? Das ist doch ein Rückschritt in Sachen individuelle Beratung und Förderung, den Sie da zu verantworten haben, den Sie offensichtlich gar nicht ermessen können.

An der Qualität der Beratungstage und ihrer effizienten Organisation muss je nach Schulstandort gearbeitet werden. Aber Sie dürfen nicht einer populistischen Lehrerschelte und einem anachronistischen Schulverständnis zum Opfer fallen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, bevor nun bald die Sommerzeit zu Ende geht - ich meine erst einmal das kommende Wochenende -, wollen wir einen konzeptionellen Aufschlag machen. Wir wollen damit auch ein Signal setzen, wie wir die Eigenverantwortlichkeit der Schulen konsequent und hilfreich für die Schulen weiterentwickeln und umsetzen können, während Sie, Frau Ministerin, unter anderem auch die Zwangspause im Modellvorhaben selbstständige Schule zu verantworten haben.

Zentral wichtige Fortbildungen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität, auf die auch die Eltern großen Wert legen, weil sie guten Unterricht für ihre Kinder wollen, sind abgesagt. Das geht auf Ihre Kappe, Frau Sommer.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wir machen zu dem Punkt, der die Schulen wirklich drückt und der den meisten Ärger verursacht, nämlich Unterrichtsausfall durch kurzfristige Erkrankungen, einen Vorschlag und möchten den mit Ihnen im Ausschuss beraten. Wir wollen den Schulen direkt ein Vertretungsbudget an die Hand geben, mit dem sie bei kurzfristigen Erkrankungen unmittelbar und unbürokratisch auch dann reagieren können, wenn die Pflichtvertretungsstunden aus dem Kollegium ausgeschöpft sind.

Aber machen Sie bitte der Öffentlichkeit nichts vor: Wenn die Krankmeldung am Montag um 8 Uhr zeitgleich mit den Schülerinnen in der Schule eintrifft, dann muss der reguläre Unterricht vertreten werden. Aber die Schulleitung braucht ein Instrument, um unbürokratisch Vertretungen realisieren zu können, um das Problem auffangen zu können, wenn die Pflichtmehrarbeit der Kollegien nicht ausreicht. Die Schulleitung kann so vorausschauender planen und wird durch Folgeerkrankung nicht in Organisationsnot gebracht. Ein solches Instrument ergänzt „Geld statt Stellen“ sinnvoll.

Frau Ministerin, wenn Sie gegen unprofessionelles Handeln in der Schule etwas unternehmen möchten - dazu zähle ich zum Beispiel, dass an einer Halbtagschule für eine Lehrerkonferenz Unterricht ausfallen muss -, dann unterstütze ich Sie. Aber ich mahne Sie, endlich differenziert hinzuschauen und mit den Beteiligten in der Schule einen differenzierenden Dialog zu führen, um dann qualifizierte Konzepte zu entwickeln. - Danke schön.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Abgeordnete Beer. - Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Hovenjürgen das Wort.

Josef Hovenjürgen^{*)} (CDU): Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Werte Frau Beer, Sie haben Recht: Es fällt Unterricht aus, krankheitsbedingt. Ich hoffe, Sie haben jetzt auch den Unterschied bemerkt. Diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen gehen mit diesem Problem offen um - nicht wie die Vorgängerregierung, die dieses Problem des Unterrichtsausfalls permanent bestritten, gar geleugnet hat.

Allerdings, Frau Beer, wie Sie das Thema aufbereiten, und die Selbstverständlichkeit, mit der Sie sich diesem Thema widmen, zwingt schon den Verdacht auf, dass Sie den Eindruck erwecken wollen, als handele es sich bei dem Unterrichtsausfall durch Krankheit um ein neues Problem. Das können wir nicht durchgehen lassen.

Sie wollen festgestellt wissen, dass der Landtag erklärt, der Unterrichtsausfall sei überwiegend krankheitsbedingt. Das ist sicherlich auch nicht die ganze Wahrheit, Frau Beer. Dass Unterrichtsausfall auch durch Krankheit hervorgerufen wird, ist unbestritten. Es gibt aber weitere Gründe, die zu Unterrichtsausfall führen. Langzeiterkrankungen, Sabbatjahre, Mutterschaftsurlaube: All das trägt immer wieder dazu bei, dass Unterricht ausfällt. Das sind Entwicklungen, die wir seit Jahren kennen - seit Jahren, Frau Beer.

Seit Jahren im Übrigen hatte Frau Schäfer die Verantwortung für Schule in diesem Land. Sie hätte wissen müssen, wie sich die Zahl der benötigten Pädagogen im Verhältnis zur Schülerzahl entwickelt. Sie wusste im Endeffekt, welche Schülerzahl zum Beispiel in diesem Jahr eingeschult wurde. Seit fünf Jahren liegen die Statistiken vor. Seit April dieses Jahres hatte sie sogar eine exakte Zahl, welche Schülerinnen und Schüler in diesem Jahr eingeschult werden.

Wenn man exakte Zahlen hat, bedarf es auch exakter Reaktionen auf diese Zahlen. Man muss letztendlich Vorsorge treffen, um den Lehrbedarf den Schülerinnen und Schülern anzupassen. Das hat die alte Landesregierung versäumt. Aus dieser Verantwortung, dieses Versäumnis betreffend, werden wir Sie nicht entlassen, Frau Schäfer.

Wir sind dankbar, dass die Grünen diesen Antrag gestellt haben. Denn so ist es möglich, dass wir auch im Schulausschuss deutlich machen, was letztendlich versäumt wurde, was notwendig ist und was bereits getan worden ist.

Ich hoffe, dass Rot-Grün - es gibt sie im Schulausschuss noch in dieser Konstellation - endlich die Fundamentalopposition innerhalb des Schulausschusses aufgibt und zu einer konstruktiven Haltung zurückkommt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wie soll man denn sonst diskutieren?)

Ich darf Sie noch einmal auf eines aufmerksam machen, was bereits getan worden ist - darüber kann man gar nicht oft genug reden -: Wir haben direkt nach der Wahl 1.000 neue Lehrer eingestellt. Wir haben den Topf „Geld statt Stellen“ um 20 Millionen € aufgepeppt. Das bedeutet noch einmal 1.000 Lehrer. Wir haben die Stellenblockade von 200 Stellen an Gymnasien aufgehoben.

Das alles beseitigt sicherlich nicht den Unterrichtsausfall, trägt aber dazu bei, diesen zu mildern. Gleichzeitig müssen wir die Frage stellen: Welche Vorsorge hatten Sie denn getroffen? Wenn wir auf das abgehoben hätten, was Sie uns hinterlassen haben, wäre das null Vorsorge für den Mehrbedarf gewesen. Dann hätten wir jetzt eine große Katastrophe, was den Unterrichtsausfall angeht.

Frau Schäfer, das ist ein Versäumnis, das Ihnen letztlich anhaftet. Wir lassen auch nicht durchgehen, dass Sie sich aus dem Staub machen und im Schulausschuss so tun, als hätten Sie mit all dem, was in Sachen Bildungspolitik in diesem Land passiert ist, nichts zu tun. Es ist unerträglich, wie Sie das teilweise handeln.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Insofern freue ich mich auf die Antragsberatungen im Ausschuss. Ich kann Ihnen schon heute sagen: Die Diskussion wird, wenn Sie bei Ihrer Haltung im Schulausschuss bleiben, Ihnen wenig Freude bereiten. Denn wir werden dort die Möglichkeit haben, über das zu reden, was wir auf einen guten Weg gebracht haben.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Falls Sie es nicht wieder von der Tagesordnung absetzen!)

Wir freuen uns darauf. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. - Als nächste Rednerin hat die Kollegin Schäfer von der Fraktion der SPD das Wort.

Ute Schäfer (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Interessant finde ich schon die Aussage, die Sie ständig wiederholen, wir hätten den Unterrichtsausfall permanent bestritten und verschleiert.

Vielleicht ist Ihnen entgangen, dass Nordrhein-Westfalen eines der wenigen Bundesländer ist, die den Unterrichtsausfall überhaupt statistisch erfassen, wenn auch in einer Stichprobe, die man durchaus als bedeutsam werten kann.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das haben Sie noch gar nicht zur Kenntnis genommen. Sonst hätten Sie die Zahlen gar nicht. Sie schreiben sie jetzt auch fort. Wir warten auf die nächste Stichprobe. Das ist unsere Regierungsarbeit gewesen.

Ich zitiere aus dem "Bildungsportal":

„Die Landesregierung verstärkt ihren Beitrag für die Sicherstellung des Unterrichts an den Schulen in Nordrhein-Westfalen. Zu diesem Zweck hat das Ministerium für Schule und Weiterbildung die Einrichtung von zwei Projektgruppen beschlossen.“

Die erste soll sich mit der Beseitigung und der Verhinderung von Unterrichtsausfall und die zweite mit Bürokratieentlastung an Schulen befassen. Das ist auch sehr begrüßenswert. Daran gibt es nichts zu deuteln. Genauso finde ich auch die 1.000 neuen Lehrer gut - das sage ich an dieser Stelle immer. Ich sage auch immer, dass wir sie ebenfalls eingestellt hätten, weil die Schülerzahl gestiegen ist.

(Oh-Rufe von CDU und FDP)

- Das können Sie glauben oder nicht, es ist aber so. - Die aufgestockten Mittel für das Programm „Geld statt Stellen“ finde ich auch positiv. So weit, so gut.

Aber es steht auch im "Bildungsportal" zu lesen, dass erste Schritte zur Entlastung bei der Lern-

standserhebung und bei der Schulprogrammarbeit vorgesehen sind. Schauen wir uns einmal die Entlastung bei der Schulprogrammarbeit an. Da wird auf die Rechenschaftslegung der Schulen zu ihrer Entwicklungsarbeit verzichtet. Das setzen Sie mit einem Federstrich ab, Frau Ministerin, und bezeichnen das als Entlastung. Sie meinen damit wahrscheinlich Bürokratieabbau, aber ich finde es für die Entwicklung unseres Bildungssystem in Nordrhein-Westfalen ausgesprochen fatal. Sie kommen aus der Praxis. Sie müssten wissen, wie wichtig den Schulen diese Arbeit ist und wie wertvoll die Rechenschaftslegung eines Schulprogramms ist. Sie canceln das mit einem Federstrich und meinen, Sie schaffen Bürokratienteilnahme. In Wahrheit behindern Sie mit dieser Maßnahme die Qualitätsentwicklung in unseren Schulen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Gleichzeitig streichen Sie aber auch den Fortbildungstag, den die Lehrer und Lehrerinnen dafür haben. Dadurch meinen Sie einen Beitrag zur Verhinderung von Unterrichtsausfall zu leisten. Ich sage Ihnen: Das ist eindeutig zu kurz gesprungen. Es verdeutlicht, dass Sie in Ihrer Art sehr konzeptionslos sind - das hat Frau Beer auch schon gesagt -, mit diesem Thema zu arbeiten und ihm zu begegnen.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte auch noch auf eine Aussage des Staatssekretärs zu sprechen kommen, die viel mit der Wertschätzung der Arbeit in den Schulen zu tun hat. Herr Winands, ich bin entsetzt, dass ich in den "Aachener Nachrichten" vom 28. September lesen konnte, wie Sie diese Evaluation an den Schulen einschätzen. Ich zitiere mit Erlaubnis der Präsidentin:

„Wir brauchen keine Evaluationsberichte zu den Schulprogrammen. Sie wissen doch, wie das läuft: Wenn einer Schule aufgegeben wird, einen ... Teil ihres Schulprogramms zu überprüfen ... und dann der vorgesetzten Stelle zu berichten, geschieht im Regelfall eines: Jede Schule evaluiert sich selbstverständlich dort, wo sie am besten ist. Und dieser Superbericht geht an die Bezirksregierungen. Die Bezirksregierungen sammeln die schönen Berichte, und die drei schönsten schicken sie dann ans Ministerium. Und dann meinen wir, die Welt unten ist in Ordnung. Wir brauchen keine Jubelberichte ins Ministerium. Davon werden wir die Schulen befreien.“

(Beifall von der CDU)

Deutlicher kann man nicht sagen, wie man eigenverantwortliche Arbeit in Schulen und Rechenschaftslegungen von Schulen bewertet und welchen Stellenwert man ihnen gibt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Nebenbei bemerkt haben Sie gleich die Bezirksregierungen mit abgewatscht. Ich glaube, Sie haben noch nicht verstanden, dass es um eine Balance von ausreichendem, aber gleichzeitig auch gutem Unterricht geht. Qualität von Unterricht ist die zentrale Frage, an der wir uns orientieren sollten.

Frau Ministerin hat geäußert, dass man an den Hauptschulen auch freiwillig Mehrarbeit machen könne, weil die Kollegen dort so motiviert seien. Das finden die Verbände und Gewerkschaften nicht ganz so gut; das kann man in der Zeitung nachlesen. Ich werfe Ihnen vor, dass Sie diese Debatte emotionalisieren. Das machen Sie mit all diesen Maßnahmen und mit dieser Konzeptionslosigkeit.

Ich glaube, Sie sind sich nicht darüber im Klaren, welches Schul- und Betriebsklima Sie dadurch auslösen. Sie machen die Debatte öffentlich; das ist in Ordnung. Aber Sie emotionalisieren sie so, dass dieses Problem an der einzelnen Schule klebt und an dem einzelnen Schulleiter hängt; die Beschwerden kommen bei uns an. Damit erzeugen Sie ein falsches Bild der Schulen in Nordrhein-Westfalen.

Ich möchte betonen, dass die Hauptursache für den Unterrichtsausfall Krankheit ist. Frau Beer hat gesagt, dass man das kaum verhindern kann, wenn spontan Erkrankungen auftreten. Insofern ist der kurzfristig auftretende Unterrichtsausfall das eigentliche Problem.

Ich bin gespannt auf die Diskussion im Schulausschuss. Wir werden uns an dieser Diskussion konstruktiv beteiligen. Ich bitte Sie nur herzlich: Sorgen Sie dafür, dass das Schulklima im Land nicht weiter vergiftet wird!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Schäfer. - Als nächste Rednerin hat die Kollegin Pieper-von Heiden für die Fraktion der FDP das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es steht außer Frage, dass der unter Rot-Grün angestaute Unterrichtsausfall von mehr als 5 Millionen Stunden jährlich die Schmerzgrenze aller an Schule

Beteiligten in diesem Land überschritten hat. Deshalb ist es richtig, dass das Thema Unterrichtsausfall einmal gesondert im Plenum behandelt wird.

Den Grünen bin ich sogar dankbar dafür, dass sie das Problem überhaupt erstmalig ansprechen. Als ehemalige Regierungsfraktion haben Sie dieses Thema trotz unmittelbarer Zuständigkeit nämlich leider immer heruntergespielt. Aber reden wir nicht von der Vergangenheit, sondern wenden wir uns dieser drückenden rot-grünen Erblast einmal zu.

Es ist richtig, dass ein großer Teil des Unterrichtsausfalls auf das Konto von Lehrerkrankungen geht. Aber die Fast-Ausschließlichkeit dieser Ursache, die Sie in Ihrem Antrag reklamieren, trifft so nicht zu. Krankheit spielt in rund 30 bis maximal 50 % der Fälle eine Rolle. Also ist mindestens die Hälfte des Unterrichtsausfalls - wenn nicht mehr - auf andere Gründe zurückzuführen.

Nach Schätzungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung werden allein 40 % des Unterrichtsausfalls durch Lehrerfortbildungen verursacht. Zwei Drittel aller Fortbildungen finden vormittags an Wochentagen statt. Davon ist in Ihrem Antrag überhaupt keine Rede. Ich will hier aber darauf eingehen, weil es nämlich so anschaulich ist.

5 Millionen Stunden Unterrichtsausfall pro Jahr ergeben durchschnittlich fast 800 Stunden für jede einzelne Schule. 800 Stunden jährlicher Unterrichtsausfall! Wenn hierfür in 40 % der Fälle Lehrerfortbildung die Ursache ist, dann werden im Schnitt 320 Stunden Unterrichtsausfall pro Schule in Nordrhein-Westfalen allein durch Fortbildung produziert. Elternsprechtage und Weiteres kommen dazu.

Meine Damen und Herren, vor diesem Hintergrund ist es doch nicht nur nachvollziehbar, sondern sogar dringend geboten, dass die neue Landesregierung noch einmal sehr deutlich macht, dass Lehrerfortbildungen ebenso wie Elternsprechtage in der unterrichtsfreien Zeit zu erfolgen haben.

Dass die alte Landesregierung zumindest eine ungefähre Ahnung vom Ausmaß des so verursachten Unterrichtsausfalls haben musste, macht doch ein Schreiben der Fraktionsvorsitzenden der SPD an den VBE deutlich, in dem Frau Kraft bekräftigt, dass die alte rot-grüne Landesregierung mit der Neuregelung des Schulgesetzes tatsächlich auch erreichen wollte, dass für Elternsprechtage kein Unterricht mehr ausfällt. Da stimmen wir Frau Kraft voll zu.

In diesem Zusammenhang trifft der Aufruf der GEW zum Ungehorsam gegen die Ansage unserer Schulministerin vernünftige und am Wohle der Schülerinnen und Schüler orientierte Menschen wie ein Schlag ins Gesicht.

Ich möchte ausdrücklich betonen, dass die neue Landesregierung seit Amtsantritt unermüdlich Einsatz zeigt, um dem enormen Unterrichtsausfall entgegenzuwirken. Denken Sie an die Einstellung von 1.000 neuen Lehrern, denken Sie an die Aufstockung des Vertretungspools „Geld statt Stellen“ um 10 Millionen € als wesentliche, unmittelbare Hilfe der Landesregierung.

Es ist ein konsequenter Schritt, im Paket alle Maßnahmen, die zu Unterrichtsausfall beitragen, auf den Prüfstand zu stellen. Genau das macht die vom Schulministerium eingesetzte Projektgruppe. Dazu gehört die Überprüfung von Lehrerabordnungen. Ganz genau! Denken Sie nur an Soest: Da werden wir bestimmt 100 Stellen finden, die eigentlich in die Schulen gehören. Dazu gehört auch, dieses Anliegen zum gemeinsamen Anliegen aller an Schule Beteiligten zu machen.

Es ist gut und richtig, Ideen auch bei den direkt Betroffenen zu sammeln; es kommen nämlich manchmal ganz gute Vorschläge dabei heraus. Ein Lehrer an einem Gymnasium hat mir dazu geschrieben. Er schlägt vor, jede Schule solle Listen von qualifizierten, aber nicht aktiv berufstätigen Lehrern führen, die bei Bedarf für Vertretungsunterricht telefonisch angefragt werden. So sei die Kontinuität des Fachunterrichtes bei vorhersehbarer Abwesenheit eines Lehrers gesichert. Er schlägt weiter vor, Schulassistenten, die preiswerter als Lehrer sind, zu beschäftigen, die zur Lehrerentlastung bei der Verwaltung mitarbeiten, zum Beispiel bei der Bücherbestellung, der Erstellung von Klausurplänen, der Aufsichtsführung in den Pausen und den Unterrichtsvorbereitungen für naturwissenschaftliche Fächer. - Meine Damen und Herren, das sind doch vernünftige Vorschläge, über die es sich nachzudenken lohnt.

Eines noch direkt zu Ihrem Antrag, Frau Löhrmann und Frau Beer: Ich musste mir vor Verwunderung die Augen reiben. Zu gut erinnere ich mich daran, dass Sie die Einrichtung einer Vertretungsreserve an den einzelnen Schulen in den letzten Jahren immer vehement abgelehnt haben, wenn FDP und CDU dieses Anliegen thematisiert hatten. Sie haben es inhaltlich geradezu niedergemacht. Das kreide ich Ihnen an. Ehrlich wäre es gewesen, zu sagen: Wir finden das zwar gut, aber wir können es finanziell nicht unmittelbar umsetzen.

Wir sind so ehrlich, zu sagen: Zunächst haben wir zur Verbesserung der Unterrichtssituation den Vertretungspool „Geld statt Stellen“ als flexibles Instrument bedient, weil wir im Moment nicht aus der hohlen Hand - sprich: aus Ihrer Hinterlassenschaft der leeren Kassen - jeder einzelnen Schule eine auskömmliche Stellenreserve geben können.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Kollegin, ich darf Sie bitten, zum Schluss zu kommen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Ich komme zum Ende, Frau Präsidentin.

Aber wir sagen auch: Eine Stellenreserve an der einzelnen Schule bleibt unser langfristiges Ziel, das wir nicht aus den Augen verlieren werden. Wir vertreten dieses Ziel aus Überzeugung, nicht um ein bisschen auf den Putz zu hauen wie Sie in Ihrem Antrag.

Dennoch freue ich mich auf die Beratungen im Ausschuss. Unterrichtsausfall ist ein sehr wichtiges Thema und verdient unsere ganze Aufmerksamkeit. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Pieper-von Heiden. - Als nächste Rednerin hat Frau Ministerin Sommer das Wort.

Barbara Sommer, Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zunächst erlauben Sie mir bitte ein Wort zu meiner Vorgängerin im Amt, Frau Schäfer. Frau Schäfer, Sie haben in Ihren Ausführungen über zwei von uns eingerichtete Gruppen gesprochen: die Gruppe zur Entbürokratisierung und die Gruppe zum Unterrichtsausfall. Ich würde mich in meinen Ausführungen ganz gerne auf den Unterrichtsausfall beschränken, weil beide Gruppen nicht unbedingt etwas miteinander zu tun haben.

In meinen Vorbemerkungen möchte ich auch noch etwas zum Schulklima sagen. Sie packen mir da etwas auf die Achse und sagen: Passen Sie auf, das Schulklima in Ihren Schulen ist schlecht! - Ich habe mehr als 30 Jahre in Schulen hinter mir - immer unter einer roten oder einer rot-grünen Regierung. Erzählen Sie mir bitte nichts vom Schulklima!

(Beifall von CDU und FDP - Sigrid Beer [GRÜNE]: Jetzt hat es sich verschlechtert!)

Die wichtigste Aufgabe von Schule ist es, Unterricht zu erteilen. Unterricht hat für die Landesre-

gierung deshalb einen ganz besonderen Stellenwert. Das Thema „Unterricht und Unterrichtsausfall“ - da gebe ich Ihnen ausdrücklich Recht - wird oft emotional diskutiert. Das unterstreicht aber die Bedeutung dieses Themas.

Bei Betrachtung der Verhältnisse in Nordrhein-Westfalen wird schnell deutlich, dass der Unterrichtsausfall in den vergangenen Jahren enorm war. Er bewegte sich in einer Größenordnung von rund 5 Millionen ausgefallener Stunden pro Jahr.

Die Landesregierung hat deshalb deutliche Akzente gesetzt. Ich danke meinem Vorredner für die Auflistung der Maßnahmen, die ich an dieser Stelle nicht wiederhole. Nur eines füge ich hinzu: die Verlegung außerunterrichtlicher Veranstaltungen auf Zeiten außerhalb des Unterrichts. Ich meine damit nicht den Unterricht an anderen Lernorten, beispielsweise Museumspädagogik, Exkursionen und Theaterbesuche. Eine im Schulministerium eingesetzte Projektgruppe, über die ich gerade sprach, wird weitere Vorschläge zur Sicherstellung des Unterrichts erarbeiten.

Wir haben zudem alle Beteiligten - Eltern, Lehrerinnen und Lehrer, Schülerinnen und Schüler - aufgerufen, sich über eine Internetseite einzubringen. Das Platzangebot - Sie haben es erwähnt - reichte dazu nicht aus. Wir haben es vor einigen Tagen erweitert. Aber das zeigt uns doch, wie vordringlich und wichtig diese Aufgabe ist. Wir haben über 1.000 Zugriffe auf diese Initiative verzeichnet. Ich glaube, das ist ein wichtiger Hinweis dafür, welchen Stellenwert dieses Instrument bei Eltern und Schülern hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Eltern und die Lehrerinnen und Lehrer haben Sorge um das Fortkommen, die Entwicklung, die Erziehung und Bildung von Kindern und von Schülerinnen und Schülern. Deswegen haben Menschen auch erkannt: Hier bewegt sich etwas. Wir wollen daran Anteil nehmen - wenn es auch nur mit 255 Zeichen ist.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

Die Arbeitsgruppe wird alle Anmerkungen sichten und gewichten. Sie werden in eine solide Konzeption einfließen. Das ist es, was wir brauchen: ein effektives Unterstützungsinstrument, und zwar ohne aufwändige bürokratische Prozesse.

Für unsere Schulen ist vor allem Planungssicherheit wichtig. Deshalb benötigen sie zunächst einmal genügend Lehrkräfte. Darüber hinaus wird vor Ort ein handlungsfähiges und flexibles Vertretungskonzept zur Verhinderung von Unterrichtsausfall aufzubauen sein. Ich bin mir sicher,

dass viele Schulen von sich aus darauf großen Wert legen.

Nur auf Grundlage dieser drei Voraussetzungen, nämlich einer soliden Grundausstattung mit Lehrern, einem effektiven Vertretungsinstrument und einer optimierten schulischen Organisation wird es den Schulen möglich sein, Unterrichtsausfall sinnvoll zu bekämpfen, denn das Maß aller Dinge ist das Wohl des Kindes.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin Sommer.

Wir sind damit am Schluss der Beratung zu diesem Tagesordnungspunkt. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/463** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** - federführend - sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Beschlussempfehlung folgen möchte, den bitte ich, mit der Hand aufzuzeigen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt

7 Abbau des Überhangs von Vollstreckungen im Jugendarrestvollzug

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/470

Ich weise an dieser Stelle auf den **Entschließungsantrag** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/534** hin und eröffne die Beratung.

Als erster Redner hat Kollege Giebels von der Fraktion der CDU das Wort.

Harald Giebels (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Strafbares Verhalten von Jugendlichen und der Umgang des Staates mit ihnen sind zentrale rechtspolitische Themen der Koalition der Erneuerung in Nordrhein-Westfalen. Die Koalition von CDU und FDP widmet diesem Problemfeld große Aufmerksamkeit und Initiative.

Bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität lässt sich die Koalition von zwei grundlegenden Handlungsansätzen leiten: Zum einen unterstützt und fördert sie umfangreiche Projekte zur Prävention von Straftaten. Es gilt aber auch, die Vorausset-

zungen dafür zu schaffen, dass strafbares Handeln Jugendlicher konsequent verfolgt wird und konsequent verfolgt werden kann.

Nicht nur der Erziehungsgedanke spielt hierbei eine Rolle, sondern auch die Schuldangemessenheit von Jugendstrafen. Prävention und Repression sind zwei Seiten derselben Medaille, letztlich der Sicherheit unserer Bevölkerung.

Gefährdeten Jugendlichen müssen eindeutig Grenzen gesetzt und Konsequenzen aufgezeigt werden. Es ist ebenso notwendig, die Jugendlichen durch staatlichen und vor allem durch gesamtgesellschaftlichen Einsatz vor dem Abgleiten in die Straffälligkeit zu bewahren.

Die Koalition wird nicht darüber hinwegsehen, dass die Kriminalitätsrate unter Jugendlichen und Heranwachsenden in den letzten zehn Jahren erheblich gestiegen ist. Gerade jetzt müssen wir verstärkt wirkungsvollere rechtliche Instrumentarien einsetzen, die einen nachhaltigen Rückgang der Jugendkriminalität bewirken.

Der Jugendarrest soll ohne die Neben- und Fernwirkung einer Strafe als tatbezogener Ordnungsruf den Jugendlichen zur Selbstbesinnung führen. Dem straffällig gewordenen Jugendlichen soll eindringlich in das Bewusstsein gebracht werden, dass er für das von ihm begangene Unrecht einzustehen hat. Der Jugendarrest muss als schärfstes Strafmittel rasch und erziehungswirksam eingesetzt werden.

Das Erziehungsziel des Jugendarrests soll durch einen kurzen und harten Zugriff erreicht werden, der das Ehrgefühl des Jugendlichen anspricht und für die Zukunft eine eindringliche Warnung ist. Hinter dem Zuchtmittel des Jugendarrestes steht das Konzept der Erziehung durch Strafe - unter Vermeidung der nachteiligen Wirkung einer längeren Freiheitsentziehung.

Der Jugendarrest verfolgt zum Teil auch repressive, vergeltende Ziele. Er soll aber besonders, und zwar in höherem Maße als die Jugendstrafe, der Erziehung dienen. Voraussetzung dafür ist, dass der jugendliche Täter durch den kurzen, harten Freiheitsentzug zur Besinnung kommt. Die Sanktion soll als Denkmittel und als Schockstrafe dienen, ohne weiteren Schaden anzurichten.

Der Jugendarrest soll durch seine Einmaligkeit und seine Kürze wirken. Durch diesen eindringlichen und fühlbaren Ordnungsruf soll er den Jugendlichen davor schützen, auf dem eingeschlagenen Weg fortzufahren. Bei Jugendlichen zeigt sich häufig, dass Einstellungen von Verfahren bei ersten Taten, Verwarnungen und erzieherische

Maßnahmen kaum eine spezialpräventive Wirkung zeigen.

Viele Jugendliche empfinden eine Bewährungsstrafe als Freispruch zweiter Klasse und erkennen oft nicht den Ernst der Lage. Hier kann ein Arrest frühzeitig heilsam wirken, wenn der Richter in Ansehung des straffällig gewordenen Jugendlichen eine solche Maßnahme für sinnvoll erachtet.

Dem Ziel einer wirkungsvollen Bekämpfung der Jugendkriminalität genügt nicht, einem zu Jugendstrafe verurteilten Jugendlichen, der schon erhebliche Straftaten begangen haben muss oder auf eine erhebliche kriminelle Karriere zurückblickt, lediglich die Folgen eines möglichen Bewährungsversagens theoretisch in Aussicht zu stellen.

Es ist bekannt, dass sich gerade Verständnis, Einsicht und Verantwortung bei Jugendlichen noch entwickeln müssen. Es reicht nicht aus, auf Einsicht zu hoffen und dabei in Kauf zu nehmen, dass dieser Jugendliche, wenn er eines Tages nicht mehr unter das Jugendstrafrecht fällt, für dieselbe Tat, für die er früher vielleicht eine kurze Jugendstrafe zur Bewährung bekommen hat, jetzt auf einmal eine drastische Strafe in Gestalt eines möglicherweise mehrjährigen Freiheitsentzuges erhält. Deshalb ist es entscheidend, so frühzeitig die Grenze zu ziehen, dass es gar nicht erst zu einer Verfestigung krimineller Strukturen im Erwachsenenleben kommen kann.

Das Ziel des Jugendarrestes kann aber nur erreicht werden, wenn der Zeitraum zwischen der Begehung der Tat, der Verurteilung und der Vollstreckung des Arrestes möglichst kurz ist. Dies ist auch der Grund, warum die gesetzliche Regelung in § 4 Jugendarrestvollzugsordnung verlangt, dass der Jugendarrest in der Regel zeitnah nach Rechtskraft des Urteils zu vollziehen ist. Angesichts der hohen Zahl unerledigter Vollstreckungsersuchen kann diesem gesetzlichen Auftrag zurzeit nicht mehr entsprochen werden. Dem soll durch die in diesem Antrag geforderten Maßnahmen Abhilfe geschaffen werden.

Zu dem bereits bestehenden Sanktionssystem zählt insbesondere der wirkungsvolle Einsatz des Arrestes als anerkanntes Erziehungsmittel. Lässt die Arrestvollstreckung zu lange auf sich warten, wird der Jugendliche in seinem verhängnisvollen Eindruck, seine Gesetzesverstöße blieben ohne Konsequenzen, nur bestärkt.

Für die Notwendigkeit einer zügigen Vollstreckung des Jugendarrestes spricht ferner Folgendes: Die gesetzliche Regelung in § 26 Jugendarrestvollzugsordnung sieht vor, dass Fürsorgemaßnah-

men, die für die Zeit nach der Entlassung des Jugendlichen notwendig und nicht schon anderweitig veranlasst worden sind, in Zusammenarbeit mit den Trägern der öffentlichen und freien Jugendhilfe vorzubereiten sind. Gemeinsam mit den freien Trägern besteht daher eine wichtige Möglichkeit, auf den jungen Straftäter auch über die Zeit des Arrestes hinaus nachhaltig der weiteren negativen Entwicklung entgegen zu wirken. Voraussetzung dafür ist nicht nur, dass die richterliche Praxis diese sinnvolle Maßnahme annimmt, sondern auch, dass diese effektiv zum Einsatz kommen kann. Ohne zeitnahe Vollstreckung bleibt jedoch der Arrest wenig wirkungsvoll. Voraussetzung für die zügige Vollstreckung von Warnschussarresten und Arresten im Allgemeinen ist daher eine ausreichende Anzahl von Arrestplätzen in Jugendarrestanstalten. Dafür werden weitere zusätzliche Plätze benötigt.

In Ihrem Entschließungsantrag befasst sich die SPD-Fraktion wortreich mit der Frage der Einführung des sogenannten Warnschussarrestes. Um diesen geht es hier unter diesen Tagesordnungspunkt aber nicht. Insofern haben Sie, meine Damen und Herren der SPD, das Thema verfehlt. Heute geht es um die Lösung des von der alten rot-grünen Landesregierung maßgeblich verursachten Problems, nämlich dem Abbau des Staus bei der Vollziehung von Jugendarrestsstrafen. Das ist etwas ganz anderes. Die alte rot-grüne Landesregierung hat trotz Kenntnis der Entwicklung der Zahlen der nicht vollstreckten Jugendarreststrafen nichts Wirksames zu deren Abbau veranlasst. So ist es dazu gekommen, dass inzwischen nahezu 3.000 Jugendarreststrafen nicht vollstreckt sind und die Wartezeit bis zur Vollstreckung teilweise so lang ist, dass der Eintritt der Vollstreckungsverjährung droht.

Dies ist ein durch Sie, meine Damen und Herren, als Träger der abgewählten Landesregierung verursachter unhaltbarer Zustand, dem es zu begegnen gilt. Wir benötigen zusätzliche Plätze für den Jugendarrest, um überhaupt erst einmal die Folgen Ihrer Tatenlosigkeit abzuarbeiten und dann in Zukunft dem gesetzlichen Auftrag entsprechend Jugendarreststrafen zeitnah vollstrecken zu können.

Ein darüber hinaus gehendes Ziel der Koalition der Erneuerung ist die Einführung des sogenannten Warnschussarrestes auch hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Diese Frage wird jedoch gesondert zu beraten und zu entscheiden sein.

Mit dem hier gestellten Antrag verfolgt die Koalition der Erneuerung das Ziel, die schweren Versäumnisse der alten Landesregierung im Jugend-

arrestvollzug zu beseitigen. Mit dem Abbau des Überhangs von Vollstreckungen im Jugendarrestvollzug unter Berücksichtigung der besonderen Anforderungen an eine erzieherische Ausgestaltung des Jugendarrestes würde der gesetzliche Auftrag des Jugendstrafrechts erfüllt und hierdurch ein weiterer Beitrag zur Bekämpfung der Jugendkriminalität geleistet. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Giebels. - Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Dr. Orth das Wort.

Dr. Robert Orth (FDP): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Kolleginnen und Kollegen! Man kann eigentlich nahtlos an das anschließen, was mein Vorredner von der CDU gesagt hat. Kinder und Jugendliche sind unsere Zukunft. Wir als neue Koalition haben festgelegt, dass wir diesen auch im Strafvollzug ein besonderes Augenmerk widmen wollen. Daraus folgen einige Aktionen, einige Überlegungen, die wir Ihnen in den nächsten Monaten vorstellen werden.

Heute geht es darum, dass derzeit in den Anstalten nicht genügend Arrestplätze zur Verfügung stehen. Gerade mit Blick auf die Diskussion um den Warnschussarrest, die ja anschließend folgt, muss es unserer Meinung nach zu einem Abbau der Vollstreckungsüberhänge kommen.

Wir sind der Meinung, dass die Strafe auf dem Fuße folgen muss. Das bedeutet, dass, wenn ein Arrest ausgesprochen wurde, dieser tatsächlich vollstreckt werden muss, weil sonst der Jugendliche hinterher glaubt, dass eine Sanktion seiner Tat nicht mehr erfolgt. Wenn er dann das nächste Mal eine Tat begeht und zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wird, könnte er der irrigen Auffassung sein, dass auch diese vielleicht nicht vollstreckt wird. Das soll ja auch hier und da vorkommen.

Von daher meinen wir, dass wir einen Überhang abbauen müssen. Wir meinen, dass davon eine abschreckende Wirkung ausgeht und dass letztendlich der Jugendliche selbst davon profitiert.

Resozialisierung ist ja immer von zwei Seiten aus zu sehen. Zum einen - das wird meistens gesellschaftlich diskutiert - will man, dass die Jugendlichen straffrei leben, damit die anderen nicht geschädigt werden. Zum anderen soll der Jugendliche selber in die Lage versetzt werden, ein strafreies Leben zu führen. Da können solche Maßnahmen Hilfestellungen sein, nicht bei jedem, aber wir haben ja ein abgestuftes System. Wenn

man einmal zu einer Verhängung einer Arreststrafe gekommen ist, dann sind wir der Auffassung, dass diese auch vollstreckt werden soll.

Der Entschließungsantrag der SPD wird von uns abgelehnt - wir können darüber im Ausschuss gerne noch diskutieren -, weil wir grundlegend anderer Ansicht sind als Sie. Wir können auch nicht verstehen, dass Sie auf England verweisen, denn die Verhältnisse in Deutschland sind nicht mit denen in England vergleichbar, unsere Gefängnisse und unsere Jugendhaftanstalten erst recht nicht. Wir können uns gerne einmal mit dem Rechtsausschuss die Verhältnisse dort anschauen, Herr Sichau. Dann werden wir feststellen, dass hier Äpfel mit Birnen verglichen werden.

Wir sind der Ansicht, dass dem Jugendlichen vor Augen geführt werden muss, wohin es führt, wenn er nicht straffrei lebt, und zwar nicht erst nach drei Jahren entsprechender Karriere, nach diversen Einstellungen, nach diversen Putzarbeiten in einem Schwimmbad, womöglich einer Skifreizeit und Ähnlichem, die ihm staatlich subventioniert wird. Nein, wir sind der Meinung, dass es auch bei Jugendlichen angebracht ist, sie unmittelbar damit zu konfrontieren, wohin ein Weg führen kann, und das ist nun einmal im Ergebnis - wenn man dauerhaft strafbar ist - das Gefängnis. Von daher sind wir der Meinung, dass die Arreste verstärkt vollstreckt werden sollten.

Ich bitte Sie, der Überweisung zuzustimmen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Orth. - Als nächster Redner hat der Kollege Sichau für die Fraktion der SPD das Wort.

Frank Sichau (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen haben einen ausgesprochen spätherbstlich dünnen Antrag vorgelegt, der sich hauptsächlich auf den nicht unwichtigen Zweig der Zahlen bezieht. Damit und mit den weiteren Aspekten des Jugendarrests wollen wir uns mit dem bereits erwähnten Entschließungsantrag und meinem jetzigen Beitrag befassen.

Zur derzeitigen Situation des Jugendarrests gehört außerdem Folgendes: Es ist eine neue Jugendarrestanstalt für Kurz- und Dauerarrest mit einigen weiteren Plätzen im Bergischen Land, in Remscheid, im Bau. Ich gehe davon aus, dass wir diese Anstalt in überschaubarer Zeit eröffnen werden.

Wir haben die Einführung sozialen Trainings mit Arrestanten zum Teil deliktbezogen eingeführt. In der Diskussion geht es oft durcheinander, dass Arrestanten keine Jugendstrafgefangenen sind. So - wie mit sozialem Training - wird die bisherige Tagesstruktur in Jugendarrestanstalten neben der bereits vorhandenen Werkstattpraxis und vielen anderen Elementen wirksam ergänzt. Das alles - nach den Finanzdiskussionen am heutigen Tag kann man das sicherlich belegen - war ein Kraftakt. Denn die Finanzressourcen sind bekanntlich ausgesprochen angespannt.

Darüber hinaus ist speziell für den Freizeitarrrest - darauf komme ich noch zurück, weil dieser Aspekt in Ihren Ausführungen fehlt - eine zusätzliche Anstalt in Essen-Werden mit sozialem Training eingerichtet worden.

Es gab Überlegungen, in Zukunft von mittwochmorgens bis sonntagnachmittags zwei Freizeitarrreste zusammen in dieser Anstalt zu vollstrecken. Ein Ergebnis dazu ist mir noch nicht bekannt. Möglicherweise kann Frau Justizministerin Müller-Piepenkötter etwas dazu ausführen.

Immer wieder wird uns die hohe Zahl der unerledigten Vollzugsersuchen vor Augen geführt. Das ist auch in dem Antrag der Kern. Schon vor Jahren war die Zahl 1.500 zu hoch, obwohl Verjährung nicht eingetreten ist - ich habe dies im Rechtsausschuss ganz deutlich betont -, weil alle Arrreste zwölf Monate nach der rechtskräftigen Verurteilung auch vollstreckt waren.

Als vor circa anderthalb Jahren die Zahl bei 1.800 Ersuchen lag, wurde zeitweise aus Teilen der Zweiganstalt Düsseldorf-Gerresheim eine Jugendarrestanstalt. Allerdings konnte diese Zeit nicht verlängert und die Zahl nicht auf unter 1.000 zurückgeführt werden.

Aus Personalgründen konnte nach Schließung des Abschiebevollzugs in der JVA Moers-Mitte kein Jugendarrest durchgeführt werden. Nun sind wir - Sie haben es quantifiziert - bei ca. 2.770 unerledigten Vollzugsersuchen. Dieser Sachverhalt ist zutreffend und wird von niemandem bestritten.

Allerdings gehört es auch zu den Aufgaben dieses Hauses, nach Gründen zu fragen. Werden mehr Jugendliche zu Arrest als so genanntem Zuchtmittel verurteilt? Immerhin gab es in den letzten Jahren auch eine gegenläufige Tendenz.

Werden mehr sogenannte Beugearrreste nach § 11 Abs. 3 des Jugendgerichtsgesetzes verhängt, weil Weisungen und Auflagen wie sogenannte Arbeitsleistungen nach § 10 Abs. 1 Nr. 4

nicht oder nur teilweise erbracht werden? - Das sind wichtige Fragen.

Im Übrigen ist ein solcher Arrest wichtig, weil ansonsten Weisungen und Auflagen ins Leere laufen könnten. Sanktionen müssen da sein und vollstreckt werden, und immerhin sind ca. 40 % der Arrestvollstreckungen Beugearrreste. Der Anteil der Zeit, die im Arrestvollzug verbracht wird, kann prozentual noch höher liegen; ich habe hier nur auf die Anzahl abgehoben.

Wir wissen, dass eine deutliche Zahl von Jugendlichen der Ladung zum Arrest leider nicht folgt. Statt erneuter Ladung sind bei Beugearrrest grundsätzlich polizeiliche Zuführungen zu beantragen. Bisher ist ihre Zahl um 250 - und die Ausweisung in der Statistik ging auf unsere Initiative zurück - eher gering.

Über die hier dargelegten Aspekte wünschen wir von der Landesregierung entsprechende Informationen, damit weitere Folgerungen mit dem Ziel alsbaldiger Umsetzung ergriffen werden können; dies beinhaltet auch unser Entschließungsantrag. Dann, aber erst dann, kann konkreter über den verstärkten Abbau der unerledigten Ersuchen wie auch über sein Vorfeld weiter nachgedacht werden.

Bereits jetzt kann eine Maßnahme zur Sprache kommen, die der Leiter der Jugendarrestvollzugsanstalt Bottrop bekanntermaßen unterstützt. Es geht um die Trennung von Freizeitarrrest von anderen Arrestformen. So ist der am Wochenende belegte Platz nicht für die Woche zuvor verfügbar. Bei Trennung kann der so genannte Durchsatz deutlich erhöht werden, was jedoch zugleich eine aus unserer Sicht hinnehmbare Arbeitsverdichtung bedeutet.

Möglicherweise sollte man aus den gleichen Gründen auch den viertägigen Kurzarrest vom Dauerarrest trennen und in Essen-Werden vollstrecken.

In einer bekannten Düsseldorfer Zeitung - es ist gerade auch indirekt angesprochen worden - wurde bereits die Eröffnung einer weiteren JAA - Jugendarrestanstalt - ins Spiel gebracht. Übergangsweise kann das erforderlich werden; dazu steht die besagte Analyse ebenfalls noch aus.

Grundsätzlich kann bemerkt werden, dass jeder Arrest ein deutlicher Warnschuss ist. Denn es ist immerhin ein Freiheitsentzug. Bewährungsstrafen im Jugendbereich sind ein schwerwiegenderer Eingriff. Sie sind nach § 21 Abs. 1 Jugendgerichtsgesetz ein sogenannter Warnschuss; das ist im Gesetz ausdrücklich so vermerkt. Sie sind so-

zusagen Freiheitsstrafe auf Abruf bei Versagen, bei Dekompensation.

In diesem Zusammenhang sind verbindliche Gruppentrainings der Bewährungshilfe eine bedeutsame begleitende erzieherische Arbeit, wie der ganze Arrest und auch der Jugendstrafvollzug insbesondere unter dem Gedanken der Nachreifung, also der Erziehung stehen.

Aber auch das Vorfeld des Jugendarrestes - das ist auch in unserem Entschließungsantrag angesprochen worden - ist sehr wichtig. Wir haben das bereits in diesem Hause diskutierte Diversionsverfahren als zielführendes Instrument mit Umsetzungsbeispielen benannt, das Jugendarresten vorbeugen kann.

Im Juni dieses Jahres - Herr Giebels, da widerspreche ich Ihnen mit wissenschaftlichem Beleg - hat der bekannte niedersächsische Kriminologe Prof. Dr. Christian Pfeiffer ein Schreiben unter dem Titel „Die Kriminalität sinkt im Kernbereich, aber kaum jemand redet darüber“ veröffentlicht. Wir sollten es gleichwohl im Rechtsausschuss tun.

Zur Jugendkriminalität führt er im Kern aus, dass die Aufklärungsquote um 20 % gestiegen ist, kaum dagegen die bekannt gewordenen Straftaten von Jugendlichen. Präventiv priorisiert er daher den Ausbau von Ganztagschulen insbesondere bezüglich der von ihm sogenannten Medienverwahrlosung. Dankenswerterweise hat auch der NRW-Richterbund einen Vorschlag zur Prävention unterbreitet, dessen Umsetzung allerdings in die kommunale Hoheit fällt.

Im Zusammenhang mit Jugendarrest und weiteren Sanktionen ist immer wieder von jugendlichen Mehrfach- und Intensivtätern die Rede. Wir wissen inzwischen - auch durch unsere eigene kriminologische Forschungsstelle in Nordrhein-Westfalen, in der Nähe dieses Hauses untergebracht -, dass 75 % der Straftaten Jugendlicher von dieser Gruppe begangen wird, die allerdings lediglich 5 % der Jugendlichen im Alter von 14 bis 18 Jahren ausmacht. Das heißt, 75 % Straftaten werden von 5 % der Jugendlichen begangen. Das muss man sich ganz deutlich machen.

Wie hier möglichst früh interveniert werden kann, zeigt die Darstellung eines Modellprojekts aus Schleswig-Holstein, heute übrigens mit großer Koalition, in unserem Entschließungsantrag, das im Hinblick auf für Nordrhein-Westfalen übertragbare Maßnahmen einschließlich der Jugendhilfemaßnahmen diskutiert werden sollte. Die auch von uns beabsichtigte Beratung im Rechtsaus-

schuss soll dies ebenfalls weiterführen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Sichau. - Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Giebels, Sie sagten - das ist auch Kern Ihres Antrags -, Sanktionen bei Jugendlichen müssen durch eine zeitnahe Vollstreckung einen Bezug zur Tat haben - so weit, so richtig. Das ist aber auch schon das einzige, bei dem wir in dieser allgemein theoretischen Darstellung übereinstimmen. Denn wir müssen doch hinterfragen: Welche Sanktion haben Sie im Auge, die angeblich den Bezug zur Tat haben und zeitnah vollstreckt werden soll?

Sie bezeichnen allen Ernstes den Arrest als wirksames erzieherisches Mittel. Herr Giebels, schauen Sie sich einmal die Rückfallstatistik des Bundesjustizministeriums aus dem Jahr 2004 an; sie dürfte Ihnen bekannt sein. Der Jugendarrest weist eine 70%ige Rückfallquote innerhalb der nächsten vier Jahre auf. Die Erziehungsmaßregeln in Konkurrenz zu dem Zuchtmittel Arrest wie Weisungen, Geldbußen, Trainingskurse, Arbeitsauflagen etc. haben nach dieser Statistik deutlich geringere Rückfallquoten.

Nicht nur wir zweifeln dies an. Ich zitiere einmal die Deutsche Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfen zu diesem Thema, die im Mai 2003 sagte:

Allen wissenschaftlichen Erkenntnissen zur Rückfallgeschwindigkeit zum Trotz setzen heutige politische Entscheidungsträger eher auf repressive Maßnahmen wie Jugendarrest und Jugendstrafe. Wegschließen löst keine Probleme und ist darüber hinaus kostenintensiv.

Zur besagten Rückfallstatistik des Bundesjustizministeriums führt der Vorsitzende der DVJJ, Prof. Dr. Bernd-Rüdiger Sonnen aus Hamburg, in einer Presseerklärung aus:

Die dem Arrest beigemessene erzieherische Wirkung ist eine Schimäre.

Wenn Sie hier behaupten, der Arrest kann das, was wir im Jugendstrafrecht wollen, nämlich Erziehen und nicht nur Wegschließen und Bestrafen, dann ist dies nach den wissenschaftlichen und empirischen Untersuchungen schlicht falsch. Das können Sie niemandem mehr verkaufen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Hinter dem Abbau dieser Zeiten, der auch in Ordnung ist, steckt etwas ganz anderes. Das eine ist - ich sagte es bereits -, den Arrest zu einem erzieherischen Mittel hochzustilisieren und als Patentrezept auszurufen sowie die Maßnahmen, die sich als sehr viel wirksamer erwiesen haben, in den Hintergrund zu drängen. Dies halten wir für falsch.

Aber es gibt noch eine zweite Motivation: Sie brauchen Plätze für Ihren Warnschussarrest. Sie wollen sich - die Justizministerin hat es angekündigt - auch auf der Bundesebene dafür einsetzen, dass ein Warnschussarrest für Intensiv- und Mehrfachtäter eingeführt wird.

Schauen wir uns dieses Mittel an: Für den Warnschussarrest gilt dasselbe wie für den Arrest auch. Wenn wir uns aber die Zielgruppe ansehen, für die das infrage kommen soll, wird es noch absurder: Der Warnschussarrest soll für die Jugendlichen sein, die eine Bewährungsstrafe auferlegt bekommen haben. Ein sogenannter „Short sharp Shock“-Effekt soll einsetzen. Die Jugendlichen sitzen im Arrest und denken über ihre Tat nach, womit eine wirksame Heilung und Erziehung verbunden sein soll.

Schauen wir uns die Täter an, die Sie im Auge haben! Nur ungefähr 5 % aller jugendlichen Straftäter sind sogenannte Intensiv- und Mehrfachtäter. Was haben sie schon hinter sich, Herr Giebels? Schauen Sie sich einmal die Karrieren dieser Jugendlichen an! Schauen Sie sich einmal die Menschen an, von denen Sie meinen, dass Sie mit einem Warnschussarrest etwas bewirken! Sie haben in der Regel schon - ich habe es im Ausschuss bereits gesagt - einen halben Meter Akten in ihrem jeweiligen Jugendamt. Sie haben eine Karriere hinter sich und sind nun an der Stelle, wo man sagt: Jetzt sperren wir sie ein. Das ist der Bringer.

Falsch, Herr Giebels! Wir müssen sehen - das ist die schwierige Aufgabe der Zukunft -, wie wir Jugendhilfe und Jugendstrafrecht besser verzahnen, wie wir Justiz und Jugendhilfe besser zusammenbringen. Wir brauchen wirksame Mittel. Wir wollen die jungen Menschen doch nicht einfach nur wegsperren. Wir wollen, dass sich dort wirklich eine Verhaltensänderung zeigt. Schauen wir uns diese Zielgruppe an! Dies ist unwirksam. Und dies habe ich mir nicht an meinem Schreibtisch ausgedacht.

Wir schauen hier wieder auf die Praktiker. Wer könnte dazu eine bessere Einschätzung geben als die, die das beobachten, nämlich die besagte Vereinigung für Jugendgerichte und Jugendgerichtshilfe, die jeden Tag mit diesen Jugendlichen

zu tun hat? - Ich zitiere wieder Bernd Rüdiger Sonnen aus einer Presseerklärung. Er sagt zum Warnschussarrest:

Zum einen ist die Annahme eines ‚Short sharp Shock‘-Effekts, der die betroffenen Jugendlichen nachhaltig beeindruckt werden, nicht haltbar. Die vorliegenden empirischen Erkenntnisse sprechen dafür, dass ein nachhaltiger Eindruck bei Jugendlichen nicht entsteht.

Weiter:

Es ist widersprüchlich und dem Jugendlichen nicht vermittelbar, dass das Gericht ihm einerseits die positive Prognose erteilt

- mit der Bewährungsstrafe ist immer eine positive Prognose verbunden -,

die Voraussetzung für die Aussetzung einer Jugendstrafe zur Bewährung ist, ihn andererseits doch mit einem Arrest belegt.

Auch hier gibt es wieder eine Widersprüchlichkeit. Die Wirksamkeit ist nicht bewiesen. Sie arbeiten hier mit Überschriften und mit Aktionismus.

Ich finde, es ist sehr wichtig - darin stimme ich Herrn Orth wieder zu -, dass wir diese Jugendlichen in den Blick nehmen. Sie sind unsere Zukunft; wir dürfen sie nicht abschreiben. Aber weil wir sie nicht abschreiben dürfen, dürfen wir sie nicht wegsperren, sondern wir müssen uns etwas Intelligenteres einfallen lassen. Wir müssen die Erziehung und den Gedanken, dass die Jugendlichen durch die Sanktionen erzogen werden sollen, wieder in den Mittelpunkt stellen. Dann sind wir ein bisschen weiter, und dann können wir ernsthafte Diskussionen darüber führen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Düker. - Als nächste Rednerin hat für die Landesregierung Frau Ministerin Müller-Piepenkötter das Wort.

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Landesregierung ist entschlossen, der Kinder- und Jugendkriminalität wirksam und konsequent entgegenzutreten. Wir wissen, dass das eine gesamtgesellschaftliche und eine ressortübergreifende Aufgabenstellung ist, die zu allererst - darin sind wir uns einig - auf der Ebene der Erziehung ansetzen muss. Dazu bedarf es einer engen Zusammenarbeit mit den für die Erziehung, die Lebensgestaltung und das

gesellschaftliche Zusammenleben verantwortlichen Einrichtungen.

Wir wollen und werden alle Möglichkeiten der Vorbeugung ergreifen. Das beginnt bei der Förderung in Kindergarten und Schule, geht über Hilfen zur Erziehung und muss seine letzte Konsequenz in Maßnahmen des Jugendstrafrechts haben. In diesem Rahmen werden wir alle Möglichkeiten der Diversion nutzen und in Zusammenarbeit mit Jugendhilfe, Polizei und Justiz fördern und ausbauen. Unter der Federführung meines Hauses wird ein ressortübergreifendes Projekt zur Jugendkriminalitätsprävention entwickelt. Genau das ist nämlich bisher nicht geschehen. Es gibt keine systematische und konsequente Erfassung, Unterstützung und Verbreitung von Diversionsprojekten.

Die engagierten Sozialarbeiter, Polizisten, Staatsanwälte und Richter, die solche Projekte auch in Nordrhein-Westfalen an vielen Orten begonnen haben, wurden allein gelassen. Genau das werden wir ändern. Dabei werden wir sicher auch die Erfahrungen aus Schleswig-Holstein verwerten, vor allen Dingen aber das Engagement und die Erfahrungen vieler Beteiligter in Nordrhein-Westfalen.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Düker?

Roswitha Müller-Piepenkötter, Justizministerin: Nein, ich möchte das erst zu Ende führen, danach gerne. - Im Zusammenhang mit der Bekämpfung der Jugendkriminalität kommt auch dem Jugendarrest eine wichtige Bedeutung im Rahmen des erzieherischen Gesamtkonzeptes zu. Wenn der im Jugendgerichtsgesetz vorgesehene breit gefächerte Katalog der Sanktionsmaßnahmen im Bereich der Erziehungsmaßnahmen oder ambulanten Maßnahmen nicht mehr ausreicht, die Defizite der jungen Straftäter zu korrigieren, kann der Jugendrichter Jugendarrest verhängen.

Frau Düker, genau da liegt der Fehler in Ihrem Vergleich. Die Jugendlichen, gegen die Jugendarrest verhängt wird, haben alle anderen Maßnahmen schon hinter sich. Sie haben nicht gewirkt.

Der Arrest ist noch keine Strafe - darin haben Sie völlig Recht -, sondern, so heißt es im JGG, „ein Zuchtmittel“ ebenso wie Auflagen zur Schadenswiedergutmachung oder die Leistung gemeinnütziger Arbeit.

Der Jugendarrest ist für den jugendlichen Straftäter die erste Begegnung mit dem Entzug der Frei-

heit und damit ein spürbarer Einschnitt in sein Leben. Der Vollzug soll den jugendlichen Straftäter zur Selbstbesinnung führen und ihm eindringlich zu Bewusstsein bringen, dass er für das begangene Unrecht einzustehen hat. Der Jugendarrest soll erzieherisch ausgestaltet werden, und das werden wir auch tun. Zugleich soll er dem Jugendlichen helfen, die Schwierigkeiten zu bewältigen, die zur Begehung der Straftat beigetragen haben.

Ich bin überzeugt, dass der Jugendarrest ein wichtiges Mittel ist, um gegen die Kriminalität junger Menschen wirkungsvoll anzugehen und den Einzelnen dahin gehend zu beeinflussen, dass er trotz seines Gesetzesverstößes im jugendlichen Alter nicht der erwachsene Kriminelle von morgen ist

Ich werde die Voraussetzungen dafür schaffen, dass der Jugendarrest auch ein wirksames Instrument zur Bekämpfung der Jugendkriminalität wird. Voraussetzung dafür ist, dass sich die Ausgangslage in Nordrhein-Westfalen maßgeblich verbessert.

Das Ziel des Jugendarrests kann nur erreicht werden, wenn der Zeitraum zwischen der Begehung der Tat, der Verurteilung und der Vollstreckung des Arrestes kurz ist. Angesichts der hohen Zahl unerledigter Vollstreckungsersuche kann der Jugendarrest jedoch nicht mehr zeitnah vollstreckt werden. Wir haben in Nordrhein-Westfalen fünf Jugendarrestanstalten mit insgesamt 189 Plätzen. Durch den Ausbau in Remscheid kommen ganze zehn Plätze hinzu.

Das ist deutlich zu wenig. Nur daraus erklärt sich, dass die Justiz unseres Landes seit Jahren einen wachsenden Berg von unerledigten Vollstreckungsersuchen vor sich her schiebt. Am 30.09.2005 waren es genau 2.953 unerledigte Ersuche.

Ohne auf Einzelheiten eingehen zu wollen: Der Rückstau besteht bei Dauerarresten, nicht bei Freizeit- oder Wochenendarresten und auch nicht bei Beugearresten. Die Wartezeit beträgt inzwischen bis zu sechs Monaten. Nach so langer Zeit ist eine wirksame Prävention nicht mehr möglich.

Auch die strafrechtliche Praxis mahnt diesbezüglich zu Recht durchgreifende Lösungen an. Es darf nicht sein, dass die langen Wartezeiten bei dem Jugendlichen den verhängnisvollen Eindruck hinterlassen, seine Gesetzesverstöße blieben ohne Konsequenzen.

Wir werden es nicht wie die Vorgängerregierung machen, die den Rückstand von 2002 bis 2004

von 1.500 auf sage und schreibe 2.500 hat ansteigen lassen. Inzwischen sind wir bei fast 3.000.

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch keine Ursachenforschung hinsichtlich des Überhangs in den Vollstreckungsersuchen. Ich habe mich mit den Leitern der fünf Jugendarrestanstalten zusammengesetzt. Glauben Sie mir: Bei 189 Arrestplätzen haben die den Überblick über die Ursachen. Die wissen, wie es aussieht.

Die Ursachen für den seit Jahren ansteigenden Rückstau sind nicht Ferien und Urlaubszeiten. Es sind auch keine Prognosen über Warnschussarrest, sondern schlicht die zu geringe Zahl von Arrestplätzen, gegen die bisher nichts unternommen worden ist.

Noch ein Wort zur Ausgestaltung: Die Klientel im Arrestvollzug ist zunehmend schwierig. Häufig handelt es sich um verhaltensgestörte und realitätsfremde Jugendliche, die eine Vielzahl von Problemlagen mit sich bringen. Deshalb darf es auch nicht um Wegschließen gehen. Vielmehr sind den Jugendlichen im Rahmen des Arrestvollzuges neben der Erfahrung, für ihre Tat konkret einstehen zu müssen, auch Hilfen in Bezug auf ihre schulischen und beruflichen Defizite, eine sinnvolle Freizeitgestaltung sowie soziales Training anzubieten. Darin stimmen wir überein, und dafür werden wir sorgen.

Ich möchte Sie jetzt über die bereits eingeleiteten Maßnahmen informieren. Zur Erreichung der Ziele „Verkürzung der Wartezeiten zwischen Verurteilung und Arrestantritt“ und „sukzessiver Abbau der hohen Zahl der unerledigten Vollstreckungsersuchen“ habe ich Folgendes veranlasst:

Ab dem 15. November 2005 wird in der Zweiganstalt Gerresheim der JVA Düsseldorf, die bisher für Zwecke der Untersuchungshaft genutzt wurde, Jugendarrest vollzogen. Die Einrichtung wird über etwa 60 Arrestplätze verfügen.

Nach Schaffung der organisatorischen und personalrechtlichen Voraussetzungen wird in der Einrichtung dauerhaft Jugendarrest gegen männliche Arrestanten vollstreckt.

Die Belegung wird ab dem 15. November 2005 sukzessive erfolgen. Bereits jetzt werden zu Arrest Verurteilte dorthin geladen.

Die Bestellung eines Vollzugsleiters für die neue Jugendarrestanstalt ist veranlasst.

Das Personal zum Betrieb der neuen Jugendarrestanstalt wird zur Verfügung stehen. Das bisherige Personal der Zweiganstalt Gerresheim wird größtenteils übernommen werden.

Die für einen erzieherisch ausgerichteten Jugendarrestvollzug erforderlichen Umbauplanungen sind abgeschlossen. Mit den Bauarbeiten ist begonnen worden.

Die namentlich für die Freizeitgestaltung und Erziehungsarbeit erforderlichen Ausstattungsgegenstände werden noch in diesem Haushaltsjahr beschafft.

Ich bin sehr dankbar dafür, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter meines Hauses, des Landesjustizvollzugsamtes Nordrhein-Westfalen und der Justizvollzugsanstalt Düsseldorf die Maßnahmen, die mit der Nutzungsänderung der Zweiganstalt Gerresheim verbunden sind, in aller Kürze so engagiert und konstruktiv in Angriff genommen haben.

Meine Damen und Herren, Statistiken zu Kriminalitätsentwicklung und Rückfall, die je nach Verfasser mal so mal so aussehen, sind mir bei der Bekämpfung der Jugendkriminalität ebenso wenig wichtig wie die Rechtssystematik.

Jedes Kind, jeder Jugendliche, das oder der deviantes Verhalten zeigt, hat Anspruch darauf, dass man ihm alle erzieherischen Hilfen gibt, die möglich und notwendig sind, um einer kriminellen Karriere vorzubeugen. Wenn alle Maßnahmen der Jugendhilfe und Diversion nicht ausgereicht haben, dann kann der Arrest eine Möglichkeit zur intensiven Einwirkung sein, die ambulant nicht möglich ist. Ich betone noch einmal: Wir werden die Maßnahmen der Jugendhilfe und Diversion dadurch nicht ersetzen, sondern im Gegenteil ebenfalls fördern.

Wenn die aber alle nicht geholfen haben, dann haben wir nach meiner festen Überzeugung die Pflicht, dem oder der Jugendlichen auch diese Hilfe in der Jugendarrestanstalt zu geben. Dazu kann auch die Einführung eines Warnschussarrestes gehören, der die Bewährungszeit einleiten und sinnvoll vorbereiten kann.

Das ist keine Frage von Härte oder Durchgreifen, sondern eine Frage von Verantwortung und Unterstützung junger Menschen für ein straffreies, geordnetes und erfolgreiches Leben. - Danke.

(Beifall von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Ministerin. - Frau Kollegin Düker, damit hat sich Ihre Zwischenfrage erübrigt. Es sind aber noch Redezeiten vorhanden. Gibt es noch Wortmeldungen? - Ich erteile dann für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Da meine Zwischenfrage, Frau Ministerin, nicht mehr zugelassen worden ist, möchte ich das gern in einem kleinen Wortbeitrag vortragen.

Wenn ich Sie richtig verstanden habe, dann teile ich Ihre These. Wenn jemand mit einer kriminellen Karriere vor dem Richter steht, dann hat das ja auch etwas damit zu tun, dass im Vorfeld eine ganze Menge schief gelaufen ist, sodass Sie berechtigt zu der These der Verzahnung von Jugendhilfe, Polizei und Justiz kommen. Die müssen Hand in Hand arbeiten.

Vor dem Hintergrund, liebe Antragsteller, Herr Giebels, kann ich nun überhaupt nicht verstehen, dass Sie diesen Antrag federführend im Rechtsausschuss - das ist ja noch in Ordnung - und mitberatend im Haushalts- und Finanzausschuss gestellt haben.

Herr Giebels, nach dieser Debatte müssen doch selbst Sie einsehen, dass dieser Antrag mindestens gleichberechtigt in den Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie - jetzt Generationenausschuss - gehört,

(Beifall von den GRÜNEN)

wenn dieser Ansatz, den die Ministerin vorgestellt hat, wirklich greift.

Ansonsten unterstelle ich Ihnen nach wie vor, dass es Ihnen bei diesen Maßnahmen eben nicht um den erzieherischen Gedanken geht, sondern wirklich nur ums Wegsperrn. Ändern Sie das nach dieser Debatte wenigstens und bringen Sie den Antrag auch noch in den Generationenausschuss ein! Da gehört er nämlich eigentlich hin.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. - Frau Kollegin Düker, darf ich das als Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auffassen, in den Beschlusstext aufzunehmen, dass der Antrag auch an den Ausschuss für Generationen, Familie und Integration überwiesen wird? Sind die Fraktionen damit einverstanden? - Das scheint der Fall zu sein. Jedenfalls sehe ich keinen Widerspruch.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt unter Berücksichtigung der gerade vorgenommenen Änderung die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/470** einschließlich des **Entschließungsantrags** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/534** an den **Rechtsausschuss** - federführend - sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss** und an den **Ausschuss für Ge-**

nerationen, Familie und Integration. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer damit einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Stimmenthaltungen? - Die Anträge sind damit einstimmig überwiesen.

Ich rufe auf:

8 Mobilität in NRW durch mehr Erdgasfahrzeuge sichern! - Sparsame, umweltschonende und ausgereifte Technologie unterstützen

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/466

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Kollegen Wißen für die SPD-Fraktion das Wort.

Bodo Wißen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben heute über den zweiten Nachtragshaushalt für unser Land diskutiert. Mit diesem Nachtragshaushalt ist eine erhebliche Neuverschuldung verbunden. Dabei wissen wir alle, dass Kreditaufnahmen Belastungen künftiger Generationen bedeuten.

(Zuruf)

- Danke.

Auch auf Bundesebene stehen heute Finanzfragen auf der politischen Agenda. Im Rahmen der rot-schwarzen Koalitionsverhandlungen tagt zu dieser Zeit die Arbeitsgruppe „Finanzen“ und versucht, sich auf Weichenstellungen zu einigen, die die schwierige Finanzlage des Staates künftig verändern sollen. Es geht hier um Einsparungen in Höhe von etwa 35 Milliarden €, die wir alle spüren werden.

Überall dort, wo wir unseren Beitrag zu Einsparungen leisten können, sollten wir, ja, müssen wir dies tun.

Neben dem fiskalischen Aspekt möchte ich jetzt auf die ökologische Dimension unseres Antrags verweisen. Schon häufiger haben wir uns hier mit der Belastung durch Feinstäube beschäftigt. Diese werden unter anderem auch durch den Verkehr verursacht. Viele hierzu diskutierte und eingeführte Maßnahmen betreffen unmittelbar den Verkehr. Dies gilt zum Beispiel für die Nachrüstung oder Ausrüstung mit Dieselpartikelfiltern

oder Straßensperrungen in hoch belasteten Städten.

In den vorangegangenen Debatten haben wir Sozialdemokraten darauf hingewiesen, dass diese Maßnahmen letztendlich zu kurz greifen. Es muss unser Bestreben sein, die Entstehung von Feinstaub zu verhindern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Sozialdemokraten denken ihre Verkehrspolitik aus Verbraucherperspektive. Daher sorgen wir uns um die ständig steigenden Mobilitätskosten für die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes. Die Benzinpreise haben einen historischen Höchststand erreicht. Alle Fachleute prognostizieren, dass sich die Preisspirale weiter drehen wird, und zwar leider nicht nach unten.

Unsere moderne Arbeitswelt ist auf flexible Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer angewiesen. Eine zentrale Voraussetzung für diese Flexibilität ist der motorisierte Individualverkehr. Bei aller Liebe zum öffentlichen Personennahverkehr kann dieser den motorisierten Individualverkehr zwar sinnvoll ergänzen, aber nicht ersetzen. Die Menschen und die Wirtschaft in unserem Land sind auf das Auto angewiesen. Jeder spürt täglich, dass die Kosten für diese Mobilität steigen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ein weiterer Gesichtspunkt betrifft die Automobilindustrie. Nordrhein-Westfalen ist ein erstklassiger Automobilstandort. In unserem Land werden Fahrzeuge nicht nur gefahren, sondern kreiert, getestet und gebaut. Namhafte Fahrzeughersteller haben Entwicklungs- und Produktionsstätten in Nordrhein-Westfalen. Hier muss der Kontakt zwischen Wissenschaft, Politik und Industrie intensiviert werden, um teure Fehlentwicklungen zu vermeiden.

Das Beispiel Dieselpartikelfilter hat diese Kommunikationsmissstände in Deutschland gezeigt. In Frankreich etwa hat die Automobilindustrie schnell und umfangreich die Dieselpartikelfiltertechnologie zur Serienausstattung ihrer Fabrikate gemacht. In Deutschland dagegen ist dieses Thema immer noch auf der politischen Agenda und anscheinend nur mit entsprechenden Förderanreizen des Staates sinnvoll umzusetzen.

Hierzu hat der Staat jedoch auf absehbare Zeit keine Mittel mehr. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Steuerzahler für Versäumnisse aufkommen soll, die er nicht verursacht hat.

Wenn Sie mir bis jetzt gut zugehört haben, werden Sie sich vielleicht fragen, was die aufgezählten Aspekte eigentlich mit Erdgasfahrzeugen zu tun haben. Wenn Sie aber nicht nur zugehört,

sondern auch mitgedacht und unseren Antrag gelesen haben, dann können Sie sich die Frage selbst beantworten.

Für alle anderen kommt hier die Lösung: Der Erdgasantrieb ist vielfältig einsetzbar, in erheblichem Umfang kostensparend, umweltschonend und als ausgereifte Technologie direkt verfügbar. - Damit möchte ich andere verfügbare Antriebstechniken nicht in Abrede stellen. Ich möchte vielmehr die Vorteile von Erdgasfahrzeugen herausstellen. Es macht Sinn, über den verstärkten Einsatz von Erdgasfahrzeugen nachzudenken und dafür zu werben. Dazu dient dieser Antrag.

Finanzpolitiker und der Finanzminister sollten diesen Ansatz unter der Perspektive der Kosteneinsparung beleuchten. In vielen öffentlichen Bereichen findet der Erdgasantrieb Verwendung: seien es Polizei-, Kurier-, Sonderfahrzeuge, seien es Müllwagen, Servicewagen, Taxen, Busse oder Kleintransporter, die diese Technik benutzen. Die Erfahrungen mit dem Einsatz dieser Antriebstechnologie sind durchweg positiv.

Nehmen wir daher die Fahrzeugflotte des Landes als Grundlage und berücksichtigen die zum Teil erheblichen jährlichen Kilometerleistungen. Die etwas erhöhten Anschaffungs- oder Leasingkosten werden sich schnell amortisieren. Eine Einsparung in mehrstelliger Millionenhöhe wäre möglich.

Diese öffentlichen Fahrzeuge sind meist auch in umweltsensiblen Bereichen unterwegs. Das Engagement zugunsten des Erdgasantriebs wäre auch hier äußerst hilfreich.

So kommen nachhaltige Finanzpolitik und ökologische Flottenbewirtschaftung zusammen.

Nicht zuletzt durch die Nachfrage der Automobilindustrie kann ein wichtiger Impuls zugunsten der dort bereits vorhandenen Produktionsserien gegeben werden.

Wir sind der Auffassung, dass es sich lohnt, den Einsatz von Erdgasfahrzeugen zu forcieren. Daher bitte ich Sie um Zustimmung zur Überweisung in den Ausschuss für Bauen und Verkehr. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Wißen. - Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Kollege Burkert das Wort.

Oskar Burkert (CDU): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Verknappung von Mineralöl und die daraus resultierenden großen Kostensteigerungen zwingen die Autofah-

rer, sich nach kostengünstigen Treibstoffen umzusehen.

Der ADAC und andere Institutionen haben die Kraftstoffkosten im Vergleich zu Alternativenergien ermittelt. Zum Beispiel können wir mit 20 € bei einem Erdgaspreis von 70 Eurocent rund 520 km fahren. Die gleichen 20 €, eingesetzt für Diesel, ergeben eine Strecke von ungefähr 350 km und, eingesetzt für Benzin, circa 240 km.

Seit einigen Jahren hat sich die Automobilindustrie verstärkt um den Einsatz alternativer Kraftstoffe bemüht. Es gibt Umrüstsätze für Bioethanol, Biodiesel, Erdgas und Flüssiggas.

Nach der ersten Energiekrise in den 70er-Jahren haben viele Pkw-Besitzer ihre Fahrzeuge auf Flüssiggasantriebe umgerüstet. Allerdings konnten sich diese Fahrzeuge nicht nachhaltig durchsetzen, da die Tankstellenversorgung große Lücken aufwies. In Deutschland gibt es heute eigentlich nur noch auf einer Strecke eine einigermaßen gute Versorgung mit Flüssiggas, auf der Ferienroute von der holländischen Grenze nach Süddeutschland entlang der A 61.

Die damals eingesetzten flüssiggasbetriebenen Fahrzeuge waren ausschließlich bivalent ausgerüstet. Seit einigen Jahren betreiben vor allem die Erdgaslieferanten die Förderung von erdgasbetriebenen Kraftfahrzeugen, die in der Regel ebenfalls bivalent betrieben werden können, also sowohl mit Erdgas als auch mit Benzin.

Zurzeit werden von den Vertreibern von Erdgas - in der Regel die Stadtwerke in Verbindung mit den Tankstellenunternehmen - Tankstellen in ganz Deutschland mit Erdgaszapfsäulen versehen. In Nordrhein-Westfalen gibt es derzeit circa 100 Tankstellen. Bis zum Jahre 2007 soll das Tankstellennetz auf 200 Tankstellen in Nordrhein-Westfalen erweitert werden.

Eine Vielzahl von Neueröffnungen sorgte bisher bundesweit für über 600 Erdgastankstellen, davon mehr als die Hälfte als öffentliche Markentankstellen. Bis zum Jahre 2007 sollen es 1.000 sein. In den Städten wird der Autofahrer dann alle 5 km eine Erdgastankstelle erreichen, in Mischgebieten alle 10 bis 15 km und auf dem Land alle 20 bis 25 km.

In anderen europäischen Ländern ist der Einsatz von erdgasbetriebenen Kraftfahrzeugen deutlich stärker ausgeprägt. In Italien zum Beispiel werden seit 60 Jahren erdgasbetriebene Fahrzeuge eingesetzt. Auch in anderen Ländern der Erde steigt der Zuspruch für den Einsatz von erdgasbetriebe-

nen Fahrzeugen. Zurzeit werden in Deutschland etwa 40.000 Fahrzeuge mit Erdgas betrieben.

Ein großer Vorteil der erdgasbetriebenen Fahrzeuge liegt in der Reduzierung des Schadstoffausstoßes von bis zu 80 % gegenüber Benzin- und Dieselfahrzeugen und, wie bereits erwähnt, in den günstigen Betriebs- und Treibstoffkosten.

Der nächste Vorteil: Die Erdgasressourcen sollen nach heutigem Kenntnisstand noch bis zu 160 Jahre reichen.

Die Anschaffungskosten eines erdgasbetriebenen Fahrzeugs liegen circa 1.500 bis 3.500 € höher. Aufgrund der günstigen Kraftstoffkosten amortisiert sich die Anschaffung ab 20.000 km im Jahr. Allerdings ist eine nachträgliche Umrüstung auf Erdgas erheblich teurer. Experten empfehlen die Umrüstung nur bei Neufahrzeugen, die dann bivalent betrieben werden sollten. Monovalent betriebene Fahrzeuge haben heute noch den Nachteil, dass für sie zurzeit kein flächendeckendes Tankstellenversorgungsnetz, vergleichbar mit Benzin, existiert.

Seit Mitte der 90er-Jahre haben sich die Gasversorger und die Kraftfahrzeugindustrie auf den Antriebsstoff Erdgas fokussiert. Viele Aktionsgemeinschaften - etwa aus Herstellern, Produzenten - arbeiten im Augenblick an Informationen, die den PKW-Fahrern ausreichende Sicherheit beim Einsatz von erdgasbetriebenen Fahrzeugen geben und die Akzeptanz fördern.

Hier muss sich nicht die Politik beziehungsweise die Landesregierung einmischen und vermeintlich bessere Vorschläge machen. Diese Regierung ist zur Landtagswahl am 22. Mai angetreten, den Bürgern mehr Verantwortung zu geben, Eigeninitiative zu fördern.

Ein wichtiges Ziel dieser Koalition der Mitte ist die Beseitigung von Überregulierungen und unnötiger Bürokratie. Sie entmündigen die Menschen, sie beeinträchtigen die Kreativität, die Neugier, die unternehmerische Findigkeit, die Lust zur Innovation und das solidarische Handeln der Menschen. Genau diese Eigenschaften haben Industrie, Versorger und Kfz-Nutzer in eindeutiger Weise gerade beim Betrieb von Erdgasfahrzeugen unter Beweis gestellt.

Wir müssen nicht immer die schlauerer Informationen geben; denn meist sind es nicht die richtigen. Die Politik hat die Aufgabe, Rahmenbedingungen zu setzen, die dazu dienen, dem Bürger Handlungsspielräume zu geben, in denen er Ideen und Technologien umsetzen kann.

Das Wichtigste für die erdgasbetriebenen Fahrzeuge waren die Rahmensetzungen für die Markteinführung von Erdgas als Kraftstoff durch die Bundesregierung, nach denen der Mineralölsteuersatz bis 2020 gesetzlich fixiert ist. Schaffen wir, wenn nötig, neue Rahmenbedingungen für die Landwirtschaft, Biogastankstellen einzurichten! Denn Erdgasfahrzeuge können auch mit Biogas betrieben werden. Damit ist der neue Landenergiewirt geboren.

Der Industrie, den Versorgern, den Kfz-Nutzern zusätzlich politische Ratschläge zu geben, ist überflüssig. Der mündige Bürger, die mündige Industrie und der mündige Versorger wissen nach gesetzten Rahmenbedingungen viel besser, wie sie Zukunft gestalten.

Ich denke, deshalb, liebe SPD, wurden Sie am 22. Mai abgewählt. Sie sollten den schon erfolgreich angefahrenen Erdgaszug nicht mehr aufhalten. Das Anfahrtsignal haben Sie in den letzten Jahren offensichtlich verschlafen.

Wir benötigen keine Fachkongresse, wie im Antrag gefordert, wir brauchen keinen runden Tisch mit der Automobilindustrie, den Energieversorgern, der Mineralölindustrie und den Tankstellenbetreibern für eine geeignete Öffentlichkeitsarbeit.

Meine Damen und Herren von der SPD, an dem Tisch würden Sie alleine sitzen, denn Automobilindustrie, Energieversorger, Tankstellenbetreiber und PKW-Besitzer haben diese Ziele längst erreicht. Die Menschen - auch in Nordrhein-Westfalen - können viel mehr, wenn man sie nur lässt.

Hier scheint die Politik in der letzten Legislaturperiode den Einsatz von Erdgas verschlafen zu haben. Heute merkt die SPD, dass es da noch etwas gibt. Aber das, was Sie in diesem Antrag möchten, ist längst erreicht worden. Die Menschen sind doch schlauer, als die SPD glaubt.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Burkert. - Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kollege Priggen das Wort.

Reiner Priggen (GRÜNE): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Grundsätzlich: Ich finde den Antrag, den die sozialdemokratische Fraktion vorgelegt hat, in der Sache gut und richtig, aber er hat einen Schwachpunkt, auf den ich gleich noch eingehen werde.

Allerdings finde ich das, was Kollege Wißen zum Verfahren gesagt hat, nicht nachvollziehbar. Ich

war irritiert, dass Sie wieder davon gesprochen haben, dass dieser Antrag ausschließlich im Verkehrsausschuss behandelt werden soll. Mir leuchtet nicht ein, warum er nicht federführend im Wirtschaftsausschuss und im Umweltausschuss sowie im Verkehrsausschuss mitberatend behandelt werden soll, denn das Thema ist eindeutig übergreifend.

Ich will die positiven Aspekte wie Immissionsgesichtspunkte, technische Verfügbarkeit usw., die in Teilen Kollege Burkert aufgeführt hat, nicht noch einmal ansprechen, denn ich glaube, dass darüber Konsens besteht. Auch darüber, dass die Automobiltechnik auf Erdgasbasis wegen der Verteuerung und Verknappung beim Öl eine Bereicherung sein kann, müsste es Konsens geben.

Herr Kollege Burkert, ich habe eines nicht verstanden und bitte deshalb um Aufklärung: In Ihrem Koalitionsvertrag steht, dass Sie sich als neue Koalition für schadstoffärmere und kraftstoffsparende Fahrzeuge einsetzen wollen. Der Vorstoß ist in der Sache richtig, und Sie unterstützen ihn offenbar auch in der Sache.

Warum sagen Sie dann aber immer wieder: Politik soll sich nicht einmischen. Warum haben Sie es dann in den Koalitionsvertrag geschrieben? Wir würden gerne wissen, wie Sie Ihren Koalitionsvertrag in der Formulierung umsetzen wollen, wo offensichtlich ist, dass von der SPD und von uns betreffend eines emissionsärmeren Fahrzeugs, weniger Treibstoffverbrauch, Herstellung in Nordrhein-Westfalen kein Widerspruch kommt.

Jedes Mal, wenn ein Vorschlag zur Debatte eingebracht wird - letztes Mal von uns mit einem Antrag zur Autoindustrie, jetzt von den Kollegen von der SPD -, sagen Sie: Das ist nicht Sache der Politik. In der gleichen Debatte - deswegen finde ich das so widersprüchlich - sagen Sie: Die Rahmenbedingungen sind mit der Steuerbefreiung bei Gas bis 2020 durch Berlin gesetzt worden, und es ist entscheidend, dass ich Rahmenbedingungen setze, damit die anderen handeln können. Deswegen verstehe ich es nicht.

Wir haben im Wirtschaftsausschuss darüber geredet, mit allen Ausschüssen zusammen eine größere Anhörung mit der Automobilindustrie durchzuführen, weil es ein Thema ist, wo wir hoffen, in einem größeren Konsens mit der Industrie Schritte nach vorne gehen zu können.

Dieses Hin und Her bei Ihnen, auf der einen Seite richtige Perspektiven aufzuzeigen, und auf der anderen Seite so defensiv zu sein und zu fordern, da müsse sich die Politik heraushalten, kann ich nicht nachvollziehen. Setzen Sie um, was dort

drinsteht, und lassen Sie uns mit der Automobilindustrie darüber reden. Dazu liefert dieser Antrag einen vernünftigen Beitrag.

Herr Kollege Burkert, Sie haben einen Aspekt angesprochen, der im Antrag fehlt. Wenn wir auf breiterer Ebene in die Gasanwendung bei Fahrzeugen einsteigen, dann haben wir in der weiteren Folge die Chance, Biogas in kleineren Bereichen als eine Möglichkeit, als Ergänzung, als Alternative zu teurer werdenden Mineralölen einzusetzen. Das braucht lange Zeit, aber um das hinzubekommen, ist ein vernünftiges Netz an Fahrzeugen und Tankstellen hilfreich.

Insofern ist das ein positiver Aspekt. Und den können wir nur verwirklichen, wenn wir mit der Industrie und mit allen, die tätig werden wollen, politisch die Rahmenbedingungen schaffen. Deswegen verstehe ich diese defensive Haltung nicht. Wir können eine Anhörung machen, wir können zusammen einen Fachkongress machen. Das ist auch für das Parlament nicht verkehrt. Darin ist viel Positives enthalten.

Jetzt zu dem Punkt, den ich etwas kritisch finde. In dem Antrag der SPD heißt es unter fünftens: Wir haben ein schnell wachsendes Netz von mittlerweile 600 Erdgastankstellen. Wenn man sich selber damit befasst hat, ob das für einen eine Alternative ist, dann sage ich Ihnen: Genau das ist das Hindernis. Jeden Tag zwei Tankstellen mehr. Wenn wir uns angucken, wie dicht das normale Tankstellennetz ist, dann sind 600 und auch 1.000 Tankstellen ein entscheidender Hinderungsgrund.

Ich will es konkret sagen: Es besteht zurzeit an keiner Autobahntankstelle in Nordrhein-Westfalen die Möglichkeit, Erdgas zu tanken. Wenn ich von Aachen zu einem Termin nach Minden-Lübbecke und zurück muss, dann müsste ich zu Hause und in Minden-Lübbecke tanken und auf dem Rückweg wieder zu Hause tanken.

(Zurufe von der SPD: Das sind 250 km!)

- Sie haben 250 km, aber von Aachen nach Minden-Lübbecke sind es ca. 300 km. Wenn Sie nicht auf der Autobahn tanken können, ...

(Zurufe von der SPD)

- Vorsichtig! Sie tanken zu Hause und auf dem Rückweg. Aber die Autobahn zu verlassen und mit dem Navigationssystem zehn Minuten zu suchen, das macht doch kein Mensch, der seine Zeit nicht irgendwo umsonst findet.

(Zurufe von der SPD)

Darüber werden wir auch keinen Dissens haben. Deswegen wäre ein Punkt, auf den man sich verständigen und der eine Initiative der Landesregierung auslösen könnte: Bundesregierung ansprechen - da sind Sie demnächst alle zusammen tätig - mit der Aufforderung: Sinnvollerweise das Autobahntankstellennetz als erstes versorgen, weil das das Netz ist, über das der meiste Verkehr geht und wo ich, wenn ich größere Strecken zurücklege, weiß, dass ich 24 Stunden rund um die Uhr, ohne suchen zu müssen, eine Möglichkeit habe, mich zu versorgen. Deswegen finde ich Ihre diesbezügliche Darstellung etwas zu beschönigend.

Ich wünsche mir, dass man bei den Forderungen genau das mit aufnimmt, denn dort lässt sich aus meiner Sicht relativ einfach etwas erreichen, weil es möglich sein müsste, dafür zu sorgen, dass das große Netz der Bundesautobahntankstellen Zug um Zug als erstes ausgebaut wird. Die Akzeptanz wird deutlich steigen, wenn ich nicht in jeder Stadt Umwege machen muss, um irgendwo noch etwas zu finden.

Ich wünsche mir, dass wir im Obleutegespräch, hergeleitet aus dem Wirtschaftsausschuss, die Frage klären, ob wir nicht eine Anhörung anberaumen, um mit der Industrie, mit den Gewerkschaften und mit den Leuten, die in Nordrhein-Westfalen in diesem Sektor beschäftigt sind, darüber zu reden; nicht um vorzuschreiben, sondern dort, wo Konsens herrscht, zu diskutieren, ob man nicht Schritte einleiten kann, die erfolgreich sind. Diese Möglichkeiten sehe ich. Ich bitte die Kollegen von der CDU, Ihre defensive Haltung zu überdenken.

Sie sollten uns einmal erklären - Kollege Rasche wird das sicher gleich tun -, wie Sie konkret die in Ihrem Koalitionsvertrag enthaltene Absicht umsetzen wollen und ob nicht der Vorschlag von uns und von der SPD, eine Anhörung durchzuführen, hilfreich sein kann, statt immer wieder zu sagen, Politik müsse sich heraushalten. - Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Priggen. - Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Kollege Rasche das Wort.

Christof Rasche^{*)} (FDP): Frau Präsidentin! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Der Verkehr in Deutschland hängt heute zu 97 % von Öl ab. Angesichts der weltweit steigenden Konkurrenz um diesen knappen Rohstoff und der damit einhergehenden Preissteigerungen lohnen sich natürlich

die Anstrengungen zur Erforschung und Verbreiterung von alternativen Kraftstoffen.

Deutschland hat beim Einsatz alternativer Antriebstechniken und Kraftstoffe eine Vorreiterstellung. Diese wollen wir erhalten und nach Möglichkeit weiter ausbauen. Die EU-Kommission verfolgt das Ziel, dass die alternativen Kraftstoffe bis 2020 europaweit einen Marktanteil von 20 % erreichen. Das ist ein sehr ehrgeiziges Ziel, bei dem im Verlauf der nächsten Jahre regelmäßig und genau überprüft werden muss, was denn nun technologisch machbar und wirtschaftlich darstellbar ist.

Leider, meine Damen und Herren, beschränkt sich der Antrag der SPD-Fraktion auf eine einzige Technologie: den Erdgasbetrieb. Diese Verengung ist problematisch, weil auch Erdgas eine international begrenzte Ressource ist, die Quellen in aktuellen und potenziellen Spannungsgebieten liegen und zudem der Ausstoß an Treibhausgasen auch bei diesem Kraftstoff immer noch sehr hoch ist.

Vor diesem Hintergrund müssen auch andere Technologien in den Blickwinkel genommen werden. So liefern vor allem die Wasserstoff- und die Brennstoffzellentechnologie viel versprechende Ansätze, um die Alternativen für die Verwendung von Öl zu finden. Unter Klimaschutzgesichtspunkten, Herr Priggen - da liegen wir gar nicht weit auseinander -, bietet sich bei diesen Technologien sogar die Chance auf die Einführung eines Null-Emissions-Autos.

Zu den konkreten Inhalten des Antrags der SPD-Fraktion ist Folgendes zu sagen:

Erstens. Auch wir halten eine weiter steigende Verbreitung von Erdgasfahrzeugen für wünschenswert. Wenn es vernünftige Vorschläge gibt und Diskussionen erforderlich sind, sind wir dazu bereit, diese Gespräche zu führen.

Zweitens. Schon in der Vergangenheit hat es sich aus verschiedenen Gründen als sehr schwierig erwiesen, die landeseigene Fahrzeugflotte auf Erdgasbetrieb umzustellen. Das müssten Sie eigentlich als Antragsteller wissen. Insofern ist es schon bemerkenswert, dass die neue Landesregierung zu etwas aufgefordert wird, was schon bei der alten Landesregierung nicht möglich war.

Drittens. Die im Antrag geforderte Öffentlichkeitsarbeit gibt es bereits seit 2002 in Form der Initiative „Rhein-Ruhr gibt Gas“, in der alle relevanten Akteure beteiligt sind, die sich auch sehr aktiv betätigen.

Viertens. Auch die Forderung, Erdgasfahrzeuge bei der ÖPNV-Fahrzeug-Förderung zu berücksichtigen,

läuft ins Leere. Denn eine entsprechende Förderung gibt es bereits heute.

Schließlich, meine Damen und Herren, bedarf es auch keiner Aufforderung an die Landesregierung, Gespräche mit den Transport- und Logistikverbänden zu führen. Dieses geschieht auch ohne Ihre Aufforderung. Über die Ergebnisse wird die Energieministerin im zuständigen Ausschuss sicherlich gerne informieren.

Wir freuen uns auf die Beratung im Ausschuss und blicken gespannt auf den Wirtschaftsausschuss, der sich federführend mit einem Antrag zum Thema „kraftstoffsparende Technologien“ beschäftigt.

Herr Priggen, wir sind einer Auffassung: Die Federführung bei diesem Antrag hätte eigentlich beim Wirtschaftsausschuss liegen müssen. Die SPD möchte das nicht. Die SPD möchte beide Verfahren voneinander trennen. Sie ist der Antragsteller, also gehen wir diesen Weg. Wir sollten aber in den zuständigen Ausschüssen gemeinsam die Gesamthematik besprechen und uns nicht nur auf Erdgas beschränken. - Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. - Als nächster Redner hat Herr Minister Uhlenberg für die Landesregierung das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion nimmt die massiv steigenden Kraftstoffpreise zum Anlass für die Forderung, die Mobilität in Nordrhein-Westfalen durch den vermehrten Einsatz von Erdgasfahrzeugen zu sichern.

In dem Antrag wird eine umfängliche Bestandsaufnahme der derzeitigen Situation bezüglich der Verwendung von Erdgas im Verkehrsbereich vorgenommen, und die Vorteile des Einsatzes von Erdgas als Kraftstoff werden beschrieben.

Die formulierten Forderungen an die Landesregierung dienen dabei dem Ziel, die Informationen über die Technologie Erdgas im Verkehr fortzuführen und weiter auszubauen sowie den Einsatz von erdgasbetriebenen Fahrzeugen zu verstärken.

Der Antrag, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, verweist auch darauf, dass die Bundesregierung Erdgasfahrzeuge durch einen bis Ende 2020 festge-

schriebenen günstigen Mineralölsteuersatz fördert und auch die Europäische Kommission die europaweite Einführung von Erdgas als Kraftstoff unterstützt.

Im Einklang mit den politischen Vorgaben der Europäischen Kommission, die bis zum Jahre 2020 ca. 20 % der herkömmlichen Kraftstoffe durch alternative Kraftstoffe ersetzen möchte, wobei Erdgas ca. die Hälfte des Gesamtanteils der alternativen Kraftstoffe zu übernehmen hat, wurde vom Energieministerium Nordrhein-Westfalen bereits im Sommer des Jahres 2002 die Informationsinitiative „Rhein-Ruhr gibt Gas“ gegründet. Die Initiative hat das Ziel, eine stärkere Verwendung von Erdgas im Verkehr zu erreichen. Sie dient dabei auch als Instrument zur Umsetzung der Vorgaben aus dem Klimaschutzkonzept des Landes Nordrhein-Westfalen.

In dieser Landesinitiative sind alle relevanten Marktpartner - ich glaube, das ist wichtig für eine solche Initiative, meine Damen und Herren - aus der Automobilwirtschaft, der Erdgaswirtschaft, der Mineralölwirtschaft sowie die relevanten Verbände einschließlich des ADAC und der Energieagentur Nordrhein-Westfalen eingebunden und arbeiten unter anderem in dem eingerichteten Lenkungs-kreis der Initiative vertrauensvoll zusammen.

In den vergangenen ca. drei Jahren des Bestehens dieser Initiative wurde von ihr eine Vielzahl von Aktionen initiiert, die die Verbreitung von Kenntnissen über die Themen Erdgas im Verkehr, Erdgastankstellen - ein wichtiges Thema, auf das der Kollege Priggen eben hingewiesen hat - und Erdgasfahrzeuge maßgeblich vorangebracht. Beispielsweise sei nur darauf hingewiesen, dass in dieser Zeit eine in zwei Auflagen gedruckte Informationsbroschüre mit der Anzahl von 80.000 Exemplaren komplett hier bei uns verteilt worden ist.

Meine Damen und Herren, ich kann und will hier keine komplette Auflistung über die durch die Initiative initiierten Aktionen geben. Wesentliche Angebote dieser Initiative sind die schon erwähnte Informationsbroschüre, die in einer Größenordnung von 80.000 Stück vorliegt, das Internetangebot, das schon über 140.000 Zugriffe allein auf die Erdgasseiten verzeichnen konnte, die Schulung von Multiplikatoren, das Seminarangebot für Endverbraucher und der Betriebskostenrechner mit allein in diesem Jahr schon über 63.000 Zugriffen.

Hinweisen möchte ich auch noch auf die starke Medienpräsenz, die die Arbeit der Initiative sowohl in den Printmedien als auch in Funk und Fernsehen bewirkt hat. Zuletzt ist im vergangenen Sommer eine umfangreiche Berichterstattung über eine

Pendleraktion der Initiative im WDR ausgestrahlt worden. Dies war bereits die zweite Aktion, die im Westdeutschen Rundfunk gelaufen ist, nachdem eine Sendung über eine Urlaubsfahrt mit einem Erdgasauto im letzten Jahr große Aufmerksamkeit erregt hat.

Meine Damen und Herren, weil die Arbeit der Landesregierung insbesondere in den letzten Monaten so erfolgreich ist und ein starkes Interesse an der Unterstützung erdgasbetriebener Fahrzeuge existiert, ist bis auf Weiteres die Fortführung dieser Initiative vorgesehen. Womit man erfolgreich angefangen hat - also die Weitergabe von Informationen -, sollte man nicht abbrechen, sondern weiterführen. Dabei wird die Landesregierung aber auch sorgfältig die Entwicklung in anderen Bereichen des Kraftstoffmarktes beobachten.

Lassen Sie mich nur noch kurz auf die im Antrag formulierten Aufforderungen an die Landesregierung eingehen. Die landeseigene Fahrzeugflotte wird wesentlich auf Leasingbasis - das habe ich inzwischen auch schon erlebt - mit längerfristigen Vertragslaufzeiten von mehreren Jahren betrieben; darauf hat auch schon Kollege Rasche hingewiesen. Darüber hinaus ist das Angebot an Fahrzeugen mit Erdgasantrieb in einigen für die Landesflotte bedeutsamen Bereichen - etwa in der Pkw-Mittel- und Oberklasse - nach wie vor dürrig bzw. fehlen Fahrzeuge völlig. Deshalb gestaltete sich die Umsetzung dieser Forderung, die ja bereits in der Vergangenheit vom Energieministerium Nordrhein-Westfalen angedacht war, sehr schwierig. Dies wird auch in naher Zukunft aus den erwähnten Gründen wahrscheinlich so bleiben.

Die geforderte Öffentlichkeitsarbeit wird durch die Landesinitiative „Rhein-Ruhr gibt Gas“ erfolgreich geleistet, was nicht zuletzt an den gestiegenen Zahlen an öffentlich zugänglichen Erdgastankstellen und vor allem an der Anzahl der zugelassenen erdgasbetriebenen Fahrzeuge abzulesen ist. Trotzdem ist der Ausbau des Netzes der Erdgastankstellen ein ganz wichtiger Meilenstein, damit wir in dieser Frage überhaupt weiterkommen.

Bei der ÖPNV-Fahrzeugförderung werden die mit einer Mehrausstattung mit Erdgasantrieb verbundenen Mehrkosten anteilig berücksichtigt. Eine komplette Übernahme der Mehrkosten durch die Fahrzeugförderung ist unter Berücksichtigung der Lage des Landeshaushaltes nicht möglich. Es sei mir der Hinweis gestattet, dass sie auch nicht erforderlich ist, weil durch die niedrigen Kraftstoffpreise auch so eine Amortisierung möglich ist.

Im Rahmen der Initiative ist eine Vielzahl von Gesprächen mit unterschiedlichen Wirtschaftsbereichen geführt und eine große Zahl von Weiterbildungsangeboten über Seminare umgesetzt worden. Fachkongresse haben in der Vergangenheit sowohl mit dem ADAC als auch mit dem Projektpartner im Rahmen der Messe „Energy Award“ in Essen stattgefunden. Die Durchführung eines weiteren Fachkongresses - wiederum in Partnerschaft mit dem ADAC - wurde im Lenkungskreis der Initiative vereinbart und wird auf den Weg gebracht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Sie sehen, dass das Land Nordrhein-Westfalen bei der Sicherung der Mobilität über den verstärkten Einsatz von Erdgasfahrzeugen gut aufgestellt und auf dem Weg bereits ein gutes Stück vorangekommen ist.

Zum Antrag der SPD-Fraktion ist zusammenfassend festzustellen, dass er genau auf die Kernaufgabe der Initiative „Rhein-Ruhr gibt Gas“ passt. Im Rahmen der Arbeit dieser Initiative - ich denke, dass ich sie umfassend dargelegt habe - werden die Inhalte und Forderungen des hier von der SPD vorgelegten Antrages bereits seit Mitte 2002, also seit über drei Jahren, Herr Kollege, im Wesentlichen vorangetrieben und umgesetzt.

Das war offensichtlich der SPD-Fraktion oder ihren neuen Abgeordneten nicht bekannt. Deswegen ist es sinnvoll, dass man sich mit älteren Kollegen unterhält, weil man es vielleicht nicht gelesen hat. Wie auch immer: Diese Initiativen sind schon von der früheren Landesregierung auf den Weg gebracht worden. Unter diesem Gesichtspunkt kann man sagen, dass der Antrag der SPD eigentlich schwer nachvollziehbar ist. Aber man kann ihn ja auch anders betrachten; denn es ist kein Fehler, wenn über dieses Thema wieder einmal geredet wird und es dazu eine Plenardebatte gibt. Inhaltlich war der Antrag der SPD-Fraktion also eigentlich nicht notwendig; denn die beschriebenen und geforderten Maßnahmen werden durch „Rhein-Ruhr gibt Gas“ bereits durchgeführt.

Die Landesregierung wird die Initiative „Rhein-Ruhr gibt Gas“ bis auf Weiteres fortführen. Ich halte das für ganz entscheidend, damit wir in der Sache weiterkommen. Wir werden aber die Wirksamkeit der Maßnahmen in kürzeren Abständen überprüfen und dabei sowohl die Technologie als auch die Marktentwicklung für diese Antriebsart im Dialog mit den beteiligten Akteuren kritisch beobachten und unseren Kurs gegebenenfalls anpassen.

Meine Damen und Herren, das Parlament entscheidet darüber, in welche Ausschüsse dieser Antrag überwiesen wird. Der Landesregierung erscheint es sinnvoll, dass er federführend an den Wirtschaftsausschuss geht, so, wie es der Wunsch des Antragstellers ist. Aber die ebenfalls betroffenen Ausschüsse für Umwelt und Verkehr sollten beteiligt werden. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister. - Ich habe noch eine Wortmeldung des Kollegen Fehring.

(Hubertus Fehring [CDU]: Meine Damen und Herren! Den Ausführungen des Ministers habe ich nicht mehr viel hinzuzufügen - vielleicht noch den Aspekt des Pflanzenöls.)

- Wenn Sie etwas zu sagen haben, bitte ich Sie, zu dem dafür vorgesehenen Platz zu gehen. Herr Fehring, Sie haben das Wort.

Hubertus Fehring (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Meine Vorredner haben schon sehr ausführlich vorgetragen, Zahlen genannt. Auch der Antrag der SPD-Fraktion ist sehr ausführlich und enthält viele Zahlen. Aber der Aspekt des Pflanzenöls wurde nicht angesprochen.

Ich will jetzt nicht mehr meinen ganzen Vortrag halten, sondern der Debatte nur den Gesichtspunkt Pflanzenöl hinzufügen. Herr Wißen hat zu Recht gefordert: Wenn die Landesflotte schon auf andere Fahrzeuge umgerüstet werde, dann gleich auf solche, die mit Pflanzenöl fahren. Auch Autogas ist ein fossiler Brennstoff und damit endlich. Also: Wenn schon umrüsten, dann bitte eine Umrüstung auf Pflanzenöl! Dann hat auch die heimische Landwirtschaft etwas davon, und die Wertschöpfung bleibt im Land. Das Thema kennen Sie. Ich bitte Sie, diesen Aspekt hinzuzufügen - da bin ich mit Herrn Priggen einer Meinung -, dann kommen wir gemeinsam voran. - Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Fehring. - Wir sind damit am Schluss der Beratung zu diesem Antrag.

Ich habe hier zwar mehrere Empfehlungen und Wünsche gehört, doch darüber nachzudenken, den Antrag federführend an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zu überweisen. Aber die antragstellende Fraktion beantragt -

und traditionell ist der Ältestenrat dem gefolgt - die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/466** an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** - federführend. Nach einer Vereinbarung der Fraktionen soll der Antrag zudem an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie** sowie an den **Ausschuss für Umweltschutz und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** überwiesen werden. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer mit dieser Überweisungsempfehlung einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Überweisungsempfehlung mit den Stimmen aller Fraktionen angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen damit zu:

9 Berufung von Mitgliedern in das Kuratorium der Stiftung „Kunstsammlung NRW“

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/475 - Neudruck

Eine Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt ist nicht vorgesehen.

Wir kommen daher unmittelbar zur Abstimmung über diesen Wahlvorschlag. Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist der **Wahlvorschlag Drucksache 14/475 - Neudruck** - mit den Stimmen aller vier Fraktionen **angenommen**.

Als Nächstes kommen wir zu:

10 Volksinitiative gemäß Artikel 67 a der Landesverfassung: „Öffnung der Videotheken an Sonn- und Feiertagen“

Unterrichtung
durch die Präsidentin
(Beschlussfassung des Landtags)
Drucksache 14/240

Die Prüfung der Unterlagen hat ergeben, dass die Volksinitiative die Voraussetzungen, insbesondere die Beibringung von mehr als 66.152 Unterschriften, erfüllt hat. Nach § 4 Abs. 1 des Gesetzes über das Verfahren bei Volksinitiative, Volksbegehren und Volksentscheid hat der Landtag hierüber Beschluss zu fassen.

Eine Debatte ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über die Feststellung, dass die Voraussetzungen gegeben sind. Ich frage, ob es Gegenstimmen gibt. - Enthaltungen? - Die Feststellung Drucksache 14/240 ist einstimmig angenommen. Der **Antrag auf Befassung des Landtags mit dem Gegenstand der Volksinitiative** ist damit rechtswirksam **zustande gekommen**.

Als Nächstes kommen wir zu:

11 Staatsvertrag zur Änderung des Staatsvertrages über die Bereitstellung von Mitteln aus den Oddset-Sportwetten für gemeinnützige Zwecke im Zusammenhang mit der Veranstaltung der FIFA Fußball-Weltmeisterschaft Deutschland 2006

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Art. 66 Satz 2
der Landesverfassung
Drucksache 14/110

Beschlussempfehlung und Bericht
des Hauptausschusses
Drucksache 14/306

zweite Lesung

Eine Debatte ist auch hier nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb sofort zur Abstimmung über die **Beschlussempfehlung** des Hauptausschusses **Drucksache 14/306**, dem Staatsvertrag zuzustimmen. Wer dieser Beschlussempfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist die Beschlussempfehlung einstimmig von allen Fraktionen des Hauses **angenommen** und dem Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu dem Staatsvertrag stattgegeben.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir kommen zu:

12 Wahl der Mitglieder der Vertreterversammlung für das Versorgungswerk der Abgeordneten des Landtags NRW

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU,
der Fraktion der SPD,
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/476 - Neudruck

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen damit unmittelbar zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag** aller vier Fraktionen **Drucksache 14/476 - Neudruck**. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist der Wahlvorschlag einstimmig **angenommen**.

Ich rufe auf:

13 Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds für die Ausschüsse zur Wahl der ehrenamtlichen Richter bei dem Oberverwaltungsgericht und den Verwaltungsgerichten des Landes

Wahlvorschlag
der Fraktion der CDU
Drucksache 14/462

Auch hier ist eine Debatte nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung über den **Wahlvorschlag Drucksache 14/462**. Gibt es hierzu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit ist auch dieser Wahlvorschlag mit den Stimmen aller vier Fraktionen **angenommen**.

Ich rufe auf:

14 Veräußerung eines Grundstücks des Sondervermögens Bau- und Liegenschaftsbetrieb NRW in Aachen

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 14/71

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/296

Eine Debatte ist auch zu diesem Tagesordnungspunkt nicht vorgesehen.

Wir kommen daher direkt zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/296**, in die Veräußerung des in Vorlage 14/71 näher beschriebenen Grundstücks einzuwilligen. Wer für diese Beschlussempfehlung ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Gibt es dazu Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist auch diese Beschlussempfehlung einstimmig **angenommen** und damit in die Veräußerung eingewilligt.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

15 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Hier: **Übersicht 2**
gemäß § 79 Abs. 2 Gescho

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/117	-	AWME
14/121	-	AWME
14/200	-	SpA
14/208	-	AWME
14/287	-	RA

Drucksache 14/477

Die Übersicht 2 enthält insgesamt fünf Anträge, die vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse nunmehr abstimmen über die Bestätigung des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den Ausschüssen entsprechend der Übersicht 2. Wer ist dafür? - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Damit sind auch die in Drucksache 14/477 enthaltenen **Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse** einstimmig **bestätigt**.

Ich rufe auf:

16 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/3

Mit der genannten Übersicht liegen Ihnen die Beschlüsse zu Petitionen vor.

Wird hierzu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse zu Petitionen** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Damit, meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung.

Ich berufe das Plenum für morgen, Donnerstag, 27. Oktober 2005, 10 Uhr, wieder ein.

Ich wünsche Ihnen allen einen angenehmen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:54 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.

Anlage zu Punkt 4 der Tagesordnung (Fragestunde)

Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 8

Die **Mündliche Anfrage 8** der Abgeordneten Ute Schäfer (SPD) lautet:

Mit Vielfalt umgehen

Das frühere Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen hat im August 2004 die Broschüre „Mit Vielfalt umgehen - Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung“ herausgegeben. Die Broschüre ist von dem europäischen Projekt TRIANGLE (Transfer of Information to Combat Discrimination Against Gays and Lesbians in Europe) erstellt und von der Europäischen Union finanziert worden. Ende Juli 2005 hat die neue Landesregierung das Handbuch zurückgezogen beziehungsweise den Zugang zu der Internetseite www.diversity-in-europe.org gesperrt.

Warum hat die Landesregierung das Handbuch „Mit Vielfalt umgehen“ zurückgezogen?

Die **schriftliche Antwort** des Ministers für Generationen, Familie, Frauen und Integration Armin Laschet lautet:

Das Handbuch „Mit Vielfalt umgehen: Sexuelle Orientierung und Diversity in Erziehung und Beratung“ ist im Rahmen des Aktionsprogramms der Gemeinschaft zur Bekämpfung von Diskriminierungen erarbeitet worden. Das Autorenteam, bestehend aus Vertreterinnen und Vertretern von acht verschiedenen Organisationen aus fünf Ländern - überwiegend aus Nichtregierungsorganisationen -, hatte sich zum Ziel gesetzt, ein Handbuch für Multiplikatorinnen und Multiplikatoren zu entwickeln, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten. Diese Personengruppe - zum Beispiel Youth Worker, psychosoziale Beratungskräfte, Lehrkräfte, Pflegepersonal, Schulpsychologinnen und -psychologen -, die im Bereich Beratung und Erziehung tätig ist, sollte zum Thema Antidiskriminierung für ihre tägliche praktische Arbeit fit gemacht werden.

Mit dem Handbuch wird also das Ziel verfolgt, Benachteiligungen oder Repressionen von Menschen anderer sexueller Orientierung, aber auch Nationalität, Hautfarbe und anderen Glaubens entgegenzuwirken. Diese Ziele werden von der Landesregierung uneingeschränkt geteilt.

Es ist in den Sommerferien viel zum Handbuch geschrieben worden, und leider traf vieles davon nicht zu! Zum Beispiel ist der Eindruck erweckt worden, die Publikation wäre flächendeckend an alle nordrhein-westfälischen Schulen verteilt worden.

Weit gefehlt: Das Handbuch wurde zu keinem Zeitpunkt direkt an Schulen verteilt. Das war auch von Anfang an nicht so vorgesehen. Vielmehr haben immer interessierte Multiplikatorinnen und Multiplikatoren - darunter natürlich auch Lehrkräfte - von sich aus das Handbuch bestellen müssen.

Auch ist die Publikation nicht von meinem Haus zurückgezogen worden. Ich bitte aber um Verständnis dafür, wenn ich es mir vorbehalte, Veröffentlichungen, die die alte Landesregierung herausgegeben hat, erst einmal zu prüfen, um mir ein Bild davon zu machen, was genau darin steht. Auch erlaube ich mir, über den Versandweg der einen oder anderen Broschüre neu nachzudenken. Wir haben deutlich gemacht, dass das Handbuch keine Publikation im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, sondern eine praxisbezogene Handreichung ist. Nicht mehr, nicht weniger.

Der Versand des Handbuchs mit einem erläuternden Hinweis meines Hauses läuft regulär und völlig reibungslos - und zwar über den nordrhein-westfälischen Kooperationspartner am transnationalen EU Projekt: SchLAU NRW.

Schriftliche Beantwortung der Mündlichen Anfrage 11

Die **Mündliche Anfrage 11** der Abgeordneten Sigrid Beer (GRÜNE) lautet:

Lehrerstellen zur Deckung des Grundbedarfs der Schulen

Ministerpräsident Rüttgers hat in einer Regierungserklärung angekündigt, umgehend 1.000 zusätzliche Stellen zur Vermeidung des Unterrichtsausfalls zu schaffen. Schulministerin Sommer hat anlässlich ihrer Schuljahresanfangspressekonferenz erklärt, sie habe 936 der zusätzlich geschaffenen 1.000 Lehrerstellen zum Schuljahresanfang besetzen können. Sie wertet die Neueinstellungen als „Erfolg im Kampf gegen den Unterrichtsausfall“ beziehungsweise als „Sofortmaßnahme“ gegen den Unterrichtsausfall.

Aus der Vorlage des Finanzministeriums für den Haushalts- und Finanzausschuss zur Einrichtung der zusätzlichen Lehrerstellen (14/16) geht hervor, dass die Stellen angesichts steigender Schülerzahlen an bestimmten Schulformen zusätzlichen Stellenbedarf decken, um den Status quo zu erhalten. Konkret handelt es sich um 300 Stellen für die Grundschulen, 500 Stellen für die Schulformen der Sekundarstufe II und 200 Stellen für die Förderschulen.

Wie viele der zusätzlichen Lehrerstellen sichern den Grundbedarf der Schulen angesichts gestiegener Schülerzahlen?

Die **schriftliche Antwort** der Ministerin für Schule und Weiterbildung Barbara Sommer lautet:

Frau Abgeordnete Beer hatte bereits für das Plenum am 1. September 2005 ihre Mündliche Anfrage gestellt. Inzwischen sind fast zwei Monate vergangen, und ich kann Ihnen die aktuellen Einstellungszahlen nennen und nehme dabei die Gelegenheit wahr, darüber hinausgehende Maßnahmen der Landesregierung zu benennen.

Zunächst aber zu der Frage, warum diese Stellen eingerichtet worden sind: Die neue Landesregierung hat nach der Übernahme der Regierungsverantwortung Ende Juni 2005 sofort gehandelt. Es wurde unmittelbar eine Analyse der Stellenbedarfe veranlasst, die die Bezirksregierungen auf der Basis der vorliegenden Schülerzahlen dem Ministerium gemeldet hatten. Diese Analyse zeigte, dass die alte Landesregierung für das Schuljahr 2005/2006 einen Unterrichtsausfall an allge-

meinbildenden Schulen und Berufskollegs in Kauf genommen hätte, der dann auf mehr als 6 Millionen Unterrichtsstunden gestiegen wäre. Mit diesem drohenden Defizit wären diese Schulen von der jetzigen Opposition bei der Unterrichtsgestaltung allein gelassen worden.

Die neue Landesregierung hat sofort 1.000 zusätzliche Stellen bereitgestellt und nahezu vollständig besetzt. Es haben bis zum 14. Oktober 2005 1.034 Lehrerinnen und Lehrer ein Einstellungsangebot für den nordrhein-westfälischen Schuldienst angenommen, einige in Teilzeit. Darüber hinaus sind Gestellungsverträge mit den Kirchen abgeschlossen worden. Für eine kleine Restmenge von 13 Stellen läuft zurzeit noch das Besetzungsverfahren.

Die neue Landesregierung hat mit diesen zusätzlichen Lehrkräften Wort gehalten und ist ein verlässlicher Partner der Schulen des Landes Nordrhein-Westfalen geworden. Und das gilt auch für die weiteren Stellen, die bis zum Ende der Legislaturperiode eingerichtet werden.

Frau Beer, zu Ihrer Frage sage ich in aller Deutlichkeit: Mit der alten Landesregierung hätte es weder die 1.000 zusätzlichen Stellen gegeben noch wären die flexiblen Mittel für den Vertretungsunterricht um 20 Millionen € aufgestockt worden.

So einfach ist der Sachverhalt, wenn es um das eher akademische Problem geht, welcher Art von Unterrichtsausfall mit der Besetzung der 1.000 zusätzlichen Stellen begegnet wurde. Die zusätzlichen Stellen haben dazu beigetragen, mehr Unterricht - im Umfang von 1.000 Stellen - zu ermöglichen. Dies gilt unabhängig von der Anzahl der jetzt gemeldeten Schülerinnen und Schüler.

Im Übrigen wird die Auswertung der Amtlichen Schuldaten, die uns im kommenden Monat vorliegen wird, zeigen, ob sich die Meldungen der Bezirksregierungen zu den Schülerzahlen bestätigen oder nicht.

Eines ist aber klar: Die 1.000 Lehrerstellen bleiben in den Schulen und leisten einen wichtigen Beitrag, um gegen den nicht hinnehmbaren Unterrichtsausfall in Nordrhein-Westfalen anzutreten.

Nun hatte ich ja bereits eingangs darauf hingewiesen, dass seit Ihrer Mündlichen Anfrage fast zwei Monate vergangen sind. Die Zeit ist seitdem nicht stehen geblieben. Ich möchte

deshalb noch einmal in Erinnerung rufen, welche weiteren Entscheidungen wir zwischenzeitlich getroffen haben, um einen verlässlichen Unterricht in Nordrhein-Westfalen zu garantieren:

Die neue Landesregierung hat eine Qualitäts-offensive für die Hauptschulen gestartet. Diese umfasst den Aufbau von Ganztagschulen mit insgesamt 50.000 vollwertigen Ganztagsplätzen bis zum Jahr 2012 sowie ein neues pädagogisches Konzept für die Hauptschule. Dafür werden 500 Lehrerstellen für spezielle Förderangebote zur Verfügung gestellt.

Und in einem weiteren Punkt hat die neue Landesregierung neue Maßstäbe gesetzt: Der Offenen Ganztagschule im Primarbereich werden 295 zusätzliche Stellen zugewiesen. Damit wird erstmals gewährleistet, dass in der Ganztagsgrundschule auch das geschieht, was der Name verspricht: Es wird mehr Schule in der offenen Ganztagsgrundschule geben. Der Lehrerstellenanteil im Primarbereich wird zum 1. Februar 2006 verdoppelt. Das bedeutet einen 20%igen Zuschlag für die Kinder im Ganztage.

Aber auch die nordrhein-westfälischen Gymnasien können zum Jahresbeginn weitere 200 Lehrerstellen neu besetzen. Zur Sicherung der Unterrichtsversorgung insbesondere in den Mangelfächern sind diese Stellen bereitgestellt worden.

Die frühere Landesregierung hatte 200 im Schulhaushalt bereitgestellte Stellen nicht für eine Besetzung zum Schuljahresbeginn 2005/06 frei gegeben. Sie hatte vielmehr diese Stellen bis zum 31. Dezember 2005 gesperrt und die hierdurch erwirtschafteten Haushaltsmittel für andere Zwecke verwendet. Vom Parlament bewilligte Lehrerstellen hat die alte Landesregierung den Schulen ein halbes Jahr vorenthalten und damit auf Kosten der Schülerinnen und Schüler des Landes Nordrhein-Westfalen eine Einsparaktion gestartet.

Die zusätzlichen Maßnahmen der neuen Landesregierung, die seit Ende Juni 2005 nach kurzer Zeit umgesetzt beziehungsweise in Gang gesetzt wurden, zeigen, dass die neue Landesregierung ein verlässlicher Partner für die Schulen, aber insbesondere für die Schülerinnen und Schüler dieses Landes geworden ist. Und eines möchte ich an dieser Stelle noch einmal deutlich machen:

Alle Beteuerungen der jetzigen Opposition, sie hätte gleichfalls reagiert, wenn sie weiterhin an der Regierung geblieben wäre, klingen angesichts der vorgenommenen Einsparaktionen und Sperrung von Lehrstellen mehr als unglaubwürdig.